

„Neue Zeit“ vom vergangenen Samstag: „Konkret forderte Schachner die Einstellung der Kulturveranstaltung ‚Styriarte‘.“ Sind Sie schon wieder falsch zitiert worden? Genau das ist es ja. (Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Wir sollten unseren Anteil dem ‚herbst‘ geben!“) Und das meine ich eben, das soll die Alternative sein von Ihnen? Das Abschaffen, Kolchosieren? (Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Mit unserem Anteil den ‚herbst‘ verstärken!“) Für das Verstärken sind wir immer, aber wir sind gegen das Abschaffen, weil wir glauben, daß beides geht. Und das ist eben der Unterschied, das ist der wesentliche Unterschied. (Abg. Dr. Flecker: „Verstärken, oder habt ihr etwas dagegen? Ihr wollt eure Tempel in Graz erhalten!“) Wir wollen die Vielfalt in der Steiermark haben, und nicht den Einheitsbrei. Wir wollen die Vielfalt und die Eigenverantwortung der Leute, die ihr Programm dann auch machen. Ich bin dagegen, daß man solche Sachen, die international erfolgreich sind, wo Grazer, die es zu Weltruhm gebracht haben, in Graz auftreten, wo wir ihnen diese Bühne bieten sollen, weil wir alle gemeinsam – (Abg. Mag. Erlitz: „Und wer zum Beispiel?“) Der Nikolaus Harnoncourt, zum Beispiel. (Abg. Mag. Erlitz: „Nur der, der euch paßt!“) Jetzt halte ich es mit dem Kollegen Ussar. Ich glaube nämlich auch, daß es für eine Stadt nicht uninteressant ist, welche Kultureinrichtungen es gibt. Nicht nur aus kulturpolitischen Überlegungen, sondern aus wirtschaftlichen Überlegungen. Wie Sie richtig gesagt haben, natürlich spielt es eine Rolle für die Ansiedlung von Unternehmen, weil Manager sagen, was gibt es für ein kulturelles Angebot? Es ist nur zu unterstreichen, was Sie da gesagt haben. Ich glaube, morgen ist Bürgermeister Stingl mit dem Kulturstadtrat Strobl in Brüssel, um den europäischen Kulturmonat vorzustellen, aber auch, um die Bewerbung um die Kulturhauptstadt zu unterstreichen. Da ist das Trigon-Haus natürlich ein Eckpfeiler, und deswegen sind wir auch dafür, daß es gebaut wird.

Meine Damen und Herren! Kultur für alle, Kultur mit allen das ist das Ziel. Vergessen wir dennoch nicht, daß es sich zur Zeit noch um ein Minderheitenprogramm handelt. Verantwortliche Politik unterläßt das Zündeln beim Mobilisieren der Masse gegen Minderheiten hier und anderswo. Und weil der Kollege Peinhaupt gestern – er hat mich auf die Idee gebracht, er wollte ein Buch dem Landesrat Ressel schenken, habe ich mir gedacht, in der Debatte muß ich natürlich sowohl dem Herrn Landesrat Schmid als auch dem Herrn Ersten Landeshauptmannstellvertreter Schachner-Blazizek ordentlich entgegentreten. Weil Weihnachten bald kommt, kann man ja nicht nur die Debatte scharf führen, um die Unterschiede auch aufzuzeigen, sondern muß sich überlegen, was könnte ich so jemandem schenken. Jetzt habe ich mir beim Landesrat Schmid relativ leicht getan, weil diese Problematik Volkskultur – Hochkultur bietet sich ja gerade an, habe ich mir gedacht, eine CD oder Platte von Friedrich Gulda, Symphonie für Violoncello und Blasmusik, zu schenken, das würde er bekommen. (Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Wo liegt die Problematik?“ – Abg. Weilharter: „Haben Sie Probleme?“) Für den Ersten Landeshauptmannstellvertreter bin ich dann extra in eine Buchhandlung gegangen und habe mir gedacht, er hat gesagt, er hat gern auf dem Nachtkästl immer

ein Buch liegen. Es muß was zum Lesen sein. Deshalb bin ich dann zuerst die Belletristik durchgegangen, hier habe ich nichts Gescheites gefunden, was gepaßt hätte. Dann bin ich bei den Kinderbüchern vorbeigekommen, da habe ich ein großes Regal gesehen, lauter „Trotzkopf“, habe ich sofort eines gekauft – nein, nein, für meine Tochter. Dann bin ich weitergegangen und bin zur Technikabteilung hinaufgekommen, und dann habe ich das richtige gefunden aus dem Verlag Schröder & Weisl, hat bitte nichts zu sagen, 353 Seiten, 43 D-Mark, reich illustriert, es heißt „Bremsen-Handbuch“. Danke! (Beifall bei der ÖVP. – 10.48 Uhr.)

**Präsident Wegart:** Zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Dörflinger.

**Abg. Dörflinger (10.49 Uhr):** Hohes Haus! Meine Damen und Herren!

Vieles, was der Kollege Cortolezis gesagt hat, ist richtig, vieles ist nicht richtig. Ich fange einmal mit dem an, wo ich glaube, daß er nicht richtig zitiert oder nicht richtig gesprochen hat. Ich glaube, daß das Buch, das du dem Landeshauptmannstellvertreter Schachner schenken willst mit dem Titel „Bremsen“, daß du das nicht gekauft hast, sondern daß du das eher übernommen hast von deinen Kulturreferenten, die das sehr fleißig bisher gelesen haben und die jetzt zum Glück einen Schuldigen dafür gefunden haben, daß es anders ist.

Meine Damen und Herren! Die Aufregung um den Bau des Trigon-Museums ist für mich aus der Sicht der ÖVP verständlich, weil sie nämlich eine gute Möglichkeit ist, von den Problemen abzulenken, mit denen Sie in den letzten Wochen und Monaten zu kämpfen hatten, seit der Herr Landeshauptmann Krainer dieses Ressort übernommen hat. Ich erinnere, daß es noch im Frühjahr in einem sehr angesehenen Kulturteil einer steirischen Zeitung die berühmte Formulierung gegeben hat: „Der Landeskulturreferent – Name der Redaktion bekannt – hat das und das gemacht.“ Und es kommt bei mir ganz einfach der Verdacht auf, daß ihr mit dieser Debatte über das Trigon-Museum über alle die Versäumnisse und alle die Probleme, die es in letzter Zeit gegeben hat, hinwegzutäuschen versucht.

Denn ganz so ist es ja nicht, Candidus, wie du gesagt hast, daß da die Bremser und da die Blockierer sitzen. Wenn ihr das wirklich wollt, wenn ihr wirklich ein Konzept hättet, wenn ihr wirklich etwas weiterbringen hättet wollen, hättet ihr seit 1984 Zeit gehabt, das zu machen. Seit 1984 habt ihr vertröstet, habt ihr die Leute weitergeschickt, und seit 1984 ist nichts weitergegangen. Jetzt seit 14 Tagen bremsen wir das, was ihr in den letzten acht Jahren erfolgreich gebremst habt. Diesem Vorwurf stelle ich mich ganz gerne, muß ich sagen. Vielleicht vorweg noch eine Geschichte, weil es mich einfach berührt hat, wie jetzt in dieser Diskussion versucht wird, Leute in verschiedene Ecken zu drängen. Es gibt einige beamtete Herren der Kulturabteilung, die so durch Graz ziehen und jetzt den Kulturkampf ausrufen. Da die tolle ÖVP, der tolle Herr Landeshauptmann als Kulturreferent, der ein Freund und Förderer der modernen Kunst ist, und da die Betonschädeln auf der anderen Seite, die alles verhindern wollen. Du weißt ganz genau, daß das nicht so ist. Und es ist ganz einfach eine unfaire und üble Art,

das in diese Richtung zu drängen. Denn die Frage, daß wir bei gekürzten Budgets, daß wir bei engen Budgets Prioritäten setzen müssen, daß wir bei Budgets, die nicht unabdingbar vermehrbar sind, Prioritäten setzen müssen. Es ist bitte keine Frage, daß man etwas ablehnt, sondern wir gehen einmal davon aus zu sagen, was ist wichtig, weil nämlich Schaden droht und weil droht, etwas kaputt zu werden. Ich sage dir auch konkret, so leicht und so locker kann man über das Problem nicht hinweggehen. Ein Freund von mir hat die Keramikschule in Stoob gemacht und hat im Zuge dieser Ausbildung das Landesmuseum besucht und ist da durch die Keller gegangen. Dort liegen uralte Keramiken, dort liegen uralte Kunstschätze, die drohen kaputt zu werden, die versintern, die hin werden. Es stehen Kisten herum, wo Bücher kaputt werden. Es regnet herein. Und wenn man sagt, okay, sanieren wir das einmal, und richten wir das einmal her, ist das – glaube ich – ein schlechter Vorwand für euch, einen Kulturkampf zu führen. Und es wäre nur fair zu sagen, okay, diskutieren wir das, und schauen wir es uns an. Und zum Trigon-Museum auch noch etwas, da will ich mich auch nicht verschweigen. Ich habe durchaus eine sehr positive Einstellung grundsätzlich zu dieser Frage, aber mir ist es ein bißchen kalt über den Rücken heruntergelaufen, als ich vor etwa 14 Tagen vom ehemaligen Kulturreferenten, Landeshauptmannstellvertreter Jungwirth, einen Brief bekommen habe mit einer Broschüre, vor 14 Tagen, Brief und Broschüre. Auf dieser Broschüre steht groß auf der Seite 1: „Das Trigon-Museum.“ Im Brief schreibt der ehemalige Herr Kulturreferent Jungwirth, bitte vielmals um Entschuldigung, war ein Druckfehler, ist uns halt so passiert, es handelt sich ja nicht um ein Museum, sondern es handelt sich um eine Kunsthalle. Da habe ich mir gedacht, haben die Drucker etwas verhaut, ist was danebengegangen. Ich bin ein genauer Mensch, blättere weiter.

Auf der Seite 2 steht oben, wie ist das Projekt zustande gekommen, wer hat das gemacht. Dort steht: „Das Projekt ist das Ergebnis“ – man höre und staune – „der Museumsenquete, die stattgefunden hat.“ Also, bei einer Museumsenquete wird ein Konzept gemacht, wie ein Museum ausschauen soll. Wenn der Kulturreferent das ausschickt, kommt er drauf, daß es gar keinen Museum ist, sondern eine Kunsthalle. Da hat man international über uns gelacht, weil man den Eindruck gehabt hat, man kann ein Museum und eine Kunsthalle nicht auseinanderhalten. Das wißt ihr auch ganz genau.

Damit bin ich schon beim Schluß, was das Trigon betrifft, die Aufregung, es droht der Provinzialismus, wir fallen zurück. Kulturreferent Strobl, er sitzt in der ersten Reihe, Interview in irgendeiner steirischen ÖVP-Parteizeitung. Frage: Fürchten Sie den Rückfall ins Provinzielle? Kulturreferent Strobl: „Ja, den fürchte ich.“

Freunde, wenn wir in das Provinzielle zurückfallen, passiert das nicht innerhalb von 14 Tagen, sondern passiert das schon länger und dauert das länger. Genauso wie ihr für die Finanzen dann jeweils die SPÖ verantwortlich macht, weil sie den Finanzreferenten stellt, genauso werden wir euch dann vorhalten, daß ihr seit 1945 die Kulturreferenten stellt.

Ich habe, meine Damen und Herren, schon am Beginn gesagt und das auch in dieser Frage Kulturkampf, da die einen, dort die anderen, versucht auszuführen.

Wenn wir so viel über Sparen reden, werden wir das ja wohl auch im Kulturbudget durchführen und werden wir auch im Kulturbudget darüber reden können. Es wird ganz einfach darum gehen, wie wir die vorhandenen Mittel möglichst effizient und möglichst gut einsetzen.

Ich habe mir da zwei Beispiele herausgesucht, wieso wir diese Kulturpolitik kritisieren. Das ist keine persönliche Kritik, sondern wir versuchen, das sachlich zu machen, und wir versuchen, das konstruktiv zu machen.

Erstes Beispiel: Die vielzitierten Landesausstellungen. Ich lese Ihnen ein paar Zahlen vor:

1984	minus 13,6 Millionen,	207.000 Besucher,
1986	minus 14,7 Millionen,	300.000 Besucher,
1987	minus 16,0 Millionen,	351.000 Besucher,
1988	minus 24,6 Millionen,	308.000 Besucher,
1989	minus 27,0 Millionen,	158.000 Besucher,
1991	minus 41,0 Millionen,	152.000 Besucher,
1992	minus 30,0 Millionen,	116.000 Besucher.

Meine Damen und Herren, das ist keine parteipolitische Taktik, wenn man das kritisiert. Wenn nämlich in der vielzitierten Privatwirtschaft, die Sie immer wieder in Sonntagsreden beschwören, die Besucherentwicklung nach unten und im gleichen Maße der Abgang nach oben geht, wären Sie wohl auch der Meinung, daß wir berechtigt die Frage stellen, „läuft da etwas schief?“, „ist da irgend etwas nicht in Ordnung?“ oder „sollten wir irgend etwas anderes machen?“

Wir haben sehr konkret zwei Vorschläge auf den Tisch gelegt, wie wir die Landesausstellungen in den Griff bekommen.

Punkt eins: Wir werden den Einjahresrhythmus nicht aushalten, meine Damen und Herren! Das ist, glaube ich, eine Frage der Ehrlichkeit, die wir auch hier in diesem Hohen Hause einmal stellen sollten. Es ist sinnlos, daß wir uns budgetär, daß wir uns organisatorisch und daß wir uns inhaltlich ausbluten und überfordern. Wir schaden dem Land nicht, wenn wir auf einen Zweijahresrhythmus gehen, sondern wir nützen dem Land, wir nützen den Leuten und wir nützen den Landesausstellungen.

Der Kollege Cortolezis hat im April dieses Jahres bei der Budgetdebatte gesagt, Schachner ist halt immer der große Anschläger, und weiß der Teufel was. „Ich freue mich, daß es dem Herrn Landeshauptmann gelungen ist, den Anschlag des Landeshauptmannstellvertreters Schachner abzuwehren, die Landesausstellungen nur mehr alle zwei Jahre zu machen.“ Wenn du vorher über Wortwahl geredet hast, würde ich dich auch bitten, mit solchen Worten ein bißchen vorsichtig zu sein, denn angesichts der Zahlen und angesichts der Fakten wäre dieser Zweijahresrhythmus sinnvoll.

Wir haben neben dem Zweijahresrhythmus den Vorschlag unterbreitet, ein professionelles Management für diese Landesausstellungen einzuführen. Ich bin selber – der Kollege Bacher hat es vorher angeführt – in Murau oben mit der Situation der Landesaus-

stellung konfrontiert. Ich sage das auch heute hier in diesem Haus, ich mache mir Sorgen um diese Landesausstellung. Ich mache mir Sorgen um die Vorbereitung, nicht, weil die Herren und die Damen der Kulturabteilung unfähig sind, nicht, weil sie nichts zusammenbringen, sondern weil sie schlicht und einfach überfordert sind. Wenn man Beamte dazu zwingt, neben ihrem normalen Ablauf, den sie zu tun haben, Projekte zu managen, die 40, 50, 60 Millionen Schilling kosten, frage ich mich, wieso wir auf der anderen Seite den Fremdenverkehr ausgliedern, die Spitäler ausgliedern, eine Holding machen und so weiter, aber für den Kulturbereich ist das offensichtlich die große Katastrophe, ist das offensichtlich etwas, was wir nicht aushalten.

Ideologisch verstehe ich die ÖVP bei der Frage der Kulturveranstaltungsgesellschaft wirklich nicht, weil es ja durchaus auch in euren Bereich und in eure Ideologie hineinpassen würde, jene Bereiche auszugliedern, die in der Landesverwaltung nichts verloren haben. Wenn ihr euch auf der einen Seite dafür ausspricht, auf der anderen Seite dagegen seid, werdet ihr euch den Vorwurf gefallen lassen müssen, daß ihr nicht nach sachlichen Kriterien arbeitet, sondern daß ihr rein parteitaktische Spielereien betreibt. (Abg. Tasch: „Den Zweijahresrhythmus einführen!“) Kollege Tasch, bin ich völlig bei dir. Von der Langlaufloipe zur Kultur mag es ein relativ weiter Weg sein. Aber ich habe auch nie gesagt, daß wir die Landesausstellungen abschaffen. Das, was ich meine und was die Erfahrungen zeigen, ist: wir haben immer weniger Besucher, und es wird immer teurer, das zeigt mir, daß da etwas schief läuft. Deswegen glaube ich, daß wir hergehen sollten, den Zweijahresrhythmus einzuführen und alle zwei Jahre die Vorbereitung professionell und gut zu machen, weil ich glaube, daß wohl niemand in diesem Hohen Haus dagegen ist, daß man irgend etwas, das gut ist, besser machen kann. (Abg. Purr: „Trotzdem wird nicht jede Landesausstellung gleich viele Besucher und den gleichen Erfolg haben!“) Wenn ihr der Meinung seid, es ist eh alles in Ordnung, es ist alles super, dann laßt das bitte so. Dann werden wir in ein paar Jahren vor einem noch größeren Fiasko stehen, als wir dies bisher ohnedies tun. Ich glaube, daß wir die Bereitschaft da signalisieren, daß wir gemeinsam einen Weg gehen, die Landesausstellungen besser, effizienter, publikumswirksamer und für die Regionen sinnvoller zu machen. Wenn du da auch dagegen bist, verstehe ich dich überhaupt nicht mehr. (Abg. Tasch: „So hat er es nicht gesagt!“)

Meine Damen und Herren, betreffend Landesausstellungen habe ich versucht, das darzulegen, was wir uns vorstellen.

Der zweite Teil: Die Frage der „Styriarte“ – als Beispiel dafür, wie man Kulturpolitik auch diskutieren könnte. Mir ist da vorweg einmal das Zitat von Gerhard Hirschmann anlässlich dieser eher feuchtfrohlichen und lustigen Sportdebatte im Frühjahr dieses Jahres eingefallen, wo er mir laut Landtagsprotokoll zugerufen hat: „Günter, ich sage dir, Geld verdirbt die Leute, laß das Geld zu Hause!“

Ich gebe dem Gerhard ungern recht. In der Frage gebe ich ihm aber recht. Wenn ich in bezug auf die „Styriarte“ mir den Umgang mit dem Geld anschauere, muß ich ihm sogar sehr recht geben. Ich war wirklich

schockiert, als am Montag am Abend der Herr Mathis Huber im Fernsehen aufgetreten ist und in einer sehr burschikosen und lockeren Art festgestellt hat: „Mein Gott na, was die sich da aufregen, es geht ja eh nur um 1,5 Millionen Schilling.“

Es geht nur um 1,5 Millionen Schilling. Ich frage mich, wenn ein bezahlter Manager eines Kulturfestivals so etwas sagt, was sich jene Leute denken, die in einem Kulturzentrum Wolkenstein, die in einer Buchebner-Gesellschaft arbeiten, die im Kulturkreis Deutschlandsberg tätig sind, die in Wies, in Feldbach, in Lind oder sonst irgendwo oder in St. Gallen Kulturarbeit leisten, wenn dort einer mit lässiger Art drüberfährt und sagt: „Mein Gott, die 1,5 Millionen Schilling, was regen wir uns auf.“

Ich habe mich auch sehr darüber gewundert, daß ein bezahlter Manager offensichtlich nicht weiß, wieviel Geld er vom Land bekommt, weil er hat nämlich von 6 Millionen Schilling gesprochen, oder die Öffentlichkeit bewußt angelogen. Denn er hat dezidiert gesagt, seit Jahren werden die 6 Millionen Zuschuß für die „Styriarte“ nicht erhöht.

Wie schaut die Realität aus? 1986 waren es ein paar hunderttausend Schilling mehr, 1988 waren es um 2,4 Millionen Schilling mehr – statt 6 Millionen 8,4 Millionen –, 1990 waren es wieder um 2,4 Millionen mehr und 1991 waren es um 2 Millionen mehr.

Und wir alle wissen, und anlässlich der Budgetvereinbarung des letzten Jahres haben wir darüber eine Vereinbarung treffen müssen, daß ein ehemaliges Mitglied der Landesregierung, das persönlich für einen Kredit haftet, damit dieses stattfinden können hat, im nachhinein salviert wird und daß wir im nachhinein die Schulden abdecken, die dort gemacht wurden. Ja, meine Damen und Herren, das ist kein Umgang mit dem Land als Subventionsgeber, und das ist auch kein verantwortungsbewußter Umgang, wie man eine Kulturgesellschaft und eine Veranstaltung führen kann. Denn in Wirklichkeit, wenn wir uns das anschauen, würde ich den Landesrat Strenitz bei seinem Spitalsbudget, wenn er sich gleich verhalten würde wie der Herr Mathis Huber, sehr beglückwünschen. Er bräuchte sich nämlich heuer nicht über 2,9 Milliarden Zuschuß aufregen, sondern er könnte ruhig noch 4 Milliarden verbrauchen, und im nächsten Jahr würden wir sagen: „Mein Gott, es war halt so, hat er halt mehr verbraucht.“ Und ich fürchte mich eigentlich – (Abg. Purr: „Es kommt schon darauf an, ob es um Millionen oder um Milliarden geht!“) Aber das Prinzip ist das gleiche, Herr Kollege. Und wenn wir ein Prinzip irgendwo akzeptieren, werden wir es woanders auch akzeptieren müssen. Und es kann zu Überschreitungen kommen.

Und es kann zu Problemen kommen. Und, meine Damen und Herren, wenn ich mir die „Neue Zeit“ vom 2. Dezember durchlese, am Mittwoch, da sagt dieser Herr Mathis Huber, der gesagt hat, „mein Gott, eineinhalb Millionen, zweieinhalb Millionen, ist ja nicht so tragisch, verbrauchen wir“, sagt, er hat ein Budget gemacht – Candidus hat heute gewisse Highlights dort auch noch ausgeführt –, das wird rund 13 Millionen Schilling kosten, und wörtliches Zitat: „Er hofft, daß er die verplanten 13 Millionen Schilling hereinkriegen wird.“ Ich glaube nicht, daß es die Art und Weise ist, wie man mit dem Land als Förderungsgeber umgehen

kann, noch dazu, wo ein Großteil des Budgets vom Land kommt, sondern daß man sich auch dort nach der Decke strecken muß, daß man auch dort akzeptieren muß, daß die Regeln, die wir jeder Sozialinitiative geben, die wir dem Sozialbudget geben, die wir dem Baubudget geben, die wir dem Wohnbaubudget geben, auch dort zählen und auch dort eingehalten werden. (Abg. Purr: „Schreiben Sie sich das in Ihr Stammbuch – nicht vergessen!“) Weil die Leute sonst ganz einfach das Geld ausgeben, das ihnen gerade paßt, und im nächsten Jahr kommen sie daher und sagen, mein Gott, sie sperren uns ein, wenn wir es nicht zahlen, oder wir gehen in Konkurs, und das wäre furchtbar. Und wir buttern dann vom Land her nach. Das ist irgendwie fast eine kleine Form der Erpressung, die wir uns eigentlich alle zusammen nicht bieten lassen sollten.

Zum Abschluß, meine Damen und Herren: Der Kollege Erlitz ist vom Dr. Cortolezis massiv angegriffen worden, und auch der Herr Landeshauptmannstellvertreter Schachner, weil wir gesagt haben, sparen wir uns das Geld für die „Styriarte“ und verwenden wir es woanders. Wir könnten es uns viel einfacher machen. Wir könnten hergehen und den Herrn Landeshauptmann tagtäglich prügeln und sagen, Herr Landeshauptmann, wieso tun Sie nicht mehr für den „steirischen herbst“, wieso tun Sie nicht mehr für die „Styriarte“, wieso tun Sie nicht mehr für die, für die und für die. Sie sind Kulturreferent, Sie sind verantwortlich, geben Sie ihnen mehr Geld. Weil wir aber wissen, daß es nicht mehr Geld gibt, und weil wir wissen, daß es unfair wäre, den Kulturreferenten ununterbrochen nur zu prügeln, daß er dem zuwenig gibt und dem zuwenig gibt, versuchen wir eine Diskussion zu initiieren, daß wir uns sagen, bekennen wir uns zu Schwerpunkten. Geben wir irgendwo kein Geld hin und geben wir dafür denen, die wir wirklich unterstützen, die jetzt im Moment zum Sterben zuviel und zum Leben zuwenig haben, mehr. Stattdessen wir die ordentlich aus, geben wir dem „steirischen herbst“ mehr, geben wir der Kulturinitiative Wolkenstein und wie sie alle heißen draußen mehr und machen wir einen Schnitt und verzichten wir eben irgendwo auf etwas. Das macht uns keinen Spaß, das macht uns auch nicht berühmt. Ich glaube, daß das aber eine ehrliche Politik ist, daß man hergeht und nicht einen nur ununterbrochen prügelt und sagt, gib ihnen mehr, dann beschließen wir herinnen ein Budget, wo wir ihm nicht mehr geben, er also auch nicht mehr verteilen kann. Und wenn wir zu dieser ehrlichen Art von Diskussion einmal kommen, wenn wir uns nicht ununterbrochen selber in den Sack hinein lügen, werden wir auch die ganze Kulturdiskussion ein bißchen entkrampfen können.

Und darum bitte ich auch Sie von der ÖVP-Fraktion. Danke! (Beifall bei der SPÖ. – 11.08 Uhr.)

**Präsident:** Zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Dipl.-Ing. Vesko.

**Abg. Dipl.-Ing. Vesko** (11.09 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Ich habe eigentlich ohne Absolvierung des Kurses für Kulturpolitik, die der Herr Prof. Tasch uns angekündigt hat, nicht vorgehabt, dazu zu sprechen. Ich

muß aber jetzt doch auf Grund der bisherigen Debatte einige Worte verlieren. Ich hoffe, daß du mir das verzeihst. Ich habe dein Tourismusseminar voll mitgemacht und habe den Tourismus voll aufgenommen. Ich glaube, daß du mir das verzeihst und ich dann bei der Kultur das nachholen darf.

Meine Damen und Herren! Ich habe vielleicht einen Vorschlag, wie wir aus dem Dilemma herauskommen können, um uns auf der einen Seite das leidige Trigon-Museum zu ersparen, und uns auf der anderen Seite doch jene Kulturgüter vorstellen zu können, die das Land sicherlich in übervollem Maße hat beziehungsweise besitzt, die aber zum Teil sehr schnöde behandelt werden und in den Bunkern und Lagern der einzelnen Museen ein eher bescheidenes Dasein fristen. Wir haben über das ganze Land verteilt eine Fülle von Museen, kleinen Heimatmuseen, Institutionen, die wir uns geschaffen haben, die zum überwiegenden Teil aus Eigeninitiative von kulturbeeinflussten Menschen, kulturinteressierten Menschen, die nicht die Möglichkeit haben, im Ballungszentrum Graz, wo ja der Großteil der Kultur stattfindet, finanziert werden und so weiter, und diese Leute haben sich bemüht, dort etwas zu tun und wirklich mit bescheidenen Anfängen über Lokalgrößen, über lokale Ereignisse, über spezifische, der Gegend entsprechende Dinge begonnen haben, einen bescheidenen Kulturbetrieb zu installieren unter Zuhilfenahme der örtlichen Künstler, der örtlichen Musiker und so weiter. Und in diesen Museen, in diesen Institutionen hätte vieles von dem Platz, was im Joanneum, in der Neuen Galerie, in den Lagern zum Teil noch unregistriert vorhanden ist. Wir würden uns viel, viel Geld ersparen und auch unserer Jugend die Möglichkeit geben, ein bißchen von den Schätzen kennenzulernen, die sie sonst über Graz-Wochen und andere Aktionen „Lerne die Bundeshauptstadt oder Landeshauptstadt kennen“ in sich aufnehmen könnten und auch ein Bewußtsein der Jugend, die nicht in dem großen Kulturapparat als tägliches Angebot eingeschaltet werden kann, dort Verständnis für Kultur, für Tradition und – meine Damen und Herren – sicherlich auch für die neue Kultur zu finden und somit eine Brücke zu bauen zwischen der Tradition, den Werken, die es zu erhalten gilt, und auch jenem Drängen nach vorne in der Kunst, das sicherlich auch belebend auf die Kultur wirkt, weil ja die Kultur nicht etwas ist, was mit einem gewissen Datum stehengeblieben ist, sondern weitergeht. Und so könnte man hergehen und diese Schätze herausholen und sie diesen Institutionen zur Verfügung stellen, um damit ein wesentlich breiteres Publikum zu erreichen und auf der anderen Seite dort Platz zu schaffen, um einige jener Ausstellungen oder jene Exponate, die derzeit so obdachlos herumlaufen und auf den Bau des Trigon-Museums warten, unterzubringen. Ich glaube, daß wir damit zwei Fliegen auf einen Streich schlagen würden. Wir würden auch der Kulturinitiative in der „Provinz“, in dem ländlichen Raum – Kurt –, von dem du bei den Bezirksgerichten so vehement gesprochen hast, eine Chance geben, und da könnten wir auch jene Initiative, die – das muß ich dazusagen – wir auch begrüßen, daß man sagt, machen wir ein Programm, wo wir unsere Schlösser herrichten, weil sie auch Kulturgut sind und weil wir mit Wehmut sehen, wie manche verfallen, weil wir nicht die Möglichkeit haben, sie zu sanieren. Dagegen



ist nichts einzuwenden. Nur, Kurt, wir müssen uns aber auch überlegen, wie wir jetzt, nachdem die sogenannte erfolgreiche oder weniger erfolgreiche Landesausstellung ihre Pforten geschlossen hat, das geschaffene Instrumentarium, dieses Stück Kulturgut, weiterbeleben und der Bevölkerung zugänglich machen können, um einen Impuls für die Region zu schaffen, der auch weitergeführt werden kann, und nicht nur von unseren Loipen und unserer schönen Gegend und unserer guten Luft, unserem guten Wasser zehren, sondern eben auch einen entsprechenden kulturellen Anreiz als sogenanntes Schlechtwetterprogramm schaffen können. (Abg. Dörflinger: „Dann frage ich mich, wieso ‚Heimat am Grimming‘ bei uns interveniert!“) So ist es. Ich habe auch einen Brief bekommen. Und der Dr. Henschel rennt auch herum mit den Händen in der Höhe und schreit, bitte helft mir, weil außer, daß wir dafür wahrscheinlich den Saal hergeben müssen, daß wir die Bierzelte, die verregnet sind, dann im Haus abwickeln sollen, ist noch nicht sehr viel da. Bitte, Kurt, ich übertreibe vielleicht ein bißchen. Ich will dich nicht wieder auf die Palme bringen, weil du hast ein bißchen ein schwaches Herz, dies habe ich gesehen. Du bekommst leicht einen roten Kopf, und ich möchte mir die Verantwortung daher nicht geben müssen. Aber das ist es. Wir müssen also dort, wo wir diese Impulse setzen, nicht nur dafür sorgen, daß jetzt zum Beispiel das Feistritztal, Frau Kollegin, wieder eine Infrastrukturverbesserung bekommt, sondern wir müssen auch dafür sorgen, daß nachher dort etwas hängenbleibt.

Das ist das Entscheidende, und das ist leider Gottes bis jetzt nur sehr spärlich passiert. Deshalb, meine Damen und Herren, müssen wir uns ein bißchen hinauslegen. In diesem Sinne stimme ich mit den Kollegen von der SPÖ durchaus überein, daß ich sage, Kulturbetrieb kann nicht nur in Graz sein, Kulturbetrieb kann nicht nur hier sein.

Ich möchte noch etwas dazusagen. Kollege Dörflinger hat das ein bißchen angeschnitten von wegen der Tonart, es spielt keine Rolle, dann überziehen wir halt ein bißchen. Ich möchte nur auf eines aufmerksam machen. Hier wird es also großzügig jubelnd übergegangen. Ich weiß Bereiche bitte, wo Leute, die mit dem Budget nicht umgehen konnten, vor die Tür gestellt wurden, fristlos entlassen wurden mit dem Argument, daß sie nicht wirtschaften können, nur waren sie halt politisch unangenehm. Das dürfen wir nicht tun. Da, Kollege Schützenhöfer, mehr Demokratie! Danke schön. (Beifall bei der FPÖ. – 11.16 Uhr.)

**Präsident:** Zum Wort gemeldet ist Herr Landesrat Schmid.

**Landesrat Dipl.-Ing. Schmid (11.16 Uhr):** Herr Präsident, werte Regierungskollegen, Hohes Haus!

Mein eigentliches Thema zu dieser Debatte ist das mir zustehende Referat für Blasmusikkapellen. Wir haben dazu heute bestimmt einiges sehr Wesentliches gehört. Man könnte auch über die steirischen Blasmusikkapellen sehr ausführlich diskutieren und sehr ausführlich berichten, wie zum Beispiel gestern der Herr Landeshauptmann über die Feuerwehr uns einen eindrucksvollen Bericht gegeben hat. Ich glaube auch, daß in gewisser Beziehung sogar die Feuerwehren,

und zwar in bezug darauf, daß sie die Nachbarschaft zusammenhalten, daß sie Identität im Ort stärken, ebenfalls dem Kulturbereich zuzuordnen sind.

Wenn ich die Feuerwehren erwähne, dann möchte ich darauf hinweisen, daß die steirische Landesregierung und der steirische Landtag den Blaskapellen im heurigen Jahr auch eine kleine Spritze gegeben haben, daß sie also finanziell besser ausgestattet würden.

Ich möchte die Gelegenheit nutzen, den führenden Proponenten dieser steirischen Blaskapellen, Hofrat Meier, Prof. Bodingbauer, von diesem Platz aus zu danken. Ich möchte auch dem Herrn Landeshauptmann meinen Dank aussprechen. Mit seiner Zustimmung haben wir es in den letzten Wochen geschafft, daß unsere Blaskapellen zwei Räume bekommen – ihr Wunsch ist nach drei Räumen –, so daß wir sie ordentlich untergebracht haben.

Es haben heute sehr viele zu dem Gesamtthema Volkskultur gesprochen, und es ist eine Diskussion Volkskultur – Hochkultur entstanden. Hoher Landtag, in dieser Diskussion habe ich mich nicht besonders wohl gefühlt, und ich möchte die Gelegenheit hier nutzen, kurz darauf einzugehen, da einiges von Debattenrednern vielleicht nicht richtig dargestellt wurde.

Bevor ich mit einigen Worten darauf eingehe, erlauben Sie auch mir zu zitieren. Es handelt sich um einen steirischen Dichter, und ich werde den Namen nicht nennen müssen, Sie werden alle wissen, wer folgendes gesagt hat. „Jeder halte fest an seiner Artung und Überzeugung, aber er dulde und achte auch die des anderen – das ist Kultur.“ Es handelt sich um Peter Rosegger.

Ich darf auch den Herr Landeshauptmann zitieren, der gestern in einem Zwischenruf gemeint hat, daß „er generell für Liberalismus ist und daß dieser Liberalismus wohl nirgend mehr angebracht ist als hier in der Kulturdebatte“. Der Herr Landeshauptmann hat sich für Liberalismus ausgesprochen. Ich habe aber hier teilweise den Eindruck, daß einige lieber für Generalismus wären und ihre Meinung dem anderen aufkotzen wollen.

Wenn ich Peter Rosegger zitiere, dann in der Meinung, daß Peter Rosegger wohl unverdächtig ist. Er war ein Vordenker, er war nicht immer ein angenehmer Zeitgenosse, und er hat auch im Rahmen seines kulturellen Denkens eines in den Mittelpunkt gestellt: das Bewahren, Erhalten und Verbessern. Kultur heißt kultivieren, heißt auch nach vorne schreiten.

Und wir führen hier praktisch einen Kulturkampf. Volkskultur gegen Hochkultur. Ich bin sehr oft angesprochen worden und möchte daher meine persönliche Meinung ganz klar in den Raum stellen. Ich stehe zu dieser steirischen Volkskultur in allen ihren Facetten, nicht nur zur Blasmusik, nicht nur zu den steirischen Sängern, sondern zur Volkskultur insgesamt. Was der Abgeordnete Riebenbauer heute als Kulturverständnis gesagt hat, hat sicherlich unsere gesamte Zustimmung gefunden.

Aber ich stehe natürlich im selben Ausmaß zu allen Facetten der Hochkultur, und eine Hochkultur kann ja nur aus einem vernünftigen Verständnis zur Volks-

kultur heraus entstehen. Ich stehe zur Literatur, zur Avantgarde, die die Stadt Graz im besonderen hervorgebracht hat, zur Musik, zur bildenden Kunst und natürlich insbesondere - das sei beruflich mir erlaubt - zu dieser Architektur.

Ich habe kein Verständnis dafür, daß verschiedene Proponenten der sogenannten Grazer Schule dies einfach nicht wahrhaben wollen. Sie handeln nicht nach Peter Rossegger: man dulde auch die Meinung des anderen, sondern man bringt bewußt eine völlig falsche Darstellung der Handlungsweisen, die wir Freiheitliche gesetzt haben.

Ich möchte es in aller Öffentlichkeit noch einmal klarstellen: Wir haben im neuen Wohnbauförderungsgesetz beziehungsweise in der Verordnung dazu eingeführt, daß sämtliche Bereiche des Geschoßbaues - sämtliche - zukünftig einem Wettbewerb beziehungsweise Begutachtungsverfahren unterzogen werden. Wenn man weiß, daß bisher 70 Prozent Eigenplanungen gelaufen sind, dann bin ich überzeugt, daß dies ein Entgegenkommen an die Architektenschaft ist und zur weiteren Qualitätssteigerung beiträgt.

Ein bestimmter elitärer Kreis glaubt sich aber jetzt herausnehmen zu können, darüber zu bestimmen, was ist Kultur, wer ist Kultur, wer gehört zu diesem Kulturkreis.

Zum Ton, Herr Abgeordneter Cortolezis: Ich habe mir monatelang die Diskussion angehört. Ich warne vor Leuten, die im Bereich der Hochkultur unsere Identität mitgestalten, die sich selbst dem Freundeskreis des Herrn Landeshauptmannes zuzählen und folgende Aussagen machen.

Zum Beispiel: „Es gibt nicht Hochkultur und Volkskultur, es gibt nur Hochkultur und Tiefkultur.“ Ich lehne diese Definition eindeutig und ganz entschieden ab.

Es hat ein berühmter Architekt im Fernsehen in „Achtung Kultur“ mich als Ceausescu der Architektur bezeichnet. Ceausescu ist allgemein bekannt. Es ehrt mich nicht unbedingt, wenn ich mit einem kommunistischen Massenmörder verglichen werde. Es dient auch nicht einer konstruktiven Diskussion.

Ein weiterer berühmter Architekt hat in einem Symposium, das jetzt hier als so einzigartig dargestellt wird, mich mit dem Dritten Reich in Zusammenhang gebracht, daß ich à la Speer bestimme, wie die Architektur sein soll. Das ist übrigens derselbe Architekt, der gesagt hat, daß ihn diese miserable Stadt Graz nicht verdient, er ist zu gut. Auch das ist nicht unbedingt die feine Art der Diskussion, und man möge mir ein einziges Beispiel nennen, bei dem ich die Architektur mitbestimmt habe.

Der „dümmliche Äpler“, Herr Dr. Cortolezis, stammt nicht von mir. Auch das kommt aus diesem Kreis. Ich stelle aber eindeutig fest, wenn Sie so eine Polarisierung wollen, Hochkultur gegen Tiefkultur, dann werde ich gerne diesen „dümmlichen Äpler“ abgeben, ich stehe zu unserer Volkskultur.

Ich lese auch heute in der Zeitung die Aussage des Grazer Kulturstadtrates, der mir unterstellt, daß ich die Architektenwettbewerbe nicht mehr zulasse. Von 60 auf 5 reduziert.

Kein Wort davon stimmt, Stadtrat Strobl hat mir versichert, daß er unüberprüfte Aussagen von anderen

zitiert hat. Wir werden dem ganzen auf den Grund gehen. Nur, diese Art der Diskussion über unsere Kultur ist der Mord am Trigon. So kann man darüber nicht sprechen. Ich nehme als liberaler Mensch, der es mit Peter Rossegger hält, für mich in Anspruch, daß ich die Prioritäten Trigon und anderer kulturellen Maßnahmen kritisch hinterfrage. Ich habe das immer gemacht, stehe auch dazu und glaube, daß wir in unserer Vorgangsweise Trigon nicht an erster Stelle haben dürfen. Wir müssen auch darüber nachdenken dürfen, ob dieses Haus in dieser weitgehend ungeklärten Form wirklich den Bedürfnissen der Stadt Graz und den Bedürfnissen des Landes Steiermark entspricht.

Wenn Sie auch teilweise darüber gelächelt haben, daß die Frau Abgeordnete Magda Bleckmann auch andere Bereiche als Kultur aufgezählt hat, wie zum Beispiel ein Bad zur Sonne, wie zum Beispiel Rosenhain, Herr Abgeordneter, erschütterte mich. Wir sollten in der Stadt Graz das Herkömmliche bewahren - schließlich feiern wir nächstes Jahr Peter Rosseggers 150. Geburtstag. Da dürfte es nicht passieren, daß Gebäude dem Verfall preisgegeben werden, wie der Rainerhof, das älteste Gebäude der Stadt Graz, für welches ich ein Jahr für eine Ausfallhaftung verhandelt habe. Über die Wohnbauförderung werden wir das älteste Haus der Stadt Graz renovieren und intakt halten. Für mich ist dieses gesamte Spektrum auch Kultur. Wie stehe ich zu meiner Stadt, wie stehe ich zu der Kultur? Ist es nur ein Museum? In allen Regierungsbeschlüssen steht bitte drinnen, daß es ein Trigon-Museum ist. Es steht auch am Prospekt oben Trigon-Museum. Der Begriff Trigon-Haus ist eine neue Definition. Darüber können wir diskutieren. Die Regierungsbeschlüsse gehen auf Museum, das wird einmal eindeutig festgestellt. Ich kann nicht nur jetzt ein Museum bauen und alle anderen Charakteristiken der Stadt links liegen lassen. Das ist auch eine Radetzkybrücke, das ist auch ein Archiv und so weiter. Ich glaube, daß man diese Bereiche wirklich nicht ins Lächerliche ziehen soll, sondern daß man sich wie viele Bezirkshauptstädte und wie viele Marktgemeinden in der Steiermark schleunigst daran machen sollte, daß man das Gesamtimage und das Gesamtbild dieser Stadt Graz so darstellt, daß wir uns wirklich als Kulturhauptstadt Europas bezeichnen dürfen.

Wir haben ja im Bereich der Architektur Zeichen gesetzt, wir haben ja Kultur gemacht. Das waren aber nicht nur eine Handvoll Architekten, es waren viele, viele Architekten, die hervorragende Leistungen erbracht haben. Wir haben das gemacht. Und weil er gerade eingetroffen ist, der geschäftsführende Ehrenpräsident der ÖVP, der Dr. Gerhard Hirschmann, der hat hier etwas sehr Bedeutendes gesagt. Es kann dieses Jahrhundert nicht nur Mist erzeugen. Wir kommen heute in die Umweltdebatte. Dazu stehe ich. Wir werden Kultur erzeugen müssen. Aber bitte auch eines, und das als Schlußsatz: Wir können das Bestehende, wenn wir vom Mist erzeugen reden, auch nicht nur kompostieren. Dann wäre der Wurm wie in einem Komposthaufen in unserer Kultur. Danke für die Aufmerksamkeit. (Beifall bei der FPÖ und SPÖ. - 11.28 Uhr.)

**Präsident:** Zu Wort gemeldet ist der Herr Landeshauptmann.

**Landeshauptmann Dr. Krainer** (11.29 Uhr): Herr Präsident! Meine verehrten Damen und Herren!

Schon lange hat es eine Kulturdebatte trotz aller Ausritte dieser Qualität und Ernsthaftigkeit – glaube ich – nicht gegeben. Darüber freue ich mich zunächst sehr herzlich, weil es natürlich auch um sehr grundlegende Fragen des Kulturbewußtseins und des Kulturverständnisses im allgemeinen gegangen ist. Und ich bekenne auch ganz offen, daß ich eigentlich nach dieser Debatte sehr viel optimistischer bin, daß wir wieder in eine Ebene miteinander geraten könnten in all diesen Fragen, in denen wir sozusagen das alte Koren-Klima in diesem Hause nicht nur beschwören brachen, wie das immer wieder geschieht, sondern es auch tatsächlich haben. Ich beginne damit, daß ich Ihnen ein Angebot mache, nämlich zunächst einmal den Herren Vorsitzenden der beiden hier in diesem Hause vertretenen Parteien, wen immer Sie als Ihren Kombattanten oder Diskussionspartner auf Ihrer Seite mitbringen wollen, wirklich ein Gespräch am runden Tisch zu führen. Ich habe bedauert, daß Sie meiner Einladung am Montag nicht folgen konnten. (Abg. Dörflinger: „Sie wissen aber warum, Herr Landeshauptmann!“) Nein, ich weiß es nicht. Ich weiß nur, daß einige, die schon zugesagt hatten, nicht hingekommen sind und offenkundig nicht hinkommen durften, auch das respektiere ich, sage ich Ihnen, weil wir selbstverständlich im Sinne dessen, was der Kollege Schmid zuletzt gesagt hat, uns um ein ganz hohes Maß an Liberalität in diesen Fragen bemühen. Auch in den Fragen des Umganges miteinander, solange nicht Regeln verletzt werden, die schlicht und einfach dem allgemeinen Anstand entsprechen. Und daher mache ich dieses Angebot eingangs meiner Erklärungen an diesem Tag noch einmal, und zwar in diesem kleinen Kreis. Ich bin gerne bereit, mit Ihnen auch einen Termin zu vereinbaren, der es ermöglicht, daß wir stundenlang über die Dinge reden. Ich würde aber auch meinen, daß wir gut daran tun, diese zum Teil hochgespielte – ich sage das ausdrücklich – und polarisierende Diskussion in dieser Weise nicht fortzuführen, weil das zwar in einem Klima, wie wir es erfreulicherweise im Lande jedenfalls durch Jahrzehnte gehabt haben, durchaus auch dazu führen kann, daß es bei Spannungspolen in diese oder in jene Richtung zu sehr positiven und fruchtbaren Ergebnissen kommen kann, ich aber die Überzeugung habe, daß wir derzeit an einem Punkt in der Diskussion angelangt sind, in der Justamentstandpunkte und ähnliches eine größere Rolle spielen als das Ziel, das uns eigentlich immer vor Augen stehen müßte, nämlich wirklich alles zu tun, um der Kultur dieses Landes – ich sage es sehr schlicht – zu dienen. Denn so verstehe ich auch liberale Kulturpolitik, orientiert an Qualität.

Es ist nicht uninteressant, daß natürlich in dieser Diskussion auch ein altes Schema eine Rolle gespielt hat, das nicht von allen jedenfalls geteilt wird, nämlich diese berühmte Geschichte mit Hoch- und Volkskultur, und in Klammern spricht dann einer von Tiefkultur. Ich glaube, daß wir im Prinzip sagen können, daß es im großen und ganzen zwei Bedeutungsfelder der Kultur gibt. Nämlich einerseits die erste Bedeutung, die auf Kunstwerken und Handlungen, die in einer bestehenden Gesellschaft durch eine ästhetische und intellektuelle Einschätzung beurteilt werden kön-

nen, liegt und die zweite, die gewöhnlichen alltäglichen Verhaltensweisen, die Ausdruck der Art und Weise sind, wie eine Gesellschaft, auf welcher Entwicklungsstufe sie auch immer stehen mag, ihr Verhältnis zur Welt, zu den anderen und zu sich selbst reflektiert. Das haben ja heute – glaube ich – alle gespürt in der Wortmeldung des Abgeordneten aus der schönen Oststeiermark, wirklich erstaunlich bemerkenswert, in einer sehr überzeugenden und einfachen Weise. Weil Kultur letztendlich, jedenfalls nach meiner Überzeugung, alle Lebensgebiete einschließen muß.

Und es gibt eben zum Beispiel die Morgenkultur, lieber Freund Trampusch, wie Sie das in einem heiteren Prolog zum ersten Redner gesagt haben. Ja, ja, es ist eine heitere Geschichte, aber es ist ein Teil der Lebenskultur, des Lebensvollzuges natürlich auch. Nicht umsonst spricht man auch von politischer Kultur und meint im Regelfall ein Klima, in dem man miteinander auch wirklich reden kann.

Ich sage das deshalb einleitend, weil ich glaube, daß wir uns mit diesen Fragen nach langer Zeit auch ernsthaft auseinandergesetzt haben und daß diese Diskussion fortgesetzt werden sollte. Erlauben Sie mir auch in dieser Frage ein Zitat des großen alten Mannes, des leider vor Jahren verstorbenen Hanns Koren, der immer noch für mich auch die gültigsten Formulierungen nach einem langen Leben gefunden hat.

Er hat im Jahre 1979 gesagt – ich darf Ihnen das vorlesen – zum Thema Volkskultur: „Wenn man über die eigentliche Bedeutung dieses Wortes nachdenkt, bekommt man den Einfall, das Wort umzudrehen. Dann hat man das Wort Kulturvolk und fragt sich, haben beide Worte und Begriffe miteinander etwas zu tun? Muß man ein Kulturvolk sein, um eine Volkskultur zu besitzen und hervorbringen zu können? Wann spricht man von einem Kulturvolk? Wenn die Menschen lesen und schreiben können, wenn die Künste geschätzt werden, die Maler und die Bildhauer, die Dichter und die Komponisten, die Musiker und Schauspieler, die Architekten, die Baumeister und Techniker, wenn in einem Land hohe Schulen sind, wo Gelehrte den ererbten Wissensschatz vermehren und weitergeben? Das alles gehört zur Kultur, das alles gehört zu einem Kulturvolk.“

Aber das alles ist es noch lange nicht. Nicht nur die großen Schlösser und Stifte, die Dome und Paläste, die Opernhäuser und Festspielstätten machen das äußere Bild eines Kulturvolkes aus. Zu diesem Bild, wenn es echt und wahr sein soll, gehören ebenso die Heilstätten und Spitäler, die Kinderkrippen und die Altersheime, die kleinen Herbergen und die kleinen Kapellen und Kirchen im weiten Land. Zur Kultur eines Volkes, zur wahren innerlichen Kultur gehört alles Bemühen, durch das der Mensch sich über die tote Materie und über das Tier erhebt. Kultur beginnt dort, wo der Mensch sich nicht auf den Wildwuchs verläßt, sondern die Erde unter den Pflug nimmt. Kultur begann, als der Mensch aus der Höhle austrat und sich ein Dach, ein Obdach baute. Kultur begann vor allem, als der Mensch es lernte, Feuer zu gewinnen, zu erzeugen und zu erhalten – das heilige Herdfeuer wurde es genannt.“

Es ist bis heute – 1979 hat er das gesagt – das Sinnbild für den innersten Kern und das Wesen dessen,

was wir Heimat nennen. Dieser große Gelehrte, dieser große Kulturpolitiker, dieser Volkskundler, dieser in Wahrheit auch Dichter, das ist ein Kulturbegriff, der erstens schöner nicht formuliert sein könnte und zu dem ich mich hier ganz ausdrücklich und vor Ihnen allen, meine sehr geehrten Damen und Herren, und erst recht heute bekennen möchte.

Erlauben Sie mir, daß ich zu einigen Punkten vor allem der Diskussion sehr konkret Stellung nehme und sozusagen damit auch die Themen noch einmal aufgreife, von denen ich hoffe, daß wir sie in diesem Runden-Tisch-Gespräch – was immer das für ein Tisch dann sei, aber Sie wissen, was damit gemeint ist – auch ausreden werden.

Zunächst einmal, vielleicht ist das nicht unwichtig – es hat der Abgeordnete Erlitz kurz angesprochen –, ich gebe Ihnen die ganz genauen Ziffern, kann man im wesentlichen das Kulturbudget mit den 628 Millionen, das ist es summa summarum, in drei Kategorien einteilen:

Erstens in Ausgaben, die sowohl dem Wesen als auch der Höhe nach entweder gesetzlich festgelegt und als Pflichtausgaben im eigentlichen Sinn zu bezeichnen sind, sowie auch Ausgaben, die zwar als Förderungen gelten, deren Adressaten aber ebenfalls eine Art Gewohnheitsrecht erfahren haben, bestimmte Förderungen seit Jahren, um nicht zu sagen seit Jahrzehnten, zu erhalten. Was glauben Sie, wie groß dieser Anteil ist? Er ist ebenso groß wie im Landesbudget insgesamt, nämlich bei 90 Prozent, ganz genau 89 Prozent. Er macht summa summarum 569 Millionen Schilling aus. Quasi ein mehr oder weniger auf Grund von Gesetzen, Verträgen, quasi eben – wie schon gesagt – gewohnheitsrechtliche Verpflichtung – fast 90 Prozent.

Die zweite Kategorie, die auch vielfach angesprochene. Ich nehme das alles sehr ernst, vor allem wenn es auch so gemeint war im Hinblick auf die Landesausstellungen. Es ist die Idee mit dem Biennialvorgang überhaupt nichts Neues. Das ist heute so dargestellt worden, als sei das eine völlig neue Idee. Im Grunde genommen frage ich mich, warum soll es ein Zweijahresrhythmus sein? Wenn es ausgereizt ist, kann es überhaupt aufhören, ganz cool. Niemand weiß das im übrigen heute schon, aber es hat für viele den Anschein, also ob eine gewisse Inflation heute da wäre und daher die Ausstellungen zwar immer noch natürlich lokal und regional sehr viel bringen, aber tatsächlich nicht mehr unmittelbar dort anschließen, wo sozusagen die ersten Landesausstellungen ihrem Sinn nach begonnen haben. Absolut diskutabel.

Es wurde auch in der Regierung besprochen, natürlich halten wir ein, was versprochen wurde, auch von meinem Vorgänger versprochen wurde. Gott sei Dank haben sich auch die beiden anderen Fraktionen darauf verständigt, daher ist bis 1996 die Sache fixiert. Was nachher kommt, wird im übrigen davon abhängen, wie die Mehrheiten in diesem Hause ausschauen, und im übrigen, welche Vorstellungen der gleiche oder der nächste Kulturreferent in dieser Frage haben wird – niemand kann das heute sagen – und Sie, meine Damen und Herren, die Sie da sein werden oder nicht mehr da sein werden, haben werden. Das ist, glaube ich, ein faires und durchaus demokratisches Verfahren.

7 Prozent des Kulturbudgets sind für Landesausstellungen, wobei hier sowohl die Veranstaltungskosten als auch die Investitionskosten berücksichtigt wurden. Das macht nach dieser Rechnung 44 Millionen Schilling in diesem Jahr aus.

Die dritte Kategorie, daß man frei verfügbare Förderungsmittel nennen könnte als eine Kategorie, macht bitte 4 Prozent aus. Diese 4 Prozent bedeuten 25 Millionen Schilling – erster Punkt.

Zweiter Punkt: die mehrmals, wahrscheinlich wirklich nicht auf der Basis durchgerechneter Zahlen behaupteten Feststellungen.

Ich habe gestern – der Kollege Grabner ist nicht da – aber ich habe gestern im Klub die Rede des Abgeordneten Grabner zur Frage der Straßen über den Lautsprecher gehört. Da werden Behauptungen aufgestellt von gescheiterten Leuten, von sogenannten Fachleuten, die überhaupt nicht stimmen. Es gibt ganz solide Ziffern darüber, daß der Ausbau der Straßen in allen Landesteilen natürlich unterschiedlich, es ist ja auch eine Sache der dort vorhandenen Struktur oder nicht, aber grosso modo ganz erstaunlich ausgeglichen. Es ist aber auch eine Uraltthese, die Obersteirer sagen, alles geht in die Untersteiermark, und die Untersteirer sagen, alles geht in die Obersteiermark. Eine uralte, fast würde ich sagen, landeskulturelle Erfahrung, wenn man lange genug dabei ist. Und so ähnlich ist es mit was geht nach Graz und was geht außerhalb von Graz in der Kulturförderung. Ich habe mir eine ganz genaue Aufstellung geben lassen. Sie werden sich vielleicht wundern, vor allem jene, die das Gegenteil behauptet haben in aller Freundschaft, 51,18 Prozent außerhalb von Graz, 48,82 Prozent in Graz, Landeshauptstadt. Beispiele, Beispiele! Vereinigte Bühnen 91 soundsoviel Millionen, zusätzliche Nachbedeckungen sind 100, sind 106. Philharmonisches Orchester 26,6, „steirischer herbst“ 11 rund, Trigon-Biennale rund 2, Steirische Akademie schon 640, GamsBART, Gesellschaft für Kulturpolitik, je 400.000 und über Land der allergrößte Brocken, ein Brocken wie etwa die Vereinigten Bühnen, das Musikschulwerk und natürlich die Landesausstellungen, wie ich schon gesagt habe. Denn die finden seit Jahren nicht mehr in Graz statt, und die Grazer haben uns mehrmals auf das hin angesprochen, daß sie sozusagen benachteiligt werden, weil man mit den Landesausstellungen hinaus geht. Für uns war das Argument genau dieses, nämlich Regionalisierung. Und das setzt sich fort bis über Wolkenstein, weil das auch oft zitiert wurde. Da gehört dazu der Sängerbund, da gehört dazu die Kulturinitiative, da gehören dazu die Volksbildungswerke, die steirischen Büchereien, da gehört die steirische Kulturvermittlung dazu, da gehört etwa das Österreichische Freilichtmuseum dazu. Ich sage das deshalb, weil ich Sie wirklich auch ersuche, Abschied zu nehmen von einer zum Teil wirklich überhaupt nicht haltbaren Position und dann auch noch idealisierten oder gar ideologisierten Position, die völlig überflüssig ist in diesem Zusammenhang. Daß jemand eine ideologische Position auch in der Kunst einnimmt, ist nicht nur sein gutes Recht. Intelligente Leute haben im Regelfall auch in dieser Hinsicht eine ideologisch zumindest inspirierte Position, das gilt etwa für die Frage, ob ich mich liberal verhalte vis-à-vis dem kulturellen Geschehen oder ob ich stur in eine Linie fahre

und die Meinung vertrete, daß eigentlich nichts anders sein darf als ich es mir selber vorgestellt habe. Es ist ein weiteres, und ich mache das nicht, um hier Ihre und meine kostbare Zeit über Gebühr zu beanspruchen, obwohl ich um 12 Uhr einen sehr wichtigen Termin und um 12.30 Uhr auch einen sehr wichtigen Termin als Landeshauptmann wahrzunehmen habe sowie hier auch als Referent, und ich Sie auch um Ihr Einverständnis bitte, wenn ich zwar etwas überziehen darf, aber dann diese Termine wahrnehmen muß. Es ist keine Frage, daß die lebendige Vielfalt kultureller Aktivitäten und Einrichtungen in der Steiermark einem eben vielschichtigen Kulturbegriff entspricht, dessen Vernetzungen alle Bereiche – ich sage es noch einmal – des menschlichen Lebens erreichen. Die Steiermark bietet Gott sei Dank eine bunte kulturelle Landschaft, klassische Kultur, zeitgenössische Avantgardekultur, hier gibt es ja viele Kategorisierungen über das hinaus, was wir heute schon gehört haben, Hoch- oder Volkskultur. In Graz, aber vor allem in den steirischen Regionen eine keineswegs vollständige Aufzählung der Initiativen und Einrichtungen, die im Jahr 1992 über das Kulturreferat gefördert wurden, soll Ihnen einen kurzen schlaglichtartigen Einblick in diese Vielfalt geben: Poesie im Ausseer Land mit Felix Mitterers „Spiel im Berg“, Sie wissen, Klaus Maria Brandauer inszeniert und faszinierend nicht nur inszeniert, sondern eben auch angenommen; Ausseer Kultursommer: Romuald Pezny; Schladminger Musiksommer; Festival St. Gallen; Eisenstraße; Walter-Buchebner-Gesellschaft Mürzzuschlag; Brahms-Museum Mürzzuschlag – die gleiche Dialektik; Neuberger Kulturtag; Seckauer Kulturtag; St. Lambrecht, Künstlerbegegnung; Judenburg Musiksommer; das von unserem Freund Ussar, langjährigem Kulturreferenten der Stadt Leoben, angesprochene entzückende und faszinierende Stadttheater, mehr als 200 Jahre als, das älteste erhaltene, viele ältere hat es gegeben, sind aber zum allergrößten Teil abgebrannt; Jugendmusikfest Deutschlandsberg, ganz exzellente Geschichte der Frau Prof. Fauland; Kalendarium Wies; Edition und Theater Kürbis, ein hingebungsvoller junger Mann in der Person des Karl Posch, der dort diese Initiative trägt; das Lerchhaus in Eibiswald, wenn Sie Zeit haben, schauen Sie sich das einmal an, eine unglaubliche Aktivität der Gemeinde, aber natürlich auch vieler privater und noch dazu auf höchster Qualitätsebene auch von der Architektur her, ich nenne das Architektenteam nicht, das dort gearbeitet hat, aber unbestrittenmaßen; der Angerer Frühling, auch eine lange Tradition; die Schielleitner Barockabende; die Pischelsdorfer Kulturwochen; die Feldbacher Kulturtag; und wenn Sie nehmen die neuen Initiativen in den privaten Theatern, und nehmen Sie sich die Gelegenheit, diese Theater auch wirklich zu besuchen, eine faszinierende neue Szene, bei der man ja natürlich auch versteht, daß sehr vieles von dem, was progressiv ist und progressiv sein muß und Avantgarde sein muß, primär in solchen Theatern gespielt wird mit Leidenschaft und mit – ich sage noch einmal – totaler Identifikation des Direktors oder Eigentümers oder was immer, wenn ich zum Beispiel an Dobrowsky und Steinbauer denke, ein unglaubliches Duo. Oder wenn man sich auch den Theatermerz anschaut oder das Theater im Keller, eine ganz imponierende Sache, das Forum-Stadtpark-Theater, die Grazer Komödie,

die Kleinkunsthöhle Hin & Wider, Theaterschule in der Brockmannngasse, um die Grazer jetzt zu nennen, Tanzwerkstatt Graz, Tanztheater Graz. Und dann wieder im Lande Arnfelser Schloßspiele, die auch zitierten Vorstellungen der Theaterrunde St. Josef – (Abg. Trampusch: „Herr Landeshauptmann, Sie haben vergessen, daß im Landtag auch manchmal ein Theater stattfindet!“) Da haben Sie recht, aber manches Mal eben gutes und manches Mal – wie Sie wissen – eines, das man den Zuschauern nicht wünscht. (Beifall bei der SPÖ. – Landesrat Dr. Strenitz: „Manchmal professionell, manchmal Laientheater!“) Wildoner Schloßbergspiele, Kulturzentrum bei den Minoriten, dann kommen die bedeutenden, klassisch-modernen Manuskripte, Camera Austria, kann man heute ruhig schon sagen, Eva & Co., das Nabl-Institut, das grandiose Nabl-Institut, das zum Bemerkenswertesten gehört, was es überhaupt gibt und ihrem dortigen Leiter, die seltene Situation, daß Sie zeitgenössische Literatur haben, weltweit bekannt und berühmt, Forum-Stadtpark, weltweit bekannt und berühmt, daß Sie aber daneben einen Chronisten haben noch dazu von einer unglaublichen Sensibilität, der auch noch dazu die authentischen Manuskripte sammelt.

Eine unglaublich starke Sache. Steirisches Volksliedwerk, der Sängerbund: 130 Jahre, neue Führung, exzellente Leute, große Chorwolke in Graz im Sommer, steirisches Sänger- und Musikantentreffen: beste Volkskultur. Auch Kitsch hat seinen Platz, aber beste Volkskultur, nicht volkstümlich, nicht sozusagen. (Abg. Dipl.-Ing. Chibidziura: „Das ist kein Kitsch!“) Ja, aber bitte lieber Kollege, auch da bitte keinen falschen Puritanismus oder Purismus, wenn Sie so wollen. Kitsch ist bitte immer auch dialektisch da zu Kunst. (Abg. Dipl.-Ing. Chibidziura: „Kitsch ist abwertend!“) Na, eben. Bei jedem von uns auch im übrigen. Also das muß man ja zumindest zugeben.

Jedenfalls eine große Szene, eine sehr vielfältige, sehr bunte kulturelle Szene in diesem Lande, dabei mit dem geringsten Anteil, der uns aus dem Budget zur Verfügung steht. Ich weiß, daß das bestimmte Leute möglicherweise nicht gerne hören. Ich ersuche Sie trotzdem um eine bestimmte Offenheit und Redlichkeit und Orientierung an den Gegebenheiten und auch daran, daß wir nicht immer nur kritisieren, die Dinge kleiner machen als sie sind, sondern auch von jenen reden, die wirklich groß sind.

Es war der berühmte Sir Ralf Dahrendorf, der mir in London gesagt hat, als er noch der Chef der London School of Economics war: „Wie geht es Ihrem ‚steirischen Herbst‘?“ – Frage zum Beispiel, viele Jahre her. Im übrigen teile ich die Meinung, die hier ausgesprochen wurde, eine bemerkenswerte Saison dieses vergangenen „steirischen Herbstes“, auch mit sehr unterschiedlichen Ausformungen, wie wir wissen – und dem grandiosen Musikprotokoll.

Ich sage Ihnen, immer mehr Leute setzen sich dort nicht hin, weil sie sich sozusagen bilden wollen, um mit John Cage zu reden, a happy new ear haben wollen das ist übrigens ein schönes Wort des großen amerikanischen Komponisten, der leider im heurigen Sommer gestorben ist, bevor seine Uraufführung hier stattgefunden hat –, aber immerhin, sondern die gehen gerne hin, und die sind beeindruckt und sitzen stundenlang dort in einer Art Nonstopgeschichte. Das

ist ja nicht jedermanns Sache, aber findet hier statt, ist eine ursteirische Initiative, damals bitte schön aus dem ORF herausgewachsen. Oswald dazwischen, dann heute der Solf Schäfer. Es wird ja bei weitem unterschätzt, was die Leute wirklich bedeuten, nicht nur in Graz, nicht nur in der Steiermark, nicht nur in Österreich, sondern weit über die Grenzen unserer Steiermark und dieser Stadt Gott sei Dank hinaus.

Dann ist die Frage, die ich kurz ansprechen möchte, weil Sie, Kollege Erlitz, mich dann auch noch persönlich angesprochen haben, des Sinfonischen Orchesters. Ich mache da eine Vorbemerkung. Seitdem es dieses gibt und ich Landeshauptmann der Steiermark durch Ihre Wahl bin – Vorgänger natürlich in erster Linie, aber es sind ja noch einige da –, habe ich in meinem Budget, nicht im Kulturbudget, Nachbedeckungsmittel zur Verfügung gestellt für dieses Orchester bis in die Phase hinein, wo ich auch dieses Kulturressort politisch verantwortlich zu führen habe. Ich habe mich nicht darum beworben, wie Sie auch wissen. Aber ich mache es gern, weil ich sehr viele gute Mitarbeiter habe, auch unter anderem den Präsidenten des Joanneums, den niemand abschätzig als Verwalter charakterisieren soll. Ich nehme an, daß das auch nicht so gemeint war, aber es könnte sein. Das ist eine Disqualifikation, die sich der Mann überhaupt nicht verdient hat. Jemand, der das so sagt, qualifiziert ja auch selber, auch wenn er mir persönlich sehr sympathisch ist.

Ich sage da dazu, vom vorigen auf das heurige Jahr habe ich das um 100.000 Schilling aufgestockt. Ich habe ein langes Gespräch mit dem Herrn Dr. Ziesel und dem Herrn Fabio Luisi geführt, aus Genova bekanntlich. Ich haben den Herren gesagt: Ich war beim Herrn Unterrichtsminister Scholten und habe ihn gebeten, er sollte in einer Dreierachse Wien – Steiermark – Graz uns helfen, daß wir diesem beachtlichen Orchester, diesem in der Kritik immer wieder sehr positiv eingeschätzten Dirigenten Fabio Luisi die Möglichkeit geben, mehr finanzielle Mittel zu haben.

Ich habe vom Herrn Minister Scholten eine sehr seriöse, sehr anständige und sehr direkte Antwort bekommen. Er hat mir gesagt, „Herr Landeshauptmann, das kann ich nicht. Ich lege meinen Schwerpunkt auf die Förderung zeitgenössischer Kulturförderung. Das paßt sozusagen nicht in das Schema. Ich sage es.“ Okay. Es ist mir wirklich lieber, ich kriege eine solche Antwort, als man wird vertröstet über die Monate oder, was weiß ich, sogar über die Jahre, und letztendlich kommt dabei nichts heraus.

Der Herr Bürgermeister Stingl und der Stadtrat Stobl – deren Engagement ich nicht nur deshalb schätze, weil sie manches Mal im Widerspruch zu orthodoxen Linien und Vorstellungen im Sinne einer alten ideologischen Definition stehen, sondern weil sie orientiert sind auch eben an einer liberalen Kulturpolitik in Graz – haben ebenso wie wir die Mittel um 100.000 Schilling erhöht auf 500.000 Schilling, das heißt, wir geben diesem Orchester eine Million.

Ich habe Ihnen gesagt, was mir ein sehr kompetenter Mann im Hinblick auf ein zweites Berufsorchester in Graz gesagt hat. Wenn Sie wollen, kann ich Ihnen einen Brief vorlesen, was ich nicht tue, weil das eine Sache der Diskretion ist. Der Brief ist an mich selber gegangen. Jemand, der über jeden Zweifel in dieser

Frage erhaben ist, sagt mir, es ist nicht denkbar, ein Berufsorchester, ein zweites, zu finanzieren, denn eigentlich müßte man das vorhandene Grazer Philharmonische Orchester aufstocken, und zwar bemerkenswert aufstocken. In der Relation zu anderen Philharmonischen Orchestern in Österreich – da kenne ich mich ein bißchen aus – ist das das untere Limit. Da habe ich ihnen gesagt, was uns das kostet.

Ich habe kürzlich mit dem Prof. Resel gesprochen, dem Vorstand der Wiener Philharmoniker. Sie haben ja wieder ein sehr klangvolles Konzert gegeben, wie Sie wissen. Ich habe auch Leute dort gesehen, die man sonst in Konzerten nie sieht. Das hat mich persönlich sehr gefreut, ich habe mir aber auch mein Teil dabei gedacht. In jedem Fall weiß der Herr Prof. Resel sehr genau aus einer langjährigen Tradition und eben dieser Arbeit, die er leistet, was es bedeutet, Orchester auf dem Niveau zu halten und sie auch zu finanzieren.

Daher haben wir mit dem Herrn Ersten Landeshauptmannstellvertreter gemeinsam vereinbart, daß es möglich sein muß, daß dieses Orchester nicht nur in Graz konzertiert, sondern auch in anderen steirischen Städten. Es hat zum Beispiel in der müllgesegneten Frohnleitner Gemeinde, daher sprich mit einem exzellenten Budget ausgestattet, schon gespielt, Herr Kollege. Bravo! „Excellente“ würde der Herr Luisi sagen. (Abg. Mag. Erlitz: „Hat er auch gesagt!“) Sehen Sie, ich kenne ihn ja! Aber man muß hinzufügen, und das ist sehr wichtig. Es wird nicht reichen. Und daher werden wir uns bemühen, einige andere auch zu finden, die bereit sind, es ist eine Sache der Freiwilligkeit natürlich. (Abg. Mag. Erlitz: „Das wollen sie!“) Auch, aber nicht nur. Es gibt ja, zum Beispiel schauen Sie, wenn ich mir die Leibnitzer anschäue, das ist eine grandiose lokale Initiative mit Orchester, mit Chor, was weiß ich. Dort lebt sogar der Franz Koriger, ein bedeutender Komponist, oder es gibt enorme Initiativen. Oder eben zum Beispiel diese Landsberger Initiative. Aber wir werden ein Angebot machen in diesem Zusammenhang, und ich werde mich jeder Hysterie enthalten, auch wenn noch so oft und immer wieder gewisse Leute glauben, uns irgendwelche Vorstellungen inszenieren zu müssen. Wir werden da ganz seriös versuchen zu helfen, soweit wir helfen können.

Es soll ja Leute geben, die mir jedenfalls auch gesagt haben, um Gottes willen, lege dich doch nicht mit dem Herrn Dr. Ziesel an. Es sind aber Leute, die damit nicht sehr einverstanden waren, daß er der Intendant des ORF-Landesstudios Steiermark geworden ist. Ich verstehe das alles, ich bin lang genug auf der Welt, und ich habe auch in der Hinsicht keine Illusionen. Aber ich begeben mich auf diese Linie nicht, sondern wir haben ihm geholfen, und wir werden im Maß des Möglichen auch in der Zukunft helfen. Der Herr Scholten hat gleich gesagt, ich kann überhaupt nicht. Und ich respektiere das.

Und nun zum umstrittensten Thema, nämlich diesem Trigon-Haus. Auch da sage ich Ihnen eines, es gibt ja den einstimmigen Beschluß aus dem Jahre 1990, 6. Juli 1990, der gilt, selbstverständlich gilt und in dem es heißt, die Zweckwidmung von 50 Prozent des Abgabenertrages des Fernseh- und Rundfunk-schillings für die Neustrukturierung und Sanierung der Landesmuseen Joanneum einschließlich der Er-



richtung des Trigon-Museums sowie der Ansparung der Mittel ab dem 1. Jänner 1990 wird zugestimmt. Die Neuorganisation des Landesmuseums Joanneum einschließlich Trigon-Museums – heißt es damals – mit dem Ziel einer Führung nach privatwirtschaftlichen Gesichtspunkten sowie der Sanierung und Adaptierung wird zugestimmt. Konstituierung eines Joanneums-Unterausschusses nach dem Muster des Bau-Ausschusses zur Opernsanierung wird zugestimmt. Und nun hat erfreulicherweise das Kuratorium des Joanneums nicht nur das Konzept für die Neugestaltung des Joanneums beschlossen und vorgelegt, es hat mir der Herr Vorsitzende des Kuratoriums und Präsident des Kuratoriums, unser Freund Kurt Jungwirth, auch eine Studie übersandt, ich sage ausdrücklich eine Studie, die Bemerkenswertes zutage fördert, nämlich die Tatsache, daß wir bis zum Jahre 1996, also die laufende Periode, in der Lage sein werden, wörtlich so formuliert, jedenfalls Joanneum und Trigon zu finanzieren. Und da sage ich nach dem Vorschlag des Wirtschaftstreuhanders Fritz Kleiner bei der Montagsrunde völlig überraschend, völlig für alle überraschend, er hat sich das in der Nacht ausgedacht, hat er uns gesagt, ein sehr interessanter Vorschlag eines Privatisierungsschrittes in diesem Zusammenhang, könnte ich mir vorstellen, daß es das jenen leichter macht, die bisher nein gesagt haben, zu einer solchen Konzeption ja zu sagen. Ich will hier keine Antwort. Es ist ein Teil der Diskussion, die wir, glaube ich, ehrlich führen müssen. Ich sage Ihnen aber auch, ohne irgend etwas präjudizieren zu wollen, es gibt bitte eine außerordentlich interessante Studie aus dem Jahre 1989 mit einer Reihe von europäischen Big Shots, beginnend mit dem Titeronte, dem Herrn Dr. Weiermeier, einer Reihe anderer europäischer Kapazitäten und unserer eigenen Museumskapazitäten, die damals den Vorschlag gemacht haben, ein Trigon-Haus möglicherweise in einer Kombination aus Museum der zeitgenössischen oder auch als Kunsthalle in jedem Fall, aber als dringend notwendig dargestellt. So wie die Frau Prof. Wilhelm, die neue Ordinaria an der Technischen Universität für Kunstgeschichte aus Berlin kommend, eine Bremerin, sagt ganz seriös und liebenswürdig, ich verstehe die Diskussion überhaupt nicht, es ist für mich eine Selbstverständlichkeit. Jetzt sage ich noch einmal, es muß nicht für jeden eine Selbstverständlichkeit sein, aber das muß man ernst nehmen. Man muß es vor allem auch deshalb ernst nehmen, weil die Stadt Graz in einem beachtlichen Mehrheitsbeschluß zu dieser Sache steht und sicherlich nicht aus Jux und Tollerei. Ich sage das im Geiste dessen, Kollege Schmid, was Sie zuletzt in Ihrer Wortmeldung ausgeführt haben, ich nehme das auf, und ich gehe davon aus, daß der Kollege Schachner-Blazizek, der sicherlich auch einen wichtigen Termin wahrzunehmen hat, ähnlich in dieser Frage denkt und sicherlich bereit sein wird, auch in diesem Geiste den Versuch zu unternehmen, ein Ergebnis zutage zu bringen, das zwar sicherlich nicht alle befriedigen wird. Das gibt es auf der Welt kaum, eigentlich wahrscheinlich überhaupt nicht, es liegt im Wesen des Menschen, aber ein Optimum an Übereinstimmung zu finden, um – wie ich es eingangs gesagt habe – auch wieder zu jenem Punkt zurückzukehren, der die Phasen der Kulturpolitik in unserem Land bestimmt hat, von denen ich meine, daß sie außerordentlich bemerkens-

werte Phasen gewesen sind und in diesem Sinne auch sozusagen in die Kulturgeschichte des Landes eingegangen sind oder da und dort noch eingehen werden.

Und lassen Sie mich zwei Dinge noch sagen, weil ich glaube, daß es einfach notwendig ist, es zu tun. Wir haben in der Steiermark ebenso eine traditionell außerordentlich bemerkenswerte Erwachsenenbildungszenerie. Sie erinnern sich möglicherweise auch noch an den legendären, längst verstorbenen Prof. Franz Maria Kapfhammer als bundesstaatlichen Volksbildungsreferenten, Sie erinnern sich sicherlich an den Hofrat und wirklich eindrucksvollen langjährigen Leiter des Retzhofes, Hofrat Lendl, der in der nächsten Woche 80 Jahre alt wird, und es ist auch die gegenwärtige Besetzung durch den Herrn Mag. Kalcics in den vielfältigen Ausformungen – sage ich wieder –, sprich Volkshochschule, sprich zum Beispiel Urania, aber viele, viele andere Initiativen dieser Art, unter sehr viel schwieriger gewordenen Bedingungen, weil zum Teil eben auch dieses Überangebot über die Medien, vor allem über die – wie Sie wissen – visuellen Medien, Fernsehen, aber auch dem Rundfunk natürlich sehr viel schwieriger geworden. Und ich kann von der Urania nur sagen, diese Situation kenne ich besonders gut mit Markus Jaruschka, unglaublich, was ein Mann mit einem ganz kleinen Team in der Erwachsenenbildung zu leisten vermag. Unglaublich! Und ich wollte da auch einen Dank von mir aus sagen, weil ich durchaus verstehe, daß wir in großer Ironie und Einheitlichkeit uns nicht ständig gegenseitig bedanken wollen und auch nicht uns sozusagen beweihräuchern wollen. Es liegt mir nicht nur fern, sondern ist aus vergangenen Zeiten. Ich sage zum Abschluß „Styriarte“.

Ich würde auch da ersuchen, keine weitere Verunsicherung zu betreiben, denn gerade auch ein Intendant Mathis Huber hätte sich das überhaupt wirklich nicht verdient. Denn ich sage Ihnen, dieser junge Mann, der selber – wie Sie wissen –, ein hochbegabter akademisch ausgebildeter Musiker ist, hat es zustande gebracht in den letzten Jahren, den Anteil der Förderung über Private zu einem Punkt zu bringen, wie wir das eigentlich alle nicht für möglich gehalten hätten. Das ist ein einsames Beispiel des Kultursponsoring, das es in einem besonderen Maße verdient, unsererseits unterstützt zu werden, ganz abgesehen davon, daß das, was der Dr. Cortolezis dargelegt hat von einer Medienpräsenz, natürlich vor allem durch den Nikolaus Harmoncourt – ich wiederhole, was ich voriges Jahr gesagt habe – es zu einer Todsünde geraten ließe, neben diesen hocheifrigen progressiven Elementen der steirischen Kultur, gewachsenen ebenso und geförderten, nicht ebenso zu fördern.

Wer nicht nur zu den Philharmonikern gegangen ist, sondern wenigstens in einige Konzerte der „Styriarte“ – also ohnedies auch klassisch –, der wird wissen, daß hier absolute und zum Teil fulminante Höchstleistungen in diesem Feld erbracht wurden. Bitte schön, alle steirischen Zeitungen völlig einig, die kritischsten Musikkritiker einig und erst recht natürlich auch andere, auch Österreich und sonst wo in der Welt. Ich möchte das ganz ausdrücklich als eine für mich unverzichtbare Position sagen. Im übrigen soll man jungen Leuten manches Mal auch etwas verzeihen – und nicht nur jungen. Das war sicher nicht gescheit, solche Inter-

views zu geben, aber wahrscheinlich hat der junge Mann geglaubt, ich werde ihn kommen lassen, und er hat halt wahrscheinlich geglaubt, er tut sich, uns und allen etwas Gutes. Formal hat er ja nicht unrecht, wenn er sagt, es sind immer 6 Millionen, wenn man das andere nicht dazurechnet.

Also keine falschen Schlüsse. Er muß sich sehr genau um sein Geld kümmern. Er tut das in einem Maße, wie das bisher keiner zustande gebracht hat. Er hat sich einen Mitarbeiter in der Person des Mag. Schmelzer geholt, der lang bei den Salzburger Festspielen tätig gewesen ist auch. Miteinander betreiben diese wirklich ganz harte Arbeit im Markt. So soll es auch sein.

So bitte ist ja unsere große Amerikaausstellung finanziert worden, die jetzt über 600.000 Besucher bereits zählt, insgesamt San Francisco, New York und Washington. Bis sie in Houston sein wird, sind es ganz sicherlich noch einige hunderttausend mehr. Privat finanziert, aber halt auch mit jemandem, der sich ganz unglaublich engagiert hat, fast besessen, wie diese Frau Hochkofler, die Magisterin, die in der Hinsicht ja ein Genie ist. Es ist ja ein bißchen anders noch in Amerika als bei uns, so etwas auf die Beine zu stellen.

Also, ich würde durchaus glauben – Kollegin Bleckmann, Sie haben da eine kleine Nebenbemerkung gemacht, die mir sehr gefallen hat –, man sollte sich wirklich auch bemühen, in diesem Bereich sozusagen der privaten Kunst- und Kulturförderung zuzulegen. So habe ich es jedenfalls verstanden. Ich hoffe, es war auch so gemeint. Jedenfalls eine imponierende Geschichte.

Ich möchte schließen, damit ich Sie vielleicht auch ein wenig persönlich noch zum Schluß mit einer interessanten Information versorgen kann – vielleicht interessiert das sogar unseren Freund, der da ganz böse ist. Das ist aber kein Grund, lieber Freund, wir meinen es gut, wir meinen es mit allen gut in diesem Zusammenhang –, nämlich der Besucherstatistik:

Vereinigte Bühnen, Oper: Von 1991 auf 1992 eine Steigerung um 14,9 Prozent, das sind in absoluten Ziffern 177.539 Besucher. Opernhaus: plus 33 zusätzliche Aufführungen. Im Schauspielhaus plus 13 zusätzliche Aufführungen, dort eine Steigerung der Besucherzahlen um plus 18, allerdings von einem niedrigen Niveau.

Ich würde wirklich auch empfehlen, hin und wieder wenigstens die Gelegenheit zu benützen, dort hineinzugehen. Es ist beachtlich, wie vor allem die jungen Leute da sind. Das ist durchaus eine neue Tendenz, die auch auf den Intendanten Gerhard Brunner zurückgeht und auch auf den Marc Günther, der nach einer gewissen Anpassungsphase wirklich offenkundig jetzt auch das richtige Gespür für diese Dinge hat. Ich freue mich ganz besonders, daß im Dr. Nebel ein Mann dort ist, der auch kommerziell absolut kompetent ist. Er kommt ja aus unserer eigenen 10er. Es ist auch der technische Direktor dort ein wirklich ernst zu nehmender nicht nur Bühnenbildner, wie Sie wissen, sondern eben auch ein sehr ernst zu nehmender technischer Direktor. Ich wollte das heute deshalb auch sagen, weil da manches Mal auch Sand gestreut wird, allerdings in die Augen der Menschen, und nicht auf Glatt-eis.

Wir haben beim „steirischen herbst“ einen Zuwachs, der viel kleiner ist, der plus 1,3 ausmacht. Aber seitdem Haberl die Intendanz innehat, der auch plus 2,9 im vorigen Jahr zustande brachte und der – wie sehr wahrscheinlich – als Professor an die Kunsthochschule in Saarbrücken gehen wird. Von ihm hoffen wir aber, daß er seinen Vertrag, den er mit uns geschlossen hat, auch trotzdem zu Ende führen kann, denn diese Leute wachsen bekanntlich nicht auf der flachen Hand. Im Zusammenhang gerade eben mit der von mir genannten Sponsoringleistung hat es Huber zustande gebracht, vom Jahr 1991 auf 1992 den privaten Anteil um 28,1 Prozent zu erhöhen.

Das wäre nur eine kleine Auslese aus dieser langen und interessanten – auch für mich sehr interessanten – Debatte und den eben kurzen Antworten, die man dazu geben konnte.

Alles in allem aber zeigt das, daß Kritik zwar notwendig ist und zum Besseren manches Mal führt, in jedem Fall führen soll, daß aber das, was wir zu bieten haben, sehr gut ist. Da berühme ich mich nicht selber, denn ich verstehe – ich sage es noch einmal – liberale Kulturpolitik als das Amt eines, der jene Initiativen unterstützen darf, von denen die Kulturwelt und auch die Kunstkritik der Meinung ist, daß es sich um Qualität handelt, und zwar zum Teil wirklich um europäische, ja in einigen Fällen auch um Weltqualität – so wie im Sport. Auch da sage ich, ja, keine falschen Berührungspunkte, der Mensch ist eine Einheit von Geist, Seele und Körper.

Es hat der Kollege Schachner-Blazizek dem Kollegen Trampusch zugerufen, als er über Flavia Solva sprach. Ich nehme das ernst, was er gesagt hat – ist auch etwas Sinnliches, jawohl. Gerade auch die neuere Malerei zeichnet sich zum Teil dadurch aus. Leider ist der Franz nicht da, weil er hat sich mit der Sache auseinandergesetzt. Es gibt eben Kunstformen auch in der bildenden Kunst, die nicht jeder gleich verstehen kann und die trotzdem eine Botschaft bedeuten, aber halt in einer Sprache, die die Sprache des Künstlers ist.

Und diesen Respekt vor dem Mysterium der Kreativität und des Genialen ist auch ein Teil jedenfalls meines Kunstverständnisses, das ich mir auch von überhaupt niemandem nehmen lassen würde, so wie auch von Ihnen niemand verlangt, daß Sie eine wohlbedachte und offene Position verlassen sollten, sich aber freuen würde, wenn Sie dort, wo die Informationen unter Umständen nicht ausreichend waren und wo wir meinen, einen Weg gemeinsam finden zu können, ihn auch mit uns zusammen beschreiten sollten. (Beifall bei der ÖVP. – 12.25 Uhr.)

**Präsident:** Eine weitere Wortmeldung liegt zur Gruppe 3 nicht vor. Die Frau Berichterstatterin hat auf das Schlußwort verzichtet. Wer mit den Ansätzen und Posten der Gruppe 3 einverstanden ist, möge ein Zeichen mit der Hand geben.

Der Antrag ist mit Mehrheit angenommen.

Ich unterbreche nun die Sitzung bis 13 Uhr. (Unterbrechung von 12.26 Uhr bis 13.01 Uhr.)

**Präsident Mag. Rader:** Bitte Platz zu nehmen, wir werden schön langsam fortsetzen.

Wir kommen zur Gruppe 4, Soziale Wohlfahrt und Wohnbauförderung.

Im Einvernehmen mit der Präsidialkonferenz wird vorgeschlagen, die Spezialdebatte wiederum zu teilen. Dagegen gibt es, wie ich sehe, keinen Einwand, und ich bitte nun den Herrn Berichterstatter zur Sozialen Wohlfahrt, Dr. Martin Wabl, um seinen Bericht.

**Abg. Dr. Wabl** (13.02 Uhr): Es sind die meisten mit dem Mittagessen noch nicht fertig, aber „The show must go on“, wie es schön heißt. Wir kommen zum Kapitel 4, 4a sollte man das nennen, weil Soziales doch einen Stellenwert hat, aber es ist immer noch ein Unterkapitel gemeinsam mit dem Wohnbau. Es geht um folgende Ansätze:

Allgemeine öffentliche Wohlfahrt, Einrichtungen der allgemeinen Sozialhilfe, dann Maßnahmen der Allgemeinsozialhilfe, Einrichtungen der Behindertenhilfe - von der ÖVP ist ja gar niemand da, gilt dies dann überhaupt?

Man sieht, daß wir eher sozial orientiert sind. Maßnahmen der Behindertenhilfe, Einrichtung der Behindertenhilfe, Maßnahmen der Blindenhilfe, Hilfen für Kriegsofergeschädigte nach dem Opferfürsorgegesetz - der einzige, der da ist, ist der unabhängige Glössl, nicht! - freie Wohlfahrt, Entwicklungshilfe im Ausland, Flüchtlingshilfe, sonstige Einrichtungen und Maßnahmen, Jugendwohlfahrt, sonstige Einrichtungen und Maßnahmen, Behebung von Notständen, Maßnahmen, sozialpolitische Maßnahmen, Altersvorsorge, sonstige Maßnahmen, familienpolitische Maßnahmen, sonstige Maßnahmen, und damit komme ich schon zur Wohnbauförderung. Die Summen kann ich nicht sagen, es sind hier 2,2 Milliarden Schilling, die hier umgesetzt werden. (Abg. Dr. Lopatka: „Du mußt von der Gesamtsumme den Wohnbau abziehen!“) 2,2 Milliarden haben wir als Budget - (Landesrat Ing. Ressel: „2,3 Milliarden!“) 2,3 sagt mir der Herr Landesrat. Ich bitte um die entsprechende Debatte, den Antrag stellt dann der nachfolgende Kollege Schinnerl.

**Präsident Mag. Rader:** Du stellst den Antrag in diesem Bereich dieser Gruppe 4!

**Abg. Wabl:** Es wurde im Finanz-Ausschuß beschlossen, und ich beantrage, diesem Unterkapitel die Zustimmung zu erteilen.

**Präsident Mag. Rader:** Die genauen Ziffern werden die bisher 13 gemeldeten Redner genau kennen. Die Debatte wird eröffnet durch die Frau Abgeordnete Minder.

**Abg. Minder** (13.04 Uhr): Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Die Präsenz hier spiegelt, für mich zumindest, die Bedeutung, die man dem Sozialbereich manchmal zugibt. Im Sozialbereich tut sich Entscheidendes und Elementares, wenn wir zum Beispiel an die Einführung des Bundespflegegeldes denken und die damit verbundenen Auswirkungen in den Ländern. Im Budgetbereich und nicht nur dort findet Soziales allerdings bedingt auch durch unsere Willensbildung hier

im Landtag das Bekenntnis zu einem Sparbudget nicht diesen Niederschlag, den wir uns erhofft und erwünscht haben. Kurt Flecker hat in seiner Budgetrede gesagt, das Budget ist das Ergebnis des Möglichen, nicht des Wünschenswerten. Und umso wichtiger erscheint mir ein Aufmerksammachen, eine Diskussion, um doch noch im Rahmen der Förderungsausgaben und der Bedarfszuweisungen die notwendigen Mittel zu erlangen, die für soziale Einrichtungen notwendig sind und die zumindestens den Fortbestand bestehender Projekte gewährleisten können. Ich denke zum Beispiel an das Projekt Tagesmütter. Weit entfernt davon, jedem Kind einen Kindergartenplatz gewährleisten zu können, sind Tagesmütter ein wichtiger Faktor, die Berufstätigkeit der Eltern zu ermöglichen, und in vielen Fällen ist das ja auch notwendig, daß auch die Mutter verdient, und bietet gleichzeitig auch die beruhigende Erkenntnis, das Kind oder die Kinder gut betreut zu wissen. Oder das Projekt „Alpha Nova“. Hier geht es um Menschen mit geistiger oder mehrfacher Behinderung und deren Ausgliederung aus psychiatrischen Anstalten. Der erste Schritt ist getan. Die Heilpädagogische Abteilung ist aus dem Landesnervenkrankenhaus ausgegliedert. Der Verein Lebenshilfe hat die Trägerschaft übernommen, die notwendige Sanierung des Gebäudes auf dem Gelände des Landesnervenkrankenhauses ist geschehen. Die zweite Phase des Projektes sieht jedoch die Schaffung von Wohnheimen mit Beschäftigungsmöglichkeiten für die derzeit 24 behinderten Jugendlichen vor. Hier ginge es um einen Grundsatzbeschuß der Landesregierung, betreffend die Sicherstellung der Finanzierung und die Aufbringung der Mittel aus der Wohnbauförderung, dem KRAZAF und den Subventionsmitteln des Landes Steiermark. Die Liste der Projekte ließe sich fortsetzen.

Nun zu etwas anderem: Über Flüchtlingsleid und Flüchtlingselend, über notwendige humanitäre Hilfe wurde und wird hier an anderer Stelle noch viel gesagt. Ich möchte hier nur kurz auf den Ist-Zustand in der Steiermark eingehen. Am 16. November 1992 fand auf Einladung von Landesrat Erich Tschernitz ein runder Tisch zur aktuellen Situation im Bereich der Betreuung und Integration von Ausländern und Ausländerinnen und Flüchtlingen in der Steiermark statt. Hier konnte festgestellt werden, daß das Landesflüchtlingsbüro - bei der letzten Budgetdebatte war es noch ein Wunsch - sich als richtig und notwendig erwiesen hat und die Zusammenarbeit mit allen öffentlichen Institutionen und privaten Flüchtlingshilfeorganisationen sich bestens bewährt. Derzeit befinden sich in der Steiermark 3480 De-facto-Flüchtlinge, das sind Kriegsflüchtlinge und Vertriebene, die keine Asylanträge stellen. Die Betreuungs- und Unterbringungskosten werden zur Gänze vom Land Steiermark vorfinanziert. Rund 1800 Flüchtlinge und Vertriebene sind bei steirischen Familien untergebracht. Pro Person werden im Monat 1500 Schilling als Aufwandsentschädigung dem Quartiergeber ausbezahlt. Obwohl es hinsichtlich der Aufteilung der Kosten mit dem Bund ein Übereinkommen gibt, nämlich daß der Bund zwei Drittel dieser Kosten trägt, sind bisher noch keine derartigen Bundesmittel eingelangt. Alle übrigen De-facto-Flüchtlinge sind derzeit in Großquartieren der öffentlichen Hand, unter anderem 440 Flüchtlinge in drei steirischen Kasernen, aber auch in Gasthäusern,

Herbergen und bei Privatzimmervermietern untergebracht.

Auch hier wird eine Kostenbeteiligung analog zur Unterbringung im Bundesbetreuungsgesetz angestrebt. Derzeit belaufen sich die Kosten des Landes auf 4 Millionen Schilling pro Monat. Neben diesen Defacto-Flüchtlings befinden sich auch noch 1700 Asylwerber und Asylwerberinnen in der Steiermark, was einen Bundesanteil von 20,9 Prozent beträgt. Unsere Quote wäre 17,25 Prozent.

Gespräche mit dem Bundesminister werden geführt, und es ist zu hoffen, daß es bald zu einer befriedigenden Bündelregelung hinsichtlich der weiteren Vorgangsweise bei Betreuung und Integration kommt. An uns allen wird es aber liegen, daß wir die Voraussetzungen mitgestalten, die zu einem menschenwürdigen Miteinander führen.

Tempora mutantur – die Zeiten ändern sich – oder, etwas abgewandelt, wir haben uns darauf einzustellen. Gesellschaftliche Veränderungen, wie eine rückläufige Ehebereitschaft, zunehmende Zahl der Scheidungen, immer mehr Alleinerziehende, Schwierigkeiten und Unsicherheiten bei der Erziehung der Kinder, einem veränderten Rollenbild der Frau und Mutter, aber auch interkulturellen Veränderungen ist Rechnung zu tragen.

Verbesserte und neue Dienstleistungen sind im Zusammenhang der öffentlichen Jugendwohlfahrt mit privaten Trägern anzubieten. Sache des öffentlichen Trägers ist es, entsprechende Informationen zu geben, rechtliche und finanzielle Rahmenbedingungen zu schaffen, eine notwendige Kontrolle auszuführen und Finanzierungsmodelle zu erarbeiten, die eine bedarfsgerechte – und auf die kommt es uns an – Weiterentwicklung der Jugendwohlfahrt ermöglichen.

Bei mobiler Frühförderung, bei sozialpädagogischer Familien- und Pflegeelternbetreuung und bei Therapieangeboten ist absolut eine Verbesserung der landesweiten Versorgung durch einen überregionalen Einsatz zu erreichen.

Nach regionsspezifischen Unterschieden in der Bevölkerungsstruktur, nach vorhandenem Angebot und festgestelltem Bedarf ist die regionale Versorgung aufzubauen. Sie ist sehr unterschiedlich in der Steiermark. Hierzu sind Startsubventionen notwendig für die erstmaligen Einrichtungen verschiedenster Dienste, und diese müssen verstärkt gewährt werden.

Grundlegende Strukturen, wie zum Beispiel Ausbildungspläne und Kurse, Konzepte und Organisationsplanung, sind weiter zu erarbeiten. Die tatsächliche Realisierung jedoch wird abhängig sein vom Stellenwert, den wir dem Sozialbereich im allgemeinen einräumen, von den finanziellen Ressourcen und letztendlich vom Vorhandensein von qualifiziertem Personal. Dazu wird nicht nur unser Bemühen, sondern unser tatkräftiges Handeln notwendig sein.

Je stärker Risikofaktoren, wie Arbeitslosigkeit, Alkohol, Drogenmißbrauch, Intoleranz und Kinderfeindlichkeit, Wohnungsnot und Armut, ungebremst das Leben in den Familien belasten und stören, umso mehr Hilfsangebote werden benötigt, um den Betroffenen beizustehen, vor allem aber die Kinder und die Familien zu stützen.

Ein steiermarkweit sehr dringender Bedarf besteht bei therapeutischen und präventiven Diensten der mobilen Frühförderung, Sprachberatung, bei sozialpädagogischen Wohngemeinschaften und Pflegeplätzen und bei Beratungsdiensten.

Auf Grund der Unterversorgung ganzer Bereiche der Jugendwohlfahrt beziehungsweise ganzer Regionen sieht der steirische Jugendwohlfahrtsplan eine zentral koordinierte, regionalspezifische, prioritätengerechte Bedarfsdeckung bis zum Jahr 1995 vor. Dieser Plan wird demnächst über unseren Antrag in den Landtag kommen. Im Endausbau sollte jeder Bezirk über eine eigene Zentrale verfügen. Erfreulich ist, daß sich die Kommunikation zwischen privaten Trägern und der öffentlichen Hand bislang sehr positiv entwickelt hat. Ein in jedem Bezirk zu schaffender integrierter Gesundheits- und Sozialsprengel, der ressortübergreifend sowohl Dienste der Jugendwohlfahrt als auch der Behinderten und Sozialhilfe anbietet, würde sowohl für die Klienten als auch für die Helfer eine wünschenswerte Einrichtung darstellen.

Der steirische Jugendwohlfahrtsplan – für die Erstellung danke ich allen Beteiligten sehr herzlich – stellt ein Konzept dar, in dem die derzeitigen und künftigen Bedürfnisse, deren Organisation und Steuerung festgehalten werden. Helfen wir alle bei der Realisierung mit. (Allgemeiner Beifall. – 13.16 Uhr.)

**Präsident Mag. Rader:** Meine Damen und Herren, ich habe Ihnen gestern ein Zitat von Wilhelm Busch vorgelesen über das Reden. Er scheint allerdings den Steiermärkischen Landtag nicht nach der Mittagspause gesehen zu haben, sonst hätte er nicht in Fortsetzung dieses Zitates weitergedichtet „man sitzt gesellig unter vielen, so innig nach Polsterstühlen“. Ich hoffe, daß sich die Stühle in der nächsten Zeit füllen werden.

Der nächste am Wort ist der Herr Abgeordnete Dr. Lopatka. Ich bitte.

**Abg. Dr. Lopatka (13.16 Uhr):** Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren!

Es wird halt in der Regierung auch so sein, wie es hier ist. Es sitzt da, allein und verlassen, der Herr Landesrat Erich Tschernitz. (Abg. Gennaro: „Aber er sitzt da, das ist am wichtigsten!“) Das Sitzen allein ist es ja nicht, Kurt! (Abg. Trampusch: „Ich sitze überall gerne, nur nicht in der Karäul!“) Mit dem Sitzen muß man aufpassen, vor allem wo man sitzt.

Es ist gut, daß der Landesrat Tschernitz da sitzt. Ich hoffe, er sitzt noch lange.

Darf ich zur Sozialdebatte wieder zurückkommen im Einverständnis von den beiden Kurtis – Gennaro und Tasch. (Abg. Dörflinger: „Du hast nicht einmal angefangen!“) Das war sehr wichtig, was ich am Anfang gesagt habe. Ich meine das jetzt sehr ernst. Wenn man sich zum Beispiel diese Antrag anschaut, den die sozialdemokratischen Kollegen eingebracht haben, dann zeigt es das Dilemma auf. Ich möchte noch einmal den Satz wiederholen: Es sitzt allein und verlassen Landesrat Tschernitz, der die Probleme erkennt – ich werde noch auf Details eingehen – und dem die Mittel nicht gegeben werden. Ich werde das noch erläutern. (Abg. Dörflinger: „Du kritisierst eigentlich!“) Nein, ihr

habt in eurem Antrag drinnen, im Entwurf der Rechtsabteilung 9 zum Voranschlag 1993. Ich zitiere aus dem sozialdemokratischen Antrag, eingebracht von Dr. Bachmaier und Kollegen, wo es heißt: „Im Entwurf der Rechtsabteilung 9 zum Voranschlag 1993 wurde bei der vorzitierten Voranschlagsstelle der Betrag von 20 Millionen präliminiert.“ Der Entwurf der Rechtsabteilung 10 – ich weiß nicht, ob das eine ÖVP-Abteilung ist – hingegen sieht wiederum nur 5 Millionen Schilling vor. (Abg. Schrittwieser: „Kollege Dr. Lopatka, was uns freut, ist, daß du erkannt hast, daß der Herr Landesrat Tschernitz ein wichtiger Mann ist!“) Es würde mich freuen, wenn es auch andere erkannt hätten. Es kommt schon noch. Du weißt noch gar nicht, was ich sagen werde.

Das war der Einstieg, damit ihr aufwacht. (Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Noch tut es mir leid, daß ich aufgewacht bin!“) Also, ich glaube, ich versuche es, wieder einmal zu beginnen. Was ich sehr ernst gemeint habe, es ist aber jetzt auch zur linken Position der Landesregierung, von der Sitzordnung her, eine Position dazugekommen. (Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Extrem rechts!“) Der Herr Landesrat Schmid hat gemeint, extrem rechts, das hätte ich mir nie zu sagen getraut. (Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Hier nicht, aber draußen schon!“)

Sehr geehrte Damen und Herren, was ich einleitend jetzt gesagt habe, das habe ich sehr ernst gemeint. Es hat in Österreich und auch in der Steiermark in keinem Bereich so dramatische Veränderungen gegeben wie im Sozialbereich. Ob das die Veränderung unserer Bevölkerungsstruktur ist oder auch das Problem, in erster Linie wird immer das Problem gesehen, der Wanderströme. Ich habe gehofft, daß es entsprechende Anpassungen auch im Landesbudget gibt. Und als ich mir dieses Landesbudget angesehen habe, habe ich merken müssen, daß dem leider nicht so ist. Es geht ja nicht immer um mehr Geld. Ihr müßt mich nur ein bißchen einmal zu Wort kommen lassen. (Abg. Dr. Flecker: „Rede dich aus!“ – Präsident Mag. Rader: „Ich bitte, den Herrn Abgeordneten Dr. Lopatka wirklich einmal beginnen zu lassen!“) Das von Wilhelm Busch haben auch manche falsch verstanden, glaube ich, mit der Geselligkeit nämlich. Gut!

Ich versuche, jetzt wieder eine Landtagsstimmung aufkommen zu lassen, weg von der Wirtshausstimmung. Leider ist dem nicht so. Wenn man das Sozialbudget des Landes ansieht, dann deutet nichts darauf hin, daß wir in der Steiermark eine schlechte Situation im Bereich der Versorgung der älteren Generation haben. Wenn ich mir – und das ist nicht aus der ÖVP-Propagandaabteilung, sondern vom Sozialministerium – diesen Sozialbericht hernehme, dann kann man hier zum Beispiel nachlesen, daß wir bei der Versorgung mit Pflege- und Altenbetten österreichweit an vorletzter Stelle sind. Sicherlich etwas nicht sehr Ermutigendes, ich sage es auch dazu, ein Bereich, wo wir in Zukunft noch sehr viel Geld brauchen werden. Die Frage ist nur, ob wir nicht in anderen Bereichen auch umschichten können, wobei ich glaube, daß die Sozialaufgaben – (Abg. Dr. Flecker: „Hat nicht der Herr Landeshauptmann dafür auch ein Budget?“) Von dem Budget nicht, was Pflegebetten betrifft. Woher soll der Landeshauptmann Geld haben? Du bist ja Finanzexperte! Du gibst dich als solcher aus. (Abg.

Dr. Flecker: „Er bekommt aus dem Topf einen Teil!“) Nein, aber nicht für diesen Zweck. Der Herr Landesrat Tschernitz wird dich da aufklären können. Für die Errichtung von Pflegebetten – (Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Ich werde ihn informieren!“)

Kollege Flecker, der Herr Landesrat Schmid ist bereit, dich zu informieren!

Denn in diesem Bereich – jetzt lasse ich mich nicht mehr unterbrechen – ist es so, daß seit 1971 die Zahl der über 80jährigen, und bei den über 80jährigen wird jeder Dritte einmal zu einem Pflegefall, die Zahl der über 80jährigen in der Steiermark von 22.000 auf 43.000 im heurigen Jahr gestiegen ist, also beinahe eine Verdoppelung derjenigen, die gerade diese Dienste brauchen. Ich finde es schade, daß sich Landesrat Erich Tschernitz hier nicht durchsetzen konnte und daß man dann mit der Budgetdebatte gleichzeitig die Anträge einbringen muß, die zwar gut gemeint sind, aber am Budget nichts mehr ändern. Faktum ist, daß nach wie vor die Spitäler die Millionen fressen und hier wenig gelungen ist. Ich darf wieder zitieren, und zwar Landesrat Ressel, der hat im Finanzausschuß wortwörtlich gemeint: „Im Spitalsbereich sehe ich Lösungen noch nicht, die wir im Wohnbau bereits gefunden haben“ hat er wortwörtlich gemeint. Das heißt, nach wie vor liegen Hunderte Menschen in sündteuren Spitalsbetten, weil Pflegebetten fehlen. In der Steiermark fehlen zudem auch noch die Pflegebetten, ich habe schon gesagt, wir sind österreichweit an vorletzter Stelle, und viele Menschen wiederum müssen im Pflegebett liegen, obwohl wir einen Fehlbestand haben, weil die kostengünstigeren und auch noch menschlicheren ambulanten Dienste uns noch fehlen. Es freut mich auch, daß sich Landesrat Strenitz eingefunden hat (Landesrat Dr. Strenitz: „Aber nicht seinetwegen!“), und wir können ja noch beim Bereich Gesundheit über die Hauskrankenpflege sprechen. Ich möchte mich aber hier wirklich auf das Soziale konzentrieren. Bis auf eine Ausnahme, und zwar das Ruhegeld für Pflegemütter, ist das Sozialbudget eigentlich eine Fortschreibung der letzten Jahre mit zwei Änderungen – stark gestiegene Personalkosten und stark erhöhte Tagsätze, das kann doch nicht Sozialpolitik sein. Dafür reicht auch eine gute Verwaltung in Wirklichkeit aus. Wenn wir ehrlich sind, haben wir in der Sozialpolitik in den meisten Bereichen einen Stillstand.

Ich brauche nur beim Wohnbau beginnen, über den Umweltbereich, es gibt überall gravierende Änderungen. (Abg. Dr. Flecker: „In welchem Bereich? Im Bereich des Herrn Landeshauptmannes? Was hat er geändert?“) Kollege Flecker, wir haben quer durch massive Veränderungen, Umstrukturierungen, ob im Wirtschaftsbereich, ob im Umweltbereich, im Wohnbaubereich ist dieser Bereich abgeschlossen. Ich glaube, daß wir hier sehr vorsichtig sein müssen. Wir haben zur Zeit in bestehenden stationären Einrichtungen eine Kostenexplosion. Nur eine Zahl: Im Jahr 1991 haben wir 615 Millionen im Behindertenbereich aufbringen müssen. Heuer sind es 811 Millionen. Kosten explodieren hier, und wir sind hier in vielen Bereichen von folgendem Prinzip ausgegangen: „Allen alles“, in Zukunft müßte es aber lauten: „Den tatsächlich Bedürftigen das Notwendige.“ Und hier muß es auch in der Gesetzgebung zu Änderungen kommen, bevor wir

gezwungen sind, wie im Musterland der Sozialpolitik, Schweden, lineare Kürzungen vorzunehmen. Ich bin der letzte, der von Sozialschmarotzern spricht. Aber wir haben hier Gesetze beschlossen, deren Exekution viel Geld kostet, und das haben wir uns in der Vergangenheit leisten können. Bevor wir in Zukunft linear kürzen müssen, sollten wir hier schauen, ob es nicht größere Gruppen gibt, die in den Genuß von Leistungen kommen, die sie auch selbst leisten könnten. Ich nenne drei Beispiele: Im Behindertenbereich stellen wir nur auf die Behinderung ab. Ist es sozial, wenn auch derjenige, der ein Monatseinkommen von 30, 40, 50.000 Schilling hat und einen orthopädischen Behelf, ein Hörgerät oder was auch immer, braucht, genauso die Zuschüsse nach dem Behindertengesetz bekommt wie der tatsächlich Bedürftige? Wäre es nicht sozialer, auch hier den Mut zu haben, Einkommensobergrenzen einzuziehen, bevor wir gezwungen sind, linear zu kürzen? (Abg. Gennaro: „Mit einem solchen Einkommen bekommt er ja nichts mehr!“) Selbstverständlich, weil nur auf die Behinderung abgestellt wird. Kurt Gennaro, melde dich dann, wenn du dich auskennst! Du hast etwas anderes gefragt. Du hast gesagt „der kriegt es eh nicht“. Er bekommt einen Zuschuß nach dem Behindertengesetz. (Abg. Gennaro: „Ich frage mich, warum du ans Rednerpult gegangen bist! Wenn er behindert ist, ist er behindert!“) Du hörst überhaupt nicht zu. Ich habe gerade von Einkommen gesprochen, und nicht von dem, was er bekommt. (Abg. Gennaro: „Den Behinderten mußt du mir zeigen, der 30.000 Schilling Einkommen hat!“) Ich habe gesagt, ein paar Fälle aus der Praxis: Pensionierte Beamte zum Beispiel, die eine sehr gute Pension haben, die ihnen vergönnt ist, die brauchen ein Hörgerät, haben nach dem Behindertengesetz Anspruch auf den Zuschuß nach dem Behindertengesetz, oder er braucht einen orthopädischen Behelf. Mir geht es darum, den Mut zu haben, hier Einkommensobergrenzen einzuziehen, und nicht um mehr. (Abg. Dr. Flecker: „Eine Benachteiligung!“) Durch die Behinderung, ich weiß es! (Abg. Vollmann: „Sage mir, aus welcher Sozialhilfe einer mit 30.000 Schilling einen Zuschuß bekommt!“) Es ist nicht mein Standpunkt, und es wird mir doch erlaubt sein, wenn wir alle ans Sparen denken, dann habe ich immer die Angst, daß wir so lange zuwarten, bis wir dann linear kürzen müssen, wie es jetzt vielleicht im Wohnbaubereich passiert ist, was der Kollege Kanduth mir jetzt sehr anschaulich einmal erklärt hat, weil wir zu lange zugewartet haben.

Zweiter Bereich: Heeresgebührengesetz. Ich möchte es ja nur nennen. Auch da gibt es Obergrenzen, aber welche? Der Durchschnittspräsenzdiener muß mit einem Taggeld und was er im Monat dazubekommt mit 2000 Schilling auskommen.

Jetzt gibt es clevere. (Abg. Dipl.-Ing. Chibidziura: „Das wäre ein Sozialmarktschmarotzer, der mit einem solchen Einkommen einen Zuschuß bekommt!“) Wenn ihr die Gesetzeslage nicht kennt, dann meldet euch nicht zu Wort. Das geht nach dem Behindertengesetz. Das ist einkommensunabhängig, da wird nur auf die Behinderung abgestellt. Jetzt habe ich es schon dreimal erklärt.

Zweiter Bereich: Heeresgebührengesetz.

Ich möchte nur Beispiele nennen. Ich glaube, über so etwas muß man diskutieren können, bevor wir ge-

zwungen sind, lineare Kürzungen vorzunehmen. Jetzt habe ich mich wirklich schon mehrfach wiederholen müssen.

Ich möchte Ihnen nur nennen, wie die momentane Gesetzeslage ist. Der Durchschnitt der Präsenzdiener geht zum Präsenzdienst, bevor er das Studium gemacht hat. Dann gibt es welche, die machen zuerst ihr Studium und informieren sich – was ihr gutes Recht ist –, wie schaut es hier aus mit der sozialen Absicherung. Dann muß man ihnen wahrheitsgemäß sagen: „Also, wenn du jetzt einen Job annimmst und schaust, daß du möglichst gut drei Monate hindurch verdienst, dann kann es dir gelingen, wenn du zu Hause eine Frau und ein Kind hast – und Sie hören richtig –, im Monat, während du den Präsenzdienst machst, mehr als 33.000 Schilling zu bekommen“ – geltende Gesetzeslage.

Der andere muß mit 2.000 Schilling auskommen. Der andere hat die Möglichkeit gehabt, ich möchte das ganz offen sagen – (Abg. Dr. Flecker: „Es ist ein Unterschied, ob man aus dem Beruf herausgerissen wird!“) Nicht aus dem Beruf! (Abg. Dr. Flecker: „Aus dem Beruf, mit Familie, oder ob man von der Schule kommt!“) Kurt Flecker, das wundert mich, daß du das jetzt sagst, weil dich halte ich wirklich für einen sehr sozial eingestellten Menschen.

Wieder der Bericht über die soziale Lage in Österreich. Das mittlere Bruttoeinkommen in Österreich liegt bei 16.800 Schilling. Brauche ich Sozialleistungen, die mehr als das Doppelte des mittleren Bruttoeinkommens ausmachen? Muß ich nicht die Obergrenzen so ansetzen, daß von mir aus das mittlere Einkommen, nicht das Mindesteinkommen, die Obergrenze ist? Warum gibt es immer einige wenige, die sich informieren? Das sind ja meistens die Cleveren, und nicht die wirklich Armen, denen man helfen sollte. Die suchen sich die Dinge raus. Es ist nicht der Lehrling, es ist der Studiosus.

Da bin ich beim nächsten Punkt. Wir leisten uns eine Studienbeihilfe. Jawohl, ich bin dafür, sie soll hoch sein. Wir leisten uns auch, daß man diese nie zurückzahlen muß. Ich glaube, über diese Dinge müssen wir ganz offen reden. Ich bin für Sozialleistungen. In der Phase, wo derjenige in Not ist und die Hilfe braucht, da bin ich dafür, keine Kürzungen. Aber ich bin dagegen, daß wir einfach zuschauen, daß linear Regelungen fortgeschrieben werden und daß solche Obergrenzen dann existieren, wo derjenige das bekommt. (Abg. Schleich: „Bei den Behinderten ist eines maßgebend: Was kostet der Behelf? Das ist ein Unterschied!“) Ich bin beim zweiten Bereich, beim Heeresgebührengesetz. Den ersten habe ich erledigt und abgehandelt.

Mir geht es, noch einmal, darum: Der, der sozialbedürftig ist, soll die Leistung bekommen. Er soll sich nie dafür irgendwo verantworten müssen, weil er die Leistung braucht. Aber wir sollen auch bereit sein zu sagen, daß wir Obergrenzen, wo man nicht mehr Anspruch auf die Leistung hat. Wir sollen bei Leistungen nachdenken, ob derjenige, wenn es ihm dann Gott sei Dank besser geht, und das ist bei den meisten, die studiert haben, daß es ihnen – um nur ein weiteres Beispiel zu nennen – nach Jahrzehnten besser geht, nicht dann auch zumindest einen Teil jenes Beitrages, den der Staat geleistet hat, dem Staat wieder zurückgeben



soll. Ich weiß nicht, was hier asozial ist und warum man sich da so aufregen muß seitens der Sozialdemokraten.

Das ist für mich Sozialpolitik. Nicht allen alles, sondern den Bedürftigen das Notwendige. Das meine ich sehr ernst. (Abg. Dr. Flecker: „Wie viele gibt es?“) Denen, die es brauchen, viel Gutes!

Für mich sind Grenzen, was dem Durchschnittsösterreicher zugebilligt wird, was es dem Durchschnittsösterreicher möglich ist, zu verdienen.

Ich orientiere mich hier an Unterlagen, die vom Sozialministerium erarbeitet werden. Das nehme ich als Richtlinien her. Durchschnittseinkommen in Österreich, das sind für mich Grenzen, die ich für nicht asozial halte und für richtige Grenzen.

Ich nenne noch ein Beispiel, wo wir es noch nicht gemacht haben. Im ersten Entwurf zum Sozialhilfegesetz, das wir hier im Landtag haben werden, ist folgende Regelung. Ich kenne noch nicht die Regierungsvorlage, die dann von Landesrat Tschernitz ausgeschrieben wird, vielleicht ist das geändert. Dort ist ein allgemeiner Wegfall beim Rückersatz von der Krankenhilfe.

Ich möchte jetzt folgendes aufzeigen, wie es bei uns ist. Das Pfuschen wird von allen bekämpft, trotzdem gibt es das gerade im Baubereich. Ein Pfuscher fällt vom Baugerüst, kommt ins Krankenhaus. Wer muß sofort zahlen? Die Sozialhilfe. Vollkommen richtig, in dem Moment ist er bedürftig. Bisher war es so, daß sich nachher die Sozialhilfe das bei demjenigen zurückgeholt hat. Nach dem Entwurf geht das in Zukunft nicht mehr, weil bei der Krankenhilfe generell der Rückersatz fallen soll.

Ich sage noch einmal, das ist der erste Entwurf, den ich in die Hand bekommen habe, vielleicht wird das noch geändert. Wir bekommen jetzt an Rückersätzen im Jahr etwas mehr als 30 Millionen Schilling herein, so ist es im Voranschlag ausgewiesen. Daher sage ich, wir müssen, die sozial eingestellt sind, auch über das offen diskutieren und dürfen uns hier diesen Themen nicht verschließen.

Ich sage daher zusammenfassend zu diesem Bereich: Denen, die in Notlage sind, sollen wir unbedingt helfen. Bei der Verbesserung der wirtschaftlichen Situation des Unterstützten bin ich aber für eine Rückzahlungspflicht, wenn Sozialleistungen gegeben werden. Ich glaube auch, daß sich eine zukünftige Sozialpolitik viel flexibler gestalten muß als in der Vergangenheit.

Wir haben – ich habe es vorher schon gesagt – einen großen Fehlbestand bei Pflegeeinrichtungen, auch im stationären Bereich. Da ist sicherlich auch unsere Struktur der Sozialpolitik mit schuld, die hier Vor- und Nachteile mit den Sozialhilfeverbänden hat, daß es einzelne gibt, die haben viel gemacht, und andere gibt, die wollten nur sparen und sparen und haben sehr wenig, manche sogar nichts gemacht.

Das Land hat sich bisher beschränkt, Jahr für Jahr zweistellige, dreistellige Millionenbeträge für die Landesaltenpflegeheime auszugeben. Heuer sind es erstmals mehr als 200 Millionen.

Hier müssen sich Gemeindevertreter mit Vertretern des Landes rasch zusammensetzen, um hier Verbesserungen herbeizuführen. Erst dann – das ist ja die

Schwierigkeit bei dieser Frage –, wenn wir die Pflegeeinrichtungen schon haben, werden wir im Spitalbereich einsparen können. Das heißt, es wird eine Zeitlang sowohl die Menschen noch im Spital geben, wir werden die Gelder ausgeben müssen für die Errichtung von Pflegeeinrichtungen, und erst danach werden die Pflegeeinrichtungen greifen. Das zu diesem Bereich.

Jetzt noch ein Bereich, der mir sehr ernst ist und den ich auch hier ansprechen möchte, wo ich selbst sehr davon betroffen bin, weil wir im Bezirk Hartberg an die 3000 Ausländer haben und der Bezirk sind, der hier die größte praktische Erfahrung hat.

Meine Vorrednerin hat es schon angeschnitten. Bei uns in der Steiermark leben rund 30.000 Ausländer. Die Maßnahmen des Landes haben zu greifen begonnen. Ich bin froh, daß von Landesrat Erich Tschernitz dieser runde Tisch eingerichtet worden ist. Ich habe es auch dort gesagt und sage es hier: für mich ist das eine zukünftige öffentliche Aufgabe, die auch gesetzlich geregelt gehört. Wir haben hier in Wirklichkeit noch keine gesetzlichen Regelungen, und ich will auch haben, daß die Gemeinden durch landesgesetzliche Regelungen – ich sage es ganz offen – gezwungen sind, sich dieser Frage anzunehmen, und nicht wie bisher das abzuschieben. Es ist lange versucht worden, über dieses Thema nicht zu reden. Jetzt beginnen die Regelungen zu greifen. Da ist dem Innenminister im letzten Jahr sehr, sehr viel gelungen. Er hat dafür viel einstecken müssen, aber es ist sehr, sehr viel gelungen.

Wollen wir aber diese Aufgabe lösen, so muß sie auf Orts- und Bezirksebene hinunter verlegt werden. Wir haben auf freiwilliger Basis bei uns im Bezirk einen derartigen Ausländerbeirat, wo alle, die betroffen sind, Gemeindevertreter, Arbeitsamt, Handelskammer, Vertreter der Verwaltungsbehörde, von freiwilligen Organisationen, regelmäßig zusammenkommen, um in sachlicher Form, in Ruhe die Probleme zu diskutieren, auch Lehrervertreter, ich will jetzt gar nicht alle aufzählen, die wir hier haben. (Abg. Dr. Flecker: „Eine Frage: ist es möglich, einen Vertreter der Ausländer dazuzunehmen?“) Sind auch dabei, sind aber nicht immer dabei, weil sozusagen durch die Ausländer reine Inländerprobleme entstehen, wo die Ausländer gar nicht direkt betroffen sind, weil einfach verschiedene Gruppen der Inländer, der Einheimischen sich einmal klar werden müssen, was sie selber wollen, weil die Interessenslagen ganz unterschiedlich sind. Die einen sehen einen Produktionsfaktor Arbeit, und dann hat es sich, und die anderen sehen dazu auch noch den Menschen, der gekommen ist. Ich bitte hier Landesrat Tschernitz, ich habe es ihm auch schon gesagt, daß wir hier auch bei der Gesetzgebung führend sind. Das kostet kein Geld, das kostet nur guten Willen von Orts- zur Bezirks- und Landesebene von allen Beteiligten, wo wir hier vieles regeln können, ausdiskutieren können, was zu lange verschwiegen und abgeschoben worden ist, weil natürlich auch Probleme entstehen, die man aber lösen kann.

Ich sage daher zusammenfassend, was die Situationsanalyse betrifft. Es gibt bei uns in der Steiermark keine Probleme, die wir nicht lösen können. Wir haben jetzt sogar nach einer Phase, die auch zwischendurch chaotisch war, wirklich die Sache voll im Griff. Es gibt

Probleme bei arbeitsuchenden Ausländern, gar keine Frage, es gibt Probleme im sozialen Bereich, auch im Wohnungsbereich. Nur sind die Probleme nicht durch die Ausländer geschaffen worden, sondern durch die Ausländer werden sie umso früher und umso klarer sichtbar. Das muß man auch sehr deutlich dazusagen. Ich bin in dieser Frage hier ganz der Meinung der beiden Generalredner Schützenhöfer und Dr. Flecker, die hier sehr deutliche Worte gefunden haben. Ich glaube, daß hier Ende Jänner ein völlig falsches Signal gesetzt werden soll, das nichts löst. Ich hoffe, ich schade Herrn Präsidenten Mag. Rader nicht zu sehr, aber ich bin sofort, als ich von diesem Volksbegehren gehört habe, an die Worte unseres Dritten Landtagspräsidenten Mag. Ludwig Rader erinnert worden, der einmal im Zusammenhang mit Dr. Haider von Menschenverachtung gesprochen hat. Bisher hat diese Menschenverachtung (Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Die Trattnig war zu liberal!“) insbesondere unliebsame, um nicht gefügige FPÖ-Politiker, wie Dr. Steger, Dr. Peter, Dr. Guggerbauer, Dr. Mautner-Markhof und Grimhild Trattnig, betroffen. Sie haben es zu spüren bekommen, eine kleine Gruppe. Nun geht es um Hunderte und Tausende Menschen, gegen die mobil gemacht werden soll. Ich sage es hier so offen, ich habe heute wieder nachgelesen, welche Pressekonferenzen ihre Vertreter außerhalb des Parlamentes geben, von 400.000 Illegalen sprechen, das ist Angst und Bangemache. Das ist keine Methode, Politik zu machen, wenn es um Menschen geht, ich sage es noch einmal. (Beifall bei der ÖVP und SPÖ.)

Hier sind alle Demokraten dieses Hauses gefordert, dem Beispiel unseres Bundespräsidenten Dr. Klestil, dem Beispiel von Alterzbischof Dr. König, auch dem Beispiel von Dr. Heide Schmidt zu folgen und klar und deutlich nein zu sagen zu einer solchen Politik. (Beifall bei der ÖVP und SPÖ.)

Es ist perfid, wenn ich im eigenen Forst Flüchtlinge arbeiten lasse. Mir geht es nicht um die Bezahlung, ob das stimmt, was ich heute in einem Magazin gelesen habe, und dann gleichzeitig zu sagen, Ausländer raus! Das ist für mich schäbig! (Abg. Dipl.-Ing. Chibidziura: „Wer hat das gesagt?“) Ich habe es heute im Nachrichtenmagazin „News“ gelesen!

Wenn ich hier dazu Stellung nehme, dann möchte ich eines sehr klar sagen – (Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Wer hat gesagt ‚Ausländer raus?‘“) Hier sind auch in anderen Parteien Fehler passiert. Man hat zu lange das Problem nicht erkannt.

Fehler haben wir alle gemacht. Europaweit sind hier große Fehler passiert. Nur, wir haben gelernt aus den Fehlern. Sie haben nicht gelernt.

Hohes Haus, ich stehe vielleicht schon zu lange hier. Ich möchte zum Schluß kommen. (Abg. Weilharter: „Das ist richtig!“) Wenn es um die Hautfarbe von Menschen geht, dann bin ich farbenblind. Wenn es darum geht, den Anfängen zu wehren, daß Haß, Angst und Zwietracht in der österreichischen Politik zum zentralen Thema werden, dann bin ich nicht blind. Und wir, die Demokraten in diesem Haus, dürfen nicht zulassen, daß wir zu einer dumpfen – (Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Gibt es Leute in diesem Haus, die keine Demokraten sind?“) Ich hoffe, wir sind alle Demokraten! Ich hoffe es. Wir dürfen keine dumpfe Trutzburg von Kleingeistern werden. Österreich und die

Steiermark sind viel mehr, wenn wir es nur wollen. Wir müssen es nur wollen. (Abg. Dipl.-Ing. Chibidziura: „Rede einmal offen und sage, wer von den Freiheitlichen hat gesagt ‚Ausländer raus!‘ Das sind Methoden, mit denen man zündelt!“) Ja, gut! Ich möchte ein Beispiel nennen: Kollege Chibidziura, ich möchte ein Beispiel nennen. Du hast mich angesprochen. Ich möchte nur den ersten Punkt eures Volksbegehrens nennen, nur den ersten Punkt, wo es heißt „Einwanderungsstopp“. Das ist undurchführbar. Das müßtet ihr genauso wissen. (Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Es steht nicht drinnen ‚Einwanderungsstopp!‘“) Ja, was heißt das? Sie wissen genau, was drinnen steht. (Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Österreich ist kein Einwanderungsland, das haben auch die Spitzenkandidaten der ÖVP im Wiener Wahlkampf gesagt!“) Ich sage es noch einmal, worum es mir hier geht. Hier werden Menschen zu einem Spielball gemacht. Und ich möchte mit dem schließen, was ich heute in einem Inserat in der „Kleinen Zeitung“ gelesen habe. (Präsident Mag. Rader: „Ich bitte, den Herrn Abgeordneten Lopatka reden zu lassen!“) In diesem Inserat in der „Kleinen Zeitung“ – Sie können es nachlesen – steht das drinnen, worum wir uns alle bemühen sollten. Hier steht, von diesem Mädchen zitiert: „Menschen gegen Menschen – diese Zukunft will ich nicht!“. Danke! (Beifall bei der ÖVP und SPÖ. – 13.48 Uhr.)

**Präsident Mag. Rader:** Der nächste am Wort ist der Herr Abgeordnete Schinnerl.

**Abg. Schinnerl (13.49 Uhr):** Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Ich möchte mit einem Merksatz beginnen, der lautet: „Der Mensch zuerst.“

„Der Mensch zuerst“ deswegen, weil ich glaube, daß das gerade der richtige Ausspruch für die Budgetgruppe 4, Soziales, ist. Wenn der Abgeordnete Lopatka gesagt hat „Menschen gegen Menschen“, ist das sicher falsch. Heute war hier in der Stadt eine Spendenaktion, da hat es geheißen „Menschen für Menschen“, vielleicht hat er sich verlesen. Aber ich möchte trotzdem noch sagen, der Mensch zuerst soll in der heutigen Debatte über soziale Angelegenheiten eigentlich im Vordergrund stehen.

Beim Sozialbereich deswegen der Mensch zuerst, weil ich glaube, daß es einen Anlaßfall gibt, wo gestern in den Medien schon ganz vorsichtig vom Herrn Landeshauptmann berichtet wurde. Es handelt sich um die 63jährige Frieda Wagner, die derzeit in meinem Heimatbereich, im Passailer Kessel, bei ihrem Bruder wohnt und nach 46 Jahren von Rußland hierher heimgekehrt ist. Ich glaube, gerade diese Person bedarf einer besonderen Unterstützung. Wenn man dann in der Zeitung liest, daß es hier wieder ein Hickhack gibt. Wer darf sich dafür verwenden, daß hier eine positive Förderungsaktion stattfindet, oder wer darf sich nicht einsetzen? Dann bitte möchte ich nur sagen, daß hier zuerst der Mensch im Vordergrund zu stehen hat und erst dann die Sachpolitik. Ich glaube, es ist jeder gut beraten, wenn er sich bemüht, daß dieser Person endlich auf dem schnellsten Weg geholfen wird. Ich darf alle bitten, daß sie sich besonders bemühen, denn – es wurde auch gestern schon gesagt – sie lebt bei ihrem Bruder, der hat ein Haus

gebaut, ist Maurer, er wird sie auch nicht auf längere Zeit dort aufnehmen können. Es ist unbedingt notwendig, daß man dieser Person, die so viel mitgemacht hat – das haben wir ja schon aus den Zeitungen erfahren –, daß man schnell, rasch und wirklich hilft.

Ich glaube, es ist sicher ganz egal, ob hier der zuständige Herr Landesrat hilft oder der Herr Landeshauptmann. Ich glaube, wichtig ist hier, daß hier etwas Positives passiert und daß man hier schnell hilft.

Es ist auch sehr wichtig, daß sich alle Verantwortlichen einsetzen, daß sie die Staatsbürgerschaft bekommt, denn sie hat sie ja nicht freiwillig verloren, sondern sie wurde ja damals als junges Mädchen verschleppt. Ich glaube, sie hat wieder Anspruch auf die österreichische Staatsbürgerschaft, wenn sie sie haben will.

Ich glaube, meine sehr verehrten Damen und Herren, wir brauchen eine gemeinschaftsverpflichtende Sozialpolitik. Der Verteilungskampf um das Geld wird härter. Das haben wir auch heute schon aus den Wortmeldungen gehört. Es gibt immer mehr Personen, die von der Sozialhilfe abhängig gemacht werden. Es gibt in unserer Gesellschaft immer mehr schwache, hilflose, kranke und alte Menschen. Diese brauchen eben diese Unterstützung. Wir haben auch dafür Sorge zu tragen, daß wir einigermaßen diese unbedingt notwendige Unterstützung gewähren können.

Ich möchte einen kleinen Streifzug machen, um welche Probleme es hier überhaupt geht, in Anlehnung an die Abgeordnete Minder, die das auch schon versucht hat.

Ich glaube, daß wir nicht nur vom Bund ein Geld bekommen. Wie ihr alle wißt, müssen wir auch an den Bund für den Familienlastenausgleich einiges dorthin bezahlen. Es sind dies 20 Millionen Schilling. Jeder steirische Bürger hat 24 Schilling ab dem 18. Lebensjahr zu leisten.

Wir wissen aber auch, daß wir nicht nur in der Steiermark, sondern auch in ganz Österreich einen starken Geburtenrückgang haben. Ich möchte bei meinem Streifzug da beginnen. Es geht hier um das Pflegegeld für Pflegeeltern. Ich glaube, sagen zu können, daß es hier schon einige Verbesserungen gibt. Wir haben das letzte Mal in der Landtagssitzung bereits über einen Antrag beraten, wo ein Bericht zur Kenntnis genommen wird, daß sich sehr vieles für diese Pflegeeltern positiv ändern wird. Wir haben auch schon erfahren oder den Beschluß bekommen, daß dieses Pflegegeld mit 1. Jänner 1993 eine beachtliche Erhöhung bekommt.

Wir haben dieses Pflegegeld für Minderjährige unter 12 Jahren von 1991 auf 1992 von 3300 Schilling auf 3600 Schilling erhöht und haben es jetzt mit 1. Jänner 1993 auf 5500 Schilling erhöht. Des weiteren wurde das Pflegegeld für die zweite Gruppe, die über 12jährigen Pflegekinder, von 3700 Schilling auf 4000 Schilling erhöht und dann von 4000 Schilling auf 6000 Schilling mit 1. Jänner 1993. Dazu kommt noch die Familienbeihilfe. Die Pflegeeltern bekommen ja die Familienbeihilfe selbstverständlich ausbezahlt. Daß das Pflegegeld 14mal ausbezahlt wird, das wissen wahrscheinlich auch die meisten. Ich glaube, daß hier eine wesentliche Verbesserung erreicht wurde.

Ich hätte eine Frage an den Landesrat Tschernitz, der mir die Antwort im nachhinein bei seinem Schlußreferat sicher wird geben können, warum es möglich war, im heurigen Jahr ab 1. Jänner 1993 eine so beachtliche Erhöhung durchzuführen. Ich bin sehr froh darüber, aber ich möchte eigentlich wissen, warum hier ein so riesengroßer Sprung gegenüber den Vorjahren erfolgen konnte.

Ich glaube auch, daß es durch diese finanzielle Besserstellung wieder mehr Anreiz geben wird, um Pflegekinder aufzunehmen, und daß der Unterschied zwischen den Tagesmüttern und den Pflegeeltern etwas kleiner wird, denn wir haben ja auch schon gewußt, daß die Pflegeeltern – ich möchte hier nicht sagen bevorzugt waren – eine Besserstellung gegenüber den Pflegemüttern gehabt haben.

Ich möchte dann noch das Ruhegeld für die Pflegemütter erwähnen. Wir wissen genau, daß wir nur eine vorübergehende Lösung haben, wo jede Pflegemutter 1000 Schilling im Monat bekommt. Es sind im neuen Budget – für 1993 – hier bereits 40 Millionen Schilling vorgesehen, damit man für diese Pflegemütter eine bessere Pension ausverhandeln wird können. Es finden ja laufend Parteiengespräche statt. Ich glaube, daß man hier in nächster Zeit zu einer Lösung kommen wird.

Im Budget habe ich aber als Anmerkung gesehen, daß in Hinkunft gedacht ist, daß man ab zehn Jahren Pflegezeit für ein Pflegekind Ruhegeld erhält. Ich weiß jetzt nicht, ob die Pflegezeit bewußt von 15 auf 10 reduziert wurde oder ob es hier um einen Schreibfehler oder irgend etwas geht.

Ich bin sehr froh, daß man hier diese 40 Millionen Schilling aufnehmen konnte, obwohl ich auch vorher schon in einem vorherigen Entwurf gesehen habe, daß bereits 50 Millionen Schilling vorgesehen waren, aber wir wissen natürlich alle, auf Grund dieser Budgetknappheit mußte auch Landesrat Tschernitz, der für diese Sache zuständig ist, Haare lassen. Das ist eben einmal so bei Verhandlungen.

(Präsident Mag. Rader: „Bitte einen Augenblick unterbrechen zu dürfen: Ich halte es für sehr vernünftig, wenn die Ausländerdebatte nicht in der Öffentlichkeit stattfindet. Ich würde aber bitten, sie vielleicht außerhalb des Saales stattfinden zu lassen, damit wir uns auf die wesentlichen Dinge konzentrieren können. Ich bitte, jetzt fortzufahren!“)

Die Parteienverhandlungen werden ja weitergeführt. In diesen Parteienverhandlungen wird auch darüber berichtet werden, wie es in Hinkunft mit der Ausgleichszulage ausschauen wird, ob eine Regelung gefunden werden kann, daß die Bezieher dieses Pflegegeldes beziehungsweise dieses Ruhegeldes auch zusätzlich noch trotzdem die Ausgleichszulage erhalten werden.

Diese Ausgleichszulage ist ja auch mit 1. Jänner 1993 für Einzelpersonen von 6500 Schilling auf 7000 Schilling und für Ehepaare von 9317 Schilling auf 9967 Schilling erhöht worden.

Der Herr Abgeordnete Dr. Lopatka hat hier in einem Zeitungsartikel einmal den Vorschlag gemacht, unter Umständen dieses Pflegegeld vorzeitig, in ein paar Gruppen gegliedert, mit dem 60., mit dem 70. und mit dem 80. Lebensjahr auszuzahlen.

Ich glaube, ich kann dieser Vorgangsweise nichts abgewinnen, denn ich glaube, man sollte hier doch schauen, daß man eine einheitliche Lösung für alle Betroffenen erreichen kann. Denn es wäre sicherlich nicht gut, wenn man hier solche Ausnahmen machen würde. Diese Regelung für Pflegemütter kann nach meiner Meinung eigentlich nur der erste Schritt sein in eine andere Richtung. Ich habe schon das letzte Mal erwähnt, daß letzten Endes auch alle Frauen, die Kinder haben, egal ob es eigene sind oder ob sie andere großgezogen haben, einmal mit diesem Pensionsanspruch honoriert werden könnten. Daher auch meine vorherige Frage, warum ein so großer Sprung passiert ist. Denn ich bin auch hier der Meinung, daß man es sich einmal vorstellen wird können, daß man gewisse Umschichtungen machen muß und daß es sehr, sehr riskant ist, wenn man einmal gewisse Beträge festgesetzt hat, daß man sie dann wieder revidiert. Das sollen wir auch nicht tun, aber ich glaube, wir müssen ohne weiteres immer wieder daran denken, daß auch hier in der Sozialhilfe nicht immer alles gleichbleiben kann, sondern daß man von Zeit zu Zeit doch gewisse Änderungen herbeiführen soll. Die Pflegevorsorge ist auch von der Frau Abgeordneten Minder angesprochen worden. Sicherlich eine gute Sache für alle diejenigen, die die Nutznießer dieser Pflegevorsorge sind. Nicht so zum Vorteil für alle diejenigen, die die Kosten berappen müssen. Wir wissen aber auch, daß durch diese Aktion 9 bis 10 Milliarden Schilling hereingebracht werden sollen. Mich stimmt es ein bißchen nachdenklich, weil der Herr Landesfinanzreferent Ing. Ressel in seiner Budgetrede gesagt hat, daß aus diesem Gesetz wahrscheinlich nur 5 bis 6 Milliarden Schilling hereinkommen sollen. Ich weiß nicht warum, wahrscheinlich ist hier auch wieder was passiert, daß man in aller Hektik ein Gesetz gemacht hat und erst die Rechnung im nachhinein angestellt hat. Das gleiche möchte ich eigentlich bei der Festsetzung der Kindererziehungszeiten von vier Jahren behaupten. Diese Lösung ist sicher eine Verbesserung, aber für viele eine Schlechterstellung. Es ist auch deswegen eine Schlechterstellung, weil man nicht für jedes Kind die gleichen Jahre anrechnet, denn nach diesem Gesetz dürfte eine Frau nur genau alle vier Jahre ein Kind bekommen, um in den Genuß dieser vollen Kindererziehungszeiten zu kommen. (Abg. Minder: „Das ist aber nicht die alleinige Schlechterstellung! Da sind ganz andere Schlechterstellungen drinnen!“) Trotzdem möchte ich erwähnen, daß so ein Gesetz nicht nur zu einer Jubelstimmung führen kann, sondern daß man auch erwähnen muß, daß hier doch sehr, sehr viele nicht den Vorteil eines solchen Gesetzesbeschlusses ausnützen können. Ich glaube aber auch, daß wir trotzdem froh sein können, daß wir hier in unserem Budget diese Summen zur Verfügung haben. Wir wissen ganz genau, wie schwer es war, dieses Budget doch einigermaßen noch so hinzubringen. Über die genaueren Auswirkungen oder Stellungnahmen zum Budget möchte ich dann in einer späteren Wortmeldung bei der Gruppe 9 berichten.

Wir wissen, daß die Wirtschaftslage immer schlechter wird. Das ist allgemein bekannt. Das Wirtschaftswachstum liegt bei zirka 2 Prozent, kann aber noch darunterliegen und auf 1,5 Prozent sinken. Wir wissen aber ganz genau, geht es der Wirtschaft gut, dann können auch wir im Sozialbereich mit den ent-

sprechenden Mitteln rechnen. Geht es der Wirtschaft schlecht und ist es der Wirtschaft nicht möglich, diese erforderlichen Mittel aufzubringen, dann werden auch wir rigorose Einschränkungen machen müssen. Das muß uns allen klar sein. Ich möchte aber auch in den Vordergrund stellen, daß wir in Hinkunft die Familien etwas mehr fördern müssen. Denn ich glaube, daß wir jetzt noch immer die gleichen Fehler machen, wir versuchen nämlich immer nur, bei den sozialen Auswirkungen herumzudoktern, die alle fast nur passieren, weil die Familien nicht intakt sind und weil man den Familien nicht das dementsprechende Einkommen läßt. Würde man eine familiengerechtere Politik machen, würde man die Familien besser leben lassen, dann hätten wir auch weniger soziale Belange zu befriedigen. Ich glaube, daher ist es sehr, sehr wichtig, daß wir gerade in erster Linie unsere Familien fördern. (Abg. Dr. Maitz: „Da sind wir auf der gleichen Ebene!“)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich glaube, wir müssen hier zu einer neuen Familienförderung kommen. Wir müssen ein Familiensplitting einführen, und wir müssen endlich wieder trachten, daß Kinderkriegen in unserer Gesellschaft kein Nachteil ist (Beifall bei der ÖVP.), sondern wir müssen unsere Politik so ausrichten, daß wir die Familie wieder in erster Linie fördern, denn wir wissen ganz genau, daß wir mehr Leute brauchen. Wir haben in der Steiermark um 30.000 Geburten zu wenig. Hätten wir diese Geburten, bräuchten wir sie nicht mit Auswärtigen oder Ausländern auffüllen. Derzeit müssen wir das, weil wir diese Arbeitskräfte eigentlich brauchen. Ich möchte aber auch noch einige Bemerkungen machen, wie es mit der Verschuldung bei den österreichischen Familien aussieht. 100.000 Familien mit 200.000 Kindern leben armutsgefährdet. Bei zwei Dritteln der betroffenen Familien ist der Haushaltsvorstand ein Arbeiter. Ich glaube, das müssen wir auch berücksichtigen. Nur 14 Prozent davon sind Familien von Angestellten. 26 Prozent aller Alleinverdienerfamilien in aufrechter Ehe oder Lebensgemeinschaften sind sowohl absolut oder relativ häufig arm oder als armutsgefährdet anzusehen. Von 11.000 Alleinerzieherfamilien sind 17,5 Prozent der Familien armutsgefährdet. Das allein sagt schon, wie wichtig es ist, in Hinkunft die Familie besser zu fördern.

Und noch einmal ein Wort zum Abgeordneten Lopatka. Seinen Ausführungen kann ich ohne weiters folgen, und ich kann sie auch befürworten, wenn es darum geht, bei den sozial Bedürftigen Einkommensobergrenzen einzuführen. Das darf aber nicht heißen, daß man hier alle sozial Bedürftigen beziehungsweise Sozialhilfeempfänger über den gleichen Kamm schert. Selbverständlich gibt es hier für sozial Bedürftige Ausnahmen, und ich glaube, da ist früher irgendwo ein Zwischenruf wegen der Behinderten gewesen, daß es hier bei den Behinderten der Fall ist. Ich glaube, Behinderte sind ja laut dem Gesetz Sozialbedürftige. Und daher würde diese Obergrenzenbestimmung hier überhaupt nicht zum Zuge kommen. Ich hätte noch viele andere Dinge bei meinem Streifzug zu erwähnen. Ich möchte aber noch einen Fall erwähnen. Das „No-Problem-Orchester“, hier hat es ein Förderungsansuchen an den zuständigen Landesrat gegeben, und ich weiß nicht, ob hier bedarfsgerecht mit der richtigen Brille das notwendige

Augenmaß der erbetenen Förderung gefunden worden ist.

Ich möchte dann auch hier den zuständigen Herrn Landesrat ersuchen, in seinem Schlußplädoyer Stellung zu nehmen. (Abg. Dr. Wabl: „Plädoyers gibt es bei Gericht!“)

Die Tagesmütter habe ich schon erwähnt.

Ich möchte dann schon zum Schluß kommen und sagen, daß es sehr, sehr wichtig ist, für die kleinen Leute da zu sein, für behinderte, für blinde, Kinder, für alte, kranke, bedürftige und schwache Menschen da zu sein, denn das sind die wirklich förderungswürdigen Personen in unserer Gesellschaft, die die dringend notwendige Hilfe und Unterstützung unbedingt brauchen. Deshalb stimmen wir Freiheitliche der Gruppe 4, Soziale Wohlfahrt, zu. (Beifall bei der FPÖ. – 14.10 Uhr.)

**Präsident Mag. Rader:** Nächste Rednerin ist die Frau Abgeordnete Dr. Karisch. Nach ihr die Frau Abgeordnete Dr. Bachmaier.

**Abg. Dr. Karisch (14.11 Uhr):** Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Als erstes möchte ich Ihnen versprechen, daß ich nur halb so lang spreche wie meine Vorredner.

Ich spreche zum Ansatz 469 der Gruppe 4, der das Büro Frau, Familie und Gesellschaft betrifft. Das Büro Frau, Familie und Gesellschaft hat sich in den wenigen Jahren seines Bestehens zu einer auch über die Grenzen der Steiermark hinaus bekannten und angesehenen Anlaufstelle in Frauen- und Familienfragen entwickelt. Die Bilanz seiner Arbeit ist beachtlich.

Der Bogen der Tätigkeit spannt sich von unzähligen Einzelberatungen über die Herausgabe von Informationsbroschüren, die Ausbildung von Frauen- und Familienreferenten bis hin zur Veranstaltung von Seminaren und Wettbewerben, wie zum Beispiel den Wettbewerb „Frauen- und familienfreundlichster Betrieb der Steiermark“, an dem sich 1992 immerhin 54 Betriebe beteiligt haben. Das steirische Frauenförderungsprogramm „Taten statt Worte“ wird wegen seines Erfolges nun sogar von der Frauenministerin in ihrem Programm „Frauen 2000“ aufgegriffen. In Vorbereitung auf das internationale Jahr der Familie 1994 wurde seitens des Referates bereits eine steirische Familieninitiative gestartet, die das Bewußtsein und die Bedeutung von Familienfragen im öffentlichen und privaten Bereich stärken soll.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Sie sehen, es ist viel geschehen im Büro Frau, Familie und Gesellschaft, und sehr vieles ist im Fluß. Ich möchte bei dieser Gelegenheit der Frauen- und Familienbeauftragten, Frau Ridi Steibl, und ihrem Team für ihren Einsatz sehr herzlich danken.

Unserem Landeshauptmann bin ich heute noch dankbar, daß er mit der damals pionierhaften Einrichtung dieses Büros auf Landesebene den steirischen Frauen und Familien eine Anlaufstelle und einen Bewußtseinskatalysator geschenkt hat.

Meine Damen und Herren, erlauben Sie mir einige Anmerkungen zur Leistung der österreichischen Frauen und Familien für die Gesellschaft. Ich kann da

nahtlos an meinen Vorredner, den Herrn Kollegen Schinnerl, anschließen.

In den österreichischen Haushalten und Familien werden jahraus, jahrein – in weit überwiegendem Maß von Frauen – gewaltige Leistungen für die Gesellschaft erbracht. Leistungen, die noch immer in keiner volkswirtschaftlichen Bilanz Niederschlag finden, Leistungen, die nicht honoriert werden, ja oft nicht einmal anerkannt werden.

Haushalte und Familien werden heute nicht nur von der Gesellschaft geprägt, sondern sie wirken ihrerseits auch auf die Gesellschaft ein. Ein paar Beispiele dafür:

Familien und Haushalte, meine Damen und Herren, leisten die wichtige gesellschaftliche Reproduktionsarbeit, wie das volkswirtschaftlich so schön heißt. Das heißt, sie sorgen für die nächste Generation, die nächste Generation an Staatsbürgern, Arbeitskräften, Steuerzahlern, Soldaten, Konsumenten, was immer Sie wollen. Dabei leisten die Frauen den Großteil der Erziehungsarbeit, das heißt, von ihnen hängt es ab, wie die nächste Generation ausfällt, ob gesund, leistungswillig, rechtschaffen oder nicht.

Familien und Haushalte leisten auch einen wesentlichen Beitrag zur Erhaltung und Wiederherstellung der Gesundheit der Familienmitglieder. Das beginnt bei einer gesundheitsbewußten Lebens- und Ernährungsweise und endet bei der Krankenpflege, die nach wie vor zum größten Teil von den Familien geleistet wird. Empirische Untersuchungen zeigen, daß der überwiegende Teil der medizin- und gesundheitsbezogenen Prävention und Therapie innerhalb des Familien- und Verwandtenkreises erbracht wird. Dies hilft viel sparen, Herr Landesrat Strenitz! Wenn die Familien das nicht täten, hätten die Spitäler und auch die Altenpflege noch viel mehr Arbeit.

Diese Leistungen müssen als bedeutsamer Faktor für die Gesundheit der Bevölkerung gewertet werden. Ähnliches gilt übrigens für den häuslichen Pflegebereich. Noch immer werden 80 Prozent der Pflegebedürftigen zu Hause versorgt. Wenn die Steiermark – wie wir früher gehört haben – an zweitletzter Stelle in der Statistik der Pflegebetten liegt, so ist das auch nur deshalb noch erträglich, weil die Familien so viel leisten und vor allem die Frauen in den Familien.

Familien und Haushalte leisten auch ganz Wesentliches im Umweltschutz. Von hier gehen wichtige Impulse aus, sei es in Ernährungsfragen, sei es im Umgang mit Abfällen oder Reinigungsmitteln oder auch bei der Anschaffung energiesparender Haushaltsgeräte, um nur ein paar Beispiele zu nennen.

Familien und Haushalte schließlich sind als Konsumenten die wichtigsten Auftraggeber und Abnehmer für die Wirtschaft. Die privaten Haushalte entscheiden als Konsumenten über 55 Prozent des Sozialproduktes. Zum Vergleich: der Staat mit seiner Nachfrage hingegen nur über 20 Prozent.

Familien, und da vor allem die Frauen, leisten schließlich viel unbezahlte und unbedankte Arbeit im Sozialbereich und im öffentlich-politischen Bereich. Ohne diese ehrenamtlich geleistete Arbeit der Frauen wäre unsere Gesellschaft um vieles ärmer und kälter.

Meine Damen und Herren! Es ist hoch an der Zeit, daß die Leistung der österreichischen Haushalte endlich in die volkswirtschaftliche Gesamtrechnung auf-

genommen wird. Diese Leistung gehört zum Bruttoinlandsprodukt der österreichischen Bevölkerung, und sie läßt sich auch berechnen. Die steirische Frauenbewegung hat bereits vor fünf Jahren eine Studie beim Österreichischen Wirtschaftsforschungsinstitut in Auftrag gegeben. Frau Dr. Gudrun Biffel hat damals auf der Grundlage einer Mikrozensusserhebung zum Zeitbudget des Österreichischen Statistischen Zentralamtes den volkswirtschaftlichen Wert der unbezahlten Arbeit berechnet. Dieser Wert betrug damals ein Drittel des Bruttoinlandsproduktes. Diese Größenordnung ist auch in vergleichbaren ausländischen Studien immer wieder bestätigt worden.

Ein Drittel des Bruttoinlandsproduktes, meine Damen und Herren, das sind heute 600 bis 700 Milliarden Schilling im Jahr. Zum Vergleich: Unser Landesbudget beträgt 36 Milliarden Schilling. Also 600 bis 700 Milliarden Schilling, die eigentlich noch zum Bruttoinlandsprodukt hinzugerechnet werden müssen.

Meine Damen und Herren, Sie brauchen sich jetzt nicht zu fürchten. Ich fordere keine Bezahlung der Leistung der Haushalte. Ich wünsche mir aber Anerkennung für diese Leistungen, Anerkennung und Verständnis für die Doppel- und Dreifachbelastung vieler Frauen und Hilfestellungen, wo immer es geht. Seien das Tagesmutterprojekte, Kindergartenplätze, Teilzeitarbeitsplätze bei voller rechtlicher Gleichstellung, seien es Weiterbildungsangebote, Wiedereinstiegshilfen oder Pensionszeiten für Erziehungs- und Pflegeleistungen.

In diesem Zusammenhang möchte ich betonen, daß Erziehungs- und Pflegezeiten in Zukunft zumindest zum Teil auch pensionsanwartschaftsbegründend sein müssen. Der Entwurf von Herrn Bundesminister Hesoun ist unbefriedigend und sieht in Teilbereichen, wie wir heute schon gehört haben, sogar eine Verschlechterung vor. Ich wollte in den letzten Tagen erfahren, wie weit die Sache jetzt in Wien im Parlament gediehen ist. Es ist mir nicht gelungen, das klar herauszubringen. Ich befürchte Schlimmes, aber wie immer es sein wird, ich möchte hier ankündigen, wir Frauen, und zwar die Frauen aller Parteien, werden nicht ruhen, ehe wir eine gerechte Pensionslösung erreicht haben!

Meine Damen und Herren, ich freue mich sehr, daß ich vor allem - ich bin gleich fertig, Sie werden noch etwas hören, das Sie freut - von meinen männlichen Kollegen Applaus bekommen habe und betrachte diesen als Unterstützung.

Meine Damen und Herren, neben der vielen Arbeit sollen Frauen auch immer freundlich sein und hübsch und entspannt aussehen. Die amerikanische Journalistin Caroline Klein Simon hat die Erwartungen an die Frau sehr treffend ausgedrückt - ich hoffe, Herr Kollege Gennaro, Sie können mir da folgen -, sie sagt: „Eine Frau soll aussehen wie ein junges Mädchen, auftreten wie eine Lady, denken wie ein Mann und arbeiten wie ein Pferd.“

Meine Damen und Herren! Unsere Frauen brauchen bei der Vielzahl ihrer Aufgaben Hilfestellungen der Gesellschaft. Das Familienpaket unserer früheren steirischen Familienministerin und das Gleichbehandlungspaket der Frauenministerin sind wichtige Schritte. Weitere Schritte müssen noch folgen. Nicht aus Egoismus der Frauen, sondern damit die Frauen

ihre Arbeit in Familie und Gesellschaft zum Wohle von uns allen noch besser erfüllen können. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit! (Beifall bei der ÖVP und FPÖ. - 14.22 Uhr.)

**Präsident Mag. Rader:** Die nächste Rednerin ist die Frau Abgeordnete Dr. Bachmaier-Geltewa, nach ihr die Frau Abgeordnete Pußwald.

**Abg. Dr. Bachmaier-Geltewa (14.22 Uhr):** Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren Abgeordneten!

Meinen Beitrag zum Kapitel Soziales möchte ich den Pflegemüttern widmen. Es ist mir an dieser Stelle ein Anliegen, Herrn Landesrat Tschernitz meinen herzlichen Dank dafür auszusprechen, daß es durch seine Initiative möglich geworden ist, daß steirische Pflegemütter ein Ruhegeld erhalten. Dieses Ruhegeld beträgt bekanntlich seit 1. Juli 1992 1000 Schilling pro Monat und wird jenen Pflegemüttern gewährt, die das 60. Lebensjahr vollendet haben und 15 Jahre hindurch mindestens ein Pflegekind betreut haben. Nach Schätzungen gibt es in der Steiermark etwa 1300 Pflegemütter, die 60 Jahre alt sind und von denen der Großteil die Kriterien für die Erlangung eines Ruhegeldes erfüllt. Im Budget für das Jahr 1993 ist ein Betrag von 40 Millionen Schilling für das Ruhegeld vorgesehen.

Dieser Budgetansatz könnte es ermöglichen, daß in Zukunft das relativ niedrige Pflegegeld von derzeit 1000 Schilling entsprechend angehoben werden könnte. Vorstellbar wäre, hinsichtlich der Höhe zu differenzieren, wie viele Jahre und wie viele Kinder eine Pflegemutter betreut hat. Mir schiene es sozial ausgewogener, wenn eine Pflegemutter, die beispielsweise durch 20 Jahre hindurch drei Kinder in Pflege hatte, ein höheres Ruhegeld erhält als jene, die 15 Jahre ein Kind betreut hat. Die dafür vorgesehenen 40 Millionen Schilling könnten nach gänzlicher Erfassung sämtlicher erforderlicher Daten entsprechend verteilt werden. Wir müssen uns eines immer vor Augen halten, nämlich, daß Pflegemütter eine sehr schwierige und verantwortungsvolle Tätigkeit erfüllen. Pflegefamilien geben Kindern, die aus verschiedenen Gründen nicht in ihrer eigenen Familie aufwachsen können und oft Verhaltensauffälligkeiten und sonstige Defizite aufweisen, eine Kindheit in familiärer Atmosphäre. Wir wissen alle - und das ist unbestritten -, daß bei notwendiger Fremdunterbringung von Kindern die Betreuung in Pflegefamilien eindeutig Vorrang vor der Heimunterbringung hat - und das nicht nur aus Kostengründen!

Pflegeeltern erhalten für ihre Tätigkeit keinerlei Entlohnung, obwohl sie sich einem differenzierten Auswahlverfahren zu stellen haben und sich außerdem diversen Schulungen unterziehen müssen. Diese Pflegeeltern, die ihre Pflegekinder vielfach rund um die Uhr intensiv betreuen, erhalten als Abgeltung hierfür lediglich 3600 Schilling - für Kinder bis zu zwölf Jahren - und 4000 - für Kinder ab zwölf Jahren - monatlich bezahlt. Dieser Betrag entspricht im wesentlichen lediglich dem tatsächlichen Aufwand und steht in keiner Relation beispielsweise zur Entlohnung der Tagesmütter, die für die Betreuung eines Kindes monatlich 3367 Schilling als Basislohn für 40 Stunden



ohne Nachtbetreuung erhalten. Außerdem käme hiezu noch eine Essenspauschale in der Höhe von 300 bis 600 Schilling. Diese Tagesmütter stehen in einem Arbeitsverhältnis, sind pflichtversichert und genießen außerdem alle Vorteile aus dieser Vollversicherung.

Diese unterschiedliche Behandlung von Pflege- und Tagesmüttern ist nicht einsichtig. Es erscheint daher höchst an der Zeit zu sein, daß das Pflegegeld entsprechend angehoben wird - das ist noch nicht, das kommt erst, Herr Abgeordneter Schinnerl, jetzt haben wir den 3. Dezember 1992.

Die diesbezüglichen Bemühungen des Herrn Landesrates Tschernitz auf Anhebung des Pflegegeldes für Kinder unter 12 Jahren auf 5500 Schilling und für Kinder über 12 Jahre auf 6000 Schilling monatlich sind sehr zu begrüßen, womit zu hoffen ist, daß durch diesen kleinen finanziellen Anreiz die Zahl der Pflegeeltern entsprechend erhöht werden kann, um so den Bedarf an guten Pflegeplätzen einigermaßen abdecken zu können. Dazu kommt noch, daß es bei Erhöhung dieses Pflegegeldes einer Pflegemutter finanziell vielleicht ermöglicht werden könnte, sich in der Pensionsversicherung selbst zu versichern, um so im Alter eventuell durch diese freiwilligen und andere Versicherungszeiten zu einer eigenen Pension zu gelangen. (Präsident Mag. Rader: „Ich bitte, die Hintergrundgeräusche etwas zu reduzieren!“) Ich danke dem Herrn Präsidenten!

Wenn es uns gelingt, das Pflegegeld entsprechend anzuheben, dann ist es gleichzeitig Ausdruck dafür, wieviel uns diese gegenüber anderen meist benachteiligten Kinder wert sind. Es ist dies nicht nur eine Frage der Wertigkeit, sondern spiegelt auch die soziale Einstellung all jener wider, die dieses erhöhte Pflegegeld zu beschließen haben. Lassen Sie mich aber abschließend zur rechtlichen Situation der Pflegemütter noch ein paar Anmerkungen machen:

Leider gibt es keine bundesweite Regelung der Altersversorgung für Pflegemütter. Sie können noch etwas lernen, wenn Sie zuhören, Herr Abgeordneter Grillitsch! (Präsident Mag. Rader: „Darf ich eine Sekunde reden, Frau Abgeordnete. Mir fällt auf, daß diejenigen, die früher eingemahnt haben, daß ich Ruhe schaffe, jetzt in der Zwischenzeit selbst schwätzen. Ich bitte, jetzt die Frau Abgeordnete fortfahren zu lassen!“) Leider gibt es keine bundesweite Regelung für eine Altersversorgung der Pflegemütter.

Lediglich Wien und Graz und seit 1. Juli 1992 die Steiermark haben eine Sonderregelung getroffen. Wenn wir nun kurz vor dem Inkrafttreten der 51. ASVG-Novelle stehen, so frage ich mich, ob die in letzter Zeit so viel diskutierte Anrechnung von Kindererziehungszeiten in der Pensionsversicherung auch für Pflegemütter anwendbar sein wird.

Bedauerlicherweise hat sich herausgestellt, daß die beabsichtigte Form der Anrechnung der Kindererziehungszeiten für viele Frauen eine Schlechterstellung gegenüber der bisherigen Regelung bringt. Wäre man bei der Anrechnung von 3 Prozent der jeweiligen Bemessungsgrundlage pro Kind für eine Frau, die insgesamt nicht mehr als 57 Prozent der Bemessungsgrundlage erlangt, geblieben, so wäre vielen Frauen mehr gedient gewesen.

Ich kann nur hoffen, daß sich diesbezüglich noch eine bessere Regelung treffen läßt und daß vielleicht auch Pflegemütter, die jahrelang Kinder pflegen und dadurch keiner geregelten Arbeit nachgehen können, Kindererziehungszeiten für eine etwaige spätere Pension angerechnet erhalten.

Pflegemütter können in der bevorstehenden ASVG-Novelle aber auch etwas sehr Positives erblicken, und zwar betreffend Ruhegeld in Verbindung mit Ausgleichszulage. Dank den wirklich sehr intensiven Bemühungen des Herrn Landesrates Tschernitz ist es schließlich gelungen, daß der Entwurf der 51. ASVG-Novelle vorsieht, daß das Ruhegeld für Pflegemütter nicht mehr als Einkommen auf die Ausgleichszulage angerechnet wird. Es ist dies ein ganz wesentlicher Faktor, der von eminenter Bedeutung ist, weil wir ja alle wissen, daß viele Pflegemütter Ausgleichszulagenbezieherinnen sind.

In diesem Zusammenhang - obzwar sich das durch die neue Novelle erübrigen wird - erlauben Sie mir dennoch, auf den von Herrn Abgeordneten Dr. Lopatka - ich bedaure es, daß er sich zur Zeit nicht im Saal befindet - öffentlich kundgetanen Vorschlag auf Bezahlung einer Abfindung anstelle eines monatlichen Ruhegeldes näher einzugehen. (Abg. Dr. Lopatka: „Die Ärmsten bekommen nichts!“) Wenn Sie bereits herinnen gesessen wären, als ich mit dem Satz begonnen habe, dann hätten Sie das genau verstanden, was ich jetzt sage.

Sie haben in einem Zeitungsartikel gefordert, daß man anstelle des monatlichen Ruhegeldes eine Abfindung beziehen solle, und zwar in drei Teilen: mit 60, mit 70 und mit 80 Jahren, dies deshalb, weil eine Anrechnung des Ruhegeldes auf die Ausgleichszulage diskutiert wurde.

Die von Ihnen geforderte Abfindung zum Zwecke der Nichtanrechnung des Ruhegeldes auf die Ausgleichszulage würde nicht Platz greifen, Herr Abgeordneter Lopatka. Dies deshalb, weil eine derartige Abfindung, die das Ruhegeld für einen bestimmten Zeitraum als Einmal- oder Dreimalbetrag abgelten sollte - (Abg. Dr. Lopatka: „Damit sie gleich viel bekommen wie die anderen!“) Also darf ich das einmal erklären, und wenn das nicht richtig ist, was ich sage, dann können Sie sich ja zu einer tatsächlichen Berichtigung melden. (Abg. Dr. Lopatka: „So darf man das nicht erklären!“) Also eine derartige Abfindung, die das Ruhegeld für einen bestimmten Zeitraum als Einmalbetrag abgelten soll, wird hinsichtlich der Anrechnung auf die Ausgleichszulage fiktiv aufgeteilt auf jenen Zeitraum, für den es gewährt wurde. Das heißt, daß zum Beispiel eine Abfindung von nehmen wir einmal an 36.000 Schilling, die einem Ruhegeld von drei Jahren entspricht, zur Folge hätte, daß eine Pflegemutter zwar die 36.000 Schilling gleich erhält oder von mir aus in drei Raten, das ist dann egal, aber durch die drei Jahre hindurch jedoch ein Betrag von 1000 Schilling monatlich auf die Ausgleichszulage sehr wohl angerechnet werden würde.

Ich bin froh, daß wir über dieses Thema, welches lediglich zur Verunsicherung mancher Leser geführt hätte, nicht mehr diskutieren müssen, da sich künftig dies ja erübrigen wird.

Weil - wie ich schon früher gesagt habe - die Stellungnahmen zum Entwurf zu der ASVG-Novelle,

der zur Begutachtung ausgeschickt wurde, in diese Richtung gehen. Dieser Vorschlag wurde von allen begrüßt und wird daher dieser Entwurf in der Form, wie er jetzt vorliegt, wahrscheinlich Gesetz werden. Dann ist es so, daß keine Anrechnung erfolgen wird.

Ich hoffe, meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordneten, daß wir im nächsten Jahr zu einer sozial ausgewogenen Erhöhung sowohl des Ruhegeldes für Pflegemütter als auch der Pflegegelder in diesem Lande Steiermark gelangen werden, womit Herrn Landesrat Tschernitz – zum dritten Mal, Herr Abgeordneter Schinnerl – österreichweit in dieser Angelegenheit eine Vorreiterrolle zukommt, die künftig richtungweisend auch für andere Bundesländer sein wird und soll. Ich danke für die Aufmerksamkeit. (Beifall bei der SPÖ. – 14.35 Uhr.)

**Präsident Mag. Rader:** Eine tatsächliche Berichtigung durch den Herrn Abgeordneten Dr. Lopatka. Das hat man davon, wenn man ihn herausfordert!

**Abg. Dr. Lopatka (14.35 Uhr):** Ich wollte das nie so erklärt haben, wie Sie das jetzt erklärt haben, nämlich daß ich sage, anstelle des monatlichen Ruhegeldes, sondern daß es eine einmalige Zahlung ist wie eine Abfertigung. Nur, wenn ich das berechne, muß ich mich orientieren an dem, was die anderen als Ruhegeld bekommen.

Darf ich das ganz kurz sagen: Wenn ich das einmalig berechne, das steht fest mit einer Summe, ich zahle das in drei Teilzahlungen aus, eine einmalige Summe, dann wird das nicht monatlich angerechnet, sondern nur in dem Monat, wo es zur Auszahlung kommt. Das heißt noch einmal: nicht als Ersatz für das Ruhegeld, sondern ich sehe das als eine einmalige Abfindung. Aber wenn das andere kommt, dann ist es viel besser, dann wird das nicht monatlich angerechnet. (Abg. Dr. Bachmaier-Geltewa: „Die Abfindung wird aber angerechnet!“) Nur in dem Monat, wo es ausbezahlt wird! (Landesrat Tschernitz: „Gegenseitige Rechtsstandpunkte!“) Nein, das stimmt nicht. Ich habe mit den Pensionsversicherungsvertretern gesprochen. (Abg. Dr. Bachmaier-Geltewa: „Ich auch!“) Ich gebe Ihnen die Unterlage. In dem Monat, wo er die Abfertigung bekommt – ich habe immer von Abfertigung gesprochen, Entschuldigung. (Abg. Dr. Bachmaier-Geltewa: „Abfindung!“) Nein, das kann eine Abfertigung auch sein.

Noch einmal: Ich kann auch abfertigen. Wenn jemand vorzeitig aus einem Dienstverhältnis ausscheidet, kann er auch eine Abfertigung in Anspruch nehmen in anderen Bereichen, zum Beispiel wenn er auf seine Pension verzichtet. Es gibt auch Abfertigungen für Leistungen, die man erbracht hat. Das wäre eine solche Form. (Abg. Dr. Bachmaier-Geltewa: „Ersatz für das Ruhegeld!“) Nein! Ich möchte den Landtag nicht aufhalten. Ich hoffe, daß auch die Ausgleichszulagenbezieherinnen endlich so das Ruhegeld bekommen können wie die anderen, denn momentan ist es so, daß die ärmsten der Pflegemütter nichts bekommen. Das wollte ich verhindern. Daß diese auch etwas bekommen, das wollte ich! (Beifall bei der ÖVP und SPÖ. – 14.38 Uhr.)

**Präsident Mag. Rader:** Ich habe den Eindruck, daß bei dieser Frage sich auch die Experten nicht auskennen. Ich frage mich nur, wie die betroffene Bevölkerung sich auskennen sollte. Vielleicht sollte man auch das einmal betrachten.

Nächste am Wort ist die Frau Abgeordnete Pußwald, nach ihm der Herr Abgeordnete Dr. Wabl. Entschuldigung, nach ihr. Ich bitte um Verzeihung. Nach ihr der Herr Abgeordnete Dr. Wabl. Ist ja nicht zu übersehen. Ich bitte um Entschuldigung.

**Abg. Pußwald (14.38 Uhr):** Herr Präsident, bis jetzt noch eine Frau. Sehr geehrte Damen und Herren!

Wenn man die heutige Tageszeitung aufschlägt, so findet man mindestens zwei- bis dreimal Schlagzeilen zum Thema „Gewalt in der Familie“ beziehungsweise „Gewalt an der Frau“. Das ist auch eine Minderheitenfrage, die aber mehr und mehr Betroffenheit hervorruft, denn statistisch ist es so, daß mindestens jede fünfte Frau im Moment Opfer von Gewalt in einer Beziehung geworden ist.

Diese Gewalt ist total schichtübergreifend und auch in verschiedensten und unterschiedlichsten Ausformungen da. Gewalt ist sicher von einem erlernbaren und anerzogenen Verhalten abhängig. Wir kennen noch immer den starken Mann, den Indianer, der nicht weint, den Knaben, der über alles hinweggeht, und die duldsame, die zarte, die zahme Frau.

Das sind doch immer Verhaltensmuster, mit denen wir leben. Wo wächst nun Gewalt? Gewalt gibt es dort, wo schlechte Arbeitsbedingungen sind. Wo Streßfaktoren wirken, kommen gewalttätige Veranlagungen nach oben. Das gilt für beide Geschlechter, sowohl für Männer als auch Frauen, nämlich die Diskrepanz zwischen erreichter Karriere und dem, was man sich vorgenommen hat. Eben dieser hohe Konkurrenzkampf führt dazu, daß Aggressionen da sind. Wie wirkt sich Aggression, die vielfach von Männern in Familien ausgeübt wird, auf die Frauen aus? Erstens wird das Selbstbild der Frau vom männlich dominierenden Mann bestimmt. Er untersagt ihr sehr häufig die berufliche Tätigkeit, und damit wird ihr Selbstwertgefühl und ihre Selbstbestätigung, das Erbringen von Leistungen verunmöglicht. Das bedeutet umgekehrt, daß die soziale Anerkennung dieser Ehefrau mit seinem sozialen Status unerkennbar übereinstimmt. Er hat damit den Frauen gegenüber oder der Frau gegenüber die natürliche Vormachtstellung. Je nachdem, wie weit jetzt die Sozialisation fortschreitet, reagiert sie, indem sie dieses Selbstwertgefühl auch in Haltung und in der Art und Weise des Umganges verstärkt. Sie fühlt sich minderwertig, sie anerkennt ihn als den vor ihr Stehenden, von dem sie abhängig ist, und das bewirkt manchmal auch körperliche Gewalt. Wobei ich einschränken möchte, daß man auch hier herausgefunden hat, daß die körperliche Gewalt eher als Mittel in sozialen Unterschichten eingesetzt wird, aber der Kleinkrieg und die Demütigungen, die psychologischen Terror auf Frauen ausüben, in mittleren und höheren sozialen Schichten vorhanden sind. Frauen reagieren dann sehr häufig so, daß sie die Wut nicht gegen den Angreifer richten, sondern gegen sich selbst. Sie kommen häufig in sehr starke Depressionen. Die Depression ist auch ein Zeichen des Rückzuges, des Aufgebens ihrer selbst. Wie wirkt sich diese

Gewalt nun im Familienleben aus? Gelegentlich ist es sogar so, daß die Mutter sich nicht auf die Seite der Kinder stellen kann. Einfach aus der Angst heraus, ihren eigenen Lebensunterhalt bestreiten zu müssen und den ihrer Kinder. Sie hat auch gelegentlich trotz der Gewaltformen Mitleid mit ihrem Mann, und nach außen hin ist es noch immer ein Mangel oder sogar ein Makel auch ihrer selbst, wenn bekannt wird, daß im Familienbereich Gewalt vorherrschend vorhanden ist. Der Mann wiederum erinnert die Mutter ganz stark an ihre Pflichten, appelliert sozusagen an ihre Mutterpflichten. Das bewirkt wieder ein Gefühl des Verschuldens. Und die Probleme zur Scheidung sind so weit eskaliert, daß die Anerkennung des Familienoberhauptes oder Vaters für die Frau nicht mehr gegeben ist, daß öffentliche Demütigungen vorwiegend und sehr häufig im Beisein von Freunden ihr Machtlosigkeit suggeriert und seine Machtansprüche und Überlegenheiten sehr stark dokumentiert werden. Mit diesen Demütigungen erobert er sich die Kontrolle über ihr Dasein und über ihre Einstellungen. Diese soziale Gewalt ist meist Schuldgefühlen mit persönlich großen Problemen gegenübergestellt. Zu diesen Machtansprüchen des Familienoberhauptes kommt noch sehr häufig und gerade in Österreich der Bereich des Alkoholismus dazu. Alkoholabhängigkeiten, die teilweise zu Arbeitslosigkeit führen, bewirken eine räumliche, eine finanzielle Enge, und es eskalieren Macht- und Gewaltansprüche, die von der Frau meist nicht mehr ertragen werden können. Nun ergibt sich Gott sei Dank zumindest in unserer Landeshauptstadt, daß die Möglichkeit besteht, daß Frauen mit ihren Kindern ihre erste Hilfestellung in Frauenhäusern finden. Das Frauenhaus ist sozusagen das Auffangbecken für Situationen, in denen Gewalt unmittelbar eskaliert und erlebt wird. Die Frauenhäuser sind ganz allgemein in einer relativ schlechten finanziellen Situation, so auch das von Graz. Der Budgetansatz von 900.000 Schilling ist nicht genügend. 500.000 Schilling müßten mindestens noch aufgewendet werden. Und dabei haben wir in keiner unserer Bezirksstätte die Chance, diesen geprägten Frauen und Kindern dann einen Unterschlupf zu ermöglichen, wenn momentane Gewaltanwendung da ist. Das heißt, daß dieser Budgetansatz ausschließlich für die Landeshauptstadt Graz Gültigkeit hat. Wir haben auch in Erfahrung gebracht, daß diese – (Abg. Dr. Wabl: „Es kommen auch Frauen aus der ganzen Steiermark hinein!“) Sie kommen hinein. Danke, das muß ich auch korrekterweise dazusagen, es sind nicht nur Grazerinnen, die dort im Frauenhaus von Graz Unterschlupf finden, sondern durchaus auch Frauen aus den Bezirken. Aber die Situation ist doch so, daß auch eine große räumliche Enge da ist. Und man darf nicht übersehen, daß sowohl die Kinder in den Schulen als auch die Frauen, die sich dort zuerst einmal in einen Unterschlupf zurückziehen, in einer gewissen Weise gesellschaftlich stigmatisiert sind. Was wären so ganz wichtige Ansatzpunkte, um diesen Gewaltprozeß zu lösen? Ich denke, daß wir gerade Angebote schaffen müssen mit Frauensprechstunden. Der Antrag, den wir vor einiger Zeit eingebracht haben und der das nächste Mal im Landtag sein wird, um eine Ansprechstelle oder einen Gemeinderat, der sich mit familiären Dingen auseinandersetzt, zielt in diese Richtung. Daß Leute, die sich nicht zur Beratung trauen, die oft von praktischen Ärz-

ten nicht betreut werden, weil die Kommunikation fehlt, vielleicht in Sprechstunden da und dort die Möglichkeit haben, Ansprechstellen zu finden in Gemeinden, in öffentlichen Bereichen wie Mutterberatungsstellen. Außerdem sollte es so, wie es in der Gesundheit mittlerweile zur Selbstverständlichkeit wird, daß man präventive Vorsorge, Gesundheitsvorsorge trifft, auch im sozialen Bereich präventiv arbeiten. Die Frau Vizepräsident Leder hat heuer im Sommer auch zu dem Mutter-Kind-Paß, der bis jetzt allein den gesundheitlichen Block abdeckt, eine Pressekonferenz oder eine Presseaussendung gemacht, in der sie fordert, daß psychologische und soziologische Aspekte der Familien miteinbezogen werden. Das wäre auch ein Ansatz, der vielleicht manches an finanziellen Mitteln des Landes abdecken könnte, wenn Dinge bewußt angesprochen und Verhaltensweisen erläutert und erklärt würden. Diese Dinge könnte man über Schulen und ähnliches lebendig begleitend nahezu über die Erwachsenenbildungseinrichtungen tragen. Eine konkrete Forderung ist noch aus der Situation der in Gewalt lebenden Frauen, daß sie in der Polizei oder Gendarmerie als männliche Amtspersonen oft nicht die entsprechende Unterstützung finden. Das heißt, daß in der Ausbildung Gendarmerie- und Polizeibeamte genau auf diesen Punkt hin geschult werden müßten, sensibilisiert werden müßten. Auch ein Antrag ist im Landtag eingebracht, daß bei Kindern, die sexuell mißbraucht werden, oft die Erarbeitung des Deliktes größte Betroffenheit hervorruft und auch erst Bewußtsein schafft. Ich denke, daß hier weibliche Anwälte und weibliche Richter vielleicht einen anderen, einen besseren Zugang fänden. Auch das ist etwas sehr, sehr Wichtiges. Die Diskrepanz zwischen öffentlichen Dienststellen, wie zum Beispiel Sozialämtern, und privaten Helfern in diesem Bereich ist die, daß die öffentlichen Dienststellen anzeigepflichtig sind.

Das heißt, sobald das Amt erfährt, daß Gewalt im Spiel ist, muß Anzeige erstattet werden. Das kann manchmal notwendig und wichtig sein, aber das kann auch hervorrufen, daß diese Familie und die Kinder noch mehr unter Druck geraten. Im privaten Beratungsbereich besteht die Chance, daß zuerst Hilfe angeboten wird statt Strafe, daß man der Freiwilligkeit Tür und Tor öffnet statt der Kontrolle. Es ist wichtiger zu verstehen, zu aktivieren, statt passiv geschehen zu lassen. Ja, das sind einige Ansatzpunkte.

Ein ganz wichtiger Ansatzpunkt, den wir uns, vor allem Lehrer, ganz besonders merken müßten: Allen, jeder Person, die der Schulpflicht entwächst, muß nahegelegt werden, daß sie eine qualifizierte berufliche Ausbildung macht, egal ob Bursch oder Mädchen, denn damit wird Selbstwertgefühl gestärkt, finanzielle Unabhängigkeit kann gestärkt werden.

Der nächste Bereich ist umzudenken! Kollege Schinnerl hat davon gesprochen. Frau Beutl hat gestern in der Schulfrage aufgeworfen, wie widmen die Eltern ihre Zeit den Kindern? Dann, wenn die Kinder die Zeit brauchen? Da sind die Kleinkinder und da sind die Volksschulkinder, diese brauchen viel Ansprache und viel Geduld. Daß wir von unseren wirtschaftlichen Angelegenheiten her es schaffen, daß wir diese nötige Zeit den Kindern zuliebe, der nächsten Generation zuliebe einbringen.

Konkret würde das bedeuten, daß man Frauen den Wiedereinstieg nach einer Kindererziehungsphase ermöglicht. Ich denke auch, daß damit die Kindererziehungszeiten dann besser zum Tragen kämen. Mit 60 Jahren, glaube ich, ist auch eine Person – egal ob Mann oder Frau – noch nicht grundsätzlich so alt, daß sie bis dorthin nicht manche Tätigkeiten im Berufsleben ausüben könnte. Ich danke. (Allgemeiner Beifall. – 14.52 Uhr.)

**Präsident Mag. Rader:** Bevor ich den Herrn Abgeordneten Dr. Wabl bitte, das Wort zu nehmen, darf ich zwei sehr liebe frühere Kollegen im Zuschauerraum begrüßen, nämlich den Herrn früheren Abgeordneten Zinkanell und den früheren Abgeordneten Sepp Prutsch. Herzlich willkommen! (Allgemeiner Beifall.)

Man erzählt mir, daß der Herr Abgeordnete Zinkanell genau auf den Tag vor zehn Jahren dieses Haus verlassen hat. Die Lücke, die er offengelassen hat, ist noch immer nicht geschlossen. Ich hoffe, daß der Herr Abgeordnete Prutsch so lange Zeit hat, hier zuzuhören, bis sein Sohn, der auf der Rednerliste steht, dann das Wort nimmt.

Ich bitte jetzt den Herrn Abgeordneten Dr. Wabl an das Rednerpult.

**Abg. Dr. Wabl (14.53 Uhr):** Vor zehn Jahren habe ich selbst diese Abschiedsrede damals miterlebt, und ich muß sagen, für mich ist der Freund Zinkanell noch heute ein Vorbild, was Rhetorik anlangt. Er ist heute noch als Pensionistenobmann tätig, und ich glaube, wir könnten uns seine Vitalität, seine Energie und seine Lebhaftigkeit in diesem Hause wünschen, wobei ich nicht sagen will, daß diese nicht ausreichend vorhanden ist. Für mich war er immer ein Vorbild, er wird eines bleiben. Ich bin stolz darauf, daß ich beim Pensionistenverband unter seiner Obmannschaft mitarbeiten darf und vor allem mitarbeiten darf für die älteren Menschen und für die Pensionen. Das wollte ich hier nur gesagt haben. Für mich war das damals ein unauslöschlicher Eindruck. (Abg. Schützenhöfer: „Bist du der Vorstand der Pensionisten?“) Die Probleme der Pensionisten gehen uns alle an!

Aber nun, um zur Sache zu kommen, Kollege Schützenhöfer, mich freut es, wenn du mit deinen würzigen Bemerkungen versuchst, mich also ein bißchen aus dem Tritt zu bringen. (Abg. Schützenhöfer: „Überhaupt nicht!“) Aber das bin ich von dir gewohnt.

Der Kollege Dr. Lopatka ist nicht da. Ich möchte wirklich sagen, daß ich voll seine Auffassung unterstreiche. Ich will das nicht wiederholen, was er gesagt hat, aber ich will mich bemühen, zur Ausländerfrage hier einige Aspekte einzubringen und auch nicht Öl in das Feuer zu gießen.

Aber vorher noch, Kollege Schinnerl, ein paar Anmerkungen.

Kollege Lopatka, du bist schon da. Also ich wollte dir völlig recht geben bei der Frage der Unterstützung jener Pflegemütter, die die Ausgleichszulage haben. Wir müssen aber weiterdenken. Wir müssen endlich dafür eintreten, daß es da hier keine Abzüge gibt. Das sind die einzigen Pensionisten in Österreich, die hier Ruhensbestimmungen haben. Beamte haben das ab-

geschafft, beim ASVG ist es schließlich abgeschafft worden.

Es ist ja deprimierend, und jeder, glaube ich, der da hier sitzt, hat Erlebnisse. Wenn eine Pensionistin einen kleinen Acker hat, wenn sie einen geringen Unterhalt bekommt oder sonst irgendwelche Einnahmen hat, dann wird ihr dieser Betrag von den bescheidenen 6500 Schilling noch abgezogen. Das ist menschenunwürdig, das entspricht nicht der Würde unserer Pensionisten!

Ich glaube, es muß unser Ziel sein – unabhängig von dieser Pension für Pflegemütter –, daß wir endlich erreichen, daß in Österreich eine entsprechende Mindestpension von 6500 Schilling bezahlt wird und daß hier andere Einkünfte nicht mehr in Abzug gebracht werden. Ich glaube, das entspricht den Anliegen unserer Pensionistinnen und Pensionisten.

Es freut mich, daß wir dieses Ruhegeld eingeführt haben. Es freut mich auch, daß der steirische Landtag, gerade was die Pensionsfragen anlangt, aktiv ist – deswegen fühle ich mich als Pensionistenvertreter –, weil es leider Gottes noch immer so ist, daß die Pensionistenvertreter bei der Gesetzgebung zu wenig zu Wort kommen. Wenn sie mehr zu Wort kämen, dann würden hier manche Fehlentwicklungen, wie bei der Anrechnung der Kindererziehung, vermieden werden. (Abg. Dr. Lopatka: „Wir haben schon einen Bezirks-seniorenbeirat!“) Der Kollege Majcen und ich haben also auch wichtige Einrichtungen, wir haben auf dem Gebiet auch sehr viel. Das hängt auch oft von der Bezirkshauptmannschaft ab, aber ich nehme gerne gute Ratschläge auf. Franz Majcen und ich werden sofort darangehen, daß man das in die Tat umsetzt. Ich scheue mich nicht, gute Ideen auch aufzugreifen.

Zum Zweiten, lieber Kollege Schinnerl. Du hast gesagt, es ist wichtig, daß das Wirtschaftswachstum vorhanden ist, daß die Wirtschaft weiter wächst. Ich sage dir eines: Soziale Standards müssen wir erhalten, unabhängig davon, weil Wirtschaftswachstum bedeutet auch, daß wir mehr Müll produzieren, daß wir mehr Verpackung produzieren. Ich bin der Meinung, daß der Kuchen, der vorhanden ist, gerechter aufgeteilt werden muß. Es kann nicht der Sinn unserer politischen und wirtschaftlichen Arbeit sein, daß wir immer nur vom Wachstum sprechen. Wichtig ist, daß das, was auf der Welt produziert wird, was manchmal schon zuviel ist, gerechter verteilt wird und vor allem unter Schonung der Natur und der Ressourcen, die uns zur Verfügung stehen. Das wollte ich dir nur zu dem gesagt haben.

Zum dritten Fall, zum Fall Wagner. Ich gehe völlig konform mit dir, daß ich der Meinung bin, daß eine Frau, die 40 und mehr Jahre in Rußland verbracht hat, hier in Österreich eine soziale Absicherung braucht, wie immer diese soziale Absicherung aussieht, ob das jetzt Pension heißt oder Sozialhilfe. Aber eines muß ich dir sagen – da will ich niemanden gegen den anderen ausspielen –, aber es muß uns auch gelingen einmal, daß Frauen – da sind wir bei der Anrechnung der Kindererziehung –, die vier, fünf, sechs Kinder aufgezogen haben und die nicht die 15 Jahre zusammenbringen, auch eine menschenwürdige Pension haben und daß diese auch ihre Pension in Menschenwürde erleben können. Dann bin ich mit dir d'accord, daß also die Frau Wagner etwas kriegt und daß es in Öster-

reich niemanden geben darf, der in der Pension nichts bekommt.

Nun zur Ausländerproblematik. Ich möchte da wirklich – damit habe ich schon fast mein Zeitguthaben verbraucht – der FPÖ ins Gewissen reden und möchte Sie bitten, vielleicht haben Sie einmal den Mut, sich von gewissen Brandstiftern zu distanzieren, hier zu sagen, daß es Ihnen nicht darum geht, Ängste der Bevölkerung zu schüren, daß es Ihnen nicht darum geht, Menschen auszugrenzen, sondern daß es Ihnen darum geht, Probleme zu lösen. Mich würde freuen, wenn Sie beim nächsten Ausländerbeirat dabei sind. Sie waren beim ersten Mal nicht dabei. (Abg. Dipl.-Ing. Vesko: „Der Irrtum lag nicht bei uns!“) Ja, das haben schon manche gesagt!

Ich lese Ihnen vor, was Erwin Ringel zu dieser Frage sagt. Der Erwin Ringel, glaube ich, ist für uns ein Hoffnungsträger. Wann immer er in Österreich wo spricht, die Jugend geht hin und will Antworten hören. Ich lese Ihnen das vor. „Das Ausländerproblem ist ein realistisches, normales, wo sich vernünftige Menschen zusammensetzen und zu einem Schluß kommen müssen, wie wir auf der einen Seite niemandem etwas Unmenschliches antun und auf der anderen Seite dafür sorgen, daß uns das Ausländerproblem nicht über den Kopf wächst.“

Da geht es hier um Ängste.

Und Ringel sagt weiter, ich zitiere: „Haider weiß von diesen Ängsten und spekuliert mit dieser Angst. Die sucht dann nach Möglichkeiten zur Abreaktion, nach Minderheiten, Slowenen, Juden und Ausländern.“ Ich will Ihnen, die da sitzen, gute Absichten zugestehen. Sie sind sicher demokratisch eingestellt. Aber warum ich sehr mißtrauisch bin? Und wenn ich an das Wort denke, das Haider im Landtag gebraucht hat von der ordentlichen Beschäftigungspolitik, die in der Nazizeit gemacht worden ist, wo Millionen Menschen zu Tode gekommen sind, entweder ins Arbeitslager geschickt worden sind, in die KZ's, in die Rüstungsindustrie und so weiter, und wenn dann behauptet wird, das ist eine ordentliche Beschäftigungspolitik, das sind Aussagen, von denen wir als Demokraten, das habe ich vorher am Applaus gemerkt, die wir zurückweisen müssen. Und wenn dann so ein Volksbegehren initiiert wird und dann gesagt wird, es geht um Problemlösungen, dann bin ich skeptisch, dann bin ich mißtrauisch und dann habe ich kein Vertrauen. Und wenn ich daran denke, und „wehret den Anfängen“, hat der Freund Lopatka gesagt, wie es am Anfang geheißt hat, das ist ein einfaches Rechenbeispiel. Wir in Österreich haben soundsoviele Arbeitslose und so viele Ausländer, die bei uns arbeiten. Schicken wir die Ausländer, die bei uns arbeiten, wieder nach Hause und lassen wir die Einheimischen arbeiten, dann haben wir kein Beschäftigungsproblem und kein Arbeitslosenproblem. Ich sage Ihnen etwas, meine Herren und Damen, die Dame von der FPÖ, wir in Österreich können froh sein in manchen Bereichen, daß wir diese Ausländer haben, die gewisse Arbeiten verrichten. Denken Sie an die Fremdenverkehrswirtschaft, wodurch wir in Österreich Milliarden verdienen, die unsere Wirtschaft, unsere sozialen Standards aufrechterhalten. Wir könnten gar nicht mehr dieses Niveau halten, wenn die Ausländer in der Gastronomie, in der Fremdenverkehrswirtschaft hier die Arbeit nicht verrichten.

Und denken wir an die Bauwirtschaft, wo sehr viele Ausländer sehr tüchtig, sehr fleißig ihre Arbeit dort auch ausführen, manchmal auch zu schlechten Bedingungen, zu schlechteren, als es uns recht ist und als wir Sozialdemokraten oder als Demokraten es akzeptieren können. Und denken Sie daran, daß in Wien zum Beispiel die Kranken, die Pflegebedürftigen in Wien keine Hilfe mehr hätten, wenn sie im Krankbett liegen, weil keine ausländischen Krankenschwestern da sind, die sie pflegen, die sie betten, die sie umlegen und so weiter. Und wenn wir das wissen, dann müssen wir uns wehren gegen diese einfachen Lösungen. Und ich bitte Sie, liebe Dame und liebe Herren von der FPÖ, denken Sie daran, zeigen Sie einen eigenständigen steirischen Weg, und zeigen Sie, daß Sie Ihrem Herrn und Meister nicht immer folgen, wie das der Kollege Rader versucht hat und wie ihm Gott sei Dank recht gegeben wird. Und damit bin ich schon fertig. Ich habe selbst eine ausländische Familie bei mir gehabt und habe sie noch heute in meiner Betreuung. Wir wissen nicht, ob auch wir hier in der Steiermark, in Österreich einmal in diese Situation kommen durch einen Unglücksfall, durch eine Atomkatastrophe oder durch einen Krieg. Und wir wissen nicht, ob wir einmal in dieselbe Situation kommen, daß wir in einem anderen Land anklopfen und dann vor verschlossenen Türen stehen und uns dann dieses Schicksal widerfährt, das Sie heute diesen Menschen angedeihen lassen wollen. Danke schön! (Beifall bei der SPÖ und ÖVP. – 15.02 Uhr.)

**Präsident Dr. Klausner:** Zu Wort gemeldet ist die Frau Abgeordnete Gross. Ich erteile es ihr.

**Abg. Gross (15.02 Uhr):** Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Zu einer Menschengruppe, die bis jetzt zu kurz gekommen ist: Viele von uns nehmen meines Erachtens ohne große Überlegungen das Wort „Wohl der Kinder“ und den Begriff „Kinder sind unsere Zukunft“ vorschnell in den Mund. Daß den Kindern die Zukunft gehört beziehungsweise sie diese und ihre Mitgestaltung auch selbst mitbeanspruchen sollten, ist leider oft eine andere Sache. Der Beteiligungswille von Kindern und Jugendlichen an gesellschaftlich wichtigen Dingen des Lebens ist keine Modeerscheinung, sondern ein Produkt ihrer Zukunftsängste beziehungsweise Erwartungen an die Welt und an die Umwelt, in der sie leben. Das Informationszeitalter liefert Kindern dazu eine Vielzahl von Informationen frei Haus. Dieses Wissen, der Druck der Leistungsgesellschaft und die räumliche Verplanung ihrer Freiräume erzeugen Angst. Noch nie war die Forderung der „Kinderbürger und -bürgerinnen“ so stark, in Gespräche miteinbezogen zu werden. „Zuhören, mitreden, gehört werden“ lauten die am meisten geäußerten Forderungen der Kinder der neunziger Jahre. Die No-Future-Generation ist selten geworden. Wir müssen nur aufpassen, daß aus den Kindern durch das Ausgrenzen an der Planung ihrer Lebensumwelt keine No-Power-Generation wird. Ich muß wohl nicht anmerken, daß „Beteiligung“ als gemeinsamer Prozeß verstanden wird, und nicht als Abschieben unserer Verantwortung auf die Kinder. Kinder fordern Verbindlichkeiten von der Politik für ihre Zukunft. Sie beteiligen sich nicht nur

an der Gestaltung ihrer Zukunft, wenn sie bereits heute bei der realen Planung ihrer konkreten Zukunft ernsthaft einbezogen werden wollen. Ein Generationsvertrag braucht Strukturen. Eine Möglichkeit von vielen ist auch die notwendige Installation einer „Kinder- und Jugendanwaltschaft“, die auch als Interessensvertretung der Kinder mit ihnen solche Beteiligungsforderungen realisierbar machen muß. Daher ist es hoch an der Zeit, den im JWG verankerten Kinder- und Jugendanwalt oder auch die Anwältin zu realisieren.

Wir brauchen im Arbeitsbereich der Landesregierung Spezialisten oder Spezialistinnen für Kinder- und Jugendrecht. Aber wir dürfen nie vergessen, daß Kinderrecht ohne Partizipationsstreben der Kinder und Jugend kein Kinder- und Jugendrecht sein kann. Die UN-Kinderrechtskonvention - 1992 vom österreichischen Parlament ratifiziert - gilt oft als Deklaration für die Dritte-Welt-Länder. Ich möchte auf einen besonderen Artikel hinweisen, ich zitiere: „Artikel 12. Die Teilnehmerstaaten sichern dem Kind, das fähig ist, sich eine eigene Meinung zu bilden, das Recht zu, diese Meinung in allen das Kind berührenden Angelegenheiten frei zu äußern und zu berücksichtigen, die Meinung des Kindes, angemessen und entsprechend seiner Reife!“ Und weiters, jetzt bitte ich um Ihre besondere Aufmerksamkeit: „Zu diesem Zweck wird dem Kind insbesondere Gelegenheit gegeben, in allen das Kind berührenden Gerichts- und Verwaltungsverfahren entweder unmittelbar oder durch einen Vertreter oder eine geeignete Stelle im Einklang mit der innerstaatlichen Verfahrensvorschrift gehört zu werden.“

Nun konkret zu meinem Anliegen: Kinder- und Jugendbeauftragter. Die individuellen Bedürfnisse von Kindern und Jugendlichen werden bereits weitgehend von freien Trägern der Jugendwohlfahrt beziehungsweise von den Jugendämtern der Bezirksverwaltungsbehörden wahrgenommen. Das Steiermärkische Jugendwohlfahrtsgesetz bietet diesbezüglich schon eine Vielfalt von Möglichkeiten, wenn wir nur an Beratung, Betreuung, therapeutische Hilfen und Unterbringungsmöglichkeiten und anderes mehr denken, die in Zukunft sicherlich noch verstärkt ausgebaut werden müßten. Mit dem Jugendwohlfahrtsplan, den es heute erstmals in der Steiermark gibt, soll dieses Angebot an ambulanten und stationären Jugendwohlfahrtseinrichtungen bedarfs- und prioritätengerecht erweitert werden. Was jedoch derzeit noch fehlt, ist eine Institution, die sich mit generellen Fragen, die die Bedürfnisse, die Lebenssituation und auch die gesellschaftlichen Entwicklungen in bezug auf Kinder und Jugendliche betreffen, beschäftigt. Diese Funktion sollte ein Kinder- und Jugendbeauftragter wahrnehmen, der, wie bereits in anderen Bundesländern auch, wie zum Beispiel Wien, Niederösterreich, Oberösterreich, Salzburg, Vorarlberg, die Interessen von Kindern und Jugendlichen ganzheitlich, also vom soziologischen, juristischen, psychologischen und pädagogischen Standpunkt, betrachten und vertreten soll. Sowohl das JWG 1989 als auch das Steiermärkische Jugendwohlfahrtsgesetz 1991 sehen ja die Einrichtung einer Kinder- und Jugendanwaltschaft vor.

Welches Anforderungsprofil stellen wir an einen Jugendbeauftragten? Er oder sie muß im Rahmen der

Tätigkeit weisungsfrei sein, um eigenständiges Arbeiten zu gewährleisten und um gegebenenfalls auch behördenkritisches Vorgehen zu ermöglichen.

Spezielle Aufgaben wären zum Beispiel: Anregungen geben zur Schaffung besserer Lebensbedingungen für Jugendliche und Kinder, vor allem die Öffentlichkeitsarbeit, Informations- und Kontaktarbeit, Begutachtung von Gesetzen, Verordnungen und sonstigen Rechtsvorschriften aus der Sicht der Kinder und der Jugendlichen, Einbringung der Kinder und Jugendlichen bei Planungs- und Forschungsaufgaben, die auch die Lebensbedingungen der Kinder und Jugendlichen betreffen, die Koordination von Aktivitäten öffentlicher und freier Jugendwohlfahrtsträger.

Der/die Kinder- und Jugendbeauftragte muß als Grundvoraussetzung auch vertraulich und anonym in Anspruch genommen werden können.

Er/sie soll von der Anzeigepflicht gemäß Paragraph 84 Strafprozeßordnung enthoben sein, um im Vorhinein zu vermeiden, daß er/sie in eine paradoxe Pattstellung kommt, nämlich daß im Bereich der Möglichkeiten dieses Anwaltes Hilfe angeboten werden soll, andererseits aber gerade jene Familien, die Hilfe und Beratung suchen, angezeigt werden müßten.

Bereiche, in denen er/sie besonders aktiv sein sollten: der Bereich Jugendschutz, Gewalt gegen Kinder, sexueller Mißbrauch, Suchtgiftgefährdung, Erziehungsfragen im Bereich der Kindergärten und der Schulen, Gesundheitspolitik, hier vor allem bezüglich kindgemäßer Krankenhausversorgung, Wohnpolitik, hier im Bereich kindgerechte Wohnqualität und vor allem viel mehr Spielmöglichkeiten. Auch bei der Medien- und Umweltpolitik müßte darauf Bedacht genommen werden, pädagogisch wertvolle Jugendsendungen gibt es kaum; noch eines ad hoc zum Beispiel: die Schadstoffgrenzen an der Belastungsfähigkeit der Kinder zu orientieren, die Verkehrspolitik wurde in dieser Budgetdebatte in bezug auf Kinder bereits erwähnt, kulturelle Angebote, Kommunalpolitik, vor allem im Bereich der Erarbeitung kommunaler Mitbestimmungsmodelle für Kinder und für Jugendliche.

Wer auch immer dieses Amt ausfüllt, muß eine klare menschenrechtliche Position für Kinder und für die Jugend haben.

Diese läßt sich vereinfacht in drei Grundprinzipien ausdrücken:

Erstens: Die Gleichwertigkeit. Kinder sind gleichwertige Menschen mit derselben Beachtung, mit demselben Anspruch auf Beachtung ihrer Menschenwürde wie die Erwachsenen. Keine Altersgrenze darf diesem Anspruch zuwiderlaufen.

Zweitens: Die Gleichheit. Kinder sind weder ganz anders noch ganz gleich wie Erwachsene. Die Darstellung von Kindern als kleine Erwachsene negiert ihre entwicklungsbedingte, schutzwürdige besondere Schutzbedürftigkeit.

Drittens: Kinder sind die Experten für Kindheit. Kinder sind in der Lage, ihrem jeweiligen Alter entsprechend Bedürfnisse, Wünsche und Vorstellungen zu artikulieren. Meine Damen und Herren, wir vergessen sehr gerne: Es ist Aufgabe der Erwachsenen, sich der Ausdrucksformen der Kinder anzunähern, und nicht umgekehrt!



Die Steiermark hat sich in den letzten zwei Jahren zu einem österreichweit anerkannten Entwicklungsfeld für eine Politik mit Kindern entwickelt.

Eine Kinder- und Jugendanwaltschaft ist ein wichtiger Teil eines längst notwendigen Kinderinteressenvertretungs-Netzwerkes – muß von uns auch vehement eingefordert werden, kann aber das Schaffen weiterer Strukturen für Kinderinteressen nicht ersetzen.

Und noch ein Thema, das mir sehr wichtig ist, möchte ich Ihnen noch unbedingt in Erinnerung rufen – auch Frau Kollegin Pußwald hat das bereits getan –, ein überparteiliches Thema, zu dem ich aber die Parteistellung dringend einfordere: das Thema Frauenhaus.

Das Grazer Frauenhaus platzt nach zehn Jahren seiner Gründung aus allen Nähten. Zur Zeit werden die sieben Zimmer von 17 Frauen und 28 Kindern bewohnt, denen nur ein Badezimmer zur Verfügung steht. Es gibt hier kein Fünkchen Intimsphäre mehr. Allein in den vergangenen drei Wochen mußten wegen Raummangels 20 schutzsuchende Frauen mit ihren Kindern abgewiesen werden.

Um der Raumnot ein Ende zu setzen und auch um das Grazer Frauenhaus zu entlasten, müßte die Einrichtung von Frauenhäusern und Krisenwohnungen in den Bezirken verstärkt betrieben werden.

Ich habe diese Forderung bereits in meiner letzten Budgetrede gestellt, leider ist hier sehr wenig bis nichts passiert. Aber wir werden diese Forderung weiterverfolgen, denn mehr als die Hälfte der Zufluchtsuchenden stammt aus dem ländlichen Raum.

Ein weiteres Problem stellt auch die Bezahlung der Mitarbeiterinnen dar. Trotz guter Ausbildung und verantwortungsvoller Arbeit müssen langjährige Mitarbeiterinnen mit Mindestpensionen rechnen. Gegenüber Sozialarbeiterinnen im Magistrat zum Beispiel sind sie mit einer Differenz von zirka 4000 Schilling pro Monatsgehalt krass benachteiligt, und das bei Mehrleistungen, wie Nacht- und Notruftelefondiensten.

Um allein die Bezahlung der Angestellten adäquat zu erhöhen, sind in den kommenden zwei Jahren zusätzliche Subventionen von je 500.000 Schilling notwendig.

Mehr Geld und mehr Raum sind für das Grazer Frauenhaus unabdingbar, wenn es seine Aufgaben weiterhin erfüllen soll.

Da aus dem Budget keine Erhöhung ersichtlich ist, bitté ich namens der betroffenen Frauen nochmals um die Bereitstellung der fehlenden Mittel, und ich bin sicher, daß unser Landesrat Tschernitz Wege und auch Mittel finden wird, wobei ich schon daran erinnern möchte, daß selbstverständlich auch die Stadt Graz nicht ganz aus ihrer moralischen und ihrer finanziellen Verpflichtung entlassen werde dürfte. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit. (Beifall bei der SPÖ und ÖVP. – 15.16 Uhr.)

**Präsident Dr. Klauser:** Zu Wort gemeldet ist der Herr Kollege Dipl.-Ing. Getzinger. Ich erteile es ihm.

**Abg. Dipl.-Ing. Getzinger** (15.16 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Ich zitiere: „Alle acht Stunden verunglückt ein Jumbojet, und es sterben alle Insassen. Die 250 Passa-

giere sind Frauen, die meisten jung, und einige davon sind jünger als 20. Alle sind schwanger oder haben gerade geboren, die meisten haben Kinder zu Hause und Familien, die sie brauchen.“

So, meine Damen und Herren, beginnt ein Antrag an den Beirat für Entwicklungszusammenarbeit der Steiermärkischen Landesregierung, in dem um die Unterstützung für die Errichtung und für die Einrichtung eines Mutter-Kind-Zentrums in Matagalpa in Nicaragua – auf der anderen Seite dieses Globus – angesucht wird.

In diese drastischen Form wird darauf hingewiesen, daß es wohl einen öffentlichen Aufschrei gäbe, wenn die Todesfälle der Schwangeren und Gebärenden sichtbar sein würden.

Aber diese Todesfälle passieren in armen Ländern, in Ländern der sogenannten dritten Welt, in kleinen Dörfern, weit weg von Städten, weitab von der Öffentlichkeit, meist Frauen aus unteren Schichten der Gesellschaft, und sie geben keine Schlagzeilen in den Zeitungen.

Ich will anhand dieses von der Steiermark unterstützten Projektes die Philosophie der Entwicklungszusammenarbeit unseres Bundeslandes mit den Ländern des Südens unserer Erde darstellen und so versuchen, beispielhaft den Nachweis für die effiziente Nutzung dieser äußerst knapp bemessenen Mittel zu erbringen.

Das Budget des Landes Steiermark für Entwicklungszusammenarbeit beläuft sich auf rund 1,75 Millionen Schilling. 250.000 Schilling sind für den Österreichischen Informationsdienst für Entwicklungspolitik reserviert, der sehr verdienstvolle Arbeit im Zusammenhang mit der Öffentlichkeitsarbeit und Information über Entwicklungspolitik leistet.

Diese 1,75 Millionen Schilling werden vom erwähnten Beirat für Entwicklungszusammenarbeit vergeben. In diesem Zusammenhang ist Herrn Hofrat Burger und Herrn Dr. Himmler von der Präsidialabteilung wirklich sehr herzlich für die konstruktive Arbeit zu danken, die dort geleistet wird. (Allgemeiner Beifall.)

Die eigentliche Vergabe – das ist hier anzumerken – wird von der Steiermärkischen Landesregierung durchgeführt, allerdings auf Empfehlung des Beirates. Dankenswerterweise schließt sich die Landesregierung auch eigentlich immer den Empfehlungen des Beirates an.

Dem Beirat gehören neben den Abgeordneten Frau Bleckmann, Herr Lopatka und meiner Wenigkeit eine Reihe von Experten und Aktivisten aus der entwicklungspolitischen Szene der Steiermark an. Es kann also mit Fug und Recht von einem Expertenfachbeirat gesprochen werden, der auch ein sehr hohes Niveau an Rationalität sicherstellt, ein sehr hohes Niveau an Qualität der geförderten Projekte sichert.

Die Vergabe, meine Damen und Herren, richtet sich nach sehr strengen Richtlinien. Zum Beispiel werden nur Partnerschaftsprojekte unterstützt. Es muß jeweils eine Ansprechgruppe in der Steiermark und eine Gruppe in der dritten Welt geben. In dem konkreten, von mir zitierten Fall ist die Gruppe in der dritten Welt der lokale Zweig der nationalen Frauenorganisation. Die steirische Partnergruppe ist der Verein Nicaragua

Libre, der sich im Zusammenhang mit der Unterstützung entwicklungspolitischer Projekte in Nicaragua bereits sehr verdient gemacht hat. Die Bezeichnung „Entwicklungszusammenarbeit“ wird tatsächlich zu Recht verwendet. Es geht nicht um Entwicklungshilfe. In diesem Wort steckt doch ein Stück Präpotenz, es scheint darum zu gehen, daß die erste Welt der dritten Welt bloß hilft, in unserem Fall, in der Steiermark bekennen wir uns zur Philosophie der Entwicklungszusammenarbeit, insbesondere auch deshalb, weil von den Gruppen in der dritten Welt auch ein wirklich eigenständiger Beitrag geleistet wird.

Worum handelt es sich bei diesem Projekt nun konkret? Die Zusammenarbeit bei diesem Projekt reicht schon länger zurück. Auch das ist typisch, es geht der Steiermark um langfristige Kooperation mit Gruppen in der dritten Welt, es geht um langfristige Zusammenarbeit. Die Casa Materna, wie dieses Projekt auf Spanisch heißt, das Mutter-Kind-Zentrum, soll dazu beitragen, die erschreckend hohe Todesrate von Müttern und Kindern im Zusammenhang mit Risikoschwangerschaften zu senken. Dies geschieht auf mehreren Wegen. Ich zitiere aus dem Antrag:

„Erstens: Es geht um die Betreuung der Frauen mit Risikoschwangerschaften aus dem ländlichen Bereich durch die ständige Kontrolle der Schwangeren ab einer Woche vor der Geburt im Krankenhaus sowie mindestens eine Woche danach; zweitens geht es in diesem Projekt um die bessere Erfassung der Frauen mit Risikoschwangerschaft mit Hilfe von Ausbildungsprogrammen für das Land in Zusammenarbeit mit den Frauenorganisationen am Land und wenn möglich mit dem Gesundheitsministerium.

Drittens: Es geht um das Initiieren und Entwickeln der Information und Ausbildung im Mutter-Kind-Bereich und allen Aspekten in bezug auf die Gesundheit der Frau.“

In den beiden letzten Bereichen klinkt sich die steirische Entwicklungspolitik ein. Wie ich schon erwähnte, ist dieses Projekt ein typisches Projekt der Entwicklungszusammenarbeit mit hohem Anteil an Eigenleistung der Menschen vor Ort. Darüber hinaus hat etwa die Stadt Matagalpa einen Rettungswagen zur Verfügung gestellt. Auch andere Institutionen der ersten Welt sind beteiligt. So hat beispielsweise das Fraueninstitut in Madrid den Kauf des Hauses, in dem die Casa Materna untergebracht ist, ermöglicht. Der spezifisch steirische Beitrag bezieht sich nun auf die Bildungs- und Weiterbildungsvorhaben im Rahmen dieses Projektes. Mit Unterstützung von Frau Mag. Eva Kohl, einer Mitarbeiterin der Abteilung für Erwachsenenbildung am Institut für Erziehungswissenschaften der Universität Graz, die sich insgesamt zwei Jahre lang in Nicaragua aufhält, wird ein Konzept für die Ausbildung des Fachpersonals und für die Ausbildung der beherbergten Frauen entwickelt und realisiert. Hier sei angemerkt, daß das Haus insgesamt 20 Frauen beherbergen kann. Darüber hinaus soll ein Konzept der Weiterbildung unmittelbar für die Frauen am Land entwickelt und umgesetzt werden. Dies erfolgt in Zusammenarbeit mit lokalen Hebammengruppen und mit dem nicaraguanischen Gesundheitsministerium. Seitens der Steiermärkischen Landesregierung wurden für dieses Mutter-Kind-Zentrum in diesem Jahr rund 250.000 Schilling zur Ver-

fügung gestellt, davon konnten die Gehälter der Ausbilderinnen und das nötige Lehrmaterial bezahlt werden. Aus dieser Kennziffer erkennen Sie schon, wie niedrig die Gehälter in diesem Land sind. Dieses Projekt wurde, wie auch alle anderen, auf der Basis eines exakten Kostenvoranschlages genehmigt, ein genauer Nachweis der Mittelverwendung muß nach Projektbeendigung selbstverständlich ebenfalls vorgelegt werden. Für die korrekte Projektabwicklung garantiert einerseits der steirische Projektpartner, andererseits die begleitende Projektmitarbeit der erwähnten Entwicklungsarbeiterin in Matagalpa. Es kann also mit Fug und Recht gesagt werden, daß steirische Gelder für Entwicklungszusammenarbeit auch wirklich den Betroffenen zugute kommen. Ein effizienter Mitteleinsatz ist durch das Prinzip der Kooperation gewährleistet. Die Unterstützung von entwicklungspolitischer Bildungsarbeit ist aber auch hier in Österreich vonnöten und ist daher auch in der Steiermark ein Förderungsschwerpunkt. Die steirische Zweigstelle des Österreichischen Informationsdienstes für Entwicklungspolitik, aber auch das Afro-Asiatische Institut in Graz leisten hier Großartiges. Vonnöten ist derartige Bildungsarbeit nicht zuletzt auf Grund des wachsenden Unverständnisses allem kulturell Fremden und Anderen gegenüber. Von den genannten Organisationen wird hier wertvolle Aufklärungsarbeit, insbesondere auch an Schulen, geleistet. Neugierde und das Voneinander-Lernen-Können werden als Prinzipien der Abschottung gegenübergestellt.

Meine Damen und Herren! Entwicklungszusammenarbeit findet nicht ganz uneigennützig statt. Sollte sie auch nicht, das würde auch dem Wortsinn von Zusammenarbeit widersprechen. Wir können viel lernen von den Völkern des Südens, etwa von den Indianervölkern Amazoniens, was die nachhaltige Nutzung von Wäldern betrifft. Der Wald als umfassende, bei richtiger Nutzung und Bewirtschaftung sich erneuernde Quelle einer Vielzahl von Rohstoffen, diesen sorgsam Umgang mit Natur würde ich mir hier in der Steiermark als Prinzip auch wünschen. Allerdings, die Umweltzerstörung hat auch vor den entlegensten Regionen dieser Welt nicht haltgemacht. Der Regenwald Amazoniens ist vom Kahlschlag durch nationale und transnationale Konzerne bedroht. Wer kann es den Menschen in den armen Regionen der Welt verdenken, wenn sie sich Richtung Norden, Richtung Wohlstand in Bewegung setzen, angesichts der Verwüstungen, die unsere Industriepolitik in diesen Ländern unmittelbar verursacht, angesichts der Klimakatastrophen, die durch unseren verschwenderischen Umgang mit fossilen Energieträgern mitverursacht werden. Umweltpolitik in unserem Lande, in der Steiermark, und Entwicklungspolitik im Sinne einer Unterstützung regionaler umweltverträglicher Wirtschaftskreisläufe in den Ländern der dritten Welt bedeutet somit einen Beitrag zur Ermöglichung des Überlebens und eines menschenwürdigen Lebens in diesen Ländern. Und auch das, meine Damen und Herren, liegt in unserem ureigensten Interesse.

Zum Abschluß noch ein kleiner Budgetvergleich: Das kleine Bundesland Vorarlberg leistet sich ein Budget im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit von 6 Millionen, Salzburg, das ebenfalls einen ähnlichen Beirat wie die Steiermark eingerichtet hat, wen-

det 4 Millionen für die Entwicklungszusammenarbeit auf, die Steiermark allerdings nur rund 2 Millionen, wie ich bereits erwähnt habe. Ich würde mich sehr freuen, wenn das Budget für Entwicklungszusammenarbeit doch deutlich angehoben werden würde, umso mehr, als sich das Land Steiermark mit seinem wohl bald erfolgenden Beitritt zum Klimabündnis Europa/Amazonien auch zur substantiellen Unterstützung von Projekten der Entwicklungszusammenarbeit im Amazonasgebiet entschlossen hat. Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit! (Allgemeiner Beifall. – 15.27 Uhr.)

**Präsident Dr. Klausner:** Hohes Haus! Ich erinnere an die Beschlüsse der Präsidialkonferenz, der auch die Klubobmänner angehören, womit die Damen und Herren des Hohen Hauses gebeten werden, nur mit Hilfe von Stichworten zu reden, nicht aber komplette Konzepte zu verlesen. Das zweite, was dort beschlossen worden ist, ist eine Empfehlung, sich an eine Redezeit von fünf bis sieben Minuten zu halten. In der Gruppe 4 hat es bis jetzt keine kürzere Rede, außer der tatsächlichen Berichtigung, von zehn Minuten gegeben. Ich darf an diese Beschlüsse erinnern. Es gibt zur Gruppe 4 noch zehn Wortmeldungen.

Als nächster zu Wort gemeldet ist der Kollege Tilzer. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Tilzer (15.28 Uhr):** Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Auf Grund der in der Bevölkerung vorhandenen Ablehnung und Angst in bezug auf die Ausländer- und Flüchtlingsproblematik bin ich der Auffassung, daß wir über diesen Themenbereich eine klare Stellung zu beziehen haben. Die Situation wie in der Bundesrepublik und wie sie auch unser Kollege Kurt Flecker in seiner Rede zum Ausdruck brachte sollte Anlaß geben, darüber nachzudenken, wie ein Übergreifen des Fremdenhasses und der daraus resultierenden Rechtsradikalismen gezielt verhindert werden kann. Wenn durch soziale und wirtschaftliche Veränderungen ein Wandel der gesellschaftlichen Struktur eintritt, sind die daraus entstandenen Schwierigkeiten natürlicherweise noch schwerer rückzuführen, und sie bekommen eine Eigendynamik, die unkontrollierbar sein wird. Und daher meine ich, meine Damen und Herren, mit opportunistischen Meinungsbildungsmethoden, wie sie von politischen Gruppen und speziell von einer bestimmten politischen Gruppe derzeit angewandt wird, wird diese Entwicklung kaum verhinderbar sein. Ich verwehre mich gegen die Angst- und Panikmache, da sehe ich absolut keinen Lösungsansatz in dieser Angelegenheit. Ich meine eben, daß Angst in dieser Frage ein schlechter Ratgeber ist. Und ich bezeichne dies als verantwortungslos und nahezu als demokratiepolitischen Wahnsinn, ohne vorhergehende Information auf der Volksseele Klavier spielen zu wollen.

Meine Damen und Herren! Ich kann Ihnen versichern, es ist mir ein Bedürfnis, und ich sehe die absolute Notwendigkeit, den vorliegenden, von der FPÖ eingebrachten Resolutionsantrag auf das schärfste zu verurteilen. Wenn Sie mir gestatten, werde ich einen Teil aus diesem Antrag zitieren:

„Kann der Hilfesuchende innerhalb einer weiteren angemessenen Frist keinen ihm im Hinblick auf seine

berufliche Eignung und Vorbildung zumutbaren Arbeitsplatz erlangen, ist er verpflichtet, andere Arbeitsmöglichkeiten“ – ich betone andere Arbeitsmöglichkeiten – „zu ergreifen, auch wenn sie nicht der beruflichen Eignung und Vorbildung entsprechend. Die dadurch sicher“ – jetzt kommt die Quintessenz – „durch Minderinanspruchnahme freierwerdenden Mittel können der Betreuung von Flüchtlingen zugeführt werden.“

Meine Damen und Herren, „... Flüchtlingen zugeführt werden.“ So ist es!

Ich bin bestürzt über solche menschenverachtende Methoden, die Sie zur Abstimmung bringen. Bitte, es geht doch um die Menschenrechte in dieser Frage. Da brauchen wir überhaupt nicht darum diskutieren. Ich weiß, es ist hart, aber da müssen Sie jetzt durch, meine Damen und Herren der FPÖ! (Abg. Dipl.-Ing. Vesko: „Wo ist da die Menschenverachtung?“) Ich bezeichne diesen Resolutionsantrag, meine Damen und Herren, als ersten Vorbote von Arbeitslagern und Zwangsarbeit, wenn Sie mir gestatten, dieses so scharf zu formulieren. Dies steht außerdem im Widerspruch zur Menschenrechtskonvention. Das von Ihnen gestartete Spiel würde dann „Sozialhilfeempfänger“ gegen „Flüchtlinge“ bedeuten. Alle Damen und Herren der ÖVP und der FPÖ haben sich in ihren Aussagen dafür ausgesprochen, daß es keine Hetze zwischen einzelnen Menschen geben sollte, aber ich kann dies nicht ganz verstehen. (Abg. Weilharter: „Da hat dir einer den falschen Zettel mitgegeben!“) Absolut nicht! Das ist der Resolutionsantrag, das ist absolut der richtige. Sie müssen Ihre Unterlagen ein bißchen besser durchschauen! (Abg. Weilharter: „Sie haben etwas verwechselt!“) Ich verstehe die Aufregung der rechten Reichshälfte absolut. (Abg. Schinnerl: „Die Zusammenhänge passen nicht!“) Wenn das die einzigen Lösungsansätze sind, unter denen Sie verstehen, wie man Hilfesuchende behandelt und ihnen helfen will, dann kann ich derartige inhumane Akzente nur vehement ablehnen und Ihren Mangel von Humanität zutiefst bedauern.

Gleichzeitig – das möchte ich besonders anführen – ersuche ich auch Herrn Landesrat Tschernitz, alles gegen dieses Vorhaben zu unternehmen, daß dies nicht Wirklichkeit wird.

Ich appelliere an den für die Rechtsmaterie zuständigen Bund, daß er dieses inhumane Ansinnen nicht unterstützt beziehungsweise diesem nicht beitreten wird.

Ich möchte aber dennoch die ÖVP und die FPÖ auffordern, diesen Antrag zurückzunehmen, und schlage aber gleichzeitig vor, gemeinsam daran zu arbeiten, daß es in unserem Bundesland keine Hilfesuchenden gibt. Dies ist zugegebenerweise eine Utopie, allerdings eine, die es anzustreben gilt. Begegnen wir doch diesen einzelnen Problemen in den Existenzen mit angemessenen sozialverträglichen Mitteln.

Meine Damen und Herren, ich glaube auch, von der Fremdenangst bis hin zum Fremdenhaß ist es ein sehr schmaler Weg. Vielmehr bin ich der Ansicht, daß alle politischen Kräfte sich mit Verantwortlichkeit und Sachlichkeit diesem Thema zu widmen haben und an dieses Thema herangehen müssen.

Es ist unsere Pflicht, die Bevölkerung über die tatsächliche Situation der Flüchtlinge und Asylanten, über ihre wirtschaftliche und soziale Gegebenheit aufzuklären. Das Gefährliche an dieser Situation erscheint mir, daß eine erhöhte Empfänglichkeit für rechtsradikale Strömungen gerade bei den Jugendlichen feststellbar ist. (Abg. Bleckmann: „Warum?“) Ich führe aus, warum. (Abg. Bleckmann: „Warum funktioniert die Familie nicht mehr? Haben Sie das ‚Profil‘ gelesen?“) Es wird sensibilisiert von Ihrer Seite her. Sind wir uns doch klar. Ich verstehe Ihre Aufregung, es ist doch momentan eine harte Situation für Sie, weil da müssen Sie jetzt auch durch.

Faktum ist letztendlich, daß es steigende Brutalität gibt, Entsolidarisierung und Egoismus, wachsende Ausländerfeindlichkeit, starke Anfälligkeit für rechtsradikale Parolen und zunehmende Gewalt.

Dem kann meiner Ansicht nach nur mit Aufklärung und Aufzeigen von beruflichen Chancen und Bildung entgegengewirkt werden. Das sind jene Maßnahmen, die hier am zielführendsten zu sein scheinen.

Zum Beispiel sind qualifikationsorientierte Lehrpläne an den steirischen Berufsschulen eines der Hauptfordernisse bei der Bewältigung der Jugendarbeitslosigkeit. Da kann ich Ihnen recht geben. Der Lösungsansatz liegt sicherlich in dem Bereich der Jugend, bei der Jugendarbeitslosigkeit, bei der Ausbildung und so weiter. Da gebe ich Ihnen vollkommen recht, aber das ist trotzdem nicht im Sinne dieses Antrages, wie Sie ihn formuliert haben.

Ich glaube auch, daß aktive außerschulische Jugendpolitik, wie sie nun in der Steiermark durch Peter Schachner betrieben wird, ein Weg in die richtige Richtung sein kann.

Ein Hauptkritikpunkt, den die Bevölkerung als unannehmbar empfindet, ist beziehungsweise war die ungleiche Verteilung der Flüchtlinge und Asylanten auf die einzelnen Gemeinden. Für mich ist die negative Einstellung der Bevölkerung in kleineren Gemeinden zur Flüchtlingsfrage verständlich, wenn ein relativ hoher Prozentsatz von Ausländern in dieser untergebracht ist.

Das heißt also, eine gleichmäßige Aufteilung im Verhältnis zu den Einwohnern wird daher unumgänglich sein.

Es kann nicht die Aufgabe des Bürgermeisters sein, daß er dort zu erklären hat, wie viele Flüchtlinge und Asylanten er in seiner Gemeinde rechtfertigen muß.

Meine Damen und Herren! Um den rechtsradikalen Entwicklungstendenzen den Nährboden zu entziehen, ist es auch Aufgabe der wirtschaftspolitisch Verantwortlichen, zweckentsprechende Arbeitsmarktförderung zu betreiben. Zum Beispiel Arbeitsstiftungen, aktive und offensive Arbeitsmarktpolitik müssen die Ansatzpunkte sein, wie man diesen rechtsradikalen Entwicklungen entgegenwirken kann.

Es ist ein Faktum, daß viele westeuropäische Industrienationen ihre Wirtschaftskraft auch auf die Arbeitsleistung von Fremdarbeitskräften aufgebaut haben. Wengleich laut einer Umfrage 40 Prozent der heimischen Bevölkerung bei Wirtschaftsflüchtlings eine strengere Einwanderungspolitik fordern, müssen wir doch bei restriktiven Maßnahmen unser Wirtschaftsgefüge trotzdem im Auge behalten. Heute sind

diese Aussagen ja schon öfter vorgefallen beziehungsweise diese Bemerkungen, daß wir ohne die Arbeitskraft der ausländischen Menschen in unserem Lande auch nicht auskommen würden.

Meine Damen und Herren, die Frage wird die Aufklärung sein. Ich frage Sie, ist unsere heimische Bevölkerung darüber informiert, daß die ausländischen Arbeitskräfte mehr Beiträge in die Arbeitslosenversicherung einzahlen, als sie an Leistungen daraus erhalten? Die Frage kann man stellen, sie ist, glaube ich, eine berechnete Frage. Oder könnte man nicht ebenso die Frage stellen, um wieviel müßten die Sozialversicherungsbeiträge dann angehoben werden, wenn dies nicht so wäre?

Daher bin ich der Auffassung, daß wir alles tun müssen, um ein weiteres Ansteigen der Emotionen hintanzuhalten, sonst könnte das soziale Umfeld absolut gefährdet werden.

Die Demokratie ist wohl für uns alle die bestmögliche, aber wohl auch die am schwersten stabil zu haltende Regierungsform. Insofern bin ich nicht so überzeugt, daß unsere Demokratie so stark verwurzelt ist und sie nicht gefährdet werden kann.

Ich glaube auch, meine Damen und Herren, daß die Demokratie nach einer gewissen Kompromißbereitschaft verlangt, sonst wird sie nicht funktionieren. Kein Ausdruck von Kompromißbereitschaft ist es jedoch, wenn politische Entscheidungen von solcher Brisanz auf das Volk abgewälzt werden sollen.

Die jetzt für unser Land anstehenden Entscheidungen müssen von den gewählten Volksvertretern in Angriff genommen werden, denn aus dieser sensiblen Frage sollte man keinesfalls politisches Kapital schlagen wollen.

Und wir wissen alle, daß unsere Wirtschaft sich nur dann auf einem positiven, erfolgversprechenden Kurs befindet, wenn auch der soziale Friede in einem Land vorherrscht. Gerade mit dem Eintritt in den Europäischen Wirtschaftsraum beziehungsweise in den EWR wird das von Bedeutung sein. Aber nicht nur im Sinne unserer Wirtschaft, sondern vor allem im Sinne unserer Demokratie sind wir zu einer gewissen Feinfühligkeit und Achtsamkeit verpflichtet.

Und abschließend, meine Damen und Herren, möchte ich Ihnen ein Zitat von Heinz Vogler, AK-Präsident, zum Ausdruck bringen: „Gerade in einer Zeit, in der sich rechtsextreme Gruppen verstärkt bemerkbar machen, müssen wir alles vermeiden, was die Ausländerfeindlichkeit verstärkt.“ Meine Damen und Herren, in diesem Sinne danke ich Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit! (Beifall bei der SPÖ. – 15.40 Uhr.)

**Präsident Dr. Klausner:** Als nächster zu Wort gemeldet ist der Herr Kollege Dipl.-Ing. Vesko. Ich erlaube es ihm.

**Abg. Dipl.-Ing. Vesko (15.41 Uhr):** Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Die Kollegen Dr. Lopatka und Dr. Wabl haben in ihren Ausführungen sehr klar und deutlich zum Ausdruck gebracht, wie leicht es ist, verschiedene Dinge zu vermischen, und wie schwierig es ist, in so einem heiklen Bereich die Fakten auseinanderzuhalten. Ich möchte bei dieser Gelegenheit Ihnen auch ein bißchen

was von dem mitteilen, was wir steirischen Freiheitlichen zu diesem sehr, sehr diffizilen Thema zu sagen haben. Wir Freiheitlichen verfolgen seit vielen Jahren die Situation am Markt im Hinblick auf Asylanten, auf Flüchtlinge, und es ist eigentlich erst in den letzten Jahren, bedingt durch die großen Umbrüche im Osten, zu einer überdimensionierten Flüchtlings-, Asylantenbewegung in Richtung Österreich gekommen, und wir haben damals schon sehr klar darauf aufmerksam gemacht, indem wir gesagt haben, meine Damen und Herren, ein Teil dieser Asylanten versucht berechtigt, als Asylanten, als Verfolgte in ihrem Land politischer, religiöser und sonstiger Verfolgung zu entgehen, und wir haben somit als Land einen ganz klaren Auftrag zu erfüllen, nämlich diese Hilfesuchenden bei uns aufzunehmen. Und wir haben damals gesagt, das ist eine Verpflichtung, der wir nachkommen müssen. Im weiteren Bereich haben wir feststellen müssen, daß sich die Schwemme, die sich in Richtung Österreich in Bewegung gesetzt hat, vor allem aus den Ostländern, beginnend mit den politischen Umbrüchen in Rumänien, weitergehend mit dem Zerfall des Ostblocks, eine Dimension angenommen hat, die wir alle nicht erwartet haben, die unsere Befürchtungen – muß ich beinahe sagen –, und nicht nur unsere, sondern die Befürchtungen aller, bei weitem übertroffen hat. Nun, ein Teil davon ist ganz regulär in dieses Land eingereist, hat um Asyl gebeten und wurde nach Anhörung, Verfahren und so weiter entsprechend in Asyl genommen, im wahrsten Sinn des Wortes, der überwiegende Teil jener Leute, die nach Österreich gekommen sind, sind sozusagen illegal über die Grenze gekommen. Und wir haben heute einen Illegalenanteil in Österreich, wo die Aussagen zwischen 100.000 und 400.000 schwanken, und es gibt Zahlen, die weit darüber hinausgehen. Auf der anderen Seite haben wir parallel dazu einen Umstand mitzutragen, der uns sehr bedrückt, nämlich daß in unserem südöstlichen Nachbarland durch den Zerfall von Jugoslawien ein Bürgerkrieg ausgebrochen ist, der im wahrsten Sinne des Wortes viele Menschen heimatlos gemacht hat, und diese Flüchtlinge haben bei uns das Recht zu wohnen. Das steht außer Zweifel.

Und wir müssen uns, meine Damen und Herren, dagegen verwehren, daß wir diese Begriffe durcheinanderbringen. Auf der einen Seite haben wir die Asylanten, wobei wir sagen, selbstverständlich, diese Menschen müssen Wohnung und Arbeitsplatz bekommen, weil sie auch ein menschenwürdiges Leben in Österreich haben sollen.

Für diese Forderung sind wir von Anfang an eingetreten, für die Flüchtlinge, und das muß ich schon sagen, meine Damen und Herren, Österreich war immer ein klassisches Flüchtlingsland. Wir haben bei der Ungarnkrise mitgeholfen, weit über Gebühr im Vergleich zu anderen Ländern in Europa. Dasselbe gilt auch für die Tschechenkrise und jede andere Flüchtlingskrise, und wir tun auch jetzt mehr als alle anderen europäischen Länder im Zusammenhang mit dem Bürgerkrieg in Restjugoslawien. Was wir aber zu dem Bereich der Arbeitskräfte gesagt haben, und da unterscheiden wir uns sehr wesentlich, die Österreich braucht, um in der Gastronomie und so weiter zu arbeiten, haben wir uns sehr klar ausgedrückt, indem wir gesagt haben, auch dafür soll es den Typus des Saisoniers geben. Menschen, die bei uns arbeiten

können und nach Verrichtung ihrer Arbeit wieder in ihre Heimatländer zurückkehren, dafür gibt es Regelungen, die in den anderen Ländern vollkommen selbstverständlich sind und gar nichts mit Ausländerfeindlichkeit oder sonstigem zu tun haben. Diese Punkte haben wir von Anfang an klar vertreten. In dem Ausmaß, in dem vor allem im Wiener Raum das ganze Problem eskaliert ist, daß nämlich viel mehr Menschen in diesen Bereich hineingekommen sind, als für die Bevölkerung zu vertreten war, ist ein Unmut in der Bevölkerung entstanden, und selbstverständlich, meine Damen und Herren, haben ja auch Ihre Fraktionen diese Situation erkannt, und ich kann Ihnen ein sehr schönes Beispiel dazu geben.

Ich höre immer wieder den Herrn Cap, der da sagt, „und diese Freiheitlichen, diese Zündler, diese Feueranzünder, diese Populisten, diese Nazis, wehret den Anfängen, sollen sich nicht aufregen, weil wir eh schon alles gemacht haben, weil wir die Forderungen schon längst erfüllt haben“. Das ist das Doppelspiel. Wenn ich auf der anderen Seite höre, meine Damen und Herren, und das soll auch gesagt werden, und dann höre ich schon wieder auf, weil ich auch nicht Schuldzuweisungen machen möchte, wenn der Herr Vizekanzler Busek bei der Salzburger Gemeinderatswahl gesagt hat, „... und die illegalen Ausländer haben das Land zu verlassen“, dann habe ich das eben auch gehört. Er hat allerdings drei Tage nach der Wahl wieder gesagt, „... sofern sie das wollen“. Dann ist das bitte auch der Teil, den wir alle miteinander nicht haben wollen. Wir Freiheitlichen haben, und das ist der nächste Schritt, auch gefordert, daß wir uns zu diesem Thema zusammensetzen und dieses Thema miteinander klären, und es hat fast den Anschein gehabt, meine Damen und Herren, daß wir diese Einigung schaffen, daß wir uns auf parlamentarischer Ebene in einem Sonderausschuß zusammensetzen. Nur, der Herr Bundeskanzler Vranitzky hat das dann schlußendlich nicht verkraftet und sogar seinen eigenen, uns sicher nicht so wohlgesinnten Nationalratspräsidenten Fischer zurückpfeifen müssen. (Beifall bei der FPÖ).

Meine Damen und Herren, wir in der Steiermark haben es geschafft, daß wir gemeinsam einen runden Tisch beziehungsweise einen Beirat geschaffen haben, wo wir diese Probleme miteinander bereden und miteinander lösen. Wobei ich natürlich dazusagen muß, daß die Steiermark in der glücklichen Lage ist, zu jenen Bundesländern zu gehören, die derzeit den geringsten Ausländeranteil haben. (Abg. Dr. Lopatka: „Den geringsten überhaupt!“) Jetzt muß ich erwähnen, das ist eben der steirische Weg zu sagen, jawohl, wir setzen uns zusammen und lösen das miteinander. Wir werden auch, und das sage ich Ihnen ganz offen, dieses Volksbegehren nicht emotionalisieren. Wir werden das Ihnen überlassen. Wir haben dieses Volksbegehren deswegen einberufen, weil wir der Ansicht sind und weil wir bestätigt sehen, daß sich die Regierung nicht in dem Maße um die Dinge kümmert und sie vorantreibt, wie wir das erwarten. Wir werden dazu das Volk befragen. Diese Entscheidung ist in der Zwischenzeit gefallen. (Abg. Kanduth: „Die Diskussion läuft leider Gottes ganz anders!“) Die Diskussion, meine Damen und Herren und lieber Richard, ich gebe dir recht, läuft so, wie sie der Kollege Tilzer begonnen

hat, indem er einfach Kraut und Rüben verwechselt und vergißt, daß er außer politischen Parolen eigentlich hier etwas zur Lösung des Problems, und nicht zur Verschlechterung der Situation beitragen sollte. (Beifall bei der FPÖ.)

Meine Damen und Herren! Wir werden hier in der Steiermark sehr klar dafür sorgen, daß es zu keiner Emotionalisierung kommt. Wir wollen diese Konfrontation nicht. Geben wir dem Bürger die Chance, diese Entscheidung selbst zu treffen, und schütten wir nicht Öl ins Feuer, wenn Sie es uns schon vorwerfen. Gehen wir den Weg, indem wir sagen, steirische Lösung, Beirat. Wir werden das miteinander lösen, und wenn Sie sich an die Spielregeln halten und nicht immer glauben, Sie müssen bei jeder Gelegenheit jenes politische Kapital schlagen, das Sie uns vorwerfen, das wir schlagen wollen, dann tun wir uns wesentlich leichter. (Beifall bei der FPÖ. - Abg. Tasch: „Ihr traut euch nicht!“) Selbstverständlich trauen wir uns. (Abg. Tasch: „Niemals!“) Und wenn du kommst, traue ich mich schon viel leichter. In diesem Sinne, meine Damen und Herren, wenn Sie Ihre Aktionen in der Aufstachelung und Ihre, und jetzt möchte ich ein bißerl lauter werden, Hunde auch ein bißchen an die Kette nehmen, dann sind wir vielleicht in der Lage, das zu verhindern. (Beifall bei der FPÖ. - Abg. Dr. Flecker: „Ihr Herr Obmann emotionalisiert das, und Sie machen Blauäugigkeit!“ - Abg. Trampusch: „Bei uns gibt es nur Menschen!“ - Abg. Dr. Flecker: „Ihr definiert den Menschen anders!“) Das war Ihr Gekläff. Wenn wir das schaffen, dann sind wir sehr zufrieden. (Abg. Trampusch: „Du qualifizierst dich auf eine schlechte Art!“ - Abg. Gennaro: „Das ist ein Skandal!“ - Abg. Trampusch: „Ich bin sehr enttäuscht, daß du soetwas sagst!“) Meine Damen und Herren! Ich muß Ihnen noch einmal sagen: Ich habe gesagt, und wir müssen das bildlich sehen, wir müssen, und Sie müssen, alle miteinander, ich habe diesen Appell an uns alle gerichtet, die Hunde ein bißerl zurücknehmen. Ich glaube, daß Sie verstanden haben, was ich damit meine. (Abg. Trampusch: „Haider zuliebe sinkst du unter jede Würdel!“) Meine Herrschaften, so ist das. Sie haben das Gekläff auch verwendet. (15.52 Uhr.)

**Präsident Dr. Klausner:** Als nächster zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Kowald. Ich erteile es ihm.

**Abg. Kowald (15.52 Uhr):** Herr Präsident, liebe Damen und sehr geehrte Herren!

Die Emotionen werden sich auch beruhigen. Wir haben andere Themen. Ich möchte eines nur ganz kurz aufzeigen. (Abg. Trampusch: „Läßt du dich als Hund bezeichnen?“) Wirklich nicht, aber im Sozialbereich möchte ich hier die Aufmerksamkeit auf ein sehr wichtiges Gebiet hinlenken, und zwar geht es um die Bemessungsgrundlage bezüglich der Anrechnungszeiten bezüglich der Kindererziehung. Ich bitte alle sehr darum, einen Beitrag, überall, wo Sie nur können, zu leisten, um den Pensionsanspruch für die Kindererziehung zu verbessern und zu erreichen. Im besonderen betrifft es die vielen Bäuerinnen, die auf Grund ihrer Tätigkeit sich vielleicht den Leistungsbeitrag nicht so leisten haben können. Und so bitte ich hier, in Wien, vorstellig zu werden bei jenen, die die

Verantwortung tragen, daß es zu einer Änderung kommt, daß nämlich diese Kindererziehungszeit berücksichtigt wird. Die Lücken, die im Gesetz sind, müssen wir versuchen zu schließen. Deswegen glaube ich einfach, daß es notwendig ist, diese soziale Gleichstellung gemeinsam zu unternehmen. In diesem Sinne bitte ich um Unterstützung und Mitarbeit. (Beifall bei der ÖVP. - 15.54 Uhr.)

**Präsident Dr. Klausner:** Als nächster zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Günther Prutsch.

**Abg. Günther Prutsch (15.54 Uhr):** Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Trotz der letzten Wellen, die jetzt aufgeschwappt sind, möchte ich dem Kollegen Schinnerl recht geben. Er hat richtig erkannt, daß der Mensch im Mittelpunkt stehen soll, besonders natürlich in der Sozialpolitik. Meine Damen und Herren, die soziale Frage ist nach wie vor die erste Frage in der Politik. Das ist meine tiefe Überzeugung. Ich hoffe, daß das auch in unserem Haus, in diesem Land, in Österreich noch stimmt. Aber ich stelle immer mehr eine verstärkte Hinnahme von Problemen am Arbeitsmarkt fest, und es ist nicht nur eine Hinnahme, sondern es passiert immer stärker eine Ausgrenzung und vielfach ein Verdrängen von ganzen Berufs- und Bevölkerungsgruppen - ganz einfach Verdrängen von Menschen. Man geht so weit, daß man kriminalisiert und die Leute auch als Schmarotzer bezeichnet. Kurt Flecker hat hier gestern für mich ganz richtig die wahren Dimensionen festgestellt. Für mich sind auch die Steuerhinterzieher die wahren Schmarotzer in unserem System. (Abg. Dr. Lopatka: „Die gibt es überall!“)

Das sagst du. Natürlich, aber Schmarotzer ist nicht die richtige Bezeichnung dafür. Ich glaube, wir müssen unser Verständnis wieder neu oder besser gewichten. Ich erinnere nur an die Benya-Formel. Da hat es noch geheißt, 3 Prozent Arbeitslose sind eine Reizschwelle. Darüber hinaus können wir das nicht mehr akzeptieren. Und aus dieser Zeit sind noch sehr positive Ansätze, gute Projekte vorhanden, Instrumentarien wurden in den achtziger Jahren geschaffen, um Hilfestellung zu bieten und auch im Sinne einer aktiven Arbeitsmarktpolitik zu agieren. Langzeitarbeitslose, Behinderte, ich habe das erst kürzlich erlebt, daß man versucht, hier auch noch eine Trennung vorzunehmen. Und wir alle wissen, daß die Integration am Arbeitsmarkt auch bei Gewährung von unterstützenden Maßnahmen, Beihilfen, oft nicht möglich ist. Es wurden spezielle Beschäftigungsprogramme dafür geschaffen, die zwar grundsätzlich ökonomisch orientiert sind, aber spezifische soziale Betreuung als Begleitung mitbieten. Sie werden global unter dem Titel „sozialökonomische Projekte“ zusammengefaßt. Die Finanzierung erfolgt im Normalfall folgendermaßen: zwei Drittel Arbeitsmarktverwaltung und ein Drittel Land beziehungsweise Sozialhilfeverbände. Hier in diesen Projekten wird ausgezeichnete, ruhige und oft nicht erkannte Arbeit geleistet. Unser Soziallandesrat Erich Tschernitz hat frühzeitig diesen Stellenwert erkannt und für das Budget 1992 erstmals einen eigenen Budgetansatz für diese Projekte beantragt mit dem Erfolg, daß dieser Ansatz geschaffen



wurde und mit 10 Millionen Schilling dotiert wurde. In neun derartigen steirischen Projekten waren im Juni 1992 insgesamt 177 Menschen beschäftigt. Umso erfreulicher ist es für mich, daß auch im heurigen Jahr ein entsprechender Budgetansatz zu finden ist. Angesichts der Probleme am Arbeitsmarkt und der dunklen Wolken am Konjunkturhimmel stellt diese Dotierung mit Sicherheit keine Gesamtlösung des Problems dar. Ich glaube, die Situation wird sich sehr verschärfen und wird sich gerade für die Schwachen weiter dramatisieren. Trotz allem oder gerade deshalb möchte ich unserem Erich Tschernitz für sein Verständnis und seinen Einsatz in dieser Frage sehr herzlich danken. (Beifall bei der SPÖ.) Es gibt eine weitere Gruppe, das sind nämlich die Frauen, die sehr hart von den Disparitäten am Arbeitsmarkt betroffen werden. Wir alle wissen, nur handeln wir manchmal anders, von den Problemen der Frauen am Arbeitsmarkt. Wir wissen von den Problemen alleinstehender oder alleinerziehender Mütter, von den Mobilitätsproblemen auf Grund der Sorgepflichten und nicht zuletzt von den Niedriglöhnen der Frauen. Ich möchte mit einigen Zahlen diese Problematik unterstreichen. Ende Oktober waren in der Steiermark 15.006 Frauen als arbeitslos vorgemerkt. Nicht weniger als 4321 mit Mobilitätseinschränkungen bezüglich Arbeitsort und Arbeitszeit. 60 zusätzlich noch durch längere Abwesenheit vom Erwerbsleben. Dazu kommen noch 1611 Sondernotstandshilfebezieherinnen und 16.258 Frauen im Karenzurlaubsgeldbezug. Zum Vergleich nur eine kurze Anmerkung: Zu diesem Zeitpunkt waren 126 Männer im Karenzurlaubsgeldbezug. Insgesamt also 32.875 Frauen, die zum großen Kreis der unmittelbar Betroffenen gehören. Als Vertreter eines Bezirkes mit einer Frauenerwerbsquote von über 66 Prozent und als Initiator eines Tagesmutterprojektes weiß ich, wie dringend erforderlich effiziente Kinderbetreuungseinrichtungen sind. Tagesmütter soll man nicht als Konkurrenz zu den bestehenden Kindergärten sehen, Tagesmütter sind gedacht als sinnvolle Ergänzung zu diesen sehr vorbildlichen Einrichtungen.

Wie dramatisch und notwendig das oft ist, dazu eine Erkenntnis aus meinem Bezirk: Es gibt keinen einzigen Ganztagskindergarten im Bezirk Radkersburg. Zu den Tagesmütterzahlen, ich möchte mich hier auf einen Bereich, nämlich die Volkshilfe, beschränken, die eine breite regionale Abdeckung macht. In insgesamt zehn Bezirken sind 146 Tagesmütter beschäftigt, die insgesamt 426 Tageskinder betreuen. Sehr vorbildlich wird auf die Ausbildung der Tagesmütter Bedacht genommen. Man ist sehr darauf aus, daß die Leute sich ständig weiterbilden. Ich möchte hier im Hohen Haus die sehr effiziente und gute Arbeit dieser Projektarbeiterinnen unterstreichen. Aber es muß auch die Finanzierungsproblematik aufgezeigt werden: Nach drei Jahren zieht sich die Arbeitsmarktförderung aus derartigen Projekten zurück. Die Frage der Restfinanzierung wird spätestens dann für uns, für das Land Steiermark, schlagend, wird unser Problem. Ich glaube, hier haben wir auch in Zukunft noch dringenden Handlungsbedarf. Bei allen Haushaltsproblemen, die uns allen hier bewußt sind, können wir gerade hier in diesem kleinen, aber doch so wichtigen Bereich beweisen, daß wir die soziale Frage nach wie vor als die erste Frage in der Politik ansehen. Danke. (Beifall bei der SPÖ und ÖVP. - 16.04 Uhr.)

**Präsident Dr. Klausner:** Zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Schleich. Ich erteile es ihm.

**Abg. Schleich (16.04 Uhr):** Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich möchte mich schon einmal deshalb melden, weil ich Vorstandsmitglied des Sozialhilfverbandes in Feldbach bin. Kleine Blickpunkte aus der Verbandsarbeit möchte ich hier wiedergeben. (Abg. Dr. Lopatka: „Vorstand auch!“)

Ja, wenn Sie so genau sind, Herr Dr. Lopatka, zu Ihnen komme ich auch noch. Das ist keine Frage.

Ich möchte vor allem eines vorausschicken, ob es die Hauskrankenpflege ist, Heimhilfe oder Altenhilfe, die sehr, sehr wichtig sind, denn direkt über den Verband ist schon sehr, sehr viel gesprochen worden, aber ich glaube, daß wir hier im Bezirk Feldbach vor allem wirklich noch Großes leisten müssen. Die Krankenpflege ist fast flächendeckend da, aber wird noch immer von den Gemeinden zu 50 Prozent bezahlt, und nicht über den Sozialhilfverband. Das wäre sicher auch eine wichtige Grundlage, da wir jetzt fast soweit sind, daß es flächendeckend funktioniert. Aber wo noch wirklich Nachholbedarf ist, aber vom Obmann beziehungsweise vom Bezirkshauptmann nach wie vor behauptet wird, daß die Heimhilfe und die Altenpflege nicht gebraucht werden, ich glaube, da muß man sich auch überlegen in Zukunft, ob wirklich die Sozialhilfverbände in der Art, wie sie jetzt bestehen, richtig sind. Meine sehr verehrten Damen und Herren, das stelle ich deshalb in Frage, denn vor kurzem kam eine Frau zu mir, die hätte 10.000 Schilling gebraucht, weil sie ihre Miete nicht zahlen kann - nicht geschenkt, sondern nur ein zinsfreies Darlehen. Ich habe sie natürlich an den Verband verwiesen, an die Bezirkshauptmannschaft. Dort kam dies in die Sitzung. Ich konnte leider nicht dabei sein, weil die Sitzung genau am Dienstag war, wo wir in Graz sind, und man staune, die Frau hat die 10.000 Schilling als Überbrückung nicht bekommen, obwohl sie ein Einkommen von nur 5000 Schilling hat und man weiß, daß sie seit Jahren regelmäßig arbeitet und dieses Geld sicher in kleinen Raten, aber trotzdem, zurückzahlen hätte können. Ich glaube, das ist ein Grund, wo man nachdenken muß. Wird hier wirklich sozial das Geld vergeben? Denn ich kenne andere Fälle, wo man sehr wohl großzügig war und den Menschen geholfen hat, wo nicht so schwerwiegende Gründe waren. Dieser Frau hätte man ihre Wohnung sichern können, was nicht geschehen ist.

Aber zurück zu der Pflege beziehungsweise Heimhilfe und Altenpflege. Ich glaube, daß wir das im Bezirk Radkersburg realisieren müssen. Es war ja gerade mein Kollege Prutsch vorher hier, da gibt es bereits über den Sozialhilfverband und über die Volkshilfe diese Heimpflege, und der Sozialhilfverband ist dort sehr wohl bereit, etwas dazuzuzahlen. Wieso geht das bei uns im Bezirk nicht? Ich glaube, es wäre einfacher, wenn wir dies direkt von Graz aus steuern könnten. Denn selbst ein anderes Beispiel weist darauf hin. Wir haben nach wie vor keine Erweiterung der Pflegestation, obwohl seitens unseres Landesrates Tschernitz aus seinem Referat bereits 4 Millionen Schilling in der Bezirkshauptmannschaft Feldbach sind. Zwei Millionen sind versprochen und kommen noch nach, aber

die liegen bereits seit über zwei Jahren dort. Überhaupt liegen 10 Millionen Schilling auf einem Konto der Stadtgemeinde Feldbach einschließlich dieser 4 Millionen, wo eine Pflegestation hätte gebaut werden sollen, die bis heute nicht gebaut wurde, weil man sich nicht einig ist, baut man sie in Feldbach, baut man sie in Kirchbach, baut man sie in Fehring. Das ist so ähnlich wie beim Müll. Es will keiner die Deponie, und hier will sie ein jeder, und dadurch kommt man zu keiner Einigung. Also man muß sich hier wirklich überlegen, ob man nicht neue Gesichtspunkte vorgibt, um hier rascher den Menschen zu helfen, die es wirklich brauchen. (Beifall bei der SPÖ.)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte aber auch auf einen Punkt eingehen, das sind die Kriegsoffer. Sie werden jetzt sagen, warum spricht der Schleich jetzt zu den Kriegsoffern? Gerade deshalb, weil ich dort Mitglied bin als Zivilinvalid, und weil man, wenn man bei einem Verein ist, gemeinsam Ausflüge macht und sich mit den Menschen unterhält. Ich konnte einmal bei einem Dreitagesausflug dabei sein, da haben mir die Menschen erzählt, was es heißt, wirklich beim Kriegsofferverband zu sein, wirklich Kriegsoffer zu sein. Dieser Gedanke, der ist aus meiner Person nicht herausgegangen. Denn wenn die Menschen erzählen, was sie mitgemacht haben, nicht nur psychisch, und dann noch körperlich behindert ihr Leben bestreiten müssen und auch die Familie dadurch eingeschränkt ist, dann muß man sich sehr wohl überlegen, ob man gegen diese Menschen vorgeht.

Ich glaube, daß man hier sehr viel Gefühl braucht, denn in der Steiermark sind es immerhin 20.000 Mitglieder. Es sind jetzt natürlich auch durch die Änderung die Zivilinvaliden dabei, denn sonst könnte ich nicht Mitglied sein, denn im Krieg war ich mit Sicherheit nicht. Aber, meine sehr geehrten Damen und Herren, auch die Zivilinvaliden sind ein ganz wichtiger Faktor unserer Gesellschaft, denn nicht nur deshalb, daß sie sich, wenn sie die Möglichkeit haben, selbst beziehungsweise ohne Sozialhilfe, ohne Landesinvalidenamt in den Arbeitsprozeß einfinden können und dadurch die Gesellschaft nicht belasten. So ist es auch beim Kriegsofferverband. Dadurch muß man auch ihre Vorteile lassen. Und wenn wir dann bei der Lustbarkeitsabgabe sind, das ja im Jahr sehr viel Geld ist, zirka 6 Millionen Schilling, und man weiß, daß es immer weniger Kriegsoffer werden, das ist keine Frage, es werden weniger Mitglieder, denn die Zivilinvaliden wiegen das nicht auf, dann komme ich aber auf den Punkt, den ich will. Soll hier eine Novellierung kommen, dann habe ich nichts dagegen. Man muß der Realität ins Auge sehen. Aber dann muß dieses Geld zweckgebunden wirklich für die Zivilinvaliden verwendet werden. Und das fordere ich wirklich, wenn hier eine Novellierung kommt, daß wir dieses Geld den Zivilinvaliden zur Verfügung stellen.

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, ich kann Ihnen nur von meiner Person etwas schildern: Ich habe mit 15 Jahren meine Hand verloren und weiß, was es heißt, Invalide zu sein. Heute habe ich kein Problem mehr damit. Ich habe es für mich selbst überstanden, und ich glaube, auch mein engster Kreis in der Familie. Aber damals war es nicht selbstverständlich, denn ich habe sicher ein paar Jahre gebraucht – und das ist mir auch heute erst richtig bewußt, weil in dem

Moment merkt man es nicht so, was es heißt, in der normalen Gesellschaft zu sein als Behinderter. Und gerade deshalb habe ich vorher den Zwischenruf gemacht, als der Kollege Lopatka, wir haben inzwischen auch gesprochen darüber, hier gesagt hat, wenn jemand 30.000 Schilling verdient, ich will es genauso nennen, wie du es gesagt hast, darf er keine Beihilfe bekommen. Aber ich möchte hier zwei Aspekte anführen: Es nutzt nichts, wenn ich 30.000 Schilling verdiene, eine Behinderung zugefügt wird durch irgendeinen Unfall und ich momentan einen Behelf brauche, ob es mittels einer Prothese ist oder einer Hilfsmöglichkeit, die ich momentan brauche. Dann helfen mir auch 30.000 Schilling nichts, wenn dies über 100.000 Schilling kostet. Und ich glaube, in diesem Punkt muß man sicher eine Ausnahmsbestimmung nennen. Er hat es vorher nicht genannt – wir haben inzwischen gesprochen darüber. Ich bin aber zu jeder Zeit bereit, und das war auch der Grund, warum ich hier einen Einwand gebracht habe, man soll nicht immer nur über alles reden und auf der anderen Seite vieles vergessen. Ich glaube, alle Gesetze müßten novelliert werden, daß man hier wirklich vorausdenkt und daß man vor allem den Behinderten, und das möchte ich als persönlichen Gedanken mitgeben, nicht ignoriert, den Behinderten nicht ausgliedert, sondern mit den Behinderten lebt. Ich glaube, sie geben uns das zurück. Danke. (Allgemeiner Beifall. – 16.13 Uhr.)

**Präsident Dr. Klauser:** Am Wort ist die Frau Abgeordnete Frieß.

**Abg. Frieß (16.13 Uhr):** Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Es handelt sich eigentlich um eine tatsächliche Richtigstellung. Es haben sich verschiedene Kollegen um Frau Frieda Wagner angenommen. Allerdings nur mit Reden. Die tatsächlichen Unterstützungen hat unser Herr Landeshauptmann Dr. Josef Krainer längst erledigt. Und darüber berichte ich ganz kurz. Aus dem Josef-Krainer-Hilfsfonds hat über Regierungsbeschluß Frau Wagner 20.000 Schilling als Ersthilfe von unserem Herrn Landeshauptmann persönlich erhalten. Und das 36 Stunden nach der Ankunft in Österreich. Zweitens: Das Ansuchen an die Bezirkshauptmannschaft Weiz um Sozialhilfe ist erledigt. Ein Konto wurde eröffnet, und für Dezember ist die Sozialhilfe bereits angewiesen. Jeder, der in Notlage gerät, erhält diese in Österreich. (Landesrat Tschernitz: „Das ist gesetzlich verankert, Frau Abgeordnete!“ – Landeshauptmannstellvertreter Univ.-Prof. DDr. Schachner-Blazizek: „Das ist gesetzlich verankert. Was ist das Besonderes?“) Jeder, der in Notlage gerät, erhält diese. Aber das Verfahren ist sehr schnell erledigt. Sie ist damit sozialversichert, krankenversichert, kann Arzt und Medikamente beanspruchen. Ab 1. Jänner 1993 beträgt der Sozialhilfesatz für Alleinunterstützte 5150 Schilling – für alle zur Information. Aber Frau Frieda Wagner ist durch den raschen Einsatz unseres Herrn Landeshauptmannes versorgt, tatsächlich versorgt. Im Verfahren um die österreichische Staatsbürgerschaft wird gerecht geprüft. Es läuft ein intensives Verfahren. Das ist die gelebte soziale Einstellung

unseres Herrn Landeshauptmannes. Danke. (Beifall bei der ÖVP und FPÖ. - 16.15 Uhr.)

**Präsident Dr. Klausner:** Nunmehr erteile ich dem Herrn Abgeordneten Köhldorfer das Wort.

**Abg. Köhldorfer (16.15 Uhr):** Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Es ist heute hier schon sehr viel angesprochen worden, nur über eine Personengruppe, über eine Menschengruppe, an der mir an und für sich sehr viel liegt, da ich seit einigen Jahren damit zu tun habe, ist noch sehr wenig bis gar nicht gesprochen worden. (Abg. Dr. Lopatka: „Du hast dem Abgeordneten Schleich nicht zugehört!“) Ich spreche von den behinderten Menschen in diesem Land, von Menschen, die nichts dafür können, daß sie behindert sind. Kollege Schleich hat eher von Invaliden gesprochen. (Abg. Dr. Lopatka: „Invalide ist nicht behindert!“) Ich rede von den geborenen Behinderten. Herr Abgeordneter Lopatka, höre mir ein bißchen zu. Ich weiß schon, daß du das immer gerne machst, so hineinschießen.

Lieber Herr Dr. Lopatka! Der große Streit ist soeben ausgebrochen bezüglich Integration der Menschen. Und mir persönlich liegt sehr viel an der Integration unserer behinderten Gesellschaft, unserer behinderten Menschen, die von unserer Gesellschaft immer in ein Gettowesen getrieben werden. Es wird wahnsinnig viel - das weiß ich schon - für die behinderten Menschen in Österreich und auch hier in der Steiermark gemacht. Wir bauen Tagesheime, wir bauen Behindertenwohnheime, wir bauen auch Tageswerkstätten, wo die behinderten Menschen arbeiten können. Nur, damit allein ist die Integration nicht vollzogen. Worauf ich hinaus will: Es gibt seit einigen Jahren diesen Schulversuch vom Bundesministerium für Unterricht, wo man beginnt, behinderte Kinder in das normale Leben zu integrieren. Und das ist mein Wunsch. Und wie ich höre, wird auch im Bundesministerium für Unterricht überlegt, diesen Versuch in das Regelschulwesen zu übernehmen und damit den Behinderten von klein auf eine Integration zu ermöglichen. Und mein Wunsch ist es weiters, daß unsere steirische Landesregierung, allen voran Herr Landesrat Tschernitz, an die Bundesregierung herantritt mit der Forderung, daß die Aufnahme dieses Versuches in das Regelschulwesen so schnell wie möglich vollzogen wird.

Und noch eines, wenn wir schon von Integration sprechen, meine Damen und Herren, dann rufe auch ich Sie auf, jeden einzelnen von Ihnen, sich jetzt in der Vorweihnachtszeit einen halben Tag oder noch besser einen ganzen Tag die Zeit zu nehmen, in ein Heim der Lebenshilfe oder in eines der anderen Institutionen zu gehen und dort sich einen halben bis zu einem ganzen Tag mit unseren behinderten Menschen in der Steiermark zu befassen. Die behinderten Menschen werden es Ihnen zu danken wissen. Danke. (Beifall bei der FPÖ und SPÖ. - 16.18 Uhr.)

**Präsident Dr. Klausner:** Als nächster zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Dr. Flecker. Ich erteile es ihm.

**Abg. Dr. Flecker (16.18 Uhr):** Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Ich glaube, Herr Abgeordneter Dipl.-Ing. Vesko, es wäre in der Frage des Volksbegehrens und in der Flüchtlingsfrage doch für uns alle angenehmer gewesen, wenn Sie sich bedeckt gehalten hätten und wir nicht aus unserer inneren Einstellung heraus doch noch gezwungen sind, dazu zu reden. Ich glaube, Ihre Haltung, sich dazu bisher zu verschweigen, war an sich noch das vernünftigste, was Sie tun konnten. Ich will es durchaus positiv sehen, weil ich nicht noch einmal, so wie Sie das getan haben, hier Emotionen anheizen will.

Ich will das so sehen, gerade in Anbetracht der Ausländerfrage und des Umgehens der FPÖ und ihres Parteiobermannes mit dieser Ausländerfrage, so wie ich das gestern in einem Gespräch im Buffet gehört habe, wo mir gesagt wurde, es können vernünftige Exponenten Ihrer Partei ein Überschwappen dieser Partei in unkontrollierte Richtungen verhindern. Das wollte ich Ihnen zugute halten, und wenn Sie dann heute herausgehen - und das ist das Problematische - und versuchen, mit einer Art „Haltet-den-Dieb-Mentalität“ diejenigen zu den Schuldigen zu machen, die sich aus innerer Überzeugung entrüsten, und das tun wir, dann finde ich das zynisch und leichtfertig. Ich glaube, daß es halt ganz einfach so ist, daß man, wenn Zitate des Herrn Mölzer in der Weltgeschichte herumlaufen und auch einige Aussagen Ihres Bundesparteiobermannes, man nicht mehr die Blauäugigkeit aufbringen und sagen kann, mit diesem Volksbegehren ist eine sachliche Geschichte gemeint. Dann ist es das Spiel mit Emotionen, und daß das ein sehr gefährliches Spiel ist im Hinblick auf die Entwicklungen, die wir in Deutschland erleben, muß auch Ihnen klar sein. Ich wäre glücklich gewesen, Sie hätten sich davon distanzieren und nicht damit Polemik betrieben und schon gar nicht Ausdrücke verwendet, die uns alle beleidigen. Danke. (Beifall bei der SPÖ und ÖVP. - 16.21 Uhr.)

**Präsident Dr. Klausner:** In dieser Gruppe habe ich keine Wortmeldung mehr. Als letzter spricht der Herr Landesrat Tschernitz.

**Landesrat Tschernitz (16.21 Uhr):** Sehr verehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Die große Zahl von Debattenrednern zu den verschiedensten Themen aus dem Sozialbereich zeigt, daß sehr vieles im Sozialen in Bewegung ist. Ich darf allen Rednerinnen und Rednern für ihre engagierten Beiträge sehr herzlich danken, weil ich glaube, daß gerade diese Diskussionen sehr fruchtbar sind. Am Schluß möchte ich auf einige Bemerkungen der einzelnen Abgeordneten eingehen, darf aber doch einige Grundzüge zum Sozialen sagen. Ich habe sehr oft Gelegenheit, im Rahmen von Bezirkstagen oder bei bestimmten Anlässen Sozialeinrichtungen, wie Heime, Wohngemeinschaften oder Einsatzstellen für soziale Dienste, in den steirischen Bezirken zu besuchen. Auch bei diesen Reisen bestätigt sich der Eindruck, daß gewaltige Bewegung in die soziale Landschaft gekommen ist und viele soziale Initiativen, oft auch in den kleinsten Gemeinden, entstanden sind. Es gibt heute mehr Behinderteneinrichtungen als je zuvor,

mehr Betreuungsmöglichkeiten für verhaltensauffällige Kinder und Jugendliche und mehr stationäre und vor allem mobile Pflege- und Betreuungseinrichtungen für unsere älteren Mitmenschen. Warum ist das notwendig? Unser soziales Netz wird zwar Schritt um Schritt enger geknüpft, dennoch gibt es immer mehr Menschen, die ohne Hilfe der Gemeinschaft vom üblichen täglichen Leben ausgeschlossen sind: Es sind dies die Behinderten, deren Zahl unter anderem auf Grund von Auto-, Arbeits- oder Freizeitunfällen sehr steigt, es sind dies die Kinder und Jugendlichen, die auf Grund vieler Faktoren in immer größerer Zahl Verhaltensauffälligkeiten oder gar Verhaltensstörungen zeigen; es ist dies die immer größer werdende Zahl von älteren pflegebedürftigen Menschen und es sind dies die Flüchtlinge oder Vertriebenen aus den südlichen Nachbarländern, die bei uns Zuflucht suchen.

Trotz des allgemeinen Wohlstandes in unserem Land brauchen also immer mehr Menschen die Hilfe der Gemeinschaft, dafür sind mehr personelle und finanzielle Ressourcen notwendig. Das schlägt sich natürlich auch im Budget des Landes Steiermark für 1993 entsprechend nieder. Die Ansätze im Budget, die in meine Ressortzuständigkeit fallen, werden 1993 gegenüber 1992 um 13 Prozent steigen. Insgesamt werden im Sozialressort 2,25 Milliarden Schilling im ordentlichen und 40 Millionen Schilling im außerordentlichen Haushalt aufgewendet werden. Dies bedeutet einen Anteil am Gesamthaushalt des Landes von über 6,1 Prozent.

Die Sozialausgaben des Landes haben sich seit 1985 mehr als verdoppelt. Kurz die Schwerpunkte in Zahlen: Im Bereich der Behindertenhilfe werden fast 1,1 Milliarden Schilling aufgewendet, wovon 430 Millionen an Pflegegebühren für die Betreuung Behinderter bezahlt werden, 185 Millionen Schilling für die geschützte Arbeit, eine sehr wichtige, entscheidende Frage in der Behindertenarbeit, 180 Millionen Schilling sind für die Pflegegelder und 201 Millionen Schilling für die Blindenbeihilfen vorgesehen.

Im Bereich der Sozialhilfe liegt der Schwerpunkt bei den Restkostenübernahmen bei stationären Aufhalten von Pflegebedürftigen mit insgesamt 580 Millionen Schilling sowie für die Flüchtlingshilfe mit 11,5 Millionen Schilling.

Im Bereich der Jugendwohlfahrt werden für Fremdunterbringungen von Kindern und Jugendlichen 180 Millionen Schilling aufgewendet werden, für das Ruhegeld für Pflegemütter sind im Budget 1993 erstmals 40 Millionen Schilling vorgesehen.

Im außerordentlichen Haushalt sind für die Fortsetzung der Umbauarbeiten bei der Landesausbildungsanstalt für hörgeschädigte Kinder und Jugendliche 26 Millionen Schilling sowie für die Umbauplanung im Landesaltenpflegeheim Kindberg 4,1 Millionen Schilling veranschlagt.

Mit diesen insgesamt mehr als 2,3 Milliarden Schilling im ordentlichen und außerordentlichen Budget können die gesetzlich vorgesehenen Pflichtleistungen zur Gänze erbracht werden.

Zufrieden mit dem Budget 1993 bin ich als Sozialreferent dennoch nicht, da der Beschluß, im Bereich der Förderausgaben keinerlei Erhöhungen vorzusehen, sondern lediglich die Ansätze des Jahres 1992

fortzuschreiben, den Sozialbereich besonders hart trifft. Ich stehe zwar zu diesem Sparbudget 1993, ich habe ihm auch in der Regierung meine Zustimmung gegeben, ich möchte aber doch an dieser Stelle die Problematik dieser Sparmaßnahmen im Förderungsbereich des Sozialwesens aufzeigen, weil man hier immer den Sparappell im Hohen Haus hört.

Wie Ihnen, sehr geehrte Damen und Herren, aus Ihrer Tätigkeit als Abgeordnete bekannt ist, gibt es im Sozialbereich immer mehr Initiativen im privaten Bereich, was auch durchaus dem politischen Willen des Höhen Hauses und der Steiermärkischen Landesregierung entspricht. „Mehr privat – weniger Staat“, unter diesem Schlagwort kann man auch die Tendenzen im Sozialwesen sehen, immer mehr Aufgaben werden der privaten Hand übertragen. Dieser Grundgedanke würde von der Landesregierung und dem Steiermärkischen Landtag mit dem Beschluß des Steirischen Sozialplans fixiert und findet auch immer mehr Eingang in die rechtlichen Bestimmungen. Zuletzt wurde im Jugendwohlfahrtsgesetz der Steiermark ganz klar die Bevorzugung privater Träger gegenüber der öffentlichen Jugendwohlfahrt dort festgeschrieben, wo die Privaten besser und wirtschaftlicher Leistungen erbringen. Die Abgeltung der Leistungen privater Wohlfahrtsträger erfolgt überall dort, wo es gesetzlich fixiert ist, im Rahmen von Rechtsansprüchen; so zum Beispiel über die Bezahlung von Tagsätzen in privaten Behinderten- oder Jugendwohlfahrtseinrichtungen.

Viele Leistungen, meine Damen und Herren, werden jedoch von privaten Wohlfahrtseinrichtungen in Bereichen erbracht, wo es für den einzelnen Leistungsempfänger derzeit keinen Rechtsanspruch und somit keine Leistungsabgeltung im Rahmen der Pflichtausgaben im Budget gibt. Überall dort muß die öffentliche Hand im Rahmen der Subventionen die privaten Träger unterstützen, die sonst nicht in der Lage wären, ihr Leistungsangebot in vollem Umfang aufrechtzuerhalten oder, wie ich es mir wünsche, auszubauen.

Ich darf Ihnen an dieser Stelle vielleicht einige Beispiele von privaten Wohlfahrtsträgern und ihren Tätigkeitsbereichen geben, die unter den insgesamt mehr als 250 Vereinen und Institutionen waren, man muß sich diese Zahl auch innerhalb unseres Landes wirklich merken, die 1992 Subventionsansuchen an die Rechtsabteilung 9 gestellt haben und in diesem Bereich tätig sind. Im Bereich der Behindertenhilfe darf ich zum Beispiel die verschiedenen Sektionen der Lebenshilfe Steiermark in den Bezirken, das Odilien-Blindeninstitut, die Steirische Vereinigung zugunsten behinderter Kinder und Jugendlicher, den Verein „Chance B“ in Gleisdorf, den Dachverband Steirische Behindertenhilfe, Jugend am Werk, die Geschützte Werkstätten Ges. m. b. H., den Zivilinvalidenverband, das No-Problem-Therapiezentrum, die Behindertenselbsthilfe Hartberg oder „Die Brücke“ in Graz nennen, um auch nur einige aus diesem Bereich anzusprechen. Wir wissen, daß im Flüchtlingsbereich, der heute so oft diskutiert wurde, auch hier in einer engen Zusammenarbeit vor allen Dingen die Caritas, die Vereine ISOP, ZEBRA und DANADA genannt werden können. Im Bereich der Förderungen für die ältere Generation darf ich den Pensionistenverband, den

Seniorenbund, den Seniorenring oder das Steirische Altenhilfswerk nennen und stellvertretend natürlich für die Sozialökonomischen Projekte, die heute hier auch schon genannt wurden, die Bunte Fabrik in Bruck, BAN, das MODELLO in Graz, die Leonhardwerkstätte in Feldbach und viele, viele andere mehr.

Viele Vereine, meine Damen und Herren – und das war auch ein Diskussionspunkt –, engagieren sich besonders im Frauenbereich, so die Frauenberatungsstelle Marienplatz, das Frauendokumentations-, Forschungs- und Bildungszentrum, die Wohngemeinschaft offene Tür, die Katastrophenhilfe österreichischer Frauen, das Grazer Frauenhaus oder der Verein Frauen gegen sexuellen Mißbrauch. Aktivitäten in den verschiedensten Bereichen des Sozialwesens entwickeln private Träger, wie die Caritas, die Volkshilfe, das Steiermärkische Hilfswerk oder der Verein für psychische und soziale Lebensberatung. Dazu kommen natürlich noch die ganzen Aufgaben aus dem Jugendbereich, der Jugendwohlfahrt, private Träger, wie Rettet das Kind, Pro Juventute, das Institut für Familienerziehung, der Verein Licht im Leben oder der Verein Tagesmütter Graz/Steiermark.

Darüber hinaus fördern wir auch im Rahmen des Sozialressorts die steirischen Gemeinden in ihren Aktivitäten zur Altenbetreuung und die Sozialhilfeverbände bei der Errichtung von Pflegeabteilungen in den Altenheimen. Es gibt darüber hinaus Förderausgaben im Rahmen der Schuldnerberatung, der Wohnraumbeschaffung nach dem Sozialhilfegesetz, zur Durchführung der Altenurlaubsaktion oder zur Unterstützung der von verschiedenen Trägern durchgeführten Erholungsaktionen für gesundheitlich und sozial bedürftige Kinder.

Meine Damen und Herren, das ist nur ein Teil dieser 250 Organisationen und Vereine, die für mich persönlich eigentlich einen unverzichtbaren Beitrag zur Dichte dieses sozialen Netzes in unserem Land leisten. Ohne diese privaten Träger mit Hunderten ehrenamtlichen und auch professionellen Mitarbeitern könnte unser derzeitiges Sozialsystem in diesem Land nicht aufrechterhalten werden. Ich darf daher an dieser Stelle allen danken, die sich mit so viel Engagement und Begeisterung in privaten oder kirchlichen Organisationen für jene einsetzen, die Hilfe brauchen. Ihnen gebührt ein herzliches Dankeschön. (Allgemeiner Beifall.)

Hohes Haus, meine Damen und Herren, wer von Ihnen hat sich nicht auch schon bei mir ganz selbstverständlich dafür eingesetzt, daß einer der eben genannten Vereine im Sozialbereich oder eine Gemeinde Fördermittel aus dem Sozialressort erhalten soll? Wir alle wissen, daß all jene Vereine auch Personalkosten zu bestreiten haben, die von Jahr zu Jahr steigen. Sie alle wissen, meine Damen und Herren, daß immer neue soziale Initiativen entstehen, die die Verbesserung der Versorgung unserer Mitmenschen zum Ziel haben. Sie alle wissen, daß damit die Zahl und die Höhe der Subventionsansuchen von Jahr zu Jahr steigt. Und dennoch gibt es für diesen so wichtigen Sozialbereich bis auf eine einzige Ausnahme – das sind vor allem diese 2 Millionen Schilling für das Projekt Alpha Nova, das die Ausgliederung der Heilpädagogischen Station aus dem Landesnervenkrankenhaus zum Ziel hat – im Budget 1993 keinen einzi-

gen Schilling bei diesen Förderausgaben mehr als 1992. Deshalb, meine sehr geehrten Damen und Herren, habe ich gesagt, daß ich als Sozialreferent dieses Landes nicht voll zufrieden sein kann mit diesem Budget. Denjenigen, die Hilfe brauchen, helfen nämlich Lippenbekenntnisse anläßlich der verschiedensten Feierlichkeiten oder Anlässe nichts, sondern sie brauchen gerade in wirtschaftlich schwierigeren Zeiten ganz konkrete Hilfe. Und wenn ich auch des öfteren höre von den anderen Fraktionen, der Österreichischen Volkspartei oder auch der Freiheitlichen Partei, daß im Sozialbereich ohnehin so viele Fördermittel vorhanden seien, so darf ich vielleicht einige Zahlen nennen zur Klarstellung:

Im Sozialbereich stehen für Förderungen insgesamt rund 80 Millionen Schilling zur Verfügung, das sind nicht ganz 3,5 Prozent des Sozialbudgets oder 0,21 Prozent des gesamten Landesbudgets. Die größte Herausforderung, meine Damen und Herren, für die Sozialpolitik der kommenden Jahre wird sicherlich die Frage der Pflege und Betreuung von pflegebedürftigen Personen sein. Bereits vor eineinhalb Jahren habe ich dem Hohen Haus das von der Rechtsabteilung 9 in Ausführung des Sozialplanes ausgearbeitete Konzept mit dem Titel „Ältere Menschen – Pflege und Betreuung“ vorgelegt. Aus dieser Vorlage ist ganz klar ersichtlich, um welchen Bedarf es in der nächsten Zeit geht. Darin ist ganz klar der Bedarf an stationären, aber auch an ambulanten Hilfs- und Betreuungsdiensten aufgelistet. Demnach benötigen wir bis zur Jahrtausendwende in der Steiermark weitere rund 1250 neue Pflegebetten, um auf den erforderlichen Gesamtstand von 4500 Pflegebetten zu kommen. Im Bereich der ambulanten Dienste werden insgesamt über 1000 Kräfte im Bereich der Alten- und Pflegehilfe, der Hauskrankenpflege und der Heimhilfe im Jahr 2001 im Einsatz sein müssen; derzeit gibt es rund ein Drittel dieser Posten. Die Zahl der Pflegebetten muß deshalb um fast vierzig Prozent gesteigert werden, die Zahl der Dienstposten unter diesen Voraussetzungen im ambulanten beziehungsweise mobilen Bereich muß verdreifacht werden. Wenn bei den mobilen Diensten von Alten- und Pflegehilfe, Hauskrankenpflege und Heimhilfen die Rede ist, darf ich schon auch an dieser Stelle auf einen großen Irrtum aufmerksam machen: Es wird immer wieder der falsche Eindruck erweckt, mit dem Ausbau der Hauskrankenpflege allein könnten pflegebedürftige Menschen in die Lage versetzt werden, in ihren bisherigen vier Wänden verbleiben zu können, anstatt sich in ein Krankenhaus oder Pflegeheim zu begeben. Und das wollen wir ja, daß sie nicht ein Krankenhaus oder Pflegeheim besuchen müssen. Nach Ansicht der Experten und auch nach meinen persönlichen Erfahrungen aus vielen Gesprächen mit Praktikern macht die medizinische Hauskrankenpflege rund 30 Prozent der Hilfe aus, die der Pflegebedürftige benötigt.

Fast drei Viertel der Leistungen – es gibt ja einige unter Ihnen, die sich mit diesen Fragen beschäftigen – sind von den verschiedensten sozialen Diensten zu erbringen. Dies sind zum Beispiel geprüfte Altenhelfer, Pflegehelfer oder Heim- und Haushaltshilfen, Essen auf Rädern oder Wäschepflegedienste. Gerade diese sozialen Dienste müssen zukünftig stark ausgebaut werden, mit dem Ausbau der Hauskrankenpflege

allein ist es nicht getan, da diese, ich wiederhole es, nur einen kleinen Teil des notwendigen Betreuungsspektrums abdeckt. Für den Ausbau der Pflegebetten und der mobilen Dienste ist im Budget 1993 nur sehr unzureichend auf Grund des Sparbudgets vorgesorgt. Im Sozialressort sind zur Unterstützung der Gemeinden und Sozialhilfeverbände bei der Errichtung von Pflegebetten insgesamt nur 10,5 Millionen Schilling vorgesehen; ein neues Pflegebett kostet beim Bau eines neuen Pflegeheims jedoch bereits rund 1,5 Millionen Schilling.

Die sogenannten KRAZAF-Mittel, die dem Ausbau der mobilen Dienste und der Errichtung von Pflegebetten dienen sollen, um die Krankenhausbetten reduzieren zu können, fließen in der Steiermark nur in die mobilen Dienste, und auch hier leider hauptsächlich in den Bereich der Hauskrankenpflege.

Wie sieht die Situation eines pflegebedürftigen Steirers derzeit aus? Zuletzt wurde erhoben, daß 63 Prozent in häuslicher Pflege sind. Ich glaube persönlich, daß gerade die Einführung dieses Bundespflegegeldgesetzes dazu beitragen wird, daß verstärkt im Familienverband diese finanzielle Belastung abgedeckt wird und der Pflegebedürftige verstärkt im Familienverband verbleiben kann. Also 63 Prozent der Pflegebedürftigen sind in der Familie untergebracht, und nur 5 Prozent werden von sozialen Diensten und 4 Prozent in stationären Pflegeeinrichtungen betreut. Der Abgeordnete Dr. Lopatka hat heute gemeint, die Kosten für die Pflege muß der Pflegebedürftige selbst tragen, er erhält als Pensionist lediglich einen Hilfenzuschuß von weniger als 3000 Schilling im Monat oder falls er keine Pension bezieht ein Pflegegeld des Landes je nach Grad der Pflegebedürftigkeit von 2240 oder 4480 Schilling im Monat. Damit soll er jene Personen bezahlen, die ihn pflegen! (Abg. Dr. Lopatka: „Herr Landesrat, das habe ich nicht gesagt!“) Wenn ein pflegebedürftiger Steirer nun aber in ein Pflegeheim kommt, muß er grundsätzlich die gesamten Kosten selbst bezahlen. Zum Unterschied dazu kostet ein Spitalsaufenthalt bis auf den Kostenbeitrag von täglich 57 Schilling nichts. Das Pflegeheim kostet jedoch je nach Ausstattung und Träger zwischen 15.000 und 20.000 Schilling im Monat, einige Heime sogar mehr. Diese Kosten muß nun der Pflegebedürftige selbst mit seinem Einkommen und seinem Vermögen, also auch unter Einsatz seines mühsam erbauten Einfamilienhauses oder seiner Eigentumswohnung, bezahlen. Doch nicht genug, auch seine Eltern, Kinder und der Ehegatte bzw. die Ehegattin müssen je nach ihrem Einkommen monatliche Zuzahlungen leisten. Die dann noch immer nicht gedeckten Kosten übernimmt die Sozialhilfe, somit der Steuerzahler.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, das ist eine Situation, die für mich völlig unbefriedigend ist. Der Pflegebedürftige muß in die Lage versetzt werden, sich selbst ohne Einsatz seines mühsam ersparten Vermögens oder ohne Zuzahlungen seiner Familie die Kosten eines Pflegeheimaufenthaltes bezahlen zu können. Ich begrüße daher ausdrücklich, daß der Nationalrat nach jahrelangen intensiven Beratungen auch mit den Ländern endlich das Bundespflegegeldgesetz, voraussichtlich nächste Woche, beschließen wird. Mit diesem Gesetz werden die Pflegebedürftigen

endlich ein angemessenes Pflegegeld je nach Grad ihrer Pflegebedürftigkeit in sieben Stufen von 2500 Schilling bis bei allerschwersten Pflegefällen von 20.000 Schilling monatlich erhalten. (Beifall bei der SPÖ und ÖVP.)

Ich habe nie ein Hehl daraus gemacht, daß ich nicht glücklich damit bin, daß das gesamte Pflegegeld dem Pflegebedürftigen bar ausbezahlt werden soll. Viel lieber hätte ich gesehen, daß wenigstens ein Teil des Pflegegeldes in Form einer Art Pflegeschecks als Sachleistung gewährt wird. (Beifall bei der SPÖ und ÖVP.)

Diese Lösung ist aber an den starken Interessenvertretungen der Zivilinvaliden- beziehungsweise Behindertenorganisationen gescheitert, die der Meinung waren, Pflegebedürftige und behinderte Menschen seien mündige Bürger wie alle anderen auch und wissen daher selbst, wie sie mit diesen Geldern umzugehen haben.

Wir alle wissen aber, daß schon derzeit die gewährten Hilflosenzuschüsse oder Pflegegelder häufig nicht zur Abgeltung erhaltener Pflegeleistungen herangezogen werden. Wie oft kassiert am Monatsersten das Enkerl, das sich sonst nie um die pflegebedürftige Großmutter kümmert.

Ich habe vorhin darauf aufmerksam gemacht, daß die Absicherung im Falle der Pflegebedürftigkeit derzeit in der Steiermark völlig unzureichend ist. Das wird sich, meine Damen und Herren, mit 1. Juli 1993 schlagartig ändern, und es wird zu diesem Zeitpunkt auch zu Umschichtungen im Landesbudget und trotz des Sparbudgets zu massiven Mehrausgaben kommen müssen. Umschichtungen, das was heute angesprochen wurde. Es wird zu einer Novellierung des Behindertengesetzes kommen müssen, auch zu einer Novellierung des Sozialhilfgesetzes im organisatorischen wie auch im Sozialbereich, weil durch die Einführung des Bundespflegegeldgesetzes andere Voraussetzungen für den einzelnen gegeben sind und wir auch von der finanziellen Seite andere Auswirkungen zu erwarten haben. Es wird zu Umschichtungen insofern kommen, weil die Länder in Artikel 15 a-Vereinbarungen mit dem Bund, die Verpflichtung übernehmen müssen, für den Ausbau von Pflegebetten und -einrichtungen zu sorgen. Weiters müssen die Länder das Angebot an mobilen Betreuungsdiensten stark ausbauen und auch ein Landespflegegeld für jene Personen einführen, die mit Juli nächsten Jahres kein Bundespflegegeld erhalten werden. Es sind dies die bisherigen Pflegegeldempfänger, die zukünftig auch in die sieben Stufen von 2500 bis 20.000 Schilling einzuteilen sind, die Frage der Blindenbeihilfenempfänger, für die bisher die Länder sorgen, ist noch nicht geklärt.

Darum meine ich, daß wir uns sehr wohl trotz aller Sparappelle mit diesen Fragen auch noch beschäftigen werden müssen, wenn es zu der Verabschiedung des Gesetzes - die ich begrüße - nächste Woche im Nationalrat kommen wird.

Mit dem Bundes- und Landespflegegeldgesetz wird ein Meilenstein in der österreichischen Sozialpolitik gesetzt, das Risiko der Kostentragung im Fall der Pflegebedürftigkeit wird den einzelnen nicht mehr zur Gänze selbst treffen.



Die Mehrausgaben werden, sollte tatsächlich keine neue Einnahmequelle von seiten des Landes gefunden werden, aus dem Landesbudget zu tragen sein. Bei unseren pflegebedürftigen Mitmenschen wird man jedenfalls, meine Damen und Herren, auch der Abgeordnete Dr. Hirschmann hat das schon bei der letzten Landtagssitzung gesagt, und auch die Freiheitliche Partei hat sich dieser Meinung angeschlossen, wenn ich mich nicht täusche, daß sie durchaus einverstanden wären, zwei Jahre von ihrer Fraktion aus keine Anträge in den Landtag einzubringen, die mit Kosten verbunden sind, nicht auf Verständnis stoßen. Meine Damen und Herren, das wird, wenn uns Sozialpolitik am Herzen liegt, einfach nicht möglich sein. (Beifall bei der SPÖ.) Da würden wir uns selbst alle anlügen.

Wir werden uns mit diesen Fragen auseinandersetzen müssen, und ich bin auch überzeugt, daß mich meine Sozialdemokratische Fraktion bei diesen Anliegen unterstützen wird, wenn es um die Ausweitung dieser sozialen Dienste geht, die notwendig sind, wenn es um den Jugendwohlfahrtsplan geht und wenn es auch darum geht, die Betreuungsdichte für ältere Menschen zu verbessern. Ich glaube, daß es eine Fülle von Aufgaben in der Zukunft geben wird. Ein Positives ist heute auch gesagt worden, nämlich, daß wir anschließend versuchen werden, mit jenen 40 Millionen Schilling im Sozialbudget für das Ruhegeld für Pflegemütter in einem Parteiengespräch eine tragbare gemeinsame Lösung zu finden. Ich freue mich darüber, daß es auch in diesem Sparbudget möglich ist, daß man gerade auf diese Gruppe von Menschen in unserem Land geschaut hat. Und ich glaube auch, daß es zu einer Lösung kommt, daß das Pflegegeld für Pflegemütter dem angepaßt werden kann, was der Herr Abgeordnete Schinnerl gesagt hat. Aber das ist ja noch nicht beschlossen. Aber es soll deshalb beschlossen werden, weil wir fast keine Pflegemütter in der Steiermark mehr bekommen, weil wir die Tagesmutter derzeit fast so bezahlen wie die Pflegemutter, jene aber weit weniger an Aufgaben in diesem Bereich hat; weil wir der Pflegemutter besondere Prüfungen auferlegen und sagen, sie darf nur zwei Kinder und nicht mehr in Pflege nehmen, und weil es viele andere Dinge so erschwert haben, daß viele Pflegemütter einfach nicht mehr bereit sind, solche Kinder zu nehmen. Und wir müssen darauf schauen, weil sonst ein Wegnehmen aus der Familie sehr viel schlechter für die Kinder wäre und auch viel teurer, wenn sie in irgendeine Wohngemeinschaft oder in irgendein Jugendheim gegeben werden müßten. Und darum glaube ich, daß man auch diesen Schritt im Bereich dieser Pflegeeltern setzen wird müssen, um hier den neuen Anforderungen auch in diesem Bereich in der Zukunft gerecht zu werden.

Ich habe schon gemeint, wir werden uns im ersten Halbjahr 1993 mit dem Landesgesetz zum Bundespflegegeldgesetz beschäftigen müssen. Wir werden uns mit der Novellierung, wie ich schon gesagt habe, des Behindertengesetzes, des Sozialhilfegesetzes, mit der Frage der Flüchtlinge, die heute auch schon angeschnitten wurde, nämlich mit jener, über die schon am runden Tisch gesprochen wurde, nämlich einer Aufteilungsübertragung an das Land vom Bund, einer gerechten finanziellen Verteilung in den Bezirken, daß nicht nur ein Bezirk diese hohen Kosten zu tragen hat,

und vieles mehr, meine Damen und Herren, zu beschäftigen haben.

Ich möchte allen danken, die im Sozialbereich mitgewirkt haben, daß sich etwas bewegt hat. Und das haben wir bei vielen Debattenrednern heute schon gesehen. Ich hoffe, meine Damen und Herren, auch weiterhin auf eine kooperative Zusammenarbeit im Interesse der sozial Schwachen in unserem Land, aber auch im Interesse einer weiterhin positiven Entwicklung in unserem Sozialbereich. Ihnen allen ein herzliches Danke. (Allgemeiner Beifall. – 16.51 Uhr.)

**Präsident Dr. Klausner:** Es liegt keine weitere Wortmeldung zum ersten Teil der Gruppe 4, Soziale Wohlfahrt, vor. Die Frau Berichterstatterin hat auf ein Schlußwort verzichtet.

Meine Damen und Herren, wir kommen nun zur Abstimmung des ersten Teiles der Gruppe 4, Soziale Wohlfahrt.

Wer mit den Ansätzen und Posten des ersten Teiles der Gruppe 4, Soziale Wohlfahrt (Ansatz 41 bis 46), einverstanden ist, möge zum Zeichen der Annahme die Hand erheben.

Der erste Teil der Gruppe 4, Soziale Wohlfahrt, ist somit einstimmig angenommen.

Meine Damen und Herren, wir kommen nun zum zweiten Teil der Gruppe 4, Wohnbauförderung:

Unser Herr Abgeordneter Peter Schinnerl, zum zweiten Teil der Gruppe 4, Wohnbauförderung, das Wort.

**Abg. Schinnerl (16.53 Uhr):**

Gruppe 4, zweiter Abschnitt: Wohnbauförderung. Allgemeine Wohnbauförderung, Wohnbauförderung, Förderung der Wohnhaussanierung, Förderung nach dem Gesetz betreffend die Erhaltung und Verbesserung von Wohnhäusern sowie Stadterneuerung, Restabwicklung, Bundessonderwohnbaugesetze, sonstige Maßnahmen. Einnahmen: 5.557,437.000 Schilling; Ausgaben: 5.602,437.000 Schilling. Ich bitte um Annahme des Antrages. (16.54 Uhr.)

**Präsident Dr. Klausner:** Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Trampusch. Ich erteile es ihm.

**Abg. Trampusch (16.55 Uhr):** Herr Präsident, meine sehr geschätzten Damen und Herren!

Wir haben vor mehr als einer Woche hier sehr ausführlich im Landtag über die Wohnbauförderung gesprochen und, wie ich glaube, auch sehr grundsätzlich. Und es war daher die Meinung, daß wir heute anläßlich dieses Kapitels eigentlich nicht noch einmal über den Wohnbau reden müßten. Nun ist aber auch etwas anderes passiert. Ich höre, daß auf Grund eines Antrages des SPÖ-Klubs im Präsidium heute um 20 Uhr unterbrochen werden sollte und daß man uns zuliebe sozusagen wichtige Themen im Landtag nicht diskutieren kann. Ich erkläre daher namens meines Klubs, daß wir selbstverständlich dafür sind, heute nicht zu unterbrechen, sondern die Kapitel 4 und 5 voll auszudiskutieren. Ich sage noch etwas dazu, weil gerade früher der Eindruck erweckt worden ist, man darf in diesem Hohen Haus nicht über alle Themen reden

oder man sollte nicht über alle Themen reden, die die Bevölkerung der Steiermark berühren. Ich bekenne mich dazu, daß man zu allen Themen redet. Ich sehe aber nur nicht ein, wenn man in der Präsidiäle, die ich sehr hoch schätze, etwas vereinbart mit den Klubobmännern und dem Präsidenten, das auch gemeinsam begründet, daß es dann nicht gelingt in den Klubs, diese Begründung so zu bringen, daß sie hält. Denn da ist die Meinung entstanden, nicht nur in einer Zeitung, sondern auch von einem namhaften Mitglied hier im Hohen Haus, wir unterbrechen nur deshalb, weil der SPÖ-Klub sich seine Karibik-Bilder anschauen will. Ich verwahre mich gegen solche Aussagen. (Abg. Dr. Lopatka: „Wer hat das gesagt?“) Wir wollen arbeiten. Der Grund, heute zu unterbrechen, war, daß die Klubs, sozusagen jeder für sich, gemeinsam diskutieren, wie das Budget verläuft, wie die Diskussionen laufen, daß wir morgen ausgeruht den dritten Tag schwungvoll entgegennehmen können. Wenn in den Klubs anders diskutiert wird und mir vorgehalten wird, wegen eurer Redner und weil ihr so lange und so viel redet können wir heute nicht über die Runden kommen, davor verwahre ich mich. Und ich würde beantragen, heute durchzumachen und über all das zu reden, was wir im Interesse der steirischen Bevölkerung hier zu reden haben. Danke. (Beifall bei der SPÖ und ÖVP. – 16.57 Uhr.)

**Präsident Dr. Klausner:** Hohes Haus! Im Hinblick auf die in der letzten Landtagssitzung sehr umfangreich durchgeführte Diskussion über das neue Wohnbauförderungsgesetz habe ich offensichtlich keine weitere Wortmeldung. Die beiden Regierungsmitglieder haben mir auch mitgeteilt, daß sie auf eine Wortmeldung verzichten. Wir kommen daher zum Schlußwort des Herrn Berichterstatters, der darauf verzichtet hat.

Meine Damen und Herren, wir kommen nun zur Abstimmung des zweiten Teiles der Gruppe 4, Wohnbauförderung.

Wer mit dem Ansatz und den Posten des zweiten Teiles der Gruppe 4, Wohnbauförderung (Ansatz 48), einverstanden ist, möge zum Zeichen der Annahme die Hand erheben.

Der zweite Teil der Gruppe 4, Wohnbauförderung, ist somit einstimmig angenommen.

Wir kommen nun zu den zwei Beschlußanträgen der Gruppe 4 des Landesvoranschlages 1993, die im mündlichen Bericht Nr. 23 zusammengefaßt sind. Ich werde über jeden Beschlußantrag gesondert abstimmen lassen.

Ich ersuche die Frau Berichterstatterin, die Beschlußanträge vorzutragen, und werde sodann nach jedem Beschlußantrag abstimmen lassen.

Frau Abgeordnete Barbara Gross, ich ersuche um den Bericht.

**Abg. Gross (16.59 Uhr):** Namens des Finanz-Ausschusses stelle ich den Antrag, der Hohe Landtag wolle zur Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 461/1, folgende Beschlußanträge beschließen:

Zur Gruppe 4: Im Zuge der Beratungen über den Landesvoranschlag 1992 hat der Landtag die Steiermärkische Landesregierung mehrheitlich aufge-

fordert, daß im Zuge der Novellierung des Sozialhilfegesetzes sichergestellt werden soll, daß arbeitslose Sozialhilfeempfänger nach Verstreichen einer angemessenen Frist eine Arbeit annehmen müssen, die nicht unmittelbar ihrer beruflichen Eignung und Vorbildung entspricht, die ihnen jedoch im Hinblick auf diese zugemutet werden kann.

Die Steiermärkische Landesregierung wird aber abermals aufgefordert, diese Aspekte bei der Vorlage der Novellierung des Sozialhilfegesetzes zu berücksichtigen.

Antragsteller: Abgeordneter Schinnerl, Dr. Frizberg, Dr. Lopatka. (17.00 Uhr.)

**Präsident Dr. Klausner:** Die Damen und Herren, die diesem Beschlußantrag zustimmen, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand.

Der Beschlußantrag ist mehrheitlich angenommen.

**Abg. Gross (17.01 Uhr):** Ein großer Anteil des Treibhauseffektes – der wohl größten umweltpolitischen Herausforderung der nächsten Jahrzehnte – wird durch die ineffiziente Nutzung der Heizenergie in Gebäuden verursacht.

Die zuständigen Mitglieder der Steiermärkischen Landesregierung werden daher aufgefordert, jene Gesetze und Verordnungen, die sich auf das Bauen in unserem Bundesland beziehen, hinsichtlich eines steirischen Beitrages zur Verminderung des Treibhauseffektes zu überarbeiten und diese Regierungsvorlagen dem Hohen Landtag zur Beschlußfassung beziehungsweise zur Kenntnisnahme vorzulegen.

Antragsteller: Abgeordnete Kaufmann, Günther Prutsch, Majcen, Pußwald, Dr. Ebner. (17.01 Uhr.)

**Präsident Dr. Klausner:** Die Damen und Herren, die diesem Beschlußantrag zustimmen, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

Wir kommen zur Gruppe 5, Gesundheit. Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Günter Dörflinger. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Dörflinger (17.02 Uhr):** Herr Präsident, Hohes Haus!

Die Gruppe 5, Gesundheit, umfaßt Einnahmen in der Höhe von 3.128,397.000 und Ausgaben von 3.693,113.000 Schilling. (17.02 Uhr.)

**Präsident Wegart:** Bevor sich das alles in einen Vergnügungspark auflöst, darf ich Sie dringend bitten, erstens, daß die Abgeordneten auf ihren Sitzen Platz nehmen, zweitens darf ich höflich die Zuschauergalerie um Ruhe bitten. Sie sind herzlichst eingeladen, aber zum Zuhören, und nicht zum Austausch von Gedanken, was immer es sei. Es ist unmöglich, man kann so nicht verhandeln.

Meine Damen und Herren, im Einvernehmen mit der Präsidialkonferenz schlage ich vor, die Spezialdebatte der Gruppe 5 zu teilen, und zwar soll im ersten Teil Umweltschutz und im zweiten Teil Gesundheit behandelt werden.

Wird gegen diesen Vorschlag ein Einwand erhoben?  
Das ist nicht der Fall.

Wir beginnen mit dem ersten Teil der Gruppe 5, Umweltschutz.

Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Dr. Cortolezis.

**Abg. Dr. Cortolezis (17.03 Uhr):** Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Es kommt kein tour d'horizon der Umweltpolitik. Oft liegt in der Kürze auch die Würze, und ich möchte einen Vorschlag, eine Anmerkung und eine Anregung unterbreiten. Mein Vorschlag: Ich hatte die Gelegenheit, vor vier Wochen in Washington die Environmental Protection Agency, die dortige Umweltbehörde, zu besuchen. Es ist die USA nicht unbedingt ein Vorbild und ein Vorreiter in Umweltfragen, es ist aber dann doch beeindruckend, wenn man so eine Umweltbehörde - sie haben kein Umweltministerium - mit rund 20.000 Mitarbeitern besuchen kann und mit führenden Leuten dort sprechen kann. Eine Anregung habe ich von dort mitgenommen, die, wie mir scheint, durchaus auch für unsere Verhältnisse von Belang sein könnte. Es gibt nämlich in dieser EPA, wenn wir die Anfangsbuchstaben hernehmen, eine eigene Abteilung, die sich, wie es heißt, mit strategischer Entwicklung und Risikoabschätzung beschäftigt. Was heißt das? Wir haben heute im Umweltbereich dutzende Fragen, dutzende offene Probleme, aber es ist auch kein Geheimnis, daß die Wertigkeit dieser Probleme ganz unterschiedlich gelagert ist. Die Betroffenheit ist immer dann groß, wenn es einen unmittelbar berührt, aber ob gerade dieses Problem bis zu 100 Prozent gelöst werden muß oder ob es nicht vielleicht sinnvoller ist, etwa den Schadstoffaustausch in einem gewissen Bereich nur zu 97 Prozent zu vermindern, weil die restlichen 3 Prozent so viel Geld verschlingen würden und der Effekt viel geringer ist, als wenn ich dieses Geld, das für diese 3 Prozent heranzuziehen wäre, in einen anderen Bereich investiere, dieser Frage geht diese Abteilung nach. Wie wird das bewerkstelligt? Sie nennen das Matrixvorgehen, und zwar werden die besten Wissenschaftler der USA eingeladen, in überlappenden Projektgruppen eben eine solche Wertigkeit der Problemfelder aufzuzeigen. Mir erscheint das deswegen auch als eine spannende Frage hier für unser Bundesland, weil wir natürlich auch - und ich bitte Sie, dann kurz mit mir die einzelnen Positionen durchzugehen - Gefangene sind einer Kameralistik, Gefangene etwa auch eines Kompetenzdschungels, Gefangene aber auch von historischen Entwicklungen, die uns zwingen, in Dingen zu verharren, die unter Umständen die ratio schon längst geboten hätte zu verlassen.

Meine Damen und Herren! Was meine ich damit? Gehen wir es gemeinsam kurz durch. Ich habe versucht, die Ausgaben zusammenzustellen, die wir für das nächste Jahr veranschlagt haben, und überlegen wir dann im nachhinein, haben sie tatsächlich diese Wertigkeit, wie wir sie uns vorstellen? Wir haben Ausgaben, wenn wir alles zusammenrechnen, von rund 655 Millionen Schilling. Für Gewässerreinigung wenden wir 3,4 Prozent auf, Luftreinigung und Lärmschutz 2,2 Prozent, Abfallwirtschaft 11 Prozent, Schutzwasserbau 16 Prozent, Siedlungswasserbau

48 Prozent, Allgemeiner Umweltschutz 3,8 Prozent, Fernwärmeförderung 13 Prozent, Natur- und Landschaftsschutz 2,3 Prozent.

Meine Damen und Herren, wenn Sie sich das jetzt vor Augen führen, sehen Sie eine sehr starke Komponente, die in den Bereich Wasser, und zwar Siedlungswasserzuleitung als auch -ableitung, Kanalisation, aber auch in dem Bereich des Schutzwasserbaues fällt. Wenn Sie das zusammenzählen mit der Gewässerreinigung sind wir in etwa in einem Bereich von rund 65 bis 70 Prozent. Das ist eine Wertigkeit, die in unserem Budget ausgedrückt wird, wo ich zwar als mit der Materie vertraut meine Einschätzung abgeben kann, aber wo ich nicht weiß, ob das zur Verfügung stehende Geld, wenn wir von diesen 655 Millionen ausgehen, tatsächlich so eingesetzt wird, daß die maximale Risikoverminderung, der maximale Ertrag für dieses Geld für die Umwelt auch wirklich erzielt wird. Jetzt mache ich mir keine Illusionen, ich weiß durchaus, daß die Politik das nicht aus reiner Gaudi in diese und diese Positionen aufteilt, aber was wir brauchen könnten, und das wäre mein Vorschlag, vielleicht können wir diesen Sachverständigenrat, den wir im Umweltgesetz haben, aufwerten in diese Richtung, daß es tatsächlich zu einer professionellen Beratung der Politik kommt, daß sich die Politik dann auch berufen kann auf so einen Sachverständigenrat, in dem gesagt wird, von den Mitteln, die wir haben, wenn wir in diesem Bereich etwas zurücknehmen, einen anderen Bereich dafür forcieren, kommt unter dem Strich für den Umwelt ein viel größerer Nutzen heraus. Die Schranken sind ohnedies gegeben durch Kameralistik, Geschichte und auch durch die Aktualität, die uns zwingt, immer wieder vom Kurs abzuweichen. Weil wenn irgendwo eine Smogsituation auftritt, steht natürlich die Luftreinigung im Vordergrund, ob wir es wollen oder nicht.

Wenn irgendwo eine Altlast gefunden wird, ist natürlich die Altlastenfrage im Vordergrund, ob wir es wollen oder nicht. Das wäre mein erster Vorschlag, und ich glaube, daß wir durchaus auch hier in diesem Bereich eine Institution bereits hätten, derer wir uns bedienen könnten.

Der zweite Punkt ist eine Anmerkung: Es hat am 23. November, also vor rund 14 Tagen, eine ganz ausgezeichnete Tagung des WIFO, des Österreichischen Institutes für Wirtschaftsforschung, gemeinsam mit der Raiffeisenlandesbank organisiert, stattgefunden, und dort ist etwas auch erwähnt worden, was gerade in einer Umweltschutzdebatte zur Sprache gebracht werden muß. Dort ist nämlich vom Leiter des Wirtschaftsforschungsinstitutes gesagt worden, Umweltschutz ist ein echter Konjunkturmotor. Und es ist nicht so - Kollegin Bleckmann war dort -, daß es Sinn macht, abzuschotten unsere Wirtschaft vor den Umweltstandards, weil wir dadurch fast wie in einem protektionistischen Verhalten uns vor der Entwicklung drücken. Die Entwicklung ist notwendig, um Innovation, um Anreize auch wirklich für die Umwelttechnologie und Umweltindustrie zu schaffen. Was gibt es besseres, als wenn der Leiter des Wirtschaftsforschungsinstitutes sagt, Umweltschutz ist ein Konjunkturmotor? Es ist das beste Argument für all diejenigen, die in solchen Diskussionen bestehen müssen, wo es darum geht, scheinbare kurzfristige Konflikte zwischen Wirtschaft und Umwelt aufzuzeigen.

Das war nur meine Anmerkung. Ein schönes Beispiel dazu, wie es sich lohnen kann, ist etwa die vor rund einer Woche unterzeichnete Vereinbarung in Sostanj, wo wir uns in der Steiermark immer sehr stark gemacht haben dafür, daß Umweltschutz auch grenzübergreifend gesehen wird. Dort wird jetzt dieses Braunkohlekraftwerk umgerüstet, das 40 Kilometer von der österreichischen Grenze entfernt ist und wo fast gleich viel Schwefeldioxid ausgestoßen wird wie im gesamten österreichischen Bundesgebiet und wo ein großer Teil natürlich durch die nördliche Windrichtung, die vorherrscht, nach Südkärnten, in die Südsteiermark bis in das Grazer Becken hineingetragen wird. Hier kommt österreichische Technologie zur Anwendung, und zwar konkret die Grazer Technologie – Waagner-Biró –, ein Auftrag von einer halben Milliarde Schilling. Das ist, würde ich sagen, ein direktes passendes Beispiel zu diesem vorhin Gesagten.

Der dritte Punkt ist meine Anregung und betrifft den Bereich des Naturschutzes: Wir haben vor kurzem eine sehr lange, ausgiebige und insgesamt gesehen sehr informative Sitzung des Naturschutzbeirates zum Bereich der ennsnahen Trasse gehabt, und dabei ist ein Problem aufgetreten, das ich nicht verschweigen möchte, sondern für das ich bitte, eine gemeinsame Lösung zu suchen. Dort ist Dozent Gepp aufgestanden und hat gesagt: Das Problem ist unter anderem folgendes, daß viele Fachleute, und zwar qualifizierteste Fachleute der Steiermark in diesem Naturschutzbeirat sitzen, dort ihr Wissen einbringen, dann aber, wenn es darum geht, etwa durch Gutachten ihr Wissen auch in die Projekte einfließen zu lassen, ausgeschlossen sind. Warum, weil sie dann als befangen gelten und weil sie bereits vorher mitberaten haben und damit teilweise ihr Wissen ausgeschlossen ist, teilweise aber auch, wie im konkreten Fall, jemand mit seinem ganzen Institut, das ja auch privatwirtschaftlich de facto organisiert ist und von öffentlichen Aufträgen selbstverständlich auch lebt, de facto für wesentliche Fragen der Steiermark, was diesen Naturschutz betrifft, ausgeschlossen ist von Gutachtertätigkeit. Das kann nicht der Sinn der Sache sein. Und ich schlage dem Herrn Landeshauptmannstellvertreter Dipl.-Ing. Hasiba vor – das ist unabgesprochen, aber ich bin überzeugt, er ist aufgeschlossen genug –, hinsichtlich der Beratungen über ein neues Naturschutzgesetz, wo die Frage des Naturschutzbeirates geregelt ist, eine Enquete darüber durchzuführen, wie wir dieses Problem lösen, daß unsere heimischen Wissenschaftler auf der einen Seite sowohl voll ihr Wissen einbringen in die fachliche Beratung des Naturschutzbeirates, andererseits aber nicht ausgeschlossen werden dann von Projekten, von Planungen und von Studien. Vielleicht wäre eine Enquete zu dieser Frage eine sinnvolle Vorgangsweise oder eine andere – das steht dir frei, du findest sicher einen guten Weg dafür. Aber mir geht es darum, das steirische Wissen, das steirische Know-How, hier doppelt zu nutzen, und nicht zu beschränken durch diese Befangenheitsklausel. In diesem Sinne keine tour d'horizon, sondern, wie gesagt, ein Vorschlag, eine Anmerkung und eine Anregung. Ich danke Ihnen. (Allgemeiner Beifall. – 17.15 Uhr.)

**Präsident:** Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Dipl.-Ing. Getzinger.

**Abg. Dipl.-Ing. Getzinger (17.15 Uhr):** Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Ich glaube, es ist hoch an der Zeit, einmal die Bedeutung der Gemeinden und Gemeindeverbände im Zusammenhang mit der Umweltpolitik und der Naturschutzpolitik im Land Steiermark hervorzuheben. Es geschieht diese Politik auf Gemeindeebene unter zum Teil schwierigsten finanziellen Bedingungen, teilweise mit, teilweise aber auch ohne Unterstützung durch das Land Steiermark. Ich werde mir erlauben, keinen Streifzug durch die kommunale umweltpolitische Landschaft in der Steiermark zu machen, aber einige Glanzlichter, die zur Nachahmung zu empfehlen sind, anzusprechen. Ein Beispiel etwa dafür, was ich gemeint habe mit dem Zusammenhang zwischen Gemeinde- und Landespolitik, wird verdeutlicht durch die Solarenergieförderung. Auch hier waren es an erster Stelle die Gemeinden, die die Förderung von Solarkollektoren zur Warmwasserbereitung eingeführt haben. Erst nach ziemlich langem Zögern, nach vielen Interventionen, ist es gelungen, auch auf Landesebene eine Direktförderung für die Nutzung von Solarenergie einzuführen. Nun einige Beispiele: Ich möchte bei der Verkehrspolitik anfangen, auch weil ich glaube, daß das eines der wesentlichsten, wenn auch nicht im klassischen Sinn, aber doch zu den wesentlichsten umweltpolitischen Problemen in unserem Bundesland gehört. Bad Aussee, wie ich glaube, hat ein wesentliches missing link – ein fehlendes Glied – im Rahmen unserer Verkehrspolitik, im Rahmen der regionalen Verkehrsgestaltung gefunden. Bad Aussee hat mit Unterstützung der regionalen Wirtschaft einen Citybus eingeführt, und Sie wissen es, die Attraktivität der überregionalen Buslinien etwa ist auch deswegen so gering, weil es einen relativ langen Anmarschweg zu den Haltestellen gibt. Durch die Einführung eines Citybussystems ist es möglich, nahezu beim Haushalt, beim Wohnort, einzusteigen und bei der Haltestelle des regionalen Verkehrsmittels umzusteigen. Das erhöht die Akzeptanz der öffentlichen Verkehrsmittel sehr bedeutend. Durch relativ geringe finanzielle Mittel ist es möglich geworden, die Attraktivität des öffentlichen Verkehrs deutlich zu erhöhen.

Oder das Beispiel der Gemeinden in der Region Aichfeld-Murboden, die aus Eigeninitiative Vorarbeiten für den Verkehrsverbund in dieser Region gestartet haben. Wesentliche Vorarbeiten, auf die sich die Verkehrsverbundgesellschaft nunmehr stützen wird können und relativ rasch den Verkehrsverbund in dieser Region einführen wird können.

Ein anderes Beispiel muß natürlich auch erwähnt werden von fortschrittlicher, von umweltorientierter Verkehrspolitik, auch wenn es manchmal etwas umstritten ist: Die Landeshauptstadt Graz führt meiner Meinung nach – und das ist ein Verdienst der beiden Bürgermeister, Herrn Bürgermeister Stingl und des verstorbenen Bürgermeisters Edegger – vor, wie eine große Stadt gute Verkehrspolitik im Sinne der Umweltpolitik machen kann. Die Stadt Graz war eine der ersten in Österreich, die ein funktionsfähiges Radwegenetz eingeführt und mutige Maßnahmen zur Verkehrsberuhigung durchgeführt hat. Das flächendeckende Tempo 30 erweist sich mittlerweile tatsächlich, was die Verkehrssicherheit betrifft, als ein Knüller. Auch die Finanzierung des öffentlichen Ver-

kehrts macht mittlerweile Schule, so wie Graz das gelöst hat. Mit der Parkraumbewirtschaftung kommen über einhundert Millionen Schilling in die Stadtkasse. Auch das wird mittlerweile zum Vorbild für viele Städte Österreichs und auch für Gemeinden in der Steiermark.

Ich komme kurz zum Bereich der Energiepolitik. Auch hier gibt es Gemeinden, die vorbildhaft agieren – vorbildhaft agieren auch im Sinne einer zeitgemäßen Energiepolitik, sind hier doch zumindest drei Phasen zu unterscheiden: Die erste Phase ist unter dem Eindruck der beiden Energiekrisen in den siebziger Jahren gestanden. Das waren rein ökonomische Krisen. Krisen, die verursacht waren durch die Hochpreispolitik, die von seiten der erdölliefernden Staaten verfolgt worden ist. Zugegeben werden muß, daß, initiiert durch diese preispolitischen Maßnahmen hier in Europa, in Österreich, in der Steiermark, einige sehr wesentliche Schritte in Richtung vernünftiger Energiepolitik forciert wurden. Die zweite Phase, eingeleitet Mitte bis Ende der achtziger Jahre, ist zurückzuführen auf Smogkatastrophen, insbesondere in unserer Landeshauptstadt. Auch hierdurch wurden sinnvolle energiepolitische Maßnahmen gesetzt. Ich denke in etwa an die massive Förderung der Fernwärme. Die dritte Phase allerdings, meine Damen und Herren, hat in unserem Bundesland bisher noch nicht stattgefunden. Das ist jene Politik, die sich am globalen Problem des Treibhauseffektes – wir haben gerade vorhin über einen Resolutionsantrag diesbezüglich entschieden – orientiert. Die Gemeinde Gleisdorf allerdings hat diesen Effekt bereits zum Problem kommunaler Energiepolitik erklärt. Über die kommunalen Feistritzwerke etwa wird versucht, energiesparende Maßnahmen direkt zu fördern. Es gibt Zuschüsse für Energiesparlampen: 50 Schilling Zuschuß zu einer Energiesparlampe, die 300 Schilling kostet, ist für eine Gemeinde, für ein städtisches Energieversorgungsunternehmen nicht leicht zu verkraften, wird aber trotzdem unter dem Aspekt des Treibhauseffektes durchgeführt. Auch die kommunale Förderung für die ARGE-Erneuerbare Energien ist sehr lobenswert. Wahrscheinlich ist es nur unter diesen günstigen Bedingungen in Gleisdorf möglich gewesen, daß die ARGE-Erneuerbare Energien ihr großartiges Wirken im Zusammenhang mit der Errichtung von Solaranlagen zur Warmwasserbereitung auch entfalten konnte. Kürzlich fand in Gleisdorf eine Tagung, genannt „Solar 92“, statt, die europaweit Aufsehen erregte. Ich glaube, darauf können wir wirklich stolz sein, und wie gesagt, das hat seine Ursachen in der wirklich sehr vorgeschrittenen Energiepolitik der Gemeinde Gleisdorf.

Auch die fünf Gemeinden der Steiermark, die sich dem „Klimabündnis europäischer Städte mit den Völkern Amazoniens“ angeschlossen haben, die Gemeinden Thal, Fürstenfeld, Hartberg, Judenburg und Graz, wären in diesem Zusammenhang zu nennen. Auch diese Gemeinden sehen ihre Energiepolitik unter dem Aspekt der Verminderung des Treibhauseffektes. Auch das Land wird sich dieser Politik nun hoffentlich anschließen, wenngleich ich bisher den Eindruck habe, daß die Energiepolitik des Landes Steiermark bisher noch in der Phase 2, die abzielt auf die Verminderung von Schadstoffemissionen, bewegt

hat. Diesen Eindruck habe ich auch verstärkt gewonnen unter dem Eindruck der aktuellen Diskussion um die Feuerungsanlagen-Genehmigungsverordnung, wo sogar noch eine Verwässerung geplant ist, wo es darum gehen soll, daß vermehrt noch Öfen installiert werden können, die überhöhte Emissionen aufweisen.

Ich komme kurz zum Bereich Abfall. Auch hier gibt es Vorbildgemeinden, die zu nennen wären, Vorbildprojekte, die hervorzuheben wären. Etwa die Stadtgemeinde Weiz, die sich Müllvermeidung, Abfallvermeidung schon sehr frühzeitig auf die Fahnen geheftet hat, als einstweilen – steiermarkweit zumindest – erst Mülltrennung angesagt war. Dieses Müllvermeidungsprojekt unter dem Titel „Nicht reden, sondern handeln“ hat ganz unkonventionelle Maßnahmen umfaßt, zum Beispiel ein Kabarett, eine Plakataktion; durch die Einbeziehung des lokalen Handels, durch Beratung von Einzelhandelskauleuten wurde versucht, ganz einfache Maßnahmen, wie die Umstellung von in Verbundkartonpackungen abgefüllter Milch auf Flaschenmilch, durchzusetzen.

Das Projekt „Ökoprofit“ wurde von meinem Kollegen Ebner bereits erwähnt. Hier wurde versucht von einer Gemeinde, auch etwas ganz Unkonventionelles durchzuführen, nämlich die ökologische Beratung von Gewerbebetrieben. Es ist bekannt, daß aus Gewerbebetrieben rund achtmal soviel Abfall entsteht, emittiert wird, als vom häuslichen Bereich. Hier versucht die Stadt Graz im nicht hoheitlichen Bereich, im privatwirtschaftlichen Bereich, ein Angebot zu entwickeln, von dem ich glaube, daß es vorbildhaft auch für die Steiermark sein kann und sein muß. Ein entsprechender Antrag liegt sowohl von seiten der SPÖ als auch von seiten der FPÖ zur Bearbeitung durch die Landesregierung, durch den zuständigen Landesrat, bereits vor. Wir diskutieren auch im Rahmen des Abfallwirtschaftsgesetzes über diese Vorstellungen der beiden Fraktionen.

Nicht unerwähnt bleiben soll das umweltfreundliche Beschaffungswesen. Die Städte Graz und Bruck wären hier zu nennen, wo besonders gute Fortschritte erzielt wurden, wo dieser Vorbildeffekt in vorzüglicher Weise, wie ich glaube, realisiert wurde. Die öffentliche Verwaltung, meine Damen und Herren, steht im Zusammenhang mit der Verminderung des Abfallvolumens wirklich in einer Auslage. Es ist nicht zulässig, vom privaten Haushalt zu verlangen, daß Abfallvermeidung, Abfalltrennung betrieben wird, wenn nicht im eigenen Haushalt sozusagen, nicht vor der eigenen Türe, an allererster Stelle gekehrt wird. Auch das Land Steiermark als hoheitliche Verwaltung steht hier in der Verpflichtung, einiges zu leisten. Erste Ansätze sind bereits zu beobachten. Ich würde mich freuen, wenn das verstärkt wird.

Noch einen Punkt möchte ich erwähnen im Zusammenhang mit der Abfallwirtschaft und mit den Möglichkeiten, das Restmüllaufkommen – das zu deponierende oder zu verbrennende Restmüllaufkommen – weiter zu verringern. Es gibt in der Steiermark zehn Modellgemeinden, die sich dazu entschlossen haben, Restmüllverwiegung durchzuführen. Das gibt einen weiteren Anreiz über die Gebührenverrechnung für den privaten Konsumenten zur Abfallvermeidung. Zu erwähnen wären etwa die Ge-

meinden Seiersberg, Bairisch Kölldorf, Bärnbach in Voitsberg, Goßdorf in Radkersburg, Straß im Abfallwirtschaftsverband Leibnitz. Erwähnenswerte Abfalltrennungsprojekte werden in großen Städten, in Leoben und Mürzzuschlag, durchgeführt.

Den Weg in Richtung weiterer Verringerung des zu deponierenden oder zu verbrennenden Restmüllvolumens weist die Abfalltrennungsanlage in Aich-Assach in der Region Schladming. Die Förderung der Abfall-sichtung, auch diese Möglichkeit der Verringerung des Restmüllvolumens, wie sie in Aich-Assach sehr vorbildlich vorgeführt wird, liegt als Resolutionsantrag in diesem Budgetkapitel vor. Ich freue mich zu hören, daß diesem Antrag unserer Fraktion zugestimmt wird.

Noch kurz einige Worte zum Abwasser. Hier gibt es viele Unklarheiten gerade über die Verwendungsmöglichkeiten für dezentrale Anlagen, für Kleinkläranlagen. In der Gemeinde Mühlen liegt hier ein sehr schönes Beispiel vor für dezentrale, für naturnahe Abwasserreinigung und auch kostengünstige und effiziente Abwasserreinigung, nämlich ein funktionierendes Beispiel einer Pflanzenkläranlage. Ich glaube, daß hier noch lange nicht das letzte Wort gesprochen ist. Ich glaube, daß im Bereich der Pflanzenkläranlagen und der Kleinkläranlagen noch sehr viel Nachholbedarf besteht, weil von seiten der ländlichen Gemeinden jedenfalls die Kosten für zentrale Lösungen wohl kaum aufzubringen sein werden.

Kollege Dr. Cortolezis hat den Bereich Naturschutz bereits kurz angesprochen. Ich stimme mit ihm überein, daß es notwendig sein wird, die Konstruktion des Beirates gemäß Naturschutzgesetz neu zu überdenken und neu zu formulieren. Ein Problem, das mir besonders aufgefallen ist, ist auch, daß es nicht die Experten sind, die ordentliche Mitglieder des Beirates sind und auch die Beschlüsse zu fassen haben, sondern doch eher Leute aus der politischen Sphäre, also Abgeordnete, Bürgermeister es sind, die Entscheidungen über Naturschutzangelegenheiten in unserem Bundesland zu fällen haben, beratend für den zuständigen Landesrat. Das scheint mir ein großes Problem zu sein. Denn in der Öffentlichkeit wird dieser Beirat doch als Fachbeirat wahrgenommen, und insofern scheint mir die Stärkung dieses fachlichen Aspektes notwendig zu sein. Es ergibt sich die Gelegenheit, jetzt im Zusammenhang mit der vom Hofrat Oswald, unserem Umweltanwalt, angeregten Novellierung des Naturschutzgesetzes. Den Vorschlägen von Hofrat Dr. Oswald tritt unsere Fraktion im wesentlichen bei. Es gibt einige Abänderungsvorschläge, aber es werden bereits jetzt auf der Ebene der Rechtsabteilung 6 sehr konkrete Diskussionen über die Novellierung des Naturschutzgesetzes geführt. Zwei Beispiele aus dem kommunalen Bereich zum Naturschutz noch. Das Land Steiermark ist mangels finanzieller Mittel im Bereich der Biotopkartierung, einer notwendigen Voraussetzung des Schutzes von wertvollen Biotopen, sehr ins Hintertreffen geraten. Auf der Ebene von privaten Initiativen, auf der Ebene von Gemeindeinitiativen passiert hier einiges. Zu erwähnen wäre etwa das Beispiel von Gralla und Wagner, wo die Murauren durch private Initiative einer Biotopkartierung zugeführt werden konnten.

Ein sehr schönes Exempel eines modernen Umganges mit Fließgewässern bietet das Beispiel Lafnitz: als

Bach, wo eine großartige Art von Wasserbau betrieben worden ist, nämlich schlicht und einfach die Renaturierung dieses Gewässers. Da geht es darum, daß frühere Sünden der Drainagierung, des Wasserbaues, wieder behoben werden, weil man mehr und mehr dahinter kommt, daß der beste Hochwasserschutz noch immer ein mäandrierender Bach ist, also ein Bach in seinem natürlichen Bett.

Meine Damen und Herren, die Finanzierung umweltpolitischer Maßnahmen, insbesondere von Maßnahmen mit innovativem Charakter, stehen in der Steiermark auf mehr als wackeligen Beinen. Es gibt einen Landesumweltfonds, der nicht dotiert ist, und es gibt den Landschaftspflegefonds, der sehr, sehr schlecht dotiert ist.

Eine verursacherbezogene, zweckgebundene Landesumweltabgabe könnte die Misere beheben. Dafür gibt es Akzeptanz in der Bevölkerung, meine Damen und Herren. Einige verantwortungsbewußte Abgeordnete der ÖVP und der FPÖ bekennen sich auch dazu. Die SPÖ hat einen Resolutionsantrag dazu formuliert, der leider nicht die Unterstützung dieser beiden Parteien finden konnte. Ich bin schon gespannt auf die konkreten Vorschläge von ÖVP und FPÖ, wie dieser Landesumweltfonds dotiert werden könnte. Wenn das nicht kommt, meine Damen und Herren, wird Ihnen allerdings der Vorwurf des Populismus in dieser Sache nicht ganz erspart bleiben. Und ich würde mir wünschen, daß diejenigen Kollegen und Kolleginnen in Ihren Reihen doch etwas Gehör finden, die sehr, sehr konkrete, sehr konstruktive Vorschläge hinsichtlich einer Landesumweltabgabe bereits eingebracht haben. Ich danke für die Aufmerksamkeit. (Allgemeiner Beifall. – 17.30 Uhr.)

**Präsident:** Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Dr. Ebner.

**Abg. Dr. Ebner (17.30 Uhr):** Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Ich darf vielleicht als erstes ganz kurz einmal auf den Vorschlag des Kollegen Cortolezis, der jetzt hinter mir oben steht, eingehen. Es freut mich, Candidus, daß du einmal in Amerika warst und jetzt ganz nach dem Motto „Wenn einer eine Reise tut, dann kann er was erzählen“ hier einmal ein bißchen was erzählst, was dort in den USA bei der EPA passiert. Aber das ist ja nicht uninteressant, was du da vorgebracht hast. Du hast nämlich gemeint, daß man, wenn man das Budget nicht unnötig ausdehnen will, und wir sind ja in einer sehr beengten Budgetsituation, dann eben auch, wenn man irgendwo ausdehnt, auch etwas zurücknehmen muß, so wie zum Beispiel der Kollege Getzinger – da drüben sitzt er – gemeint hat, daß der Umweltfonds nicht dotiert wird. Das ist natürlich ein Irrtum, daß der Umweltfonds nicht dotiert wird. Er ist voriges Jahr nicht dotiert worden. Heuer sind ja 10 Millionen Schilling im Umweltfonds drinnen. Das sind nämlich die 10 Millionen Schilling, die für die Solaranlagen drinnen sind. Das läuft über den Umweltfonds. Ich weiß, daß Sie das wissen, daß das über den Umweltfonds läuft. Aber mehr ist halt nicht drinnen. (Abg. Dipl.-Ing. Getzinger: „Regelmäßig, nicht so sporadisch!“) Ja, ich gebe Ihnen recht. Ich will einmal beginnen mit den positiven Dingen, die hier geschehen sind, wie zum



Beispiel mit den 10 Millionen Schilling des Umweltfonds. Es freut mich, daß hier Richtlinien gefunden werden konnten – ich bin ein bisserl stolz darauf, daß ich hier mitgewirkt habe –, die unbürokratisch sind und die auch handhabbar sind. Die Gemeinden müssen hier auch mittragen, und wie der Kollege Getzinger richtig gesagt hat, das ist ja nach dem Vorbild Graz hier geschehen. Und bei Graz hat Kollege Getzinger auch schon angemerkt das Projekt Ökoprofit. Hier hat Candidus Cortolezis gemeint – ich weiß nicht, wen er da zitiert hat –, Umweltschutz als Konjunkturmotor. Candidus, das Projekt geht genau in diese Richtung, nämlich daß man Investitionen tätigt auf Grund einer sogenannten ökologischen Betriebsberatung, Investitionen tätigt, die erstens der Umwelt nutzen, aber auch den Gewinn steigern. Daß solche Umweltinvestitionen natürlich sinnvolle Umweltinvestitionen sind und die auch einen Konjunkturmotor darstellen, so wird das natürlich verständlich. Wenn ich nur „End of Pipe-Technologie“ mache – da sind wir aber Gott sei Dank ja weitestgehend schon weg –, dann ja eher nicht, dann konserviere ich ja veraltete technische Strukturen. Aber mit neuesten Technologien kann ich hier etwas weiterbringen.

Um beim Budget zu bleiben: Das Land Steiermark wird auch dem Klimabündnis beitreten, das dem Schutz der Erdatmosphäre dient und eine Verringerung des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes auch vorsieht. Die Stadt Graz ist auch hier schon lange beigetreten. Man muß aber auch bedenken, daß man sich hier doch zu drastischen Maßnahmen verpflichtet. Wenn man da hineinschaut, so ist geplant, bis zum Jahr 2010 die CO<sub>2</sub>-Emissionen so zurückzunehmen, daß zum Beispiel zehn Prozent Null-Emissions-Fahrzeuge im Jahr 2010 fahren müssen. Das heißt, zehn Prozent der gefahrenen Kilometer müssen mit null Emission gefahren werden. Das muß man erst einmal zusammenbringen. Also, es ist nicht so einfach, die Forderungen, zu denen man sich ja hier verpflichtet, dann auch wirklich zu erfüllen. Derzeit kann nämlich so etwas nur mit Elektrofahrzeugen gemacht werden. Und da gibt es gerade in der Stadt Graz, das ist auch weitestgehend unbekannt, eine weltweit anerkannte Firma, die Firma Enstore, die ein sogenanntes Schnelladesystem entwickelt hat, das weltweit das beste Schnelladesystem ist, in Österreich aber auf wenig Aufmerksamkeit gestoßen ist. Aber wie wir halt bei vielen Dingen sehen, der Prophet gilt halt nichts im eigenen Land. In Kalifornien machen sie Konzepte. Aber auch hier ist die Stadt Graz wieder Vorreiter. Mit Hilfe dieser Firma Enstore hat sie das sogenannte Projekt „Öko-Drive“ geboren. Und hier zeigt sich, daß das Land aber bereits Interesse zeigt, nämlich die Wissenschaftsabteilung des Landes, und das Wissenschaftsministerium. Es freut mich schon, wenn hier freiheitliche Initiativen von Land und Bund aufgegriffen werden. An diesen wenigen Beispielen sieht man, wie eben freiheitliche Umweltpolitik gemacht wird, wie die Freiheitlichen die Umweltpolitik sehen, und eben nicht Zurückschrauben des Lebensstandards, sondern neueste Technologien einsetzen und in die Zukunft schauen. So bin ich auch der Meinung, daß wir auch im Müllbereich neueste Technologien einsetzen müssen. Es ist ja die Steiermark das einzige Bundesland Österreichs, das hier einen Grundsatzbeschluß gefaßt hat, in dem es sich zur Müllverbrennung bekennt. Ich bekenne mich ebenso zur

Müllverbrennung beim derzeitigen Stand – ich sage es konkreter und präziser –, zur thermischen Behandlung des Restmülls. Es würde mich nur freuen, wenn hier ein bisserl schneller etwas weitergehen würde. Es ziehen sich die Vorarbeiten mit der Standortsuche hier einfach zu lange hin. Es geht mir hier einfach zu langsam. Und zwar geht es mir auch deshalb zu langsam, weil die Stadt Graz ja die größten Probleme mit dem Müll hat, und Graz ist eben einmal beim Hausmüll der größte Brocken der Steiermark. Und gerade die Stadt Graz mit diesen Mengen an Müll wurde gegen die Warnung der FPÖ mit dem Grazer Umland zu einem Abfallwirtschaftsverband zusammengefaßt. Wer die Zeitungsmeldungen verfolgt hat, der weiß, daß es in diesem Abfallwirtschaftsverband ganz enorm zu krachen begonnen hat. Der Bürgermeister von Feldkirchen und Obmann dieses Abfallwirtschaftsverbandes Pellischek wollte ja gleich die Aktivitäten stilllegen und alle Abfallberater kündigen, weil er nicht mehr sieht, wie es weitergehen soll. Er hat das dann auch wieder zurückgenommen. Aber ich sehe das auch als eine Art Drängen auf die Trennung dieses Abfallwirtschaftsverbandes. Und wir haben uns ja alle bereits in den Parteienverhandlungen über das neue Abfallwirtschaftsgesetz darauf verstanden, hier auch tatsächlich eine Trennung durchzuführen. Ich glaube nur, daß wir hier ein bisserl etwas weiterkommen müssen. Es gibt ja die nächste Verhandlungsrunde – ist ja bereits angesagt, aber ich glaube, wir sollten schön langsam einmal hier in die Schlusrunde kommen. Wir sind es auch Graz und dem Grazer Umland schuldig, daß wir hier die sogenannten politischen Altlasten auch sanieren.

Aber wenn ich schon bei Altlasten bin: Im Abfallbereich bedeuten doch Altlasten etwas anderes, und wir haben in der Steiermark auch genügend Altlasten. Wir haben nämlich über 360 Verdachtsflächen, und da gibt es ein Altlastensanierungsgesetz. Das sagt aus, wenn nämlich das im Altlastenatlas des Bundes ausgewiesen ist, dann geht die Zuständigkeit zur Sanierung auf den Bund über. Und wir haben mittlerweile sieben steirische Altlasten in diesem Altlastenatlas ausgewiesen. Wir haben auch eine Altlast dabei, die mit höchster Priorität ausgestattet ist, das heißt, daß dringend etwas gemacht werden muß, weil diese Altlast quasi ständig die Umwelt vergiftet. Und hier wundert es mich, und ich verstehe eigentlich überhaupt nicht, wie das zustandekommen kann, daß die Steiermark das einzige Bundesland Österreichs ist, in dem bei den Altlasten weder, wie das so schön heißt, gesichert noch saniert ist, noch auch nur die Sicherung begonnen wurde. Mir wird das besonders unverständlich, wenn ich daran denke, daß wir doch in Wien eineinhalb Jahre eine steirische Umweltministerin gehabt haben. Da muß ich mich schon fragen, hat sie eigentlich auf ihr eigenes Bundesland denn überhaupt nicht geachtet? Und dann fällt ihr offenbar überhaupt nichts anderes ein, als den Altlastensanierungsbeitrag dann noch zu erhöhen. Und dann frage ich mich, ob man überhaupt ein Geld dann nach Wien schicken soll, weil das fließt immerhin in den selben Ökofonds, wo angeblich 1000 Konten, wie ich gelesen habe, mit Milliardenbeträgen völlig verschwunden sind. Die Konten sind offenbar nicht mehr aufzufinden. Das wurde auch von der Frau Umweltministerin Feldgrill zugegeben. Sie sind aber beim Suchen. Ich muß sagen,

das ist ein ordentliches Desaster, das sie da hinterlassen hat. Unter diesen Umständen, Kollegin Pußwald, ich komme schon wieder zum Müll zurück, versteht man natürlich die Bundes-ÖVP, wenn sie ganz nach dem steirischen Müllmotto sagt: Klug entscheiden, Feldgrill vermeiden, und die Frau Kollegin Feldgrill ganz rasch nach Graz entsorgt hat.

Ich sage Ihnen noch eines dazu. Man sollte die Bürger nicht unterschätzen. Denn die Bürger, Kollege Lopatka (Abg. Dr. Lopatka: „Das war Mist, was Sie da produziert haben!“), unterschätze auch du die Bürger nicht. Sie werden ganz nach dem zweiten Müllmotto entscheiden, und das wirst du noch sehen „Von Feldgrill getrennt, happy end“. (Beifall bei der FPÖ. – 17.41 Uhr.)

**Präsident:** Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Kowald.

**Abg. Kowald (17.41 Uhr):** Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren!

Aus den vielen Wortmeldungen haben wir heute schon einiges entnehmen können. Im Laufe der Zeit, gestern so wie heute, hat man auch hier in diesem Raum einiges feststellen können, daß viele umweltbedacht arbeiten. Manche gibt es, die Abfall hervorbringen, manche gibt es, die mit Farbkübeln sich befassen und dementsprechend auch einen Beitrag zur Verschlechterung der Umwelt im Raum leisten. Ich sage das deshalb, weil sich da einige bemühen sollten und einen Beitrag zur politischen Kultur leisten sollen.

Viele würden gut beraten sein, sich auch an die Linie unseres Landeshauptmannes anzulehnen, der in seinen Beiträgen all jene, die sich immer aktiv beteiligt haben, wo es nur geht, ihn anzuflecken, dann wirklich gut behandelt hat, besser als sie es verdient hätten. Was mir imponiert ist, daß er die Leute mit guten Beiträgen auch von seiten der Freiheitlichen, wie von den (Abg. Weilharter: „Pörtl ist zuständig, nicht der Herr Landeshauptmann!“) Sozialisten, klass behandelt hat und miteingebaut hat. Mögen sie sich alle ein Beispiel nehmen, um auch hier einen Beitrag zur Umweltverbesserung zu leisten. Ich sage das deshalb, weil die Spritzer vielleicht nicht jeder vertragen hat und es Probleme gegeben hat, nachdem Klarstellungen doch ins Gewissen gegangen sind. Wir alle haben in anderen Bereichen, speziell in unserem Land, ständig mit großen Belastungen zu leben. Die Folgen sind draußen der saure Regen, die Klimaveränderungen, die Trockenheit, wirtschaftliche Schäden, wenn ich heuer an die Dürreschäden denke; das Waldsterben, und ganz stark hat sich dadurch auch der Borkenkäfer bemerkbar machen können. Im Bereich Luft, die Verschmutzungsmöglichkeiten sind ja hinlänglich bekannt, die hundert Flugzeuge, die täglich über uns fliegen, auch die Heizungen leisten einen Beitrag. Wenn wir hier in vielen Bereichen von unseren Verantwortungsträgern Maßnahmen erkennen können, die sicherlich noch ausbaufähig und wirksamer wären, so meine ich, daß wir im Speziellen darauf hinweisen, daß im Verkehr einiges geschehen ist, daß hier die öffentlichen Verkehrsmittel ihre Berechtigung haben, der Ausbau der Bahn, von allen auch dementsprechend mitgetragen wird.

Ich möchte auch einen Punkt anschneiden bezüglich Bioenergie, der doch zur Verbesserung unserer Luft beitragen wird. Die Solaranlagen selbstbauweise hat einen besonderen Stellenwert, und ich habe selbst Erfahrung, weil ich vor Jahren drei verschiedenen Baugruppen vorgestanden bin. Ganz besonders muß aber darauf hingewiesen werden, daß die Landwirtschaft durch ihre Initiative, Biodiesel herzustellen, gemeinsam mit den Technikern der Firma Vogel & Noot Großes leistet. Die Kreislaufwirtschaft findet hier ihren Niederschlag und gewinnt immer größere Bedeutung. Wenn jetzt die neuesten Bemühungen in der Richtung liegen, daß man das Fritieröl auch verwertet und in einen Treibstoff umwandelt, so wird das auch wieder eine beispielgebende Aktion sein. Wenn auch manche meinen, daß im Umweltbereich nichts geschehen ist, bin ich mir sicher, daß demnächst wieder zu hören sein wird, dort und da sind keine Leistungen erbracht worden. Wir weisen diesen Ausspruch entschieden zurück, weil solche revolutionäre Beiträge und Aktionen, wie das in Mureck, innerhalb der bäuerlichen Gemeinschaft, entstanden ist in Zusammenarbeit mit den Technikern, nicht hoch genug zu bewerten sind.

Im Wasserbereich war sehr lange und sehr oft großes Gesprächsthema der Qualitätszustand, speziell in unserem Leibnitzer Raum zu spüren. Angriffe von hüben und drüben, daß nichts geschieht, daß die Bauern Umweltverschmutzer und Wasserverunreiniger sind, mußten oft widerlegt werden, und damit war man oft konfrontiert. Ich bin so froh darüber, daß von allen Seiten eine Trendumkehr bemerkbar ist und Maßnahmen gesetzt worden sind. Hätten die Verantwortungsträger in den vergangenen Jahren sich nicht außerordentlich darum bemüht, mit den Betroffenen Maßnahmen zu setzen, die zur Verbesserung unserer Wasserqualität beigetragen hätten, dann würde ich meinen, daß wirklich nichts geschehen ist. Aber ich darf heute hier sagen, daß die Leibnitzer im Schnitt um die 40 Milligramm Nitrat im Wasser haben. Das ist ein hervorragender Wert, und die Wasserversorgung ist in diesem Sinne wirklich hervorragend gesichert. Ich sage das deshalb, meine sehr geehrten Freunde, weil wir das mit Stolz erzählen können, bin mir auch sicher und weiß es auch, daß hier in diesem Leibnitzer Gebiet das Image deshalb gestiegen ist, weil aus dem Raum sicherlich Quellen gekommen sind, die man in Zusammenhang gebracht hat und diese hervorragende Werte erreicht haben. Daß selbstverständlich die Schon- und Schutzgebiete, deren Maßnahmen beispielgebend sind für ganz Österreich, ja international richtungsweisend sind, ist sehr erfreulich. Daß die Kanalisierung ihren Fortschritt nimmt und auch dementsprechend einen Beitrag leistet. Ich möchte aber schon sagen, daß das System „Immergrün“, das heißt die winterharten Gründdecken, auch Großes in der Auswaschung verhindert und hier wiederum auf Grund der Erfahrungen für viele andere nachahmenswert ist. Ganz besonders ist es notwendig gewesen, auch das hervorzuheben, daß die Bauern in Selbstinitiative Maßnahmen gesetzt haben, die sich zusammenfassen in dem Verein „Sauberes Grundwasser“, wo immerhin 45, 55 Bauern mitmachen und fast 500 Hektar auch involviert sind, deshalb, weil es Beschränkungen gibt, Fruchtfolgemassnahmen, Stickstoffuntersuchungen hier verstärkt wahrgenommen werden. Die Wasserqualität ist erfreulich feststellbar.

Ich sage das deshalb, weil sehr viel Arbeit damit verbunden ist und die Umweltberater in Zusammenarbeit mit den Freunden und den Leuten, die in der Kammer tätig sind, Großartiges leisten, und nicht umsonst haben sich die Oberösterreicher bemüht, sich einen dieser Mitarbeiter zu angeln. Aber Gott sei Dank hat er genau gewußt, daß hier in der Steiermark sein Erfolgserlebnis auch wahrzunehmen ist.

Darf ich vielleicht sagen, daß auch in anderen Bereichen Prioritäten zu setzen sind bezüglich Wasser. Und da ist es auch so, daß im naturnahen Wasserbau wie in Bewässerungsprogrammen auch Schwerpunkte gesetzt werden. Vielleicht auch interessant und im heurigen Jahr auch immer wieder spürbar, sind Bewässerungen und Rückhaltebecken für verschiedene Wasservorhaben und Reservoirs auch positiv zu erwähnen. Natürlich gibt es verschiedene Berechnungssysteme, die man noch einsetzen wird müssen, aber auch ökologische und ökonomische Aspekte, wie das in der Gemeinde Rohr an der Lafnitz geschehen ist, wo man immerhin ein Pilotprojekt mit 60 Hektar für dieses behandelt und ausstattet.

Vielleicht ist noch eines in diesem Zusammenhang zu sagen, daß gerade hier die Zusammenarbeit der Fachleute, der betroffenen Bauern und der Techniker genauso wie der vielen Häuslbauer lobenswert zu erwähnen ist und daß auch das Bemühen immer wieder feststellbar ist, durch verminderten Düngereinsatz einen Beitrag zur Verbesserung zu leisten, und daß Erosionsschutzfruchtfolgemaßnahmen auch bestens hervorzuheben und zu erwähnen sind. Die Bodenbearbeitungsmöglichkeiten wurden in vielen Alternativbereichen angewandt, so daß auch hier alles bestens vorbereitet und gestaltet wird. Daß selbstverständlich Bodenleben und Bodenbearbeitung kein Lichtschalter sind, den man heute einschaltet, und es ist sofort eine Veränderung da, ist uns auch hinlänglich bekannt. Ich darf aber wirklich sagen, daß auch der Bodenschutzbericht, der alljährlich erstellt wird, zum Ausdruck bringt, daß gerade in der Steiermark Maßnahmen gesetzt werden, die lobenswert hervorkommen. Daß auf Grund der natürlichen Gegebenheiten einiges an Arsen vorhanden ist, ist auch bekannt. Aber grundsätzlich ist der Bodenzustand, wenn zwar noch einiges vor uns steht, dementsprechend positiv. Wir sind alle daran interessiert, hier auch weiter im Sinne der Verbesserung und der Gesundheitserhaltung weiterzuarbeiten.

Ich darf vielleicht auf eines hinweisen in diesem Zusammenhang mit diesem Bericht, daß weit darüber hinaus in anderen Gebieten Maßnahmen gesetzt werden, die auch nachahmenswert sind. Ich glaube auch, daß im Tierbereich Tierschutzmaßnahmen von uns wahrgenommen werden, die ständig zur Besserung des Wohlbefindens einen Beitrag leisten. Mag sein, daß dort und da einiges noch zu machen ist, aber grundsätzlich hat die Steiermark hier auch immer eine Vorreiterrolle gespielt. Ich möchte das hier auch erwähnen, daß gemeinsame Arbeit geleistet worden ist. Gerade bei den Tiertransporten waren in den letzten Monaten viele Emotionen festzustellen, und wenn ich so denke, wie sich manche mit diesem Thema Schlagzeilen geholt haben, so darf ich auch heute klar und deutlich feststellen, daß wir sofort aufgezeigt haben, daß eine Arbeitsgruppe installiert ist, die arbeitet, zu-

sammengesetzt aus allen Betroffenen, Freunden, Unterstützern und Mitarbeitern. Es war nicht einfach, auch jene, die sich der Schlagzeilen bedient haben, in diese Richtung zu weisen, die ihre eigenen Probleme verdecken wollten, denen aber dann sehr klar vor Augen geführt wurde, daß gerade in der Steiermark viel Positives festzustellen ist. Persönlich kann ich eine Erfahrung zum Ausdruck bringen, als nämlich das Fernsehteam Aufnahmen gemacht hat, diese Schreckenssendung auch zusammengestellt hat – bei mir zu Hause haben sie auch die Verladung von Tieren gefilmt –, haben sie vier Versuche gemacht. Vielleicht waren sie enttäuscht, aber sie haben feststellen können, wie problemlos und mit guter gefühlvoller Behandlung die Tiere sich aus dem Stall Richtung Lastauto bewegen lassen. Allerdings mit dem Vermerk: „Tun Sie sich nicht schrecken, wenn wir die Sendung bringen. Das bauen wir nur mit ein zu den Erfahrungen, die international von anderen Ländern gemacht worden sind.“ Ich sage das deshalb, weil das ein sensibler Bereich ist, wo man auch immer wieder versucht, gewisse Sachen aufzuzeigen, und daß verschiedene Zeitungen, die mit diesem sensiblen Thema ein Lockmittel installieren zum Schaden anderer, das möchte ich nur nebenbei erwähnen. Im Bereich Tiergesundheitsdienst hat gerade die Steiermark richtungsweisende Arbeiten geleistet. In Zusammenarbeit mit den Tierärzten und Bauern hat man Maßnahmen in Richtung Zucht, Haltung, Fütterung, Information gesetzt, die Qualitätserzeugnisse gebracht haben. Der Konsument kann sich immer wieder überzeugen, und es ist gut so, daß auch die Selbstkontrollen dementsprechend wirksam sind. Von den Tiertransportkontrollen eine Zahl: In den letzten Monaten wurden in der Steiermark 1250 Kontrollen von Amtstierärzten in allen Bezirken des Landes wahrgenommen. Nur fünf Übertretungen waren wahrzunehmen und festzustellen. Ich glaube, auch hier das erwähnen zu müssen, weil es einfach lobenswert ist. Und ich sage das auch, daß im Schweinegesundheitsdienst zum Beispiel fast 1.800 Züchter und Zuchtmastbetriebe zusammenarbeiten mit 63 Tierärzten, die einen Beitrag leisten, daß sich hier im Bereich Tiergesundheit einiges tut. Daß sich selbstverständlich auch im Geflügelgesundheitsdienst, Eutergesundheitsdienst, Rindergesundheitsdienst positive Leistungen aufzeigen lassen, ist uns hinlänglich bekannt. Und ich bin froh, daß hier die verantwortlichen Leute, die im Veterinärbereich tätig sind, und insbesondere ist die Leistung von Dr. Köfer hervorzuheben, positiv und richtungsweisend für andere Bundesländer ja international zu werten und zu sehen sind. Ich sage auch das, daß bei der Schlachtier- und Fleischuntersuchung die vielen, fast 200 Tierärzte in der Steiermark einen Beitrag leisten (Beifall bei der SPÖ.) und hier die Möglichkeiten der Gesundheitsfeststellung immer wieder wahrnehmen und daß im besonderen die Konsumenten auch sicher sein können, daß hier in der Steiermark gesundes, rückstandsfreies Fleisch auf den Markt kommt. Es ist selbstverständlich auch in Zukunft so, daß wir alles unternehmen werden müssen, Maßnahmen zu setzen, die uns einen Beitrag leisten und eine Sicherheit für eine dementsprechend gesunde Umwelt geben. In diesem Zusammenhang fordere ich alle auf weiterzuarbeiten, neue Situationen zu erkennen, dementsprechend zu handeln und positive Beiträge im Sinne

unseres gemeinsamen Wohlbefindens zu leisten. (Beifall bei der ÖVP. – 17.58 Uhr.)

**Präsident:** Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Ing. Kinsky.

**Abg. Ing. Kinsky (17.59 Uhr):** Sehr verehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren Abgeordneten, Hohes Haus!

Ich habe bereits aus Anlaß des Umweltberichtes des Landes Steiermark, und ich wiederhole das heute noch einmal, gesagt, daß, wenn wir über Umwelt diskutieren, sich dann für mich persönlich eine ganz zentrale Frage stellt, die nicht nur uns Österreicher, sondern die ganze Welt belastet. Und hier danke ich dem Herrn Abgeordneten Dr. Ebner für die Erwähnung in seinen Ausführungen betreffs der Problematik der CO<sub>2</sub>-Belastung. Meine Damen und Herren, wir müssen in Österreich feststellen, daß wir uns im Jahr 1988 bei der Umweltkonferenz in Tokio mit vielen anderen Staaten bereiterklärt haben, bis zum Jahr 2015 unseren CO<sub>2</sub>-Ausschuß um 20 Prozent zu senken. Faktum ist, bis zum heutigen Tag steigt er noch immer. Für meine Begriffe ist es einfach nicht möglich, eine saubere und bessere Umwelt zum Nulltarif zu erzielen. Ich glaube, genauso wie es uns gelingt, und ich persönlich habe die Erfahrung auch schon gemacht, daß wir dem Bürger sagen, daß in der Abänderung des Wohnbauförderungsgesetzes andere Richtlinien Platz greifen mußten, weil sonst die Wohnbauförderung nicht finanzierbar ist, genauso kann und muß es uns gelingen, der Bevölkerung klarzumachen, daß saubere Umwelt etwas kostet. So meine ich, daß wir nicht umhin kommen werden in ganz Europa und auch in Österreich, von einer Ökosteuer auf fossile Brennstoffe Abstand zu nehmen. Ich möchte hier einen Appell an alle politischen Fraktionen dieses Hauses richten, ich weiß schon, es kommt dann sehr schnell in den Medien, die Autofahrer werden wieder zur Kasse gebeten und ähnliches. Ich glaube, solche Schlagworte helfen uns nicht weiter. Wir sollten die Vorschläge unserer ehemaligen Umweltministerin und auch der neuen Umweltministerin ernst nehmen, die beide von einer Ökosteuer gesprochen haben. Ich bin vollkommen einer Meinung mit Herrn Schützenhöfer, der wiederholt in diesem Jahr seine Sorge darüber zum Ausdruck gebracht hat, daß in Österreich die Arbeit zu hoch besteuert wird. Ich glaube, wir in der Steiermark sollten an den Bund die Forderung richten, daß im Rahmen der nächsten Steuerreform, die angeblich am 1. Jänner 1994 Platz greifen soll, daß wir eine Herabsetzung der Steuer von Arbeit und Leistung fordern sollten und dafür eine Belastung von Stoffen, die uns Menschen und unserer Nachkommenschaft zum Schaden gereichen. Ich sage das auch deswegen, denn nur dann wird es uns möglich sein, unsere Biomasse und auch unseren Müll Verbrennungsformen zuzuführen. Wir müssen ganz einfach heute feststellen, daß die Investitionen für die Bioverbrennung noch zu teuer sind im Verhältnis zu den Verbrennungsanlagen für fossile Brennstoffe. Ich frage mich nur: Ist es sinnvoll, weiter zu gestatten, daß die Gaslobby bereits in jeden kleinen Ort Erdgasleitungen verlegt, wo wir enorme Mengen an Biomasse bereits in unseren Waldungen unbewirtschaftet liegen haben? Wie ernst

die Situation ist, haben wir in den letzten acht bis zehn Wochen in der Steiermark und in ganz Österreich erlebt. Ich muß Ihnen sagen, wir erleben derzeit die größte Naturkatastrophe in unseren Wäldern, die wir je erlebt haben. Allein in der Steiermark haben wir käferbefallenes Holz von 350 bis 400.000 Festmeter. Es entsteht der steirischen Forstwirtschaft ein Schaden von 150 Millionen allein durch käferbefallenes Holz, das kaum mehr absetzbar ist. Es nimmt ihnen kaum ein Sägewerk dieses Holz ab. Wir haben auch in der Steiermark nach wie vor in unseren Waldungen einen 18prozentigen stärkeren Zuwachs als wir ernten. Diese Ziffern sollten uns doch zu denken geben. Und keiner – und der Herr Landesrat Pörtl hat das unlängst über den Rundfunk ganz deutlich gesagt – von uns weiß, wie es im Frühjahr in unseren Waldungen ausschauen wird. Wir können das alle noch nicht abschätzen, in welchen jetzt noch gesund ausschauenden Bäumen diese Schädlinge bereits drinnen sind. Wo gehen diese Schädlinge hin? Sie gehen in diese Pflanzen, die von der Umwelt, sprich vor allem vom CO<sub>2</sub>-Ausstoß, besonders belastet sind. Wir stehen vor einer wirklichen Problematik. Ich danke hier dem Herrn Landesrat Pörtl, denn er hat sehr schnell gehandelt und hat Hilfskräfte beim Bundesheer angefordert, damit vor allem in den ärgst betroffenen Gebieten der Süd-, West- und Oststeiermark diese befallenen Käferbestände aufgearbeitet werden können und vor allem auch in einer umweltfreundlichen Art und Weise beseitigt werden können. Wir wissen von seiten der Forstwirtschaft genau, wenn wir bis zum Frühjahr das Problem nicht gelöst haben und die Äste und die Restholzmengen nicht verbrannt sind, was eine beachtliche Handarbeit benötigt, dann sind wir gezwungen Chemie einzusetzen, was wir alle nicht wollen. Aber sonst sehe ich unseren Wald einer Katastrophe entgegengehen.

Meine Damen und Herren! Ich glaube, wir haben durchaus genügend Beispiele in der Steiermark an Firmen, an Aktivitäten, die die Verwertung von Biomasse durchaus in der Zukunft positiv gestalten lassen. Mich persönlich freut es, ich habe in der Budgetdebatte im Frühjahr dieses Jahres die Anregung gegeben, daß die Baumaschinen unseres Landes umgerüstet gehören, daß die Hydraulikmaschinen mit Bioöl zu fahren sein müßten. Ich habe mir einen Bericht geben lassen, wo drinnen steht, daß bereits der Bauhof der Forstabteilung der Landeskammer einige Maschinen umgerüstet hat und daß im gesamten Baubereich des Landes Steiermark alle neu anzuschaffenden Hydraulikmaschinen nur mehr ausgerüstet sind mit Schläuchen und Leitungsmaterial, in denen Bioöl verwendet werden kann. Ich danke allen Verantwortungsträgern, daß dies einmal ein Anfang ist.

Ein Zweites. Wir haben in der Steiermark die Firma Kellersberg, die die erste Firma war, die Bioöle erfunden und auf den Markt gebracht hat. Wir sollten stolz auf so etwas sein, und genauso wie der Forst heute laut Verordnung nur mehr Bioöl für seine Motorsägen benützt, sollte unsere Forderung auch dahin gehen, daß sämtliche Baumaschinen mit Bioöl in der Zukunft ausgerüstet werden. Ein weiteres Beispiel: Es gibt sicherlich viele andere Firmen auch, aber ich kenne eine Firma meines Bezirkes, ein kleines Installationsunternehmen, die Firma Sonik, die hat ein

Patent entwickelt, das in der Zwischenzeit in 14 europäischen Ländern patentiert wurde, wo sie technisch in der Lage ist, kalorischen Kraftwerken Verbrennungsanlagen vorzusetzen, die Müll verbrennen und alles, was Biomasse ist, auch verbrennen kann. Warum könnte man nicht bei unseren großen kalorischen Kraftwerken kostengünstig diese Dinge, die hier erforscht worden sind von kleinen Firmen, praktikabel anwenden? Ich glaube, hier besteht eine große Chance sowohl in der Beseitigung des Mülls, wie auch in der Verwertung unserer Biomasse.

Meine Damen und Herren! Wenn wir uns überlegen, daß wir in der Steiermark – Kowald hat das auch schon erwähnt – die südsteirische Energie- und Eiweißproduktionsgenossenschaft stehen haben und hier bereits 10.000 Besucher waren, die dieses Werk besichtigt haben. Der bayrische Landwirtschaftsminister war dort, und demnächst kommt eine große Delegation aus Frankreich, dann müssen wir sagen, wir haben in der Steiermark was geschaffen, was vielleicht kein anderes Bundesland hat.

Wir müssen nur hergehen und diese Dinge, die wir technisch gelöst haben, weiter ausbauen. Und damit komme ich zum Ende und wieder zum Anfang meiner Ausführungen. Zum Nulltarif wird das nicht gehen. Nur, ich persönlich bin der Meinung, wenn wir unseren Menschen, die heute Verantwortung tragen, und der Bevölkerung draußen klarmachen, daß eine gesunde Umwelt auch etwas kostet, werden sie das akzeptieren. Und es ist besser, wir fangen heute damit an, die Bevölkerung davon zu überzeugen, als daß unsere Nachkommen einmal eine total vergiftete Welt vorfinden. Ich danke schön. (Allgemeiner Beifall. – 18.10 Uhr.)

**Präsident:** Zu einer tatsächlichen Berichtigung hat sich die Frau Abgeordnete Dr. Karisch zu Wort gemeldet.

**Abg. Dr. Karisch (18.10 Uhr):** Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Der Herr Dr. Ebner hat früher gesagt, unsere Umweltministerin Feldgrill sei nach Graz entsorgt worden. Ich möchte diese Bemerkung, Herr Dr. Ebner, aufs schärfste zurückweisen! Ich verwehre mich dagegen, daß Sie dieses Haus zu einer Bühne für den Wahlkampf von Graz machen. Zu den Äußerungen hinsichtlich des Wasserwirtschaftsfonds und des Altlastenfonds darf ich Ihnen folgendes sagen: Sie haben scheinbar ein Informationsbedürfnis. Frau Dkfm. Feldgrill ist bereit, Ihnen im kurzen Weg im Rathaus Informationen zu geben – ganz kostenlos, sozusagen einen Nächsthilfeunterricht. Ich danke. (Beifall bei der ÖVP. – 18.11 Uhr.)

**Präsident:** Zu Wort gemeldet ist die Frau Abgeordnete Monika Kaufmann.

**Abg. Kaufmann (18.11 Uhr):** Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ein paar Worte darf ich zum Naturschutz, der ein bißchen benachteiligt ist bei uns, sagen. Neben der Petition von Umwelthanwalt Hofrat Dr. Oswald zur grundlegenden Neugestaltung des Naturschutz-

rechtes – ich möchte ihm von dieser Stelle aus wirklich herzlich danken – hat sich bis jetzt nur unsere Landtagsfraktion massiv für ein neues Naturschutzgesetz eingesetzt. Seit mehr als einem halben Jahr wird bei uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten intensiv in Arbeitskreisen gearbeitet. Auch mit der Rechtsabteilung 6 gibt es bereits Verhandlungen. Nur muß ich zu meinem Bedauern feststellen, daß die zwei anderen Fraktionen dort leider durch Abwesenheit glänzten. Mich wundert es überhaupt ein bißchen, daß ausgerechnet in der Grünen Mark der Naturschutz die Rolle von einem Stiefkind einnimmt. Ich möchte in meiner Wortmeldung zwei wichtige Gruppen vertreten, nämlich die Natur und die Landwirtschaft. Zwei, die von Natur aus Partner sein sollten oder Partner sind, die es aber oft aus wirtschaftlichen Zwängen nicht sein können. Jeder, der von der Landwirtschaft nur ein bißchen versteht, der kennt diese Zwänge. Wenn ich als Bäuerin heuer nur gleich viel verdienen will als im vorigen Jahr, dann muß ich schon mehr produzieren. Vom Mehrverdienen ist da noch gar nicht die Rede, nur wenn ich gleich viel verdienen will. Das geht aber nur, indem ich mehr Fläche zur Verfügung habe oder indem ich aus der vorhandenen Fläche mehr heraushole. Eine Produktion ohne Fläche ist nicht möglich. Die wichtigste Existenz- und Produktionsgrundlage von jedem Bauernhof ist der Boden, egal ob in der Tierhaltung, ob im Ackerbau oder in der Forstwirtschaft. Wenn es nun aus bestimmten Gründen nicht erwünscht ist, daß der Boden genützt wird, dann muß man einfach Alternativen für die Landwirtschaft anbieten.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Naturschutz erlaubt keine Kompromisse – in der Landwirtschaft sind diese möglich, ja oft sogar notwendig. Das von uns vorgeschlagene Naturschutzgesetz bietet diese Kompromisse an. Für mich als Bäuerin ist dieses Naturschutzgesetz der erste und bis jetzt einzige Weg, wodurch der Landwirtschaft eine Alternative zur Produktion angeboten wird. So oft haben wir schon gehört, wie wichtig die Landschafts- und Kulturpflege ist, die wir Bauern erbringen, und daß diese abgegolten werden müßte. Nur, bis jetzt ist äußerst wenig in diese Richtung passiert. Naturschutz wird sehr oft als Bedrohung der Landwirtschaft gesehen und auch so dargestellt. In diesem Fall ist Naturschutz eine Chance für die Landwirtschaft. Extensive Bewirtschaftungsformen sollen durch dieses Gesetz unterstützt und gefördert werden. Das bedeutet für uns Bauern einen Weg zur Produktionsrücknahme ohne Einkommensverluste.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, gerade die Landschaftsplanung, die Eingang in dieses neue Gesetz finden muß, eröffnet für ökologisch orientierte Bauern im Rahmen des privaten Vertragsnaturschutzes Möglichkeiten, die es zu nutzen gilt. Auch aus dem Landschaftspflegefonds werden naturschutzorientierte Landwirte eine direkte Unterstützung erhalten müssen. Die Rolle der Bauern als Pfleger von Landschaft und Natur kann allerdings nur dann sinnvoll zum Tragen kommen, wenn ein Brückenschlag zur Landwirtschaftsförderung gemacht wird. Auch hier kommt die Gesetzesinitiative von uns Sozialdemokraten. Und auch hier nimmt die Ökologisierung einen breiten Raum ein. Diese beiden Gesetze müssen inein-

andergreifen, denn dadurch werden Landschaftspflege, Ökologisierung und somit Naturschutz zu einer echten Alternative. Einer Alternative zur Überproduktion, die uns als Bauern letztendlich nichts bringt, sondern sehr viel kostet.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir können die Natur nicht den Gesetzen anpassen, sondern wir müssen die Gesetze der Natur anpassen. In den bereits laufenden und in den kommenden Parteienverhandlungen haben wir Gelegenheit dazu. Ich hoffe, daß sie in diesem, in unserem Sinne abgeschlossen werden können. Ich danke. (Beifall bei der SPÖ. – 18.16 Uhr.)

**Präsident:** Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Ing. Löcker.

**Abg. Ing. Löcker (18.16 Uhr):** Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen!

Die Debatte zum Umweltthema geht zügig voran, und wer sich an die vergangene Legislaturperiode erinnern kann, wird wissen, daß um diese Zeit der erste Redner gerade zu reden begonnen hat von der Fraktion der Alternativen und daß man das Gefühl gehabt hat, morgen wird die Welt endgültig untergehen. Heute sind auch Bedenken angebracht worden, auch Sorgen, aber sie sind einer gewissen Sachlichkeit gewichen, und man kann über die Probleme offen und in einer entemotionalisierten Form diskutieren. Im Sommer des heurigen Jahres haben bei einem Wasserversorgungsunternehmen, dem ich vorstehe, fast täglich die Medien angerufen und gefragt, wie gehts euch, wann wird die Reduktion eingeschaltet und die Sparmaßnahmen angeordnet? Und ich mußte, obwohl es wirklich ein Jahrhundertssommer war, über den ganzen Sommer immer wieder sagen, es tut mir leid, wir haben keine Probleme, wir können versorgen. Und wer die Medien beobachtet hat, hat auch wirklich feststellen können, daß trotz der riesigen Hitzeperiode mit den großen landwirtschaftlichen Schäden es nur ganz vereinzelt in der Steiermark Wasserversorgungsengpässe für die Menschen gegeben hat. Das kommt ja nicht von selbst, wenn man auch nicht daran denkt, aber dahinter steckt eine jahrzehntelange Arbeit der Verantwortlichen und auch der Politik – und das darf ich hier sagen. Wir haben eine Versorgungsstruktur in der Steiermark, die beim Hausbrunnen beginnend über die private Genossenschaft, über die Gemeindegewässerversorgung bis zu den Großverbänden reicht. Und wie ich glaube, hat jedes einzelne Glied dieser Struktur seine Berechtigung. Bis auf wenige Kilometer, die die Leitungen noch trennen, gibt es eine Versorgungsschiene vom Hochschwab bis nach Fehring. Diese Leitung kann im Notfall garantieren, daß das Wasser verteilt werden kann, weil die Verbindungen bestehen. Sie soll jedoch nicht die Kleinversorgungen ersetzen und von einer Großversorgung abhängig machen. Die Großversorgung ist aber aus Gründen der Betriebssicherheit und auch aus anderen eines momentanen überhöhten Verbrauches durch einen neu hinzugekommenen Großverbraucher unbedingt erforderlich. Nur möchte ich zu diesen Großförderanlagen schon sagen, daß sie in gewisser Weise eine Strukturförderungseinrichtung sind für weite Bereiche unseres Landes. Denken wir an die Südoststeiermark,

wo Untersuchungen ergeben haben, daß bis zu 90 Prozent der Hausbrunnen bakteriologisch verunreinigt und zumindest für Kinder ungenießbar sind. Eine Wasserleitung in ein dünn besiedeltes Gebiet zu bauen, kann nicht kostendeckend sein. Wir haben ja im vergangenen Jahr ein- oder zweimal Nachförderungen für solche Wasserversorgungsunternehmen beschlossen. Wir waren darüber nicht erfreut. Ich darf aber im Vergleich zu anderen Bundesländern sagen, in Oberösterreich, im Mühlviertel zum Beispiel, hat man von vornherein gewußt, daß diese Art der Versorgung nicht kostendeckend sein wird, und auch im laufenden Budget die Abdeckung der Verluste und der Abgänge eingeplant. Man muß die Wertigkeit einer Strukturförderung ebenso mit berücksichtigen.

Abschließend zum Thema Wasser kann ich sagen, daß die Qualität hinsichtlich der Bakteriologie und des Nitratgehaltes besser wird. Es ist noch kein Grund zum Jubeln, aber es wird besser, wie das auch der Herr Kollege Kowald gesagt hat. Das nächste Problem sind unsere Pestizide. Aber auch dort hoffe ich, daß man rechtzeitig noch das Steuer herumreißen kann.

Zum Thema Abwasser. 200 Kläranlagen in der Steiermark entsorgen 2,3 Millionen Einwohnerequivalente. Das sind 60 Prozent der Bevölkerung bei einer jährlichen Zunahme von etwa 2 Prozent. Nach dem Ökoprogramm 2000 ist das Ziel 75 Prozent – schon heute erwähnt, deshalb halte ich mich sehr kurz. Die Variantenuntersuchungen, die durch das Land gefördert werden, soll es eine zentrale oder dezentrale Anlage sein, eine Pflanzenkläranlage, eine kombinierte und so weiter. Es freut mich ganz besonders, daß über Auftrag des Landes die Technische Universität Graz im nächsten Jahr endgültig die Studien abschließen kann, so daß man, wie der Kollege Getzinger ebenfalls schon erwähnt hat, dann feststellen kann, welchen Wirkungsgrad, welche Betriebskosten und so weiter diese Anlagen haben, so daß man nicht, wie in den vielen vergangenen Jahren, nur mehr aus dem Bauch, emotional über dieses Thema diskutieren kann.

Abschließend noch zum Thema Abfallwirtschaft. In der Steiermark ist durch eine gezielte Müllvermeidung, die durch diese neue Verpackungsverordnung im neuen Jahr noch wesentlich verstärkt wird, durch ein bewußtes Mülltrennen, Sortieren, Wiederverwerten, die anfallende Müllmenge innerhalb von wenigen Jahren von 1987 bis 1991 um 30 Prozent verringert worden. Es gibt einzelne Gemeinden, die 50prozentige Erfolge haben. Das muß man wirklich als Sensation und als ein Kompliment an das Umweltbewußtsein der Bevölkerung verstehen. Es wird uns aber nicht erspart bleiben, in absehbarer Zeit den Weg der thermischen Letztverwertung zu beschreiten, insofern, wenn man daran denkt, daß die Vorlaufzeit für derartige Anlagen etwa sechs bis sieben Jahre beträgt. Hier ist Eile geboten. Wenn ich mich zurückerinnere, an die gesetzlichen Vorarbeiten dieser Entsorgung, im allgemeinen an den Abfall, hat es doch hier politische Divergenzen hinsichtlich der Kompetenzen gegeben. Ich kann mich erinnern, noch im vorvorigen Jahr bei der Landtagswahl war das Thema, das Land sollte hier Priorität haben, und nicht die Bezirke, wie im Gesetz vorgesehen. Mittlerweile haben eine Reihe von Bezirken bewiesen, daß sie dieses Problem im eigenen Wirkungsbereich lösen können; erfreulicherweise,



muß ich sagen. Hier darf man gar kein Politikum daraus machen. Da haben alle zusammengearbeitet. Aber wir wissen auch aus den Berichten der letzten Tage, daß hier die Fronten quer durch die Parteien gehen, wenn ich nur an das Murtal denke, zur Zeit akutell, oder Zeltweg, oder Fohnsdorf. Hier hört sich die politische Freundschaft auf, hier sind reale Interessenskollisionen gegeben, und die muß man vor Ort klären, die kann man nicht klären, indem der zuständige Referent der Landesregierung eine Verordnung von oben erläßt.

Es gibt allerdings – und das ist der Schluß und der Hauptpunkt meiner Wortmeldung – ein Sonderproblem im Bezirk Graz-Umgebung. Im Bezirk Graz-Umgebung sind Verhältnisse, wie sie sonst in keinem einzigen steirischen Bezirk sind. Graz-Umgebung hat nicht nur keine eigene Bezirksstadt, sondern ist ein Ring um Graz. Graz ist sehr potent, hat die doppelte Bevölkerungsanzahl von Graz-Umgebung, obwohl die Zunahme in Graz-Umgebung natürlich wesentlich stärker ist, etwa 1,5 Prozent pro Jahr. Man kann sogar hochrechnen, wann Graz-Umgebung in die Nähe der Bevölkerung von Graz kommen wird. Diese Sachlage, verbunden damit, daß zwei Drittel der Gesamtbevölkerung aus Graz stammend, 80 Prozent des Mülls produzieren und dieser Müll aber wiederum nur in Graz-Umgebung, verständlicherweise auf Grund der geographischen Gegebenheiten, gelagert werden muß, diese Tatsache hat allein zu einem riesigen Spannungsfeld geführt. Verstärkt wurde dieses Spannungsfeld noch durch die Tatsache, daß es zwei Kriterien gibt bei der Zusammenarbeit zwischen Graz und dem Umland. Das eine ist, daß mindestens die Hälfte der Gemeinden, also eine Mehrheit, für eine Lösung sein muß. Diese Mehrheit könnte ja der Bezirk Graz-Umgebung mit seinen 57 Gemeinden leicht zustande bringen. Aber die Sperrklausel, daß auch mindestens die Hälfte der Bewohner der Gemeinden vertreten sein muß, sagt, daß ohne Graz auch nichts geht. Dadurch gibt es eine Pattstellung, und das Klima zwischen Graz und Graz-Umgebung ist leider historisch etwas belastet. Es wäre gut, nach der Grazer Gemeinderatswahl sich diesem Problemkreis wieder zu nähern, um hier wieder näher zusammenzukommen. Jedenfalls ist der Abfallwirtschaftsverband gescheitert. Ich habe bereits im Rahmen der Diskussion im Frühjahr anlässlich des Nachtragsvoranschlages zum laufenden Landtagsbudget den Antrag gestellt, das Abfallwirtschaftsgesetz des Landes dahin gehend zu novellieren, daß für diesen einen Sonderfall Graz und Graz-Umgebung getrennt werden. Im übrigen wird der Grazer Müll ohnehin schon nach Graz-Umgebung entsorgt, nämlich nach Frohnleiten. Das muß man auch bedenken. Die Bevölkerung ist ohnehin schon belastet, obwohl das durch diese privatwirtschaftliche Regelung ein Sonderfall ist. Wir haben heute schon bei der Kulturdiskussion gehört, daß die Frohnleitner das Grazer Orchester finanzieren und verschiedenes andere mehr. Das ist ja eine Art von Kompensationsgeschäft. Jedenfalls bitte ich alle politischen Parteien in diesem Haus, die Novellierung, und nicht eine Veränderung per Verordnung, des Abfallwirtschaftsgesetzes zu unterstützen, so daß man möglichst bald zu einer konstruktiven Arbeit im Bezirk Graz-Umgebung kommen kann. Danke. (Beifall bei der ÖVP. – 18.28 Uhr.)

**Präsident:** Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Trampusch.

**Abg. Trampusch (18.28 Uhr):** Herr Präsident, Hohes Haus!

Ich bin jetzt beiden Abgeordneten sehr dankbar, dem Abgeordneten Glössl und auch dem Herrn Abgeordneten Löcker, denn sie helfen mir, ein bißchen mehr Licht ins Dunkel zu bringen. Der Herr Abgeordnete Glössl hat mit Recht gesagt, daß man vom Bund Umlenkungsabgaben verlangen müßte. Sofort einverstanden. Nur, wir haben bei den Resolutionsantragsverhandlungen auch einen gleichlautenden Antrag eingebracht, nämlich – (Präsident: „Es ist der Abgeordnete Kinsky gemeint!“) ich nehme es zur Kenntnis, ich freue mich darüber, daß es mehrere gibt, die meine Meinung vertreten –, daß wir genau das Gleiche verlangt haben, was vom Bund verlangt wird, daß wir in der Steiermark gemeinsam nach Lösungen suchen, wo nach dem Verursacherprinzip Zweckwidmung Landesumweltfonds eine Landesabgabe eingehoben wird. Dieses Ansinnen, das man an den Bund richtet, ist von ÖVP und FPÖ bei den Verhandlungen abgelehnt worden. Ich würde bitten, gleiche Maßstäbe anzulegen für das, was man vom Bund verlangt, auch in der Steiermark zu verlangen. Dann sind wir uns einig. Ich danke daher für diesen Beitrag, Herr Abgeordneter Kinsky.

Zum Abgeordneten Löcker. Ich bin auch deswegen so dankbar, er hat sich zur thermischen Verwertung bekannt. Hier sind wir uns einig. Auch hier gibt es einen Resolutionsantrag, der wiederum von ÖVP und FPÖ – meiner Meinung nach unverständlicherweise – niedergestimmt wurde. Wir haben nämlich genau in dem Zusammenhang verlangt, daß die Eigentumsanteile an der Steirischen Abfallverwertungsgesellschaft AVG auch in den Phasen, also Errichtungs- und Betreibergesellschaft, mehrheitlich vom Land oder im Wege von Gesellschaften wahrgenommen werden.

Jeder weiß, daß gerade die thermische Verwertung ja nur gemeinsam möglich ist. Auch der Antrag ist abgelehnt worden. Also auch hier gibt es einen Widerspruch zu dem, was da gefordert wird.

Und ein Drittes, lieber Kollege Löcker: Du hast stolz gesagt, die Bezirke haben Eigenlösungskompetenz bewiesen, aber gleichzeitig gesagt, was nicht klappt. Im Bezirk Judenburg sei das ein internes Problem. Das stimmt ja nicht. Wenn das Land seine Erstverantwortung wahrnehmen würde, dann wäre es längst durch eine Verordnung klar, daß alle Gemeinden des Bezirkes Judenburg selbstverständlich mittun müssen, wenn es im Bezirk eine moderne, wie wir wissen, umweltfreundliche Anlage gibt. Und Graz und Graz-Umgebung sind sicher ein großes Problem. Aber hier hat doch Landesrat Pörtl, wenn er sieht, daß das Problem anders nicht lösbar ist, eine Ersatzvornahme vorzunehmen. Rechtlich ist es auch möglich. Aber das ist ja diese alte Philosophie, die jetzt wieder zum Vorschein kommt. Das Land will mit dem Ganzen nichts zu tun haben. So werden wir das nicht lösen können. Und jetzt sage ich ein sehr konkretes Beispiel, weil ich gerade mit dem Kollegen Kowald immer rede, wie wir im Bezirk Leibnitz weiterkommen. Das ist ein Beispiel, wie es nicht geht. Wir haben im Bezirk Leibnitz mit allen Bürgermeistern ursprünglich viele Gespräche

gehabt, und da ist uns gesagt worden vom Bezirksverband, die Pyrolyse ist das Wahre – ein Riesenaufwand mit einem eigenen Beratungskreis, wo jeder pro Sitzung ein paar tausend Schilling kriegen soll. Das hat aber nicht funktioniert. Dort ist den armen Bürgermeistern eingeredet worden, die Pyrolyse ist das Beste. Dann ist eine Anlage, die in Deutschland nicht funktioniert hat, nach Spanien oder Portugal transportiert worden, und von dort ist die Sortieranlage dann nach Weitendorf auf einen Lagerplatz gekommen, und noch immer hat man den Leuten eingeredet, die Pyrolyse ist das Beste. Irgendwann ist man draufgekommen, die Pyrolyse ist nicht das Beste – Kommando zurück, wir bauen Recyclinghöfe – bestens, wir bekennen uns dazu. Es ist im Bezirk mit viel Aufwand ausgerechnet worden, daß wir sechs bis sieben Recyclinghöfe brauchen. Wir müssen aber noch im Jahr 1992 bauen – das ist im Vorstand gesagt worden, weil 1993 gibt es vielleicht kein Geld mehr vom Land für Recyclinghöfe. Die armen Bürgermeister sind dazu verhalten worden, Grundstücke zu besorgen. Einzelne Bürgermeister haben angefangen, Grundstücke zu kaufen, und wieder – Kommando zurück, Recyclinghöfe sind nicht das Letzte. Wir machen jetzt gemeinsam eine große Restmüllsortieranlage mit einer Privatfirma. Ich bekenne mich dazu. Das ist, glaube ich, eine gute Lösung. Nur, was ist da wieder passiert? Man hat uns in der Sitzung gesagt, ihr müßt heute darüber abstimmen, sonst ist es zu spät. Wir haben keine Zeit mehr zum Überlegen, sonst steigt die Firma aus. Wir machen zwei Gesellschaften, eine Errichtungsgesellschaft – hier zahlt der Verband zu zwei Drittel dazu, und eine Betreibergesellschaft, wo es dann die Gewinne gibt. Da ist der Verband aber nur mit einem Drittel beteiligt. Aber das müssen wir noch heute beschließen. Und wir brauchen keine Gemeinderatsbeschlüsse und keine Haftungen, denn das geht alles so. Das stimmt doch nicht. Den Leuten ist eingeredet worden, daß es nur ein Außenverhältnis gibt. Jeder Verband hat ein Außenverhältnis, wo der Vorstand Verträge abschließen kann, und ein Innenverhältnis, wo selbstverständlich jeder Delegierte, jedes Mitglied einer Müllverbandsversammlung wissen muß, daß eine Gemeinde hinter ihm steht mit einem Gemeinderatsbeschuß – mit einer aufsichtsbehördlichen Genehmigung, wenn Darlehen aufzunehmen sind. Das ist alles bestritten worden. Und als ich gesagt habe, ich stimme nicht mit, hat man mir vorgehalten, du hast mangelnden Mut, weil du nicht mitmachst. Nur, nachher sind die ÖVP-Bürgermeister einzeln zu mir gekommen und haben gesagt: „Dankeschön, Herr Abgeordneter, ich wäre auch dagegen gewesen. Aber es war gut, daß einer angefangen hat.“ Ich bekenne mich nach wie vor dazu, daß wir so eine Konstruktion wollen. Aber wenn wir das machen, dann bitte gemeinsam, und nicht mit Tricks, und nicht den Leuten sagen, ihr müßt heute entscheiden, ohne zu wissen, warum. (Beifall bei der SPÖ.)

Ich sage noch etwas dazu, weil es immer heißt, die Bezirke entscheiden allein. Dort ist gesagt worden, die Bezirke Feldbach, Radkersburg und Deutschlandsberg tun mit. Ich stelle fest, die wissen noch gar nichts davon, daß sie mittun sollen. (Abg. Alfred Prutsch: „Das stimmt nicht!“) Die Frage ist aber sehr entscheidend. Ich sage dir gleich, wieso: Wenn sie nicht mittun, kostet die Tonne Müll, die dort hineingeht und

sortiert wird, 2800 Schilling, wenn alle mittun, kostet sie 1300 Schilling. Und jetzt sollen die armen Bürgermeister ad hoc abstimmen und wissen nicht, ob die Tonne künftig 1300 oder 2800 Schilling kosten soll. Das darf sie nicht interessieren, sie haben einfach nur abzustimmen. Das ist dann diese so gelobte Lösung – die Bezirke machen das schon allein. Und dann kommt ein Letztes dazu: Ich bin der Auffassung, die Gemeinden sind seit der Verpackungsverordnung in einer guten Position. Ohne Gemeinden wird niemand die 60 Prozent Rücklauf erreichen. Wenn Gemeinden und Gemeindeverbände mitmachen – und ich bekenne mich dazu, Herr Landesrat –, dann sollen sie aber zu gleichen Teilen beteiligt sein an der Errichtungsgesellschaft wie an der Betriebsgesellschaft. Ich sehe nicht ein, daß man dort, wo es zum Zahlen ist für Investitionen, einen großen Gesellschaftsanteil haben soll, und bei der anderen einen kleinen zu gleichen Prozentsätzen. Das wäre fair und richtig. Man soll hier nichts anderes erzählen.

Und ein Allerletztes: Herr Landesrat Pörtl, ich frage Sie ganz persönlich: Ich habe immer den Eindruck gehabt, die Parteienverhandlungen laufen gut. Es gibt unterschiedliche Auffassungen, aber das ist so. Aber sie laufen. Ich höre, daß bei einer Veranstaltung mit den Obleuten der Müllwirtschaftsverbände am 9. November in Haidegg gesagt worden wäre – es ist nicht gesagt worden, Sie selbst haben das gesagt, Herr Landesrat –, die Parteienverhandlungen sind ein Werk von Theoretikern und Klubsekretariaten. Das wollen wir alles gar nicht, was dort geredet wird. Wir wollen keine Entscheidungen und keine Verordnungen von oben. Ich sage hier, wenn das wirklich so ist, dann führen wir Parteienverhandlungen umsonst. Dann soll man mit Mehrheit sagen, wir wollen keine Verantwortung übernehmen. Dann werden wir aber in der Steiermark so weitertun wie in den letzten Jahren. Dann wird man den einen Bezirk gegen den anderen Bezirk austricksen und sagen, der tut mit und der tut nicht mit. Wir als Sozialdemokraten bekennen uns zur Mitverantwortung, und ich bitte alle anderen auch, diese Verantwortung zu übernehmen. Dann werden wir Umweltschutz, Mülltrennung und auch Restmüllbeseitigung umweltfreundlich betreiben können. Danke schön. (Beifall bei der SPÖ und FPÖ. – 18.37 Uhr.)

**Präsident:** Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Schleich.

**Abg. Schleich (18.37 Uhr):** Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Nach einem so starken Referat des Abgeordneten Trampusch ist es für mich nicht ganz einfach zu sprechen. Aber ich schließe mich gleich beim Thema Müll an und möchte dorthin gehen, daß wir den Restmüll wesentlich reduzieren. Ich glaube, das ist einer der wichtigsten Punkte. Wir konnten vorher entnehmen, daß wir nicht wissen, ob wir pro Tonne 1200, 2400 oder gar 3000 Schilling bezahlen. Ich glaube, dann müssen wir dort anpacken, wo es jetzt wirklich schon Versuche gibt. Es gibt in jedem Bezirk ein, zwei Gemeinden, die bereits die Müllverwiegung haben. Und bei der letzten Sitzung in Graz ist großteils herausgekommen, daß das wirklich gut funktioniert. Ich

kann das aus meiner Gemeinde erzählen, denn wir sind diesem Projekt mit vollem Optimismus beigetreten. Und ich muß sagen, es hat sich wirklich ausgezahlt. Wir haben den Restmüll bereits um über 100 Prozent reduziert. Das funktioniert so, daß direkt das Müllauto eine Wiege montiert hat mit Computer und jeder Müllcontainer beziehungsweise jeder Haushalt einen eigenen Container hat und jeder Container verworfen wird, wenn er entleert wird, und der leere Container, wenn er wieder runtergeht. Am Computerausdruck ist der Inhalt in Kilogramm angegeben. Ich glaube, daß wir einfach dort hinkommen müssen – nach dem Verbrauchersystem, nach dem Verursacherprinzip, denn sonst werden wir den Müll langfristig nicht in den Griff bekommen. Denn wir haben das Problem, daß ihn keiner will, aber jeder hat ihn. Und wenn wir vorher schon gehört haben, daß es heißt, der Bezirk Feldbach hat gewußt – es kann schon sein, daß geredet worden ist, denn ich bin immerhin im Vorstand –, ich kann mich aber nicht erinnern, daß wir einen Beschluß darüber hätten. Und ich glaube, wenn der Vorstand keinen Beschluß hat, wie soll man dann überhaupt dem Bürgermeister vorwerfen, daß er beschließen soll, der vom Gemeinderat wieder keinen Beschluß hat. Ich finde, bei manchen Dingen geht es hier schon ein bißchen komisch zu, was ich nicht ganz verstehe. Aber ich glaube bei der Müllverwiegung – damit ich wieder dort bin, wo ich hin will – ist es ganz entscheidend – und hier möchte ich ein Danke aussprechen an den Landesrat Pörtl, daß er sich entschlossen hat, die Sammelzentren in den Gemeinden zu bauen, denn ohne diese Sammelzentren oder ohne eine kontrollierte Restmüllsammlung wird nichts möglich sein. Ich glaube, man müßte den Sperrmüll, das Alteisen, das Styropor, Folien, Bettflaschen und Problemstoffe kontrolliert in der Gemeinde haben, natürlich mit geregelten Öffnungszeiten, denn nur dann funktioniert es auch, wenn ich eine Müllverwiegung habe. Denn sonst kann es wieder zu Unordnungen in den Gemeinden kommen, und genau das – glaube ich – wollen wir ja nicht. Ja, meine sehr verehrten Damen und Herren, ich möchte sogar noch ein bißchen weiter gehen. Ich glaube, daß wir auch beim Klärschlamm zur Kompostierung gehen müssen, denn langfristig wird es nicht möglich sein mit der Entsorgung, daß man das auch in Deponien lagert. Denn der Klärschlamm könnte wirklich zum Wertdünger werden, und das muß das Ziel von jedem sein, ob man ihn im Straßenbau oder ähnlichem verwendet. Er wird ja bereits bei Ausschreibungen vermerkt, nur leider gibt es ihn noch nicht und ist er noch nicht vorhanden. Ich glaube, daß das Müllproblem ein Problem von uns allen ist und daß wir uns dessen wirklich annehmen müssen. Wenn wir vorhin gehört haben, daß man von einem Müllverband zum anderen Intrigen schiebt, dann ist das nicht gut. Alle gemeinsam sind aufgefordert, dieses Problem zu lösen, und ich glaube, es ist wirklich an der Zeit, daß wir – wenn wir beim Klärschlamm sind – wirklich Wertstoffe daraus machen, dann wird ihn die Landwirtschaft auch gerne aufnehmen. Das muß einfach das Endziel sein. (Beifall bei der SPÖ und ÖVP.)

Ich möchte noch auf ein Problem eingehen, das uns im Raabtal betrifft, und zwar die Schrottanlage mit Schwelofen in Fehring. Ich bin bei der vorigen Budgetdebatte schon hier gestanden und habe darauf aufmerksam gemacht. Ich mache deshalb darauf auf-

merksam, weil es einfach nicht sein kann, daß im Raabtal, wo ein Grundstück laut den alten Richtlinien des Flächenwidmungsplanes mit I-2 ausgewiesen ist, natürlich heute nach dem neuen Stand I-3 ist, und hier kann ich wirklich alles hingeben, was nur möglich ist. Natürlich könnte das auch eine Sondermüllverbrennungsanlage werden, und ich glaube, die Bürgerinitiative und die Bürger sind nicht umsonst verunsichert. Hier muß man einschreiten, eine Rückwidmung veranlassen, entweder auf I-2-neu oder gar auf I-1. Es ist für mich ein gutes Gefühl, daß der Umweltanwalt Dr. Oswald hier unter den Zuschauern sitzt, er war ja schon einige Male dort, und selbst er hat hier Bedenken, daß in dieses Gebiet diese Schredderanlage hinpaßt. Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen! Dieses Thema geht vor allem die Abgeordneten im Grenzland etwas an, aber ich glaube, es geht auch wirklich das Hohe Haus etwas an. Denn wenn wir in einer Region sind, wo der Fremdenverkehr zu florieren beginnt, wo man das Thermenland hat und im Grenzland Zukunft hat, dann dürfen wir nicht dort ein Schwerindustriegebiet machen. Wir haben sicher in der Obersteiermark Standorte, wo bereits Schwerindustrie ist, wo das I-3-neu derzeit vorhanden ist. Ich glaube, daß man solche Dinge dort mit Sicherheit hingeben kann. Vor einigen Sitzungen hat ja die Kollegin Beutl eine Anfrage gestellt an den Landesrat Schmid. Es wäre der Herr Landesrat Pörtl zuständig gewesen. Ich hoffe, daß er uns heute eine Antwort gibt, wie es in der Sache aussieht. Ja, meine sehr verehrten Damen und Herren, ich kann nur eines sagen, schützen wir unser Grenzland, und sichern wir es, nennen wir es Zukunftsland, auch für den Fremdenverkehr, für den Tourismus, aber ich glaube, die Schwerindustrie paßt dort nicht hin. Danke. (Beifall bei der SPÖ und ÖVP. – 18.43 Uhr.)

**Präsident:** Zum Schlußwort der Herr Landeshauptmannstellvertreter Dipl.-Ing. Hasiba.

**Landeshauptmannstellvertreter Dipl.-Ing. Hasiba** (18.43 Uhr): Zum Naturschutzgesetz, Herr Präsident, meine Damen und Herren, weil es als erstes angeschnitten wurde, darf ich sagen, daß es natürlich nicht noch einmal so lange dauern darf, wie bei der Entstehungsgeschichte des ersten, jetzt gültigen Gesetzes, das unbestritten verbesserungs- und erneuerungsbedürftig ist. Beim ersten Mal hat es nämlich 18 Jahre gedauert. Aber, damit es diesmal nicht so lange dauert, geht die Naturschutzbehörde insofern einen neuen Weg, als bereits bei der Erstellung des Gesetzentwurfes sämtliche Interessenvertretungen und Fraktionen – ich danke auch für den Entwurf seitens der SPÖ-Fraktion – eingeladen werden. Ich habe mich selbst sehr lange mit einer großen Delegation von der Bauernkammer unterhalten, und demnächst wird ein weiteres Gespräch mit den anderen Kammern folgen – damit schon bei der Erstformulierung des Gesetzestextes diese Institutionen beteiligt sind und vielleicht so schon früh ein Konsens hergestellt werden kann. Ich hoffe, daß dann die sicher notwendigen Parteienverhandlungen nach Vorlage dieses fertigen Gesetzesentwurfes rascher zu einem endgültigen Gesetzestext kommen.

Ich möchte nun zu den Arbeiten, an denen die Naturschutzbehörde sonst noch tätig ist, einige kurze Bemerkungen machen. Das Naturschutzreferat hat vor einiger Zeit im Rahmen des Großprojektes „Neuordnung der Schutzgebiete“ begonnen, das bereits bestehende große Naturschutzgebiet I im Gesäuse neu zu erfassen und zu ordnen.

Das nächste ist der Aufbau computerisierter Datenbanken. Hier wird die im Jahre 1980 durchgeführte Biotopkartierung, die natürlich inzwischen längst überholt ist, von Spezialisten in der Natur überprüft, um festzustellen, ob sich seit damals Veränderungen ergeben haben beziehungsweise ob die einzelnen Biotope überhaupt noch existieren. All diese Daten werden digital aufgearbeitet und in einer Datenbank gespeichert. So wird es in Zukunft möglich sein, genaue Auskünfte über Veränderungen bei Biotopen gleichsam auf Knopfdruck zu erhalten.

Ein weiterer Punkt ist die Bestandsaufnahme der kleinräumigen Schutzgebiete. Es werden alle kleinräumigen Schutzgebiete – Feucht- sowie Tier- und Pflanzenschutzgebiete – in zoologischer sowie in botanischer Hinsicht untersucht.

Die Überprüfung der Eintragungen im Naturschutzbuch ist auch eine wichtige Tätigkeit. Es werden die Daten auf ihre Aktualität überprüft und dann auch in eine Datenbank eingegeben, damit sie abrufbar sind.

Das Biotoperhaltungs- und -förderungsprogramm, kurz BEP genannt, wurde natürlich auch heuer fortgesetzt und wird es auch im nächsten Jahr. Bisher wurden zirka 1000 Verträge vorwiegend mit Bauern, Landwirten, Grundbesitzern abgeschlossen. Das ist natürlich auch eine Geldfrage, wie man das irgendwann noch finanzieren können.

Jetzt komme ich schon zur allgemeinen finanziellen Situation. Wenn ich das Budget 1992 mit dem Budget 1993 vergleichen darf: Es waren im Budget 1992 für den Natur- und Landschaftsschutz insgesamt – ich wage fast nicht, die Ziffer auszusprechen – 13,4 Millionen Schilling veranschlagt. Durch Nachbedeckungen und Aufbringung von außerplanmäßigen Mitteln ist es gelungen, letztlich auf 17,2 Millionen zu kommen. Absolut gesehen eine total unzureichende Summe. Aber immerhin eine Aufstockung um fast 30 Prozent. Für das kommende Jahr, im Budget 1993, sind 15,4 Millionen Schilling vorgesehen, also um 2 Millionen Schilling mehr. Ich werde aber auch im kommenden Jahr bemüht sein, durch Nachbedeckungen in die Richtung von 20 Millionen Schilling zu kommen. Die für den Naturschutz unerlässlich gewordenen Vorfelddorganisationen, ohne deren zum erheblichen Teil ehrenamtliche und idealistische Tätigkeit nicht einmal das, was geschieht, möglich wäre, also für all jene, die nicht dem beamteten Naturschutz zugerechnet werden können, wie etwa der Österreichische Naturschutzbund, die Österreichische Naturschutzjugend, das Institut für Umweltwissenschaften, mußten Honorare oder Projektkosten ersetzt werden, ebenso wie für die Steiermärkische Berg- und Naturwacht. Weiters hat es kleinere Programme gegeben, vielleicht ist es ganz interessant für Sie, auch das einmal zu hören: ein Höhlenprogramm und die Biotop- und Brutvogelkartierung.

Abschließend geht es jetzt um einen ganz großen Brocken, meine Damen und Herren, nämlich um die

Aufbringung der Mittel für das Naturschutzgebiet Totes Gebirge Ost. Ich muß diese Gelegenheit benützen, Ihnen darüber zu berichten. Mit einstimmigen Regierungssitzungsbeschlüssen vom 29. April 1991 – ich habe damals selbst die Bedeutung dieser Beschlüsse, denn ich war nicht Referent, nicht so nachvollzogen, wie man es in seinem eigenen Referat tun muß – wurden über Antrag meines Vorgängers unter anderem das Steirische Dachsteinplateau sowie der West- und der Ostteil des Toten Gebirges in einem Ausmaß von insgesamt zirka 30.000 Hektar zu Naturschutzgebieten erklärt. In den Gebieten des Dachsteinplateaus und des Westteiles des Toten Gebirges sind die Österreichischen Bundesforste überwiegend Grundeigentümer. Das klingt vereinfachend, ist es aber nicht. In den Verhandlungen über die Unterschutzstellung haben die Bundesforste seinerzeit einen jährlichen wertgesicherten Betrag in Höhe von 3,5 Millionen Schilling für die nicht mehr mögliche Nutzung ihrer Wirtschaftswälder in den Kernzonen gefordert. Darüber hinaus seien auch noch Entschädigungen in den Randzonen zu leisten und auch der Jagdverzicht abzugelten. Bisher wurden diese angekündigten Entschädigungsforderungen jedoch noch nicht formell eingebracht, weil es Überlegungen gibt, den Nutzungsverzicht als Beitrag des Bundes zur Schaffung großräumiger Reserverate für den Naturschutz zu leisten. Auch die Oberösterreicher, die uns hier unmittelbar als Nachbarn angrenzen, bemühen sich in diesem Sinne. Die Bundesforste sagen allerdings, daß sie ein Wirtschaftsbetrieb seien und nach kommerziellen Grundsätzen zu führen sind. Das ist der Teil Bundesforste. Im Naturschutzgebiet des Ostteiles des Toten Gebirges ist aber die ALWA, Güter- und Vermögensverwaltungs-AG – eine CA-Tochter –, der größte Grundbesitzer. Diese Firma handelt ganz streng nach kaufmännischen Gesichtspunkten und hat daher bereits einen Entschädigungsantrag eingebracht. Die Rechtsabteilung 6 ist gerade dabei, diesen Antrag genauestens zu prüfen und durch Sachverständige abchecken zu lassen. Immerhin werden in diesem Zusammenhang Entschädigungssummen in der Höhe von 32 Millionen Schilling als einmalige Zahlung und Beträge zwischen 600.000 und 700.000 Schilling als jährliche Zahlungen genannt. Die Rechtsabteilung 6 hat daher entsprechende Gutachten in Auftrag gegeben. Doch selbst wenn diese Gutachten und die noch durchzuführenden Verhandlungen zu einem wesentlich niedrigeren Betrag führen, werden sich die Entschädigungszahlungen voraussichtlich im Bereich von mindestens 16 Millionen Schilling und darüber bewegen. Es ist mir nicht möglich, heute eine genauere Zahl zu nennen, da, wie gesagt, noch Gutachten abgewartet werden müssen und in rechtlicher Hinsicht noch Fragen offenstehen. Überdies besteht die Möglichkeit, daß die Firma, wenn sie mit der Entscheidung der Behörde über die Höhe der Entschädigung nicht einverstanden ist, den Zivilrechtsweg beschreitet. Ich habe in einem Schreiben an den Herrn Landesfinanzreferenten bereits mitgeteilt, was das bedeutet, weil die Beschlüsse zwar gefaßt und daraufhin die Verordnungen erlassen wurden, die Bedeckung aber nicht gegeben ist, was momentan noch kein Malheur darstellt, aber es schwebt natürlich wie ein Damoklesschwert über dem Land Steiermark. Ich möchte in diesem Zusammenhang nicht unerwähnt

lassen, daß diese Naturschutzverordnungen selbst von den schärfsten Kritikern des Naturschutzes in der Steiermark als vorbildlich und richtungsweisend anerkannt werden. Es wird daher an uns allen liegen, einen Weg zu finden, die Mittel aufzubringen. Sollte dies nicht möglich sein, bliebe wohl nur als letzte Konsequenz die Aufhebung der verordneten Schutzgebiete. Was das bedeutet, meine Damen und Herren, brauche ich Ihnen wohl nicht zu sagen. Außerdem gibt es Stimmen, die davon sprechen, daß ohnehin die Möglichkeit bestünde, Teile der Landesforste gegen die nunmehr unter Schutz gestellten Gebiete einzutauschen und damit konsequent Naturschutz zu betreiben. Das ist aber ungefähr so ähnlich wie Geld, weil das Landesvermögen ist, das man damit abgibt. Es ist mir daher bewußt, daß ein solcher Schritt sehr gut und sehr genau überlegt werden müßte, ob er sinnvoll ist und ob er die Sache vereinfachen könnte. Natürlich ist die Einführung einer sogenannten Umweltabgabe, wie sie die neue Bundesministerin für Umwelt, Jugend und Familie fordert, oder einer Landschaftspflegeabgabe oder eines Öko-Schillings, die bereits von privaten Naturschutzorganisationen seit vielen Jahren gefordert werden – mir wurde anfangs von diesen Organisationen immer wieder versichert, diese sei ihnen zugesagt worden, Gott sei Dank lebt mein Vorgänger noch, und so konnte ich das aufklären – er hat sich bereiterklärt, sich um so etwas zu bemühen, aber eine Zusage hat nicht bestanden –, aber das könnte allenfalls ein Ausweg aus diesem Dilemma sein. Und dies ist ja heute auch bereits angeschnitten worden, und zwar der Naturschutz zum Nulltarif.

Meine Damen und Herren, das ist wahrscheinlich nicht nur eine Illusion, sondern das wäre in Wahrheit ein Betrugstatbestand, wenn man es ehrlich meint. Ich wollte Ihnen noch über den internationalen Naturschutz und über die verschiedenen Konventionen erzählen. Ich möchte Ihre Geduld aber nicht auf die Folter spannen. Das ist auch in einer Sitzung während des Jahres möglich.

Daher möchte ich es abschließend wirklich nicht verabsäumen, den Beamten der Rechtsabteilung 6 mit Hofrat Dr. Wippel an der Spitze sowie den Mitarbeitern in den Bezirksverwaltungsbehörden, den Naturschutzbeauftragten für ihre Tätigkeit meinen Dank auszusprechen. Sie haben wirklich ein schwieriges Geschäft. Denn wenn sie es ganz ernst betreiben, werden sie als unduldsame Fundamentalisten beschimpft, wenn sie aber mit den Grundeigentümern nicht reden, sondern nur mit jemandem, der gerne etwas unter Schutz gestellt hätte, was ihm selbst nicht gehört, verstoßen sie auch gegen einen fundamentalen Grundsatz, und wenn sie autoritär unter Schutz stellen, dann muß man in einem Staat, in dem das Eigentum auch einen gewissen Stellenwert hat – dazu bekennen wir uns ja alle –, sehr wohl die erbosten Eigentümer verstehen und sie beruhigen – gescheiter vorher als nachher, sage ich immer. Mit denen soll man schon zumindest gleichzeitig zu reden beginnen wie mit jenen, die ein Gebiet unter Schutz gestellt haben wollen, sonst werden wir nicht aufgleichen mit dieser Sache. Und das ist eine sehr schwierige Tätigkeit, und dafür möchte ich Ihnen allen sehr herzlich danken, meine sehr geehrten Mitarbeiter. Und Sie, meine

Damen und Herren, möchte ich um Ihre Mithilfe bitten, wenn es gilt, Naturschutz konsequent und effektiv zu betreiben. (Allgemeiner Beifall. – 18.57 Uhr.)

**Präsident Mag. Rader:** Herr Landesrat Pörtl ist am Wort.

**Landesrat Pörtl (18.58 Uhr):** Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Wir haben bei dieser Umweltdebatte in Wahrheit ein gewaltig breites Feld, wie sich sozusagen unsere gesamte Umwelt, unser gesamter Lebensraum praktisch uns vor allem als Menschen gegenüberstellt, miterlebt, und ich möchte fast behaupten, daß wir erstmals eine Diskussion abführen, wo eine breite Betroffenheit ersichtlich ist. Große Teile der Bevölkerung ganz unterschiedlicher Art sind durch die heurige Dürrekatastrophe aufmerksam gemacht worden, daß es Umweltpolitik nur unter diesem Schlagwort „global denken – lokal handeln“ im Grunde effizient und langfristig geben kann. Es ist in Wahrheit nach meinem Gefühl ganz klar, daß man hier alle Emotionen spielen läßt. Ich muß das ganz offen sagen. Es ist heute eine sehr sachliche Diskussion jeweils aus dem Blickwinkel der unmittelbar Betroffenen gekommen, ob das die Bauern waren bis hin zur Käfersituation, ob das vor allem die regionalen politisch Verantwortlichen waren und jeweils je nach Stand der Entwicklung verschiedener Umweltmaßnahmen. Es gibt aber nach wie vor – und ich glaube, wir sollten heute nicht so tun, als wenn die Klimaveränderung sich so weit entwickelt hat, daß hier überhaupt kein Dampf mehr, keine Zwiebracht, keine Spannung und kein Pulver herumliegt – gegenwärtig eine Versammlung und eine Gegenversammlung in einer Region, wo es ganz konkret um einen Deponiestandort geht. Es ist nach wie vor Faktum, daß ich ab und zu abtreten soll beziehungsweise werden mir schwere Versäumnisse unmittelbar angehängt.

Ich halte das für ganz normal in der Demokratie, daß man einfach jeweils offen und direkt Dinge ausspricht, und daher glaube ich, ist es gut, wenn ich unmittelbar auf konkrete Fragen und Anregungen versuche Antworten zu geben beziehungsweise da Stellungnahmen darzulegen, wie ich persönlich als Verantwortlicher in der Landesregierung das meine beziehungsweise vertrete. Es war an und für sich ganz interessant, wie unser Dr. Cortolezis versucht hat, in dem sachlichen Beitrag sehr markant die Umweltsituation zu beschreiben, und wir erleben das im Grunde fast tagtäglich, und das hat ja sehr enge Verbindungen zu verschiedenen Diskussionsbeiträgen, daß derzeit die Wirtschaft sehr offensiv und vor allem auch in breitesten Kreisen – wir haben das ja historisch eigentlich in den USA, aber ganz speziell in Japan erlebt, wo die ärgsten Katastrophen anzutreffen waren, wo man jetzt vor allem eine sehr attraktive Industrie daraus gemacht hat – betrieben wird. Ich glaube daher, daß vor allem die Partnerschaft mit der Wirtschaft längst eine praktizierte konkrete Handlung im weitesten Kreis ist. Ich bin aber selbstverständlich überzeugt, Abgeordneter Getzinger hat das angesprochen, daß strukturell stärkere Dinge in der nächsten Zeit kommen werden. Wir werden das ja bei der Beratung des Abfallwirtschafts-

gesetzes wahrscheinlich konkreter festlegen müssen. Das ist aber – Abgeordneter Trampusch hat mich schön flott angesprochen – keine Aufgabe, daß das Land mehr Verantwortung übernehmen soll. Nur, das Land soll dort die Verantwortung übernehmen, wo es wirklich notwendig ist und wo es ganz konkret unmittelbar von Vorteil ist. Ich glaube daher, wir haben ja solche praktische Beispiele, wo vor kurzem mit der Malerinnung in einer konkreten Aktion diese ökologische Betriebsberatung bereits Früchte trägt. Wir haben in gleicher Weise im Kfz-Bereich solche Branchenkonzepte. Wir haben derzeit in der Tourismuswirtschaft, Stichwort Seppenwirt, welcher Vizepräsident der Handelskammer ist und seinen Betrieb zur Verfügung gestellt hat, und es ist bereits ein Branchenkonzept vorhanden, spartenmäßig solche Entsorgungskonzepte, aber vor allem Vermeidungskonzepte, zu entwickeln. Wo vor allem ganz speziell im Bereich der Malerinnung wir versucht haben, nicht mit Anschlägen auf die Innung und auf die Wirtschaft, sondern in einer Konfliktsituation unsere zuständige Abteilung mit den Betroffenen zusammenzuführen, und es wurde ein Filtriergerät und eine Absetzbeckenstrategie entwickelt und damit ist wirtschaftliche Effizienz für den Betrieb und Umweltvorteil unmittelbar verbunden.

In Wahrheit ist der Ökoprofit dasselbe, wo wir ja landesweit bereits die Arbeitsgruppe laufen haben, diese Maßnahme landesweit zu machen. Das ist die dynamische Umweltpolitik. Wir haben eine lange Phase gehabt, zuerst einmal die Menschen zu überzeugen, daß es einen Müll gibt, daß es ein Waldsterben gibt, daß es Luftverschmutzung gibt. Wir sind jetzt in der Phase, die Dinge an der Wurzel zu fassen. Da komme ich gleich zu jenem Bereich, Kollege Getzinger hat das heute schon zweimal angesprochen, der Frage Klimabündnis. Wir haben heute diese 350.000 Schilling im Budget beschlossen, wo wir diesem Klimabündnis als Land Steiermark beitreten, aber mit einem aktiven Arbeitskreis aller vertretenen Parteien plus zusätzlicher Gruppen von außen her, eine dynamische Umweltpolitik im lokalen, im regionalen Bereich zu machen. Letztendes auch Partnerschaften mit jenen Regionen zu entwickeln, wo vor allem kulturelle und ganz praktische ökologische Kreislaufsysteme in diesen Kulturen gefährdet sind. Das ist ja eine ganz dramatische Situation. Ich habe heute bei einem Gespräch mit der Presse gesagt, ich will da niemanden schrecken, aber es gibt faktisch Zukunftsforscher, die dezidiert erklären, die derzeitige Lebensweise auf dieser Welt, in dieser Industriegesellschaft, in der dritten Welt könnte uns in den nächsten 30 Jahren folgendes Faktum liefern: Die Bevölkerungsexplosion, ich sage es gleich, wie es dort dargestellt worden ist, mit der Kalkulation Aids, auf 11 Milliarden Menschen und zugleich die Verringerung der Biomasse um 15 Prozent, wenn man die Tropenwaldsituation und das, was täglich passiert, rechnet, so ist das eine Horrorvision, wenn es keine Veränderungen gibt. Daher glaube ich, daß vor allem solche Maßnahmen, gemeinsam getragen, ein Signal für die gesamte Bevölkerung und letzten Endes auch für die Politik sind. Dr. Ebner hat in seiner Wortmeldung diese strategische Maßnahme angesprochen, wo vor allem jetzt versucht wird, mit der Forschungsabteilung und der Umweltschutzabteilung diese Öko-Fit-

Linie weiterzuentwickeln, aber vor allem die Frage der thermischen Abfallbehandlung und daß man das rascher machen soll. Selbstverständlich so schnell als möglich. Nur, wir wissen ganz genau, daß es auf dieser Ebene professionelle Gegenstrategien gibt.

Prof. Tabasseran hat das erklärt, wenn man den Vorlauf nicht exakt macht, wenn man nicht die Entkrampfung entwickelt, plattelt es uns beinhardt auf beim ersten Rundgang, wenn dort ein Verfahren konkret läuft. Ihr wißt ganz genau, ich komme aus dem Bezirk Hartberg, welche Emotionen in Wahrheit tatsächlich noch möglich sind. Ich habe das im heurigen Sommer erlebt mit Leichenwagen und Fronleichnamprozession, aber nichts mit gemütlichen Ovationen, sondern beinhardt wird da gearbeitet, ohne Rücksicht auf Verluste, ganz tief unter den mittleren Teil im geistigen Bereich. Da gibt es überhaupt kein Zittern. Das heißt, die Gegenstrategien auf dem Gebiet sind voll da.

Das möchte ich öffentlich sagen, es hat mich massiv attackiert in den thermischen Fragen der Abg. Wabl, und hat gesagt, der gescheiterte Landesrat ist nicht mehr im Amt, und der, der keinen Überblick hat, ist derzeit der Landesrat. Da habe ich ihn aufgefordert, ich möchte gern ein Match mit ihm haben. Inzwischen haben wir eines gehabt im Gathwald. Dort steht der gleiche Abgeordnete auf und sagt – der Dr. Ebner hat das selbst gehört –, es darf in Zukunft nur mehr behandelten Abfall geben, sprich thermische Verwertung. Der kann mir gestohlen werden, das sage ich ganz offen und leger. So einfach kann man sich das sicher nicht machen. (Allgemeiner Beifall.) Ich habe nichts gegen ihn persönlich, aber das sind Fakten, die man jederzeit klar auf den Tisch legen kann.

Wir haben vor kurzem eine Altlastenkommissionsitzung gehabt und haben uns dort massiv gewehrt, der Vertreter der Steiermark und sein Stellvertreter, um das klarzustellen. Wir haben doch eine, die Rösselgrube, die ist in der Kategorie II, wo wir nicht der Meinung sind und um eine Neubewertung gebeten haben beziehungsweise daß nicht besser bewertete, also III-bewertete, die I-bewerteten sind die gefährlichsten, und die III sind die besseren unter den gefährlichen, bevor nicht sozusagen alle II-bewerteten Altlasten in das Sanierungsprogramm aufgenommen werden, sind wir nicht bereit zuzustimmen. Es ist aber eine ganz spannende Situation, wer stellt den Antrag? Das wird in Kürze präzise festgestellt. Im Grunde müßte es der Verursacher machen. Die sind meist sozusagen entfleucht. Wir werden sehr präzise darauf achten, daß der Bund hier in diese Verantwortung einsteigt. Das ist jetzt die Frage, es ist genauso möglich, ob nicht auch das Land einsteigen könnte, das müssen wir sehr genau prüfen und uns nachher freihalten vom Verursacher beziehungsweise vom Bund, wenn er verantwortlich ist, damit vor allem nicht der administrative Nachteil das Einflußkommen die Ursache ist, daß entscheidende Altlasten, die Sanierungsbedarf haben, relativ schnell in die Sanierung kommen werden.

Da sind wir voll am Drücker. Hier gibt es sozusagen gewisse Entwicklungen, wo wir dahinter sind – unter uns gesprochen „wie der Teufel nach der Seele“. Ich hätte hier Superstatistiken, was das Restmüllaufkommen betrifft. Ich möchte allgemein formulieren: Ich habe hier ein paar Tafeln, und eine davon möchte



ich zeigen, damit uns der Erfolg auch voll bewußt wird: Ein spezifisches Restmüllaufkommen vom Jahr 1987 auf das Jahr 2000 prognostiziert, hier ist das Jahr 1991. Das heißt, wir sind sehr gut unterwegs, wie man das so landläufig sagt, und die Auswirkungen sind unmittelbar in Sicht, was vor allem die Verpackungsverordnung betrifft. (Abg. Dipl.-Ing. Chibidziura: „Wie viele Tonnen 1991?“) 1991 sind wir derzeit bei nicht ganz 194.000 Tonnen. Das ist die derzeitige Menge. (Beifall bei der SPÖ. – Abg. Dipl.-Ing. Getzinger: „Das ist eine Leistung der Gemeinden!“) Das ist ganz klar. Das ist der geistige Hintergrund, warum wir das behutsam versuchen. Und hier haben wir auch keine unterschiedlichen Meinungen in diesen Gesetzesberatungen, daß uns hier irgendetwas passieren könnte. Ich glaube aber trotzdem, daß sehr entscheidend sein wird, daß wir in der Entscheidung um die thermische Verwertung bei diesem Abfallwirtschaftsgesetz vor allem drauf bleiben. Hier werden klare Entscheidungen notwendig sein, wobei ich sicherlich ganz offen sage, wir sollten das jetzt sozusagen freilassen. Das ist auch die Kritik gewesen, warum wir bei der Resolution nicht mitgegangen sind, um nicht von Haus aus irgendwelche Emotionen zu wecken, damit hier keine Gegenentwicklung entsteht. (Abg. Trampusch: „Darf ich einen Satz sagen, weil du Prof. Tabasseran zitiert hast: Wenn wir nicht rasch handeln, dann plattelt es uns auf. Damals waren wir uns einig, daß binnen sechs Monaten die Orte für die thermische Bewältigung gesucht werden. Wir haben nicht mehr viel Zeit. Daher darf ich fragen: Wie ernst sind die Parteienverhandlungen gemeint?“) Diese sind ganz ernst gemeint. Wir müssen uns ganz konkret durchringen zu diesen Schritten. Ich sage auch gleich dazu, weil wir in einem Zwiegespräch sind, vor allem was die damalige Kritik der Abfallwirtschaftsverbandsversammlung war. Die Diskussion hat sich entzündet über diese Tarifüberlegung. Wir haben sachlich berichtet, und dort ist die Meinung gefallen. Das sind theoretische Betrachtungen gewesen. Wir von der Praxis her können das nicht zur Kenntnis nehmen. Die Knittelfelder haben sich massiv quergelegt, weil die genau konträr zum Beispiel zu dieser Verwiegungsstrategie gestanden sind, wie es der Abgeordnete Schleich zum Beispiel vertritt. Ich möchte das auch ganz offen sagen. Die Frage der Restmüllverwiegung hat natürlich zwei Perspektiven. Wir haben einige Gemeinden, wo das Müllaufkommen nur nach dem Anfall bewertet wird und blitzartig die Hausmüllverbrennungsanlage eingeschaltet wird. Das muß man ja auch ganz genau wissen. Sie schalten den Zentralheizungskessel oder den Küchenherd um, und die Vermeidungsstrategie geht Länge mal Breite los. Hier müssen wir schön ehrlich bleiben, weil ansonsten machen wir uns gegenseitig etwas vor. Daher muß man das präzise absichern. Ich bin aber trotzdem der Meinung, daß es eine Belohnungsstrategie geben muß. Das soll aber in den Regionen entschieden werden. Der Bezirk Knittelfeld zum Beispiel behauptet, wir sind solidarisch in dieser Entsorgungsstrategie. Wir entsorgen aber den gesamten Müllanfall, wie zum Beispiel Sperrmüll, sowie alle anderen Dinge. Sie behaupten, das sei das bessere Modell. Wir lassen diesen Spielraum derzeit, und den wollen wir einspielen lassen, wie weit soll man hier wirklich einschränken und einbremsen? Ich will in Wahrheit gar nicht von den Kosten sprechen, die damit ebenfalls verbunden

sind. Ich muß jetzt aufpassen, daß ich nicht vom Hundertsten ins Tausendste komme. Wer den Film „Frech wie Oskar“ gesehen hat, weiß das. Das ist auch die Frage, wie weit konzentrieren wir uns auf die Vermeidung, und wie weit ist sozusagen die Müllwirtschaft als Wirtschaftsfaktor und als Wachstumsfaktor gegenübergestellt? Das ist der permanente Wettlauf, wo nach wie vor die Vermeidung und die neue Verbraucherkultur die Grundlage für unsere Maßnahmen in der Abfallwirtschaft sind. Ein paar Sätze möchte ich noch sagen – auch der Abgeordnete Kowald hat sich zu Wort gemeldet – von der Betroffenheit. 11.000 Hektar sind in der Steiermark Schutz- und Schongebiete, wo der Bauer einen Bescheid bekommt und wo steht, was er in welcher Form zu machen hat, natürlich kombiniert mit einem Beratungs- und Förderungsmodell. Das hat wirklich funktioniert. Und ich glaube daher, daß vor allem in solchen Bereichen die Wissenschaft mit unserer Lisimeteranlage und die Glaubwürdigkeit der Beratenden mit den Betroffenen der Schlüssel zum Erfolg im wahrsten Sinn des Wortes war. Was uns derzeit so massiv trifft, und das hat der Abgeordnete Ing. Kinsky angesprochen, ist vor allem die ganz dramatische Entwicklung – ich möchte fast sagen dieses Cocktails der Energiepolitik auf der einen Seite –, was die CO<sub>2</sub>-Emissionen und die Ozonentwicklung betrifft, und zugleich die dramatische wirtschaftliche Situation in der Forstwirtschaft, aber vor allem, was die Bioenergieunternehmen beziehungsweise was die Förderung auf der anderen Seite betrifft. Ich persönlich bin der Meinung, daß wir in nächster Zeit – und es ist ja derzeit auch die Zellstoffindustrie bereits bereit, mit der Holzwirtschaft gemeinsam, mit der Energiewirtschaft diese Biomasse ganz intensiv auch in Richtung Energieerzeugung, das heißt Wärmeenergie plus Stromerzeugung, zu überlegen, stärker ins Visier nehmen müssen. Ich will hier niemanden schrecken: Derzeit gibt es nach meinen Informationen kein Gas aus der Ukraine. Die Republik Ukraine hat gesagt: Stopp, der Vertrag mit der UdSSR ist etwas anderes, und wir sind die Ukraine und damit finster. Derzeit gibt es bereits Strom von Tschernobyl, weil unsere Werke nicht so fahren können auf Grund gewisser Gaslieferungen im westeuropäischen Raum. Das sind kleine Glocken, aber die ganz massiv läuten, und vor allem wissen wir, daß in politisch dramatischen Zeiten – und diese sind nach wie vor im Raum – blitzartig solche Entwicklungen in eine ganz andere Situation rücken. Ich brauche nichts mehr dazusagen – das ist ja sehr klar präsentiert worden, was das im gesamtökologischen und ökonomischen Bereich in Wahrheit in der Forstwirtschaft ausmacht. Ich weiß nicht, wer das im Fernsehen gesehen hat, welches Leben derzeit in den Bäumen, die noch ganz schön frisch und grün sind, herrscht. Wir müssen hoffen, daß wir minus 15, 20 Grad Wintertemperatur zusammenbringen, daß uns die Larven und die Jungkäfer in den stehenden Bäumen absterben. Die, die in der Erde bereits drinnen sind, sind bereits sozusagen gesichert für das kommende Jahr, weil wir im vergangenen Jahr durch diese Klimaveränderung, durch diese Dürre, eine vierfache Population bei den Käfern, was Kupferstecher und Buchdrucker betrifft, hatten. Ich will nicht mehr und nicht weniger sagen.

Die Frau Abgeordnete Kaufmann – ich benutze das jetzt fast ein wenig als Bauer – hat gesagt, der Natur-

schutz ist unsere einzige Rettung. Das ist ein Weg, wenn es zum Vertragsnaturschutz kommt. Aber wenn wir einen Naturschutz haben, wo schön flott die Verordnung geschrieben wird, und der Bauer muß sozusagen aufsalutieren, dann wird das wahrscheinlich eine Geschichte werden, wo härtester Widerstand mit freiem Auge sichtbar ist. Es braucht nur einer einmal probieren, eine Verordnung über den Küchengarten eines anderen zu machen. Ich möchte dann wissen, wie das praktisch im konkreten wirklich vor sich geht. Auf dem Gebiet möchte ich ersuchen, daß man das im Gesamtkonnex sieht. Hier kann man ohne weiteres über die Frage Naturschutz und Landwirtschaft reden. Es gibt da auch viele gemeinsame Linien. Ich bin auch überzeugt davon, daß die öffentliche Meinung für eine natürliche ökologische Landwirtschaft über die Schiene Naturschutz und Tierschutz psychologisch eine wesentlich andere Schiene hat, als wenn man sozusagen mit der Ernährungssicherung in der Zukunft agrarpolitisch fährt. (Abg. Dipl.-Ing. Getzinger: „Redet miteinander!“) Da haben wir überhaupt keine Probleme. Ich darf nicht rückfällig werden, aber wenn ich mit manchen rede, da krieg ich meine Probleme, da stellen sich bei mir innerlich die Borsten auf, die fahren an mit der Presse. (Abg. Trampusch: „Lies unseren Naturschutzgesetzentwurf, und die Borsten legen sich wieder!“) Bin ich mir nicht ganz sicher, wenn ich den Prof. Wolkingner dazunehme als Cocktailpartner, ich habe nichts gegen ihn persönlich, aber der hat mich schon einige Male locker gemacht im Sessel, als ich noch im Naturschutzbeirat war. Oft ist er fortgegangen, das ist ein anderer Kaffee. Der Ton macht die Musik und die echte Partnerschaft. Das ist die entscheidende Frage, die echte Partnerschaft. Da wird es Wege geben müssen.

Es gibt in den letzten Jahren und Jahrzehnten eine gewaltige Diskussion über die groß-, mittel- und kleinräumige Wasserversorgung. Ich stelle nur zwei Zahlen in den Raum. Die Wasserversorgung in der Steiermark wird zu 72 Prozent von Wasserverbänden, Wassergenossenschaften und Gemeindegewässerversorgungsleitungen und Gemeinschaftsversorgungsleitungen gemacht. 28 Prozent haben praktisch das unmittelbare Wasser aus ihren unmittelbaren eigenen Hausbrunnen, wo wir uns vor allem in nächster Zeit auch um diese Hausbrunnenwasserqualitäten intensiv zu kümmern haben. Wir haben da einige Aktivitäten auf Grund der Entwicklung. Wir haben da keine angenehmen Meißerergebnisse angefundnen, was sich auf dem Gebiet in Wahrheit abgespielt hat. Ich will da keine Geschichten erzählen, aber man glaubt es gar nicht. Wir haben ein Bodenseminar gehabt, und da hat jeder sein Wasser von daheim mitgenommen, und da haben wir mit dem Teststreifen probiert, wie schaut die Qualität aus. Da gibt es hellblau, ein bißchen violett und dunkelblau. Man hat es bei den Gesichtern gesehen, ob der Streifen blau ist, die haben das Flascherl in den Rock hineingegeben, so wie früher beim Höller Hansl, haben eingetaucht und haben einmal ihr eigenes Wasser angeschaut. Da hat man optisch gesehen, welche Probleme manche Hausbrunnen haben. (Abg. Heibl: „Aber es sind ja inzwischen alle immun!“) Ja, ich habe das einmal gesagt, voriges Jahr, ganz sicher bin ich mir nicht, weil manche Kinder, was ich läuten höre, in manchen Gebieten nur mehr Mineralwasser trinken.

Es gibt eine gewisse Immunität, aber die Regel kann es nicht sein. Ich zum Beispiel bin aufgewachsen mit der Immunität, aber ich traue sie mir als Umweltlandesrat nicht zu empfehlen. (Abg. Trampusch: „Herr Landesrat, das Problem ist, die dann immun sind, die trinken kein Wasser mehr, die trinken etwas anderes. Trinken tun es die Kinder!“) Ja, über das Kapitel gäbe es einen super Vortrag. Wir brauchen zum Beispiel 80 Liter für das Waschen und 80 Liter für das WC. So, und nachher bleiben 4, 5 Liter für das Trinkwasser. Wobei ich gar nicht überzeugt bin, daß alle diese 4, 5 Liter Trinkwasser wirklich gebraucht werden. Das ist schon eine Frage, wo ich vor allem dankbar bin, daß man jetzt bei der Wohnbauförderung auch die Frage der Brauchwasserleitung, die Dimension des Sparens noch im letzten Moment eingeschoben hat. Das ist praktizierte Umweltpolitik und Abwasserwirtschaft.

Im Abfallbereich sind Licht- und Schattenseiten gesagt worden. Ich könnte jetzt vom Erzberg bis nach Halbenrain aufzählen, was jetzt alles Gott sei Dank passiert ist. Diese Dynamik wollen wir im Grunde beibehalten, wobei aber in der ganzen Abwasserfrage wir uns in Zukunft nach der Strategie der Abfallwirtschaft, sprich Vermeidung, mit Abwasserberater und Abfallberater bedienen werden. Es wird vor allem notwendig sein, unter welchem Blickwinkel ist es möglich, jene Klärschlammengen wieder kompostierbar zu machen, die wir bereits gehabt haben? Wir haben bereits 30 Prozent im Jahre 1987 kompostierfähig gehabt und sind jetzt bei 18 Prozent. Wir haben wirklich richtig gehandelt, zuerst auf die Böden geschaut und nachher auf die Entsorgung. Ich glaube aber, daß unsere Abwasserberater in der Hinsicht eine Aufgabe vor sich haben, wie diese kompostierfähigen Klärschlämme vor allem von der Sache her im Grunde weiterentwickelt werden können. Damit wäre ich im großen und ganzen zu Ende.

Ich möchte nur abschließend feststellen, daß sich im heurigen Jahr einige Dinge entwickelt haben, die wir bisher nie als Thema auf der Oberfläche gehabt haben, und zwar die Frage der Wassernutzung für die landwirtschaftliche, für die gärtnerische Absicherung von gewissen Kulturen. Wir wissen, daß im Gemüsebau, im Obst- und Weinbau und im gärtnerischen Bereich die Existenzen der Betriebe und die Versorgung der Bevölkerung mit eigenen gesunden Lebens- und Gemüseprodukten nur gesichert ist, wenn eine gewisse Wasserversorgung systematisch und vor allem im Sinne der Gesamtbetrachtung gesehen unter keinen Umständen auf Kosten der Trinkwasserqualität und vor allem auf Grund der Trinkwasserquantität gehen kann. Wir haben ein Projekt Bewässerung Südost, wo derzeit die Beratungen aus den verschiedenen Fachbereichen erfolgen, und auf der anderen Seite der Bedarf und die betriebswirtschaftlichen Fragen, um diesen Bedarf und dieses Angebot einmal abzuchecken. Welche Chancen sind uns in Wahrheit gegeben, damit wir im Rahmen der Rückhaltebecken, im Rahmen der Grundwassernutzung für diese Bewässerungen Vorbereitungen treffen?

Ich möchte aber zum Schluß wirklich herzlich danken, vor allem jenen, die draußen in den Gemeinden, in den Regionen, bei den verschiedenen Verbänden, ob das Abwasserverbände, Wasserverbände sind, ob das die Abfallwirtschaftsverbände sind,

möchte da vor allem Hofrat Rupprecht danken, der ein Dompteur in diesem Umweltkäfig ist, wo permanent von der Hüfte aus blitzartig Dinge entstehen, wo breite Bevölkerungskreise ganz spontan im Grunde eine sehr klare Position der Behörde und der Landesregierung verlangen. Ich möchte mich für das sehr herzlich bedanken und vor allem bei den zuständigen Hofräten der Abteilungen, Hofrat Saurer, Hofrat Jägerhuber und Hofrat De Grancy, und den Mitarbeitern im eigenen Büro für diese Arbeit, wo man praktisch nur aktiv wird, wenn es Probleme gibt, also für die Positivstrategien ganz selten, daß es dort eine Chance gibt, daß man sie irgendwo bemerkbar machen kann. In der Grundbilanz der derzeitigen Umweltpolitik der Steiermark gibt uns der Erfolg recht und Zuversicht. Ich habe heute ein bißchen herumgeschaut. Landesrat Michael Schmid hat da einen Artikel gelesen, da habe ich mir gedacht, jetzt muß ich das rechte Auge riskieren für das, was er liest. Da hat er ein Rosegger-Zitat, das vor 90 Jahren geschrieben wurde, liegen gehabt. Da ist folgendes festgeschrieben in bezug auf die Umwelt: „Ich beglückwünsche Sie, daß wir nicht unsere Nachbarn sind.“ Damit soll ausgesagt werden, daß jeder in seinem Bereich eine unheimliche Verantwortung trägt, und die wollen wir für das ganze Land ebenfalls tragen. (Allgemeiner Beifall. - 19.28 Uhr.)

**Präsident Mag. Rader:** Damit sind die Beratungen zum Kapitel Umweltschutz beendet. Ich werde am Ende der Debatte über die gesamte Gruppe, über die Kapitel Umweltschutz und Gesundheit, getrennt abstimmen lassen. Als Ergebnis dieser Debatte um den Umweltschutz und als Vorleistung der Debatte für die Gesundheit werden wir jetzt den Saal lüften. Ich unterbreche daher für 15 Minuten, bis 19.45 Uhr. (Unterbrechung der Sitzung: 19.29 bis 19.48 Uhr.)

Wir kommen zur Debatte des Teiles Gesundheit der Gruppe 5. Erste zu Wort gemeldet ist die Frau Abgeordnete Dr. Grabensberger.

**Abg. Dr. Grabensberger (19.48 Uhr):** Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren, Hohes Haus!

Frisch gelüftet, ein bißchen durchbewegt - man kann also sagen „frisch und g'sund“ wenden wir uns dem Thema Gesundheit zu. Zunächst möchte ich mich beim Herrn Landesrat Dr. Strenitz bedanken, daß er uns einen Gesundheitsplan vorgestellt hat. Ich darf aber gleichzeitig bemerken, daß er meinen Erwartungen durchaus nicht entsprochen hat. Von einem Plan hätte ich mir Zukunftsperspektiven erwartet, wie es etwa mit unserem Gesundheitswesen weitergehen soll, wie wir zu einer flächendeckenden Betreuung unserer Schulkinder im Anschluß an die Betreuung des Mutter-Kind-Passes kommen, wie die flächendeckende Betreuung der Arbeitsmedizin ausschauen könnte und wie schließlich die Betreuung und die Pflege der immer größer werdenden Zahl unserer älteren Mitmenschen ausschauen könnte - Hauskrankenpflege, Altenheime, Pflegeheime -, Herr Landesrat Tschernitz hat heute schon angezogen, welche Problematik hier noch auf uns zukommt. Der Plan beinhaltet lediglich eine Auflistung von Bestehendem, die Zusammenfassung von Erkenntnissen und Forderungen, die Fachleute bei diversen Veranstaltungen und

Enqueten oder auch in diversen Fachzeitschriften erhoben haben. Vor allem aber fehlt mir ein konkretes Procedere und die dazu notwendigen budgetären Ansätze. Während wir nach wie vor fast ohne mit der Wimper zu zucken für den Gesellschafterzuschuß der Steiermärkischen Krankenanstalten-Gesellschaften einen ansehnlichen Betrag beschließen müssen, bleibt das Budget für die Gesundheitsvorsorge annähernd oder praktisch stehen. Wir buttern nach wie vor in den kurativen Bereich das meiste Geld hinein, und wir wissen, daß wir dort allerdings die geringste Effizienz zu erwarten haben. Die Erhöhung, die wir in der Vorsorge in unseren Ansätzen haben, geht hauptsächlich zu Lasten der Haemophilus-Influenza-B-Impfung, der Impfhonorare und des Impfstoffes sowie der Verteuerung von Sachleistungen und der Ersatzteile für den Röntgenbus.

Im Gesundheitsplan werden viele Initiativen, die der Gesundheitsvorsorge beziehungsweise der Gesundheitsförderung dienen, hervorgehoben, und unter anderem auch die ausgezeichnete Arbeit, vor allen Dingen auch die Effizienz dieser Arbeit, jener der Gesellschaft für Gesundheitsschutz. Wenn Sie sich jedoch die Ansätze anschauen, so ist im heurigen Budget eine Fortschreibung des vorjährigen Zuschusses vorgesehen, es ist nicht einmal die Indexsteigerung berücksichtigt.

Ich freue mich aber trotzdem, daß wir zumindest unser Problembewußtsein im Hinblick auf den hohen Stellenwert der Prävention niedergeschrieben haben; aber nur das allein wird unser Gesundheitswesen nicht verändern und wird die Betreuung unserer Bevölkerung auch nicht verbessern. So wichtig und so begrüßenswert viele Einzelaktionen sind, wirkungsvoll sind sie erst, wenn sie eingebettet sind in Langzeitaktionen, in regionale Konzepte und vor allem wenn sie untereinander koordiniert sind. Ansonsten kosten sie viel Geld, wobei die Förderungen auch eher wieder dem Zufall anheim fallen, und die Wirkung bleibt weitgehend aus. Wenn die Gesundheitspolitik nicht regulierende Maßnahmen setzt, so wird das Gesundheitswesen allmählich zu einer Spielwiese von vielfältigen, oft divergenten Gruppeninteressen, und es kommt zum Überhang von gewissen Organisationsstrukturen, die sehr teuer sind, aber nicht immer den Bedarf erfüllen - bei uns zum Beispiel die Konzentration auf die teure Krankenhausmedizin.

Eine wesentliche Voraussetzung für eine bedarfsgerechte Gesundheitsbetreuung unserer Menschen scheint mir der harmonische Aufbau der Versorgungspyramide zu sein, in dessen Mittelpunkt der niedergelassene Arzt stehen soll und stehen muß. Denn er sichert die Basisversorgung der meisten Menschen, und er hat hier auch einen sehr hohen Stellenwert, und die Aufwertung der Bedeutung seiner Arbeit ist ja auch im Koalitionsübereinkommen niedergeschrieben, und wir sollten dies erfüllen. Interessiert hätte mich auch der Aufgabenbereich der Amtsärzte. Die finde ich in dem Gesundheitsplan überhaupt nicht. Soweit mir bekannt ist, arbeiten die Amtsärzte zum Teil noch nach Vorschriften aus dem Jahr 1870. Ebenso fehlen mir die Bedeutung oder die Aufgaben der Selbsthilfegruppen, die ja auch aus unserem großen Netz des Gesundheitswesens nicht mehr wegzudenken sind. Wenn die extramurale Versorgung